

Landesarchiv Berlin
B Rep. 057-01

Nr.: 4219

LEITZ

KLI b

Sachsenhausen

Landesarchiv Berlin
B Rep. 057-01

Nr.:

362

13.1.64 [RSHA]



Ru / 39

KL I b

Heft 1

Urteil des
LG Coburg

vom 30.11.1962

geg. Eccarius

Beglaubigte Abschrift

Das Urteil ist rechtskräftig seit

14. Mai 1963
Coburg, den 9. Juli 1963

Der Urkundsbeamte der
Geschäftsstelle des Landgerichts

ges. Kraus

Justiz-ober-Inspektor

2 Ks 3/62 (36/60)

Im Namen des Volkes !

U r t e i l :

Das Schwurgericht bei dem Landgericht Coburg erkennt in dem Strafverfahren gegen

E c c a r i u s Kurt, geboren am 5.3.1905 in Coburg,
verheirateter Porzellanbrenner in
Coburg, Metzgergasse 4, z.Z. in Unter-
suchungshaft im Landgerichtsgefängnis
Coburg,

wegen versuchten Mordes,

in der öffentlichen Sitzung am Freitag, den 30. November 1962,
an der teilgenommen haben:

Landgerichtsdirektor Schöntag
als Vorsitzender,
Landgerichtsrat Scheuering und
Amtsgerichtsrat Faber
als Besitzer,
Georg Fröba, Glasmacher in Steinbach a.W.,
Hermann Jung, Maurer in Mitwitz,
Werner Braun, Stadtinspektor in Coburg,
Franz Carl, Bürgermeister in Seßlach,
Erich Kürchner, Prokurist in Coburg und
Günter Förster, Polsterer in Coburg
als Geschworene,
Erster Staatsanwalt Rupp
als Beamter der Staatsanwaltschaft,
Justizangestellter Luther
als stv. Urkundsbeamter der Geschäftsstelle,

auf Grund der Hauptverhandlung für Recht:

Der Angeklagte ist schuldig vierer rechtlich
zusammentreffender Verbrechen des versuchten
Totschlags in Tatmehrheit mit zwei weiteren
rechtlich zusammentreffenden Verbrechen des
versuchten Totschlags.

Er wird deswegen zur

Gesamtstrafe von vier Jahren Zuchthaus

verurteilt.

Die bürgerlichen Ehrenrechte werden auf die
Dauer von drei Jahren aberkannt.

Im übrigen wird der Angeklagte freigesprochen.

Der Angeklagte trägt die Kosten des Verfahrens.
Soweit Freispruch erfolgte, fallen die aus-
scheidbaren Kosten der Staatskasse zur Last.

G r ü n d e :

I

1.) Der Angeklagte ist als Sohn eines herzoglichen Kellermeisters mit 2 Schwestern im Elternhaus und in ordentlichen Verhältnissen aufgewachsen. Er besuchte von 1911 bis 1920 die Mittelschule in Coburg, lernte danach 3 1/2 Jahre als Schlosser und arbeitete in den Jahren danach - von zeitbedingter Arbeitslosigkeit unterbrochen - bei verschiedenen Firmen in diesem Beruf. Schon als junger Mann begann er, sich politisch zu betätigen. Nach vorübergehender, nur 2 Monate dauernder, Mitgliedschaft bei der NSDAP im Jahre 1923 trat er 1925 dem Wikingbund bei, dem er bis 1929 angehörte. Während dieser Zeit, im Jahre 1925, übte er freiwillig 1/4 Jahr bei der "Schwarzen Reichswehr". Im Oktober 1929 trat er erneut der NSDAP und gleichzeitig der SS bei. Als Angehöriger der SS nahm er von März bis Juni 1933 an einem Lehrgang der bayerischen Landespolizei teil, kam anschliessend zur damaligen "SS-Wachtruppe Oberbayern" und blieb bis zum Zusammenbruch im Jahre 1945 als berufsmässiger SS-Unterrführer ununterbrochen in Konzentrationslagern eingesetzt.

Von Juli 1933 bis Juli 1936 wurde der Angeklagte im Konzentrationslager Dachau verwendet, zuletzt als SS-Oberscharführer. Er war als Ausbilder für junge SS-Leute, als Rechnungsführer und schliesslich in der vergleichbaren Stellung eines Kompaniefeldwebels tätig.

Am 31.7.1936 wurde er in das in Berlin gelegene Konzentrationslager "Kolumbiahaus" versetzt, in dem er bis November desselben Jahres auf der Schreibstube beschäftigt war. Danach, also von November 1936 bis zum Zusammenbruch im April 1945, tat er im Konzentrationslager Sachsenhausen Dienst, zuletzt als SS-Hauptscharführer.

2.) Im Konzentrationslager Sachsenhausen wurden - wie in den übrigen Konzentrationslagern, die nach 1933 in Deutschland eingerichtet waren - viele 10000 von Häftlingen aus den verschiedensten Gründen in "Schutzhaft" gehalten. Es handelte sich um politische und weltanschauliche Gegner des Nationalsozialismus, Juden, Zigeuner, sogenannte Asoziale (Arbeits-scheue, Landstreicher u.ä.), Sicherungsverwahrte und vorbeugend verwahrte Berufsverbrecher. Sie waren in Baracken untergebracht, in "Blöcke" gegliedert und unterstanden SS-Unterführern, die als Blockführer eingeteilt und ihrerseits dem Schutzhaftlagerführer, einem SS-Führer, untergeordnet waren. Den Arbeitseinsatz regelte der Arbeitseinsatzleiter, unterstützt von "Rapportführern". Alle diese SS-Führer und Unterführer unterstanden dem Lagerkommandanten, gewöhnlich im Range eines SS-Standartenführers, und gehörten zum Kommandanturstab, in dem weitere SS-Dienstgrade zur Führung und Verwaltung tätig waren. Dem Lagerkommandanten unterstanden ferner die Wacheinheiten, die zunächst von den sogenannten SS-Totenkopfverbänden, nach Kriegsbeginn von der SS-Wachtruppe Oranienburg abgestellt wurden. Sie versahen den Postendienst rings um das Lager und bei den Arbeitskommandos, die ausserhalb des Lagers eingesetzt waren.

In einem durch hohe Mauern abgegrenzten besonderen Bereich des Lagers stand der "Zellenbau", eine T-förmige Steinbaracke, die verschiedenen Zwecken diente. Bis 1941 oder 1942 wurden hier die Arreststrafen verbüsst, die gegen die Häftlinge des Lagers verhängt worden waren; auf dem Hof vor der Baracke war es bis dahin üblich, die Prügelstrafe auf dem Bock und das Aufhängen am Pfahl zu vollstrecken. Nach dieser Zeit fanden im Bereich des Zellenbaus keine Strafvollstreckungen mehr statt. Er wurde, wie vereinzelt schon vorher, nur noch zur Verwahrung von streng abgesonderten "Ehrenhäftlingen" und Untersuchungsgefangenen verwandt. Das Betreten des Zellenbaubereichs war den Insassen des Lagers ebenso verboten wie den SS-Führern. Nur der Lagerkommandant, sein Adjutant und besondere Beauftragte, sowie einige wenige Häftlinge, die als Läufer und Kalbfaktoren eingeteilt waren, hatten Zutritt. Im Frühjahr 1945

befanden sich nur noch wenige Häftlinge im Zellenbau.

3.) Der Angeklagte war im Lager Sachsenhausen von Anfang an ausschliesslich in diesem Zellenbau tätig, seit August 1942 als Leiter des Zellenbaus, in den Jahren vorher als dessen Stellvertreter. Der Zellenbauleiter unterstand unmittelbar dem Lagerkommandanten.

Wie sich der Angeklagte im Konzentrationslager Sachsenhausen verhielt, kann in den Einzelheiten nicht genau aufgeklärt werden. Es steht nach seinen eigenen Angaben aber fest, dass er bei Hinrichtungen mitwirkte, die durch den Strang vollzogen wurden, dass er bei der Vollstreckung von Prügelstrafen und beim zeitweiligen Aufhängen der Häftlinge am Pfahl zugegen war, und dass er im Jahre 1939 oder 1940 auf Befehl Himmlers zusammen mit einem anderen SS-Unterführer unter Vortäuschung eines Fluchtversuchs einen jungen österreichischen Schutzhäftling mit der Pistole von hinten erschoss.

Der Angeklagte wohnte während seiner Tätigkeit in Sachsenhausen mit seiner Familie (Frau und 3 Kinder) in einer SS-Siedlung in der Nähe des Lagers. Er hatte im Jahre 1937 geheiratet, lebte unauffällig und gab in seinem Privatleben zu Beanstandungen keinen Anlass.

4.) Ende April 1945 wurde das Konzentrationslager Sachsenhausen geräumt. Die Häftlinge wurden nach Mecklenburg in Marsch gesetzt. Auch der Kommandanturstab begab sich dorthin. Der Angeklagte geriet in der Gegend von Schwerin am 2.5.1945 zunächst in amerikanische und, nachdem er geflohen war, am 3.5.1945 in englische Kriegsgefangenschaft. Ab Februar 1946 wurde er von den englischen Besatzungsbehörden wegen seiner Tätigkeit im Konzentrationslager in Untersuchungshaft gehalten und im Juni 1946 schliesslich an die sowjetische Besatzungsmacht ausgeliefert. Bis Oktober 1947 sass er in Einzelhaft in verschiedenen Gefängnissen in Berlin. Nach einwöchiger Verhandlung wurde er am 1.11.1947 in Berlin von einem sowjetischen Militärgericht neben anderen SS-Führern und Unterführern des Lagers Sachsenhausen zu lebenslanger Haft mit Zwangsarbeit ver-

urteilt. Dieser Verurteilung lagen die folgenden Straftaten zugrunde, die der Angeklagte während seiner Tätigkeit im Konzentrationslager Sachsenhausen beging oder begangen haben soll:

Teilnahme an der Ermordung von 18 000 russischen Kriegsgefangenen,

Teilnahme an der Erschiessung englischer und holländischer Kriegsgefangener,

Erschiessung eines österreichischen Häftlings,

"Vernichtung" von Pfarrern und Bibelforschern,

Hinrichtung eines Norwegers.

Zur Vollstreckung dieser Strafe wurde der Angeklagte im Dezember 1947 nach Sibirien gebracht. Bis zum 12.9.1955 wurde er in Workuta gefangengehalten, wo er im Bergwerk arbeiten musste. Danach verbrachte er noch einige Monate in anderen russischen Gefangenenlagern. Im Januar 1956 wurde er als "Nichtamnestierter" in die Bundesrepublik entlassen. Er kehrte zu seiner Familie nach Coburg zurück, fand im Oktober 1956 in der Porzellanfabrik Griebbach Arbeit und führte sich seitdem einwandfrei.

II

1.) Als sich die Ostfront bedrohlich näherte, wurde das Konzentrationslager Sachsenhausen - wie schon gesagt - geräumt. Am 21.4.1945 gegen 22 Uhr ging beim Lagerkommandanten der Befehl ein, die Häftlinge im Fussmarsch in die Wälder von Mecklenburg zu bringen. Wieviel Häftlinge zu dieser Zeit noch im Lager lebten, lässt sich nicht genau feststellen. Es sind aber bestimmt mehr als 15 000 gewesen. Sie wurden in Hundertschaften eingeteilt; je 5 Hundertschaften bildeten eine Marschgruppe, je 3 Marschgruppen einen Marschblock. Die Marschblöcke unterstanden SS-Führern, denen Wachmannschaften in ausreichender Zahl zugeteilt waren. Zur Bewachung der Häftlinge auf dem Marsch waren insgesamt 8 Kompanien eingesetzt. Der Abmarsch begann sofort nach Eintreffen des Befehls. Er war am 22.4.1945 gegen Mitternacht beendet. Die Häftlingskolonnen be-

nutzten ausschliesslich Seitenstrassen, um die Bewegungen der Wehrmacht nicht zu stören und um so wenig wie möglich aufzufallen.

Die Häftlinge waren durchwegs in einem schlechten Ernährungs-
zustand. Beim Abmarsch erhielten sie nur eine geringe Menge Brot
mit Wurst und unterwegs überhaupt keine Verpflegung. Der Lager-
kommandant gab den Marschblockführern, die sich einzeln bei ihm
abmeldeten, den Befehl, keinen Häftling unterwegs zurück und in
die Hände der Russen fallen zu lassen. Er befahl ihnen, marsch-
unfähige Häftlinge zu erschiessen. Die Marschblockführer gaben
diesen Befehl an die ihnen unterstellten Wachmannschaften weiter.
Tatsächlich wurden auf dem Marsch, der sich für die entkräfteten
Häftlinge zu einer grossen Strapaze gestaltete, sehr viele Häft-
linge von der Wachmannschaft erschossen.

2.) Spätestens am 25.4.1945 erreichten die ersten Häftlings-
züge ein Waldstück in der Nähe des Gutes Below nördlich von Witt-
stock, wo gesammelt wurde. Bei diesem Wald, der wenige 100 m süd-
lich vom Gutshof Below begann, handelte es sich um einen ausge-
dehnten alten Bestand, in dem Laubbäume vorherrsch-ten. Die
Stämme standen weit auseinander und liessen eine verhältnismässig
weite Sicht zu. Nur vereinzelt gab es kleine Gebüschgruppen und
junge Bäume. Durch den Wald führte eine breite Strasse, der An-
marschweg, auf dem die Häftlingskolonnen aus Richtung Wittstock
nach und nach eintrafen. Rechts neben der Strasse - in Richtung
Gut Below gesehen - und mit ihr als Grenze, wurde ein dem Gut
zunächst liegender Teil des Waldes durch eine Postenkette der
Wachmannschaft abgeriegelt und als Lagerplatz für die Häftlinge
bestimmt. Hier lagerte ein grosser Teil der von Sachsenhausen ab-
marschierten, mehreren 1 000 Häftlinge, die sich notdürftig mit
Hilfe von Laub und Ästen auf der Erde einrichteten. Das Lager
war einige 100 m lang und weniger als 100 m breit. Nähere Fest-
stellungen lassen sich dazu nicht treffen.

3.) Der Kommandanturstab war in den Gutsgebäuden von Below
untergebracht. Die dazu gehörenden SS-Führer und Unterführer
kamen spätestens am 25.4.1945, der Kommandant und sein Adjutant
etwas später, aber noch vor dem 28.4.1945, dort an. Der Ange-
klagte war am 22.4.1945 in der geschlossenen Kfz-Kolonnen des

Kommandanturstabs, in der die letzten Häftlinge und die Kalfaktoren des Zellenbaus mitgeführt wurden, in Sachsenhausen aufgebrochen. Am selben Tag noch wurde das Konzentrationslager Ravensbrück erreicht, wo er die Häftlinge und Kalfaktoren des Zellenbaus an den dortigen Zellenbauleiter übergab. Am 23. oder 24.4.1945 fuhr er in der geschlossenen Kfz-Kolonne des Kommandanturstabs weiter bis Below. Von den Häftlingszügen und den Leichenden erschossenen Häftlinge sah er unterwegs nichts, weil die Kfz-Kolonne zumeist andere Strassen benutzte. Ob er von dem an die Marschblockführer gegebenen Befehl, liegenbleibende Häftlinge zu erschiessen, wusste, lässt sich nicht feststellen.

4.) Eine Gruppe des Schwedischen Roten Kreuzes, die schon vor der Räumung des Konzentrationslagers Sachsenhausen mit dem Lagerkommandanten Verbindung aufgenommen hatte, erfuhr von den Erschiessungen während des Marsches. Ihre Proteste kamen dem Kommandanten zur Kenntnis. Er nahm daraufhin den an die Marschblockführer ausgegebenen Befehl, marschunfähige Häftlinge zu erschiessen, durch einen ausdrücklichen Gegenbefehl zurück. Wann dies geschah, lässt sich nicht genau feststellen. Es war aber bestimmt vor Ausgabe des Befehls, die Häftlinge zum Abmarsch aus dem Waldlager von Below antreten zu lassen, wahrscheinlich schon 1 oder 2 Tage vorher. Wie dieser allgemeine Befehl, keinen Häftling mehr zu erschiessen, verbreitet wurde, und ob der Angeklagte davon Kenntnis erhielt, lässt sich nicht aufklären.

III

1.) An einem der letzten Tage des April 1945, wahrscheinlich am 28. oder 29.4.1945, wurde im Laufe des Vormittags der Abmarsch der Häftlinge aus dem Waldlager von Below befohlen und damit sogleich begonnen. Die Häftlinge mussten auf der durch den Wald führenden Strasse antreten. Die Postenkette drückte zu dieser Strasse hin vor. Die Häftlinge waren - wie schon ausgeführt - ausserordentlich entkräftet. Viele waren im Wald vor Erschöpfung gestorben. Vielen gelang es nur mit

Mühe, aufzustehen. Manche Häftlinge beabsichtigten, einfach liegen zu bleiben, in der Hoffnung, die Russen würden in Kürze erscheinen. Das Antreten ging aus diesen Gründen sehr langsam vor sich. Es entstand ein grosses Durcheinander. Es herrschte erheblicher Lärm, zumal kurz vor dem Antreten und während des Antretens Pakete verteilt wurden, die das Schwedische Rote Kreuz gespendet hatte.

Die Wachmannschaften hatten es mit der Räumung des Waldlagers eilig. Es war zwar unbekannt, wo die Front verlief. Man wusste aber, dass bald mit dem Erscheinen russischer Truppen gerechnet werden musste. Als das Lager nahezu geräumt und fast alle Häftlinge auf der Strasse angetreten waren, gingen nochmals SS-Leute allein und in kleinen Gruppen durch den Wald, um liegengebliebene Häftlinge zur Strasse zu treiben. Daran beteiligte sich auch der Angeklagte, der mit der Bewachung der Häftlinge nichts zu tun und sich bis dahin auf dem Gutshof in Below aufgehalten hatte. Ob er auf Befehl oder aus eigenem Antrieb an der Räumung des Waldlagers teilnahm, lässt sich nicht sicher feststellen.

2.) Der Angeklagte stiess beim Durchstreifen des Waldes in der Nähe der Strasse, etwa 20 - 25 m davon entfernt, auf eine Gruppe von 4 Häftlingen, die eng nebeneinander am Boden lagen. Er blieb wenige Schritte vor ihnen stehen und schrie sie an, schleunigst aufzustehen. Seine Maschinenpistole hielt er an der Hüfte im Anschlag auf sie gerichtet. Die 4 Häftlinge versuchten aufzustehen, waren aber so entkräftet, dass sie sich nur zur sitzenden Stellung aufrichten konnten. Der Angeklagte gab daraufhin ohne weiteres von der Hüfte aus einen gezielten Feuerstoss aus seiner Maschinenpistole auf sie ab. Er schoss von der Hüfte aus und in der Absicht, die 4 Häftlinge zu töten. Er traf sie auch. Sie sanken zurück und blieben liegen. Es ist nicht sicher festzustellen, wieviel Schüsse der Angeklagte abgab, ob er seine Opfer tödlich traf und um welche Häftlinge es sich handelte.

Unmittelbar darauf geriet der Angeklagte beim Weitergehen, nur wenige Meter von dieser Häftlingsgruppe entfernt, an 2 andere, eng nebeneinander am Boden liegende Häftlinge. Er blieb ein paar Schritte vor ihnen stehen und schrie sie in

gleicher Weise an, aufzustehen und anzutreten. Auch diese beiden entkräfteten Häftlinge konnten nicht mehr aufstehen. Es gelang ihnen nur, sich in sitzende Stellung aufzurichten. Der Angeklagte gab daraufhin mit seiner Maschinenpistole, wiederum von der Hüfte aus, einen gezielten Feuerstoss auf sie ab, um sie zu töten. Er traf beide. Sie sanken zurück und blieben liegen. Es lässt sich auch in diesem Fall nicht sicher feststellen, wieviel Schüsse der Angeklagte abgab, ob er tödlich traf und wer diese Häftlinge waren.

3.) Als der Angeklagte auf die 4 und die 2 Häftlinge schoss, hielten sich nur noch wenige Häftlinge, darunter der Zeuge Purs, der alles beobachtete, und keine anderen SS-Leute in diesem Teil des Waldes auf. Kurze Zeit vor oder nachher traf der Angeklagte in Begleitung von 2 weiteren SS-Angehörigen beim Durchstreifen des Waldes an einer anderen Stelle auf den Zeugen Schwarz, der mit einigen anderen Häftlingen nach 2 Handwagen suchte. Der Angeklagte schrie sie an, den Wald sofort zu verlassen. Er gebrauchte in diesem Zusammenhang ungefähr die Worte: "Macht, dass ihr wegkommt, sonst knallt's !" und wies Schwarz sinngemäss darauf hin, dass er hier - anders als im Zellenbau, wo er in Sachsenhausen zeitweise als Kalfaktor tätig war - keine Sonderbehandlung erwarten dürfe.

4.) Nachdem das Waldlager geräumt war, fuhr der Angeklagte mit anderen SS-Leuten mit dem Fahrrad weiter. Nach einigen Tagen geriet er, wie an anderer Stelle geschildert, in Gefangenschaft. Die Häftlinge wurden von Below aus noch einmal in Marsch gesetzt. Sie erhielten einige Tage später ihre Freiheit, nachdem die Wachmannschaften und der Kommandanturstab vor den alliierten Truppen geflohen waren.

IV

Die unter I, II und III getroffenen Feststellungen beruhen auf den Aussagen der in der Hauptverhandlung vernommenen Zeugen Jaroslaw Purs, Dr. Konrad Schmidt, Karl

Sauer, Napoleon Simmerdinger, Paul Schwarz, Heinrich Charpian, Walter Schmidchen, Bertram Dietz, Hans Appel, Emil Roßner, August Höhn, Adele Wiechmann, Amandus Goldbeck, Franz Michaelis, Friedrich Schmidt, Wilhelm Thomsen, Wilhelm Lukowicz, Erich Kauschus. Walter Lembcke, Heinrich Wessel, Dr. Georg Herzog zu Mecklenburg, Dr. Ludwig Schmitt und den Angaben des Angeklagten, soweit ihm geglaubt werden kann.

Im einzelnen ist dazu auszuführen:

1.) Soweit die Zeugen von der Tätigkeit des Angeklagten im Konzentrationslager Sachsenhausen berichteten, waren ihre Angaben nicht immer genau und auch nicht frei von Widersprüchen. Das Verhalten des Angeklagten im Lager Sachsenhausen kann deshalb nicht restlos aufgeklärt werden. Das Schwurgericht hat insoweit nur das als feststehend erachtet, was der Angeklagte selbst angab. Was seinen Werdegang und seinen bisherigen Lebenslauf anlangt, ist es gleichfalls seiner Schilderung gefolgt. Die Feststellungen zu I beruhen daher, soweit sie den Angeklagten betreffen, allein auf seinen Angaben, die insoweit für glaubwürdig gehalten worden sind.

2.) Die in I enthaltenen Feststellungen zu den allgemeinen Verhältnissen im Lager und die unter II und III 4 getroffenen Feststellungen zur Räumung des Lagers und zum Marsch der Häftlinge nach Mecklenburg beruhen auf den Aussagen der Zeugen Purs, Sauer, Simmerdinger, Schwarz, Charpian, Schmidchen, Dietz, Appel, Roßner, Höhn, Wiechmann, Goldbeck, Michaelis, Friedrich Schmidt, Thomsen, Lukowicz, Kauschus, Lembcke, Wessel, Dr. Georg Herzog zu Mecklenburg und Dr. Schmitt. Soweit der Angeklagte dazu etwas angeben konnte, stimmt seine Darstellung mit den getroffenen Feststellungen überein.

3. a) Zu den Feststellungen in III 1 bis 3 ist das Schwurgericht auf Grund der Aussagen der Zeugen Purs, Simmerdinger, Schwarz, Dietz, Roßner, Friedrich Schmidt und Wessel gelangt.

Der Angeklagte streitet es ab, im Waldlager von Below auf Häftlinge geschossen zu haben. Er streitet überhaupt ab, das Waldlager in Below jemals betreten zu haben. Er behauptet, am

27.4.1945 um 9 Uhr als Führer einer Gruppe von 5 oder 6 SS-Leuten nach ordnungsmässiger Abmeldung mit dem Fahrrad nach Parchim aufgebrochen zu sein, bevor die Häftlinge zum Abmarsch antraten. Während seines Aufenthalts im Gut von Below (25. bis 27.4.1945) habe er keinen Dienst getan. Lediglich in der Nacht vom 26. zum 27.4.1945 habe er einige Stunden an der Bewachung von Rot-Kreuz-Paketen teilgenommen, die am Waldrand in der Nähe des Gutes Below neben der Strasse gelagert waren. Er behauptet weiter, schon am 27.4.1945 in Parchim angekommen und hier bis zum 29.4.1945 geblieben zu sein, wobei er am 28.4.1945 auf dem Marktplatz von Parchim die Zeugin Wiechmann getroffen habe. Es sei daher unmöglich, dass er sich an der Räumung des Waldlagers in irgendeiner Weise beteiligt haben könne. Schliesslich habe er auch keinen Anlass und keinen Befehl gehabt, sich um die Bewachung oder das Sammeln und Antreten der Häftlinge zu kümmern. Das sei Aufgabe der Wachmannschaft gewesen, die in ausreichender Zahl zur Verfügung stand.

b) Diese Einlassung des Angeklagten ist durch die Aussagen der Zeugen Purs und Schwarz widerlegt:

aa) Der Zeuge Purs war als tschechischer Sozialdemokrat vom 7.12.1939 bis zuletzt im Konzentrationslager Sachsenhausen. In der Zeit von Oktober 1941 bis März 1945 war er dort als Kalfaktor und Läufer der Kommandantur tätig. Zu seinen Aufgaben gehörte es, für die SS-Leute und die "Ehrenhäftlinge" im Zellenbau das Essen aus der Kommandanturküche zu bringen und das Geschirr nach Gebrauch wieder abzuholen. Auf diese Weise kam er 3 1/2 Jahre lang nahezu täglich mehrmals in den Zellenbau. Er traf dabei fast immer mit dem Angeklagten zusammen, kannte ihn also genau.

Der Zeuge Purs hat das unter III 2 festgestellte Verhalten des Angeklagten selbst beobachtet. Er sah den Angeklagten schon vorher im Wald hin- und herlaufen und mit der Maschinenpistole in der Hand nach liegengebliebenen Häftlingen suchen. Er fürchtete sich vor ihm und liess ihn deshalb, während er selbst zur Strasse hinging, nicht aus den Augen. Als der Angeklagte auf die 4 Häftlinge schoss, war Purs nur 14 bis 16 m von diesen entfernt und sah den Angeklagten auf noch etwas kürzere Entfernung, mehr

seitlich, als von hinten. Als unmittelbar darauf die Schüsse auf die 2 Häftlinge abgegeben wurden, stand Purs 15 bis 18 m von den Opfern entfernt und konnte dem Angeklagten aus etwa der gleichen Entfernung von der Seite her ins Gesicht sehen. Es standen keine anderen Häftlinge zwischen ihm und dem Angeklagten. Es waren auch keine anderen SS-Leute in der Nähe.

Da es heller Vormittag war, die Bäume weit auseinanderstanden und - auch nach den Angaben der übrigen unter 3 a genannten Zeugen - eine verhältnismässig weite Sicht zulassen, der Wald schliesslich von Häftlingen schon nahezu frei war, besteht kein Zweifel, dass der Zeuge Purs gut beobachten konnte und richtig beobachtet hat. Er war damals 44 Jahre alt, von den Strapazen des Marsches zwar erschöpft, aber in verhältnismässig guter gesundheitlicher Verfassung und durchaus in der Lage, die Vorgänge in seiner Nähe genau wahrzunehmen. Da er den Angeklagten gut kannte, ist es ausgeschlossen, dass er sich in der Person des Täters täuschte. Seine Bekundungen sind nach alldem zuverlässig. Sie werden auch nicht durch die lange Zeit in Frage gestellt, die seitdem vergangen ist, handelte es sich doch um ein in den letzten Tagen der Gefangenschaft, vor seinen Augen, von einem ihm gut bekannten Manne begangenes schweres Verbrechen.

Purs ist auch glaubwürdig. Er hat schon vor Jahren im Verlaufe eines anderen Strafverfahrens dem Zeugen Dr. Schmidt als damaligen Untersuchungsrichter das Verhalten des Angeklagten im Wald von Below zur Kenntnis gebracht und dabei nichts anderes geschildert, als jetzt in der Hauptverhandlung. Er beherrscht die deutsche Sprache vollkommen und hat ruhig, vorsichtig und leidenschaftslos ausgesagt. Soweit er von den Verhältnissen im Lager Sachsenhausen und dem Verhalten des Angeklagten im Zellenbau berichtete, hat er zwischen dem eigenen Erleben und den mannigfachen Gerüchten sorgsam unterschieden und dem Angeklagten nichts Übles nachgesagt. Es ist ausgeschlossen, dass er dem Angeklagten durch falsche Angaben schaden will, aus Rache etwa oder aus allgemeinen politischen Gründen.

Es steht aus all diesen Gründen zur Überzeugung des Schwurgerichts fest, dass der Zeuge Purs eine wahrheitsgemässe Schil-

derung des Verhaltens des Angeklagten im Wald von Below gegeben hat.

bb) Die Behauptung des Angeklagten, er sei überhaupt nicht im Wald von Below gewesen, wurde auch durch die Aussage des Zeugen Schwarz widerlegt. Dieser Zeuge ist 1937/38 als "ernster Bibelforscher" (Zeuge Jehova) über 1 1/2 Jahre im Zellenbau des Konzentrationslagers Sachsenhausen eingesperrt und von Frühjahr 1942 bis Oktober 1943 als Kalfaktor im Zellenbau tätig gewesen. Er kannte den Angeklagten, mit dem er jahrelang täglich zu tun hatte, genau.

Der Zeuge Schwarz hat die unter III 3 festgestellte Begebenheit mit dem Angeklagten ruhig und bestimmt geschildert. Da die Sichtverhältnisse - wie schon erläutert - gut waren und Schwarz mit dem Angeklagten sogar aus nächster Nähe sprach, ist es ausgeschlossen, dass er sich in der Person täuschte. Seine Angaben sind trotz der inzwischen vergangenen langen Zeit zuverlässig, handelte es sich doch um ein Erlebnis ganz zum Schluss seiner langen Leidenszeit, das man nicht so leicht vergisst.

Der Zeuge Schwarz ist auch glaubwürdig. Er hat überlegt und sicher ausgesagt und war offensichtlich frei von irgendwelchen Hassgefühlen. Den Zeugen Purs hat er erst in der Hauptverhandlung wieder gesehen. Er hat zu ihm keinerlei Beziehungen unterhalten und ganz unabhängig von ihm ausgesagt. Seine Bekundungen stützen die Schilderung des Tatzeugen, wenn er selbst den Angeklagten auch nicht schiessen sah und nicht sicher ist, ob der Angeklagte bei jener Begebenheit im Wald eine Maschinenpistole oder einen Karabiner in der Hand trug.

c) Die Aussagen der übrigen Zeugen stehen zu denen der Zeugen Purs und Schwarz nicht in Widerspruch und sind nicht geeignet, die Richtigkeit dieser Angaben in Zweifel zu ziehen:

Die Zeugen Wiechmann und Roßner haben bestätigt, den Angeklagten mit dem Fahrrad unterwegs getroffen zu haben. Sie wissen aber beide nicht mehr, wann und wo dies war. Der Zeuge Wessel, der Adjutant des Lagerkommandanten, hat bestätigt, dass sich ein

Teil des Kommandanturstabs in Below vor dem Abmarsch der Häftlinge mit Fahrrädern in Marsch setzte. Er weiss aber nicht genau, wann dies war und ob sich der Angeklagte darunter befand. Er kann es ferner weder behaupten, noch ausschliessen, dass sich Angehörige des Kommandanturstabs am Durchsuchen des Waldes nach liegengeliebenen Häftlingen beteiligten. Diesen Aussagen kommt daher für die Frage, ob der Angeklagte beim Antreten der Häftlinge im Wald war, keine Bedeutung zu.

Der Zeuge Wessel hat ferner behauptet, dass er während des Antretens der Häftlinge keine Schüsse gehört, und dass er keine Leichen gesehen habe, als er mit dem Kommandanten nach dem Abmarsch noch einmal durch das Waldlager ging. Diese Bekundungen können die getroffenen Feststellungen nicht in Frage stellen. Wessel war, wie er selbst sagt, beim Sammeln und Antreten nicht immer in der Nähe des Waldlagers, sondern zeitweise auch im Gutshof. Es ist daher möglich, dass er die Schüsse des Angeklagten gar nicht hören konnte. Da er selbst sagt, nach der Räumung nur einmal kurz durch den Wald gegangen zu sein und ihn dabei nicht genau abgesucht zu haben, ist es ferner möglich, dass er die liegengeliebenen Leichen nicht bemerkte. Es ist nach dem Eindruck, den das Schwurgericht von diesem Zeugen erhielt und im Hinblick auf seine früheren, erheblich abweichenden Bekundungen zu dieser Frage auch möglich, dass Wessel, der selbst wegen im Konzentrationslager begangener Verbrechen zu 7 1/2 Jahren Zuchthaus verurteilt ist, absichtlich mit der Wahrheit zurückhielt.

V

1.) Als der Angeklagte den Feuerstoss auf die 4 Häftlinge abgab, handelte er in der Absicht, sie zu töten. Zu dieser Überzeugung ist das Schwurgericht durch die im einzelnen schon beschriebenen Umstände gelangt: Der Angeklagte gab eine ganze Serie von Schüssen ab; er schoss auf nächste Entfernung, nicht etwa in die Luft, sondern gezielt, und traf die Häftlinge auch, was der Zeuge Purs ausdrücklich als eigene Beobachtung bestätigte. Der Angeklagte kann mit diesen Schüssen

also keinen anderen Zweck verfolgt haben, als die 4 Häftlinge zu töten.

Nur weil nicht sicher festgestellt werden kann, dass die Schüsse auch wirklich tödlich trafen, kommt das Schwurgericht zu dem Ergebnis, dass der Angeklagte 4er Verbrechen des versuchten Totschlags schuldig ist (§§ 212, 43 StGB).

Im Rechtssinne liegt eine Handlung vor, weil der Angeklagte nur einen gegen alle 4 Häftlinge gerichteten Feuerstoss abgab, den Entschluss, sie zu töten, also durch eine einzige Willensbetätigung auszuführen begonnen hat. Die 4 Verbrechen des versuchten Totschlags stehen deshalb in Tateinheit (§ 73 StGB; BGH in MDR 62, 319).

2.) Für den Feuerstoss, den der Angeklagte auf die 2 Häftlinge abgab, gilt dasselbe. Der Angeklagte ist daher 2er weiterer in Tateinheit stehender Verbrechen des versuchten Totschlags schuldig (§§ 212, 43, 73 StGB).

3.) Diese beiden Handlungen stehen untereinander in Tatmehrheit (§ 74 StGB): Der Feuerstoss, den der Angeklagte auf die 4 Häftlinge abgab, stellt eine selbständige Handlung dar. Als er danach auf 2 weitere Häftlinge einen Feuerstoss abgab, hat er - wenn auch nur kurze Zeit später - auf Grund eines neuen Entschlusses gehandelt und eine neue selbständige Tat begangen, die mit der ersten, bereits abgeschlossenen, nicht in Verbindung steht.

4.) Versuchter Mord liegt aus den folgenden Gründen nicht vor:

a) Der Angeklagte hat von vorne auf die Häftlinge geschossen und hat ihnen unmittelbar vorher mit vorgehaltener Maschinenpistole befohlen, aufzustehen. Seine Opfer waren zwar wehrlos. Es kann aber keine Rede davon sein, dass er eine bei ihnen vorliegende Arglosigkeit ausgenutzt hätte. Ein heimtückisches Verhalten ist daher nicht festzustellen. Die Umstände der Tatausführung schliessen auch ein grausames oder ein Handeln mit gemeingefährlichen Mitteln aus.

b) Das Schwurgericht hat die Persönlichkeit des Angeklagten und sein Verhalten in den Konzentrationslagern so gründlich wie möglich aufzuklären versucht, weil dies für die Frage von Bedeutung ist, ob die Tötungsversuche aus niedrigen Beweggründen begangen wurden. Es ist der Überzeugung, dass der Angeklagte auf Grund seiner politischen Einstellung und seiner dienstlichen Laufbahn bei der SS den Wert des Lebens der Häftlinge gering einschätzte. Andererseits ist nicht sicher festzustellen, dass er sich dieser grundsätzlichen Missachtung bei der Tat bewusst und dies der Beweggrund seines Handelns war. Es ist vielmehr möglich, ja wahrscheinlich, dass er die Schüsse in der allgemeinen Verwirrung und Aufregung der Tage vor dem Zusammenbruch abgab, gewiss in der Absicht, die Häftlinge, die nicht aufstehen konnten, zu töten, aber doch ohne viel zu überlegen und sich der Wertvorstellungen des nationalsozialistischen Gedankengutes bewusst zu werden.

Dass der Angeklagte aus niedrigen Beweggründen handelte, kann daher nicht festgestellt werden. Mordlust, Befriedigung des Geschlechtstriebes und Habgier scheiden nach den festgestellten Tatumständen als Beweggründe von vornherein aus.

5.) Der Angeklagte streitet die Tat rundweg ab. Es ist ihm bei dieser Einlassung naturgemäss verwehrt, sich darauf zu berufen, dass er auf Befehl gehandelt habe. Das Schwurgericht hat dennoch geprüft, ob ein solcher Befehl vorgelegen haben kann oder ob sich der Angeklagte möglicherweise vorstellte, er handle in Ausführung eines Befehls:

a) Ob der Angeklagte auf Befehl an der Räumung des Waldlagers teilnahm oder sich aus eigenem Antrieb beteiligte, um die Häftlinge möglichst schnell in Marsch zu setzen und selbst bald abfahren zu können, kann nicht aufgeklärt werden. Selbst wenn er dazu befohlen war, ist es aber ausgeschlossen, dass er zugleich angewiesen wurde, nicht marschfähige Häftlinge zu erschiessen, denn zu diesem Zeitpunkt hatte der Lagerkommandant den ursprünglich an die Marschblockführer gegebenen Befehl bereits widerrufen und ausdrücklich angeordnet, dass keine Häftlinge mehr erschossen werden dürfen. Da der Lager-

kommandant die Führung dieses auf dem Marsch befindlichen Konzentrationslagers, einschliesslich aller dazu gehörender SS-Leute und Wachmannschaften, trotz der angespannten Lage sicher in der Hand hielt, der Angeklagte in dieser Zeit auch keinem anderen SS-Führer unterstellt war, ist es unmöglich, dass dem Angeklagten von irgendeiner Seite ein Erschiessungsbefehl erteilt worden sein könnte.

b) Der Angeklagte behauptet, dass er von dem beim Abmarsch in Sachsenhausen gegebenen Erschiessungsbefehl, nichts gewusst habe. Da er mit der Bewachung der Häftlinge nichts zu tun hatte und in einer geschlossenen motorisierten Kolonne nach Below fuhr, zumeist auf anderen Wegen als von den Marschblöcken benutzt, die Leichen der Erschossenen also nicht sah, ist dies möglich. Selbst wenn zu seinen Gunsten aber angenommen wird, dass er von jenem Befehl auf irgend eine Weise Kenntnis erhielt, war ihm doch bewusst, dass sich dieser nur an die Wachmannschaft für die Dauer des Marsches richtete und ihn - den Angeklagten - nicht betraf. Auch wenn er vom Widerruf jenes Befehls nichts wusste und auf Befehl an der Räumung des Waldlagers teilnahm, steht daher ausser Zweifel, dass ihn die Kenntnis jenes in Sachsenhausen ausgegebenen Befehls nicht zu der Annahme veranlasste, er habe n-un Befehl, Häftlinge, die der Aufforderung zur Räumung des Waldlagers nicht folgten, zu erschiessen. Er hat aus eigenem Antrieb auf die Häftlinge, die er für marschunfähig hielt, geschossen, wenn auch zu seinen Gunsten angenommen werden darf, dass er meinte, letztlich doch im Sinne der ihm übergeordneten SS-Führung zu handeln.

c) Es steht sonach fest, dass der Angeklagte, als er auf die 4 und dann auf die 2 Häftlinge mit Tötungsabsicht schoss, nicht in Ausführung eines Befehls handelte und das Vorliegen eines solchen Befehls auch nicht irrtümlich annahm. Dass ein Befehl dieser Art ein Verbrechen bezweckt hätte, rechtswidrig gewesen und vom Angeklagten beides erkannt worden wäre, steht überdies nach den gesamten Umständen ausser Zweifel, was der Vollständigkeit halber erwähnt werden soll. Der Angeklagte müsste selbst in diesem Fall, selbst wenn § 47 MilStGB angewandt werden müsste, als Täter, nicht etwa als Gehilfe, be-

straft werden.

Dem Angeklagten steht weder ein Rechtfertigungs-, noch ein Schuld ausschliessungsgrund zur Seite. Er hat gewusst, dass er rechtswidrig handelte. Er hat die Strafbarkeit seines Handelns gekannt. Es bestehen auch keine Zweifel an seiner strafrechtlichen Verantwortlichkeit zur Tatzeit. Insbesondere gibt die allgemeine Aufregung, die in diesen letzten Tagen vor dem Zusammenbruch gerade bei SS-Angehörigen, und wohl auch beim Angeklagten vorgelegen haben mag, dazu keinen Anlass.

6.) Dass der Angeklagte bereits einmal von einem sowjetischen Militärgericht bestraft worden ist, steht der hier erfolgten Verurteilung schon um deswillen nicht entgegen, weil jenes Urteil die hier abzuurteilenden Taten - wie im einzelnen schon ausgeführt - nicht umfasst hat. Ein Fall des Art. 103 Abs. 3 GG liegt daher nicht vor.

7.) Die Strafverfolgung ist noch nicht verjährt. Die Verjährungszeit dauert 15 Jahre (§ 67 Abs. 1 StGB). Sie wurde durch die in diesem Verfahren am 15.10.1959 erfolgte Vernehmung des Zeugen Purs durch den Ermittlungsrichter beim Amtsgericht Coburg unterbrochen (§ 68 StGB). Die Vernehmung betraf die hier abgeurteilten Taten und richtete sich gegen den Angeklagten.

VI

1.) Die verwirkten Einzelstrafen sind aus § 212 StGB zu entnehmen. Anzuwenden ist das Strafgesetzbuch in seiner jetzt geltenden Fassung, weil es die mildere Strafandrohung enthält (§ 2 Abs. 2 S. 2 StGB).

Zum Strafmass ist erwogen:

Strafmildernd wirkt, dass der Angeklagte viele Jahre nach dem Kriege in Haft gehalten wurde und insbesondere das schwere Los eines zu lebenslanger Zwangsarbeit in Sibirien verurteilten Gefangenen ertragen musste. Zu seinen Gunsten wird ferner gewertet, dass er schon in jungen Jahren zu radikalen politischen Organisationen gelangte und durch seine jahrelange Tätigkeit als

SS-Unterführer in Konzentrationslagern immer mehr abstumpfte und in die Vorstellung hineinwuchs, dass um das Wohl des Staates willen gegen Staatsfeinde, als die er seine Opfer ansah, rücksichtslos vorgegangen werden müsse. Strafmildernd soll ihm auch zugute kommen, dass er sich damals, den Zusammenbruch vor Augen, in einer erregten Stimmung befand, und dass er möglicherweise meinte, im Sinne seiner Vorgesetzten zu handeln, denen er so viele Jahre bedingungslos ergeben war. Da nur versuchte Verbrechen festgestellt sind, werden die Einsatzstrafen auch nach § 44 StGB angemessen gemildert.

Strafschärfend ist andererseits beachtet, dass der Angeklagte einmal auf 4, dann auf 2 Menschen schoss, und dass es sich dabei um entkräftete und wehrlose Opfer handelte.

Dies alles berücksichtigt, liegen mildernde Umstände im Sinne des § 213 StGB nicht vor. Das Schwurgericht hält für die versuchte Tötung der 4 Häftlinge eine Zuchthausstrafe von 3 Jahren, für die versuchte Tötung der 2 Häftlinge eine Zuchthausstrafe von 2 Jahren für schuldangemessen. Die daraus zu bildende Gesamtstrafe wird auf 4 Jahre Zuchthaus festgesetzt (§ 74 StGB).

2.) Die nach 1945 ergangenen Straffreiheitsgesetze stehen der Verurteilung nicht entgegen. Das bayerische Straffreiheitsgesetz vom 24.1.1948 und das Straffreiheitsgesetz vom 31.12.1949 sind wegen der Strafhöhe nicht anwendbar, wobei für das letzte Gesetz noch zu erwähnen ist, dass ein Fall des § 9 wegen der Tatzeit nicht vorliegen kann. Das Straffreiheitsgesetz vom 17.7.1954 kann gleichfalls schon wegen der erkannten Strafhöhe nicht angewandt werden, denn es kommt nach § 11 dieses Gesetzes auf die gebildete Gesamtstrafe an, und diese liegt über der Grenze von 3 Jahren.

3.) Die Strafe des sowjetischen Militärgerichts, die der Angeklagte zum Teil in sibirischen Zwangsarbeitslagern verbüßte, kann auf die hier erkannte Strafe nicht angerechnet werden, weil sie andere Taten betraf. Es steht auf Grund der eigenen Angaben des Angeklagten ausser Zweifel, dass seinerzeit eine Reihe von Straftaten abgeurteilt wurden, die der Angeklagte sämtlich im Kon-

zentrationenlager Sachsenhausen verübt haben soll. Es ist im einzelnen schon festgestellt, um welche Taten es sich dabei handelt. Das Verfahren vor dem sowjetischen Militärgericht mag - gemessen an unseren Vorschriften - Mängel aufgewiesen haben. Es steht jedoch fest, dass dem Angeklagten nicht einfach seine SS-Angehörigkeit oder, ganz allgemein, seine Tätigkeit im Konzentrationslager, sondern genau umrissene Taten zur Last gelegt wurden. Von den Schüssen, die er in Tötungsabsicht auf die Häftlinge im Wald von Below abgab, war in jenem Verfahren und in jener Verurteilung überhaupt keine Rede. Ein Fall des § 7 StGB liegt daher nicht vor, so dass der Strafvollzug in Sibirien nicht angerechnet werden kann. Dass die Straftat in sibirischen Zwangsarbeitslagern als Strafmilderungsgrund weitgehend berücksichtigt wurde, ist schon ausgeführt.

4.) Die bürgerlichen Ehrenrechte sind dem Angeklagten gemäss § 32 StGB aberkannt worden, denn sein Verhalten war trotz der vorliegenden Strafmilderungsgründe im hohen Mass ehrlos.

VII

Das Hauptverfahren ist wegen einer weiteren Tat, nämlich wegen eines Verbrechens des versuchten Mordes, eröffnet worden. Der Angeklagte soll gleichfalls in jenen Tagen Ende April 1945 im Wald von Below mit einer Pistole auf einen Häftling geschossen haben, um ihn zu töten.

Diese Tat ist dem Angeklagten nicht nachzuweisen.

Der in der Hauptverhandlung vernommene Zeuge Eschricht, der als Häftling des Konzentrationslagers Sachsenhausen am Marsch nach Mecklenburg teilnahm, gibt dazu folgendes an:

Er habe nachts gegen 22 Uhr im Walddlager von Below 2 schnell aufeinander folgende Pistolen-schüsse in unmittelbarer Nähe gehört. Als er daraufhin in diese Richtung sah, habe er den Angeklagten erblickt, der etwa 20 bis 22 m entfernt stand und in der noch erhobenen Hand eine Pistole hielt. 5 bis 6 m vor dem Angeklagten

sei in diesem Augenblick ein Häftling umgefallen, offensichtlich vom Angeklagten erschossen. Der Angeklagte habe sich darauf umgedreht und seine Pistole weggesteckt. Er - Eschricht - habe ihm dabei ins Gesicht sehen können und habe ihn erkannt.

Diese Angaben, die von keinem anderen Zeugen bestätigt und vom Angeklagten abgestritten werden, sind nicht genügend zuverlässig, um den Angeklagten zu überführen. Auch wenn es verhältnismässig hell war, ist es doch sehr schwer, in der Nacht und im Wald einen Menschen auf 20 bis 22 m Entfernung einwandfrei zu erkennen. Da ferner feststeht, dass Eschricht den Angeklagten kaum gekannt und ihn im Konzentrationslager nur selten gesehen hat, ist es nicht auszuschliessen, dass er sich in der Person des Täters täuschte. Schon aus diesem Grunde reichen die Angaben des Zeugen Eschricht nicht aus, dem Angeklagten dieses Verbrechen nachzuweisen. Es kommt hinzu, dass Eschricht im Gegensatz zu Purs und Schwarz einen sehr unsicheren Eindruck hinterliess. Bei ihm bestehen Zweifel, ob er nach so langer Zeit zwischen eigenem Erleben und Vorgängen, die er selbst - vielleicht entstellt - erzählt bekommen hat, sicher zu unterscheiden weiss. Selbst wenn man ihm zubilligt, dass er sich um die Wahrheit bemühte und seine Angaben für richtig hielt, kann auf seine Aussage eine Verurteilung nicht gestützt werden.

Insoweit ist der Angeklagte freizusprechen.

VIII

Die Kostenentscheidung beruht auf §§ 464, 465, 467 Abs. 1 StPO.

gez. Schöntag

Scheuering

Faber

Landgerichtsdirektor

Landgerichtsrat

Amtsgerichtsrat



Beglaubigt.

Coburg, den 10. JAN. 1963

Kühner
Justizobersekretär
als Urkundsbeamter

der Geschäftsstelle des Landgerichts

Nachschlagewerk: ja
Amtliche Sammlung: ja

StPO § 245

Schriftstücke oder Anlagen der Gerichtsakten werden erst dadurch zu herbeigeschafften Beweismitteln im Sinne des § 245 StPO, daß ein Prozeßbeteiligter ihre Verwendung als Beweismittel beantragt (im Anschluß an RGSt 41, 4, 13).

BGH, Urt. v. 14. Mai 1963 - 1 StR 120/63 - SchwG Coburg

I m N a m e n d e s V o l k e s

In der Strafsache
g e g e n

den Porzellanbrenner Kurt E c c a r i u s aus Coburg,
dort geboren am 5. März 1905, zur Zeit in Untersuchungs-
haft,

wegen versuchten Mordes

hat der 1. Strafsenat des Bundesgerichtshofs in der
Sitzung vom 14. Mai 1963, an der teilgenommen haben:

Senatspräsident Dr. Geier
als Vorsitzender,
Bundesrichter Dr. Willms
Bundesrichter Dr. Hübner
Bundesrichter Fischer
Bundesrichter Mai
als beisitzende Richter,
Bundesanwalt Dr. Kohlhaas in der Verhandlung,
Oberstaatsanwalt beim Bundesgerichtshof Herzog
bei der Verkündung
als Vertreter der Bundesanwaltschaft,
Justizangestellter Wiedmann
als Urkundsbeamter der Geschäftsstelle,

für Recht erkannt:

Die Revision des Angeklagten gegen das Urteil
des Schwurgerichts bei dem Landgericht Coburg vom
30. November 1962 wird verworfen.

Der Angeklagte hat die Kosten des Rechtsmit-
tels zu tragen. Die Untersuchungshaft seit dem
1. Dezember 1962 wird ihm, soweit sie drei Monate
übersteigt, auf die Strafe angerechnet.

Von Rechts wegen

G r ü n d e :

Im Frühjahr 1945 wurden die Häftlinge des Konzentrationslagers Sachsenhausen beim Herannahen der Ostfront im Fußmarsch weggeführt und mußten vorübergehend in einem Waldstück in der Nähe von Wittstock (Mecklenburg) lagern. Als dann an einem Vormittag weitermarschiert werden sollte, war eine Reihe von Häftlingen dazu infolge Entkräftung nicht mehr imstande. Der Angeklagte, der als SS-Unterführer zum Personal des Konzentrationslagers gehörte, gab beim Durchstreifen des Waldstücks nacheinander auf zwei Gruppen solcher Häftlinge von vier und zwei Personen gezielte Feuerstöße mit seiner Maschinenpistole ab. Er traf auch; doch konnte ein tödlicher Erfolg der Schüsse nicht sicher festgestellt werden. Das Schwurgericht hat den Angeklagten deshalb wegen vier rechtlich zusammentreffender Verbrechen des versuchten Totschlags in Tatmehrheit mit zwei weiteren rechtlich zusammentreffenden Verbrechen des versuchten Totschlags zur Gesamtstrafe von vier Jahren Zuchthaus verurteilt. Eine Anrechnung der auf Grund der Verurteilung durch ein russisches Militärgericht vom Angeklagten in der Sowjetunion verbüßten Strafe hat es abgelehnt, weil das sowjetische Militärgericht auf sie wegen anderer, nämlich ausschließlich vorher im Konzentrationslager Sachsenhausen begangener Taten erkannt habe.

Die Revision des Angeklagten beanstandet mit der Verfahrensbeschwerde, daß das Schwurgericht die in Abschrift bei den Akten befindliche Anklage und das Urteil des sowjetischen Militärgerichtsverfahrens nicht urkundensbeweislich verwertet habe. Sie meint, daß diese Beweiserhebung eine dem Angeklagten günstige Entscheidung über die Anrechnung der in der Sowjetunion verbüßten Strafaft zur Folge gehabt hätte. Durch die Nichterhe-

bung dieses Beweises habe das Schwurgericht gegen § 245 StPO verstoßen und außerdem die ihm nach § 244 Abs. 2 StPO obliegende Pflicht zur Sachaufklärung verletzt.

Die Rügen gehen fehl.

Dem Urkundenbeweis zugängliche Schriftstücke, die sich in den Gerichtsakten oder in Anlagebänden von ihnen befinden, sind nicht ohne weiteres als herbeigeschaffte Beweismittel im Sinne des § 245 StPO anzusehen. Sie gewinnen diese Eigenschaft erst dadurch, daß ein Prozeßbeteiligter in der Hauptverhandlung seinen Willen zu erkennen gibt, also beantragt, daß sie als Beweismittel benutzt werden sollen. An diesem schon in der Rechtsprechung des Reichsgerichts aufgestellten und vom Bundesgerichtshof bestätigten Erfordernis (RGSt 41, 4, 13; BGH Urt. vom 8. April 1954 - 4 StR 866/53), das sich aus dem Wortlaut und dem Sinnzusammenhang der Vorschrift ergibt, ist festzuhalten. Ohne eine solche Einschränkung müßte der Tatrichter alles, was sich an verlesbaren Urkunden bei den Akten oder Beiakten befindet, in der Hauptverhandlung verlesen, und zwar ohne Rücksicht darauf, ob es für die Sachaufklärung dienlich ist oder von einem Beteiligten als dazu dienlich angesehen wird, und er könnte diesem Zwange nur dadurch ausweichen, daß er sich in jedem Falle des ausdrücklichen Einverständnisses von Staatsanwaltschaft und Angeklagten mit der Nichterhebung des Beweises versicherte. Die Revision behauptet selbst nicht, daß ein Beteiligter in der Hauptverhandlung beantragt habe, die bei den Akten befindlichen Urkunden zu verlesen, deren Nichtverlesung die Revision rügt. Ausweislich des Protokolls ist auch tatsächlich kein Antrag dieses Inhalts gestellt worden; § 245 StPO ist daher nicht verletzt.

Die Aufklärungsrüge zum gleichen Gegenstand ist unbegründet. Denn was das bei den Akten in Abschrift und Übersetzung befindliche sowjetische Urteil als Gegenstand der Verurteilung des Angeklagten bezeichnet, deckt sich in vollem Umfange mit dem, was das Schwurgericht insofern auf Grund der eigenen Angaben des Angeklagten festgestellt hat. Es ist deshalb nicht ersichtlich, was den Tatrichter zu dem von der Revision vermißten Urkundenbeweis drängen sollte. Das gilt auch für die Anklageschrift des sowjetischen Verfahrens, die als Beweismittel heranzuziehen nur dann einen Sinn hätte, wenn das für die frühere Bestrafung maßgebliche militärgerichtliche Urteil aus sich heraus nicht voll verständlich wäre und die Anklageschrift der Aufhellung solcher Teile der Urteilsbegründung dienen könnte.

Die mit der Sachrüge gegen die Auslegung des § 7 StGB durch das Schwurgericht erhobenen Angriffe gehen gleichfalls fehl. Da sich die Verurteilung des Angeklagten durch das russische Militärgericht nur auf Vorgänge während seiner vorausgehenden Tätigkeit im Konzentrationslager Sachsenhausen, nämlich auf die Teilnahme an der Ermordung von 18.000 russischen Kriegsgefangenen, die Teilnahme an der Erschießung englischer und holländischer Kriegsgefangener, der Erschießung eines österreichischen Häftlings, der "Vernichtung" von Pfarrern und Bibelforschern und der Hinrichtung eines Norwegers, bezog und nicht Tötungen während des Todesmarschs nach Auflösung des Konzentrationslagers zum Gegenstand hatte, betraf sie nicht dieselbe Handlung im Sinne des § 264 StPO, deretwegen der Angeklagte im angefochtenen Urteil zur Rechenschaft gezogen wurde. Ob die Anklage in dem sowjetischen Militärgericht möglicherweise auch auf eine Verurteilung wegen dieser späteren Vorkommnisse abzielte, ist gleichgültig, da es für § 7 StGB allein

darauf ankommt, wegen welcher Tat das ausländische Gericht schließlich verurteilt hat.

Was die Revision außerdem noch u.a. im Zusammenhang mit § 47 MilStGB zur Sachrüge vorträgt, ist offensichtlich unbegründet. Auch die auf die allgemeine Sachrüge hin gebotene umfassende Nachprüfung hat keinen sachlichen Mangel des angefochtenen Urteils erkennen lassen. Die Revision war deshalb zu verwerfen.

Dr. Geier
Fischer

Willms
Mai

Hübner

Aktenzeichen: 2 Js 206/59

An das
Schwurgericht bei dem Landgericht
in C o b u r g

Berichterstatter:
Herr Landgerichtsrat

den

1960

Der Vorsitzende der
Strafkammer:

I. Anklageschrift

I. Beschluss

des Landgerichts . . .
. . . Strafkammer.

E c c a r i u s Kurt geboren am 5. 3. 1905 zu Coburg, verh.
Maschinenschlosser derzeit Porzellan-
brenner Coburg, Metzgergasse 4,

deutscher Staatsangehöriger,

vorbestraft,

ist hinreichend verdächtig,

in 6. selbständigen Fällen
versucht zu haben. Menschen vorsätzlich
aus niedrigen Beweggründen, nämlich aus
einer Gesinnung heraus, die politisch
missliebigen oder rassistisch missachteten
Personen jeden Menschenwert und jede
Menschenwürde absprach und heimtückisch

nämlich unter bewusster Ausnutzung
der Wehrlosigkeit von Häftlingen eines
Konzentrationslagers, zu töten

Sachverhalt:

Der Angeschuldigte, der seit 1929 der allgemeinen SS angehörte und im Juni 1933 zur SS Wachtruppe des KL Dachau kam, verrichtete dort bis Ende Juni 1936 Dienst als Rechnungsführer und Kompaniefelawebel. Nach kurzer Verwendung im KL Columbiahaus Berlin erfolgte im November oder Dezember 1936 seine Versetzung in das damals im Aufbau begriffene KL Sachsenhausen. Hier war er bis 19. 4. 1945 tätig und zwar erst als stellvertretender Leiter des sog. Zellenbaues, in welchem Lagerstrafen vollstreckt wurden und ab August 1942 im Rang eines SS-Hauptscharführers als dessen Leiter.

Am 20. 4. 1945 ordneten die damaligen Machthaber an, dass das Lager vor den heranrückenden Truppen der Alliierten zu räumen sei und die Häftlinge und Wachmannschaften sich in Richtung Ravensbrück abzusetzen hätten.

Der Abmarsch der etwa 35 000 Häftlinge erfolgte in Blöcken, die zunächst, soweit es sich um ausländische Lagerinsassen handelte, nach Nationalitäten gegliedert waren, sich jedoch nach einigen Tagen infolge der durch die Strapazen des Marsches zahlreichen Ausfälle vermischten. Unter den Marschblöcken befand sich auch ein solcher mit Häftlingen tschechischer Nationalität in Stärke von etwa 600 - 800 Mann. Als Begleiter und Antreiber waren die bisherigen SS-Wachmannschaften eingesetzt.

Da die im Lager schon schlecht genährten und durch übermässige Arbeit geschwächten Häftlinge während des Marsches keine Verpflegung erhielten und ohne entsprechende Bekleidung und Ausrüstung im Freien nächtigen mussten, fanden eine nicht mehr feststellbare Zahl von Häftlingen, schätzungsweise 12 000 den Tod.

Etwa 5 oder 6 Tage nach dem Abmarsch aus Sachsenhausen kam der stark dezimierte Zug in einen Wald bei Below in Mecklenburg und blieb dort 3 Tage. Die Häftlinge lagen in einem Hochwald, der von der SS-Bewachungsmannschaft, deren Kommando sich in einem am Waldrand gelegenen Gutshof befand, umstellt war.

Hier gab es einmal Verpflegung und zwar für den Mann einen Kaffeelöffel Sülze und einen Suppenlöffel Griess.

Am Morgen des 28. oder 29. 4. 1945 kam der Befehl zum Weitermarsch. Die Häftlinge mussten auf einem Wege am bzw. im Wald antreten, Angehörige der Wachmannschaften stellten sie in Marschordnung auf. Da viele der Gefangenen infolge Entkräftung nicht aufzustehen vermochten, waren SS-Leute unterwegs, um sie aus dem Wald zu treiben.

Unter ihnen befand sich auch der Angeschuldigte, der bis Below die Marschkolonne nicht begleitet hatte. Er trat auf eine Gruppe von 4 am Boden liegenden Häftlingen zu und forderte sie auf, sich zu erheben. Während sie mühsam versuchten sich aufzusetzen, nahm der Angeschuldigte seine Maschinenpistole und gab aus kurzer Entfernung einen Feuerstoss auf die Häftlinge ab. Diese fielen zurück und erhoben sich nicht mehr.

Sodann begab sich der Angeschuldigte zu 2 weiteren, erschöpft am Boden liegenden Häftlingen. Auch diese schoss er nieder bevor

sie sich erheben konnten.

Der Tod dieser 6 Häftlinge, deren Namen und Nationalität unbekannt blieb, ist nicht festgestellt worden.

Der Angeschuldigte handelte mit Tötungsvorsatz aus niedrigen Beweggründen. Als langjähriger, stets in Konzentrationslagern eingesetzter SS-Angehöriger vernichtete er, wie er es gelernt und in zahllosen Fällen gesehen und mitgemacht hatte, das Leben politisch oder rassisch missachteter Personen, die für ihn jedes Menschenwertes und jeder Menschenwürde bar waren. Er handelte aber auch heimtückisch, weil er die Wehrlosigkeit der völlig erschöpften Häftlinge bewusst ausnützte.

Diese Handlungsweise erfüllt den Tatbestand

von 6 in Tatmehrheit stehenden Verbrechen
des Versuchs zu Verbrechen des Mordes gemäss
§§ 211, 43, 74 StGB.

Wesentliches Ergebnis der Ermittlungen:

I. Vorgeschichte

A.) Die nat. soz. Konzentrationslager im allgemeinen.

1. Entstehung und Zweck.

Nach dem sog. "Tag der Machtergreifung" am 30. 1. 1933 ging die Führung der nationalsozialistischen Partei schnell und konsequent dazu über, die parlamentarische Demokratie der Weimarer Republik

zu Gunsten einer diktatorischen Staatsführung abzulösen.

Zu diesem Zweck mussten vor allem Massnahmen zur restlosen Ausschaltung politischer Gegner und sonstiger missliebiger und der Staatsführung gefährlich erscheinender Personen getroffen werden.

Die unter Missbrauch des Art. 48 der Weimarer Verfassung geschaffene "VO. zum Schutz von Volk und Staat" (RGBl. I / 83), die wesentliche Bestimmungen der Verfassung ausser Kraft setzte und insbesondere die Beschränkung der persönlichen Freiheit ausserhalb der gesetzlichen Bestimmungen, vornehmlich ohne richterlichen Haftbefehl, ermöglichte, war der erste Schritt zur Diktatur. Diese VO. bildete zunächst die Grundlage für die Verhängung "der Schutzhaft", die gegen eine grosse Anzahl kommunistischer und sozialdemokratischer Abgeordneter und Funktionäre zur Anwendung kam. Die Absichten der NS-Führung äusserte der damalige preussische Ministerpräsident Hermann Göring auf einer Kundgebung in Frankfurt am 3. 3. 1933 eindeutig folgendermassen:

"Die Herren müssen eins verstehen: Ich denke nicht daran, in bürgerlicher Manier und in bürgerlicher Zaghaftigkeit nur einen Abwehrkampf zu führen. Nein, ich gebe das Signal, auf der ganzen Linie zum Angriff vorzugehen ! Volksgenossen, meine Massnahmen werden nicht angekränkelt sein durch irgendwelche juristische Bedenken. Meine Massnahmen werden nicht angekränkelt sein durch irgendeine Bürokratie. Hier habe ich keine Gerechtigkeit zu üben, hier habe ich nur zu vernichten und auszurotten, weiter nichts ! Dieser Kampf, Volksgenossen, wird ein Kampf gegen das Chaos sein, und solch einen Kampf führe ich nicht

mit polizeilichen Machtmitteln. Das mag ein bürgerlicher Staat getan haben. Gewiss, ich werde die staatlichen und polizeilichen Machtmittel bis zum äussersten auch dazu benutzen, meine Herren Kommunisten, damit sie hier nicht falsche Schlüsse ziehen, aber den Totenkampf, in dem ich euch die Faust in den Nacken setze, führe ich mit denen da unten, das sind die Braunhemden !"

(Hermann Göring, Reden und Aufsätze, herausgegeben von Erich Gritzbach, 3. Aufl., München 1939 - Auszug aus Dokument 1856 - PS, Veröffentlichungen des Internationalen Militärtribunals über den Hauptkriegsverbrecherprozess XXIX S. 26/27).

In der Praxis aber war die Vollmacht, über wen immer die sog. Schutzhaft zu verhängen und ihn damit unter Umgehung jeglichen Rechtswegs oder auch nur des Anscheines eines solchen in ein Konzentrationslager einzuschaffen, fast unbegrenzt. Schien es zunächst so, als würde sich der Terror nur gegen "Staatsfeinde" und "zersetzende Kräfte" kehren, so wurde es im Lauf der Zeit immer deutlicher, dass in die Konzentrationslager wanderte, wer dem System unbequem oder auch aus anderen als politischen Gründen verhasst war. Es ist bekannt, dass fast ein Jeder, der jüdischen Glaubens oder jüdischer Abstammung war, in ein Konzentrationslager musste. Die sogenannten Bibelforscher, die als "Zeugen Jehovas" bekannt waren, deutsche Pazifisten also, sind teils ohne Gerichtsverfahren teils auch nach einem solchen in Konzentrationslagern festgehalten worden. Geistliche beider christlichen Konfessionen, prominente Persönlichkeiten aus den während des Krieges besetzten Gebieten und Kriegsgefangene waren

den Schrecken dieser Lager ausgesetzt. Endlich hat man Tausende sog. asozialer Elemente und sogar Berufsverbrecher in Massen in die KZets verbracht und in Gemeinschaft mit den politischen Gegnern des Systems verwahrt gehalten.

Mit der Zeit wurden der Konzentrationslager immer mehr und es wuchs die Zahl ihrer Insassen ins Gigantische. Damit wurde endlich klar, welcher Zweck sich in der ganzen Institution verbarg: die Freiheitsentziehung war nur ein erster Schritt zur Ausschaltung der missliebigen Gewordenen, der ganze Vernichtungswille kam bald ungeschminkt zum Durchbruch, er führte in immer steigender Masse zur Massentötung der Konzentrationäre. Die Schreckenswirkung der Lager auf die Öffentlichkeit war teuflisch ersonnen. Um die Atmosphäre der Angst und des Grauens zu erhöhen, wurden die Vorgänge in den Lagern geheim gehalten. Was hinter dem Stacheldraht geschah, war Gegenstand nur angstvoller Vermutungen. Durch diesen Terror hat das nationalsozialistische Regime jede Opposition die längste Zeit in entscheidender Weise lahmzulegen vermocht.

Diesem Hauptzweck der Konzentrationslager untergeordnet war ihre Aufgabe, die Inhaftierten zu härtester Arbeit nach Art von Sklaven in rücksichtslosester Weise auszubeuten. Aus den so unterhaltenen Betrieben zog die SS erhebliche Gewinne. Die gewaltigste Steigerung aber erfuhr die Bedeutung der Häftlingsarbeit im Kriege, wo ganze Rüstungsbetriebe und Wehrmächteinrichtungen ihre Arbeiterschaft aus den Konzentrationslagern herholten.

Die KZets hatten endlich nach dem Willen Himmlers dabei zu helfen, den angeblichen "Fortschritt der Menschheit durch wissenschaftliche Experimente grossen Stils zu

fördern " (KOGON, Der SS-Staat Dritte Auflage, Seite 37). In Wirklichkeit ging es dabei um die schrecklichsten Menschenquälereien, die im grossen, systematisch und auf pseudowissenschaftlicher Grundlage unternommen wurden.

2. Organisatorische Leitung der Konzentrationslager

Als eigentliche Schöpfer der Konzentrationslager sind GÖRING, HIMMLER und Reinhard HEYDRICH anzusprechen. Dieser war es, der bereits 1934 das Amt eines "Inspektors der KZ" geschaffen hatte. Es wurde dem SS-Brigadeführer EICKE übertragen. 1939 wurde das Amt des Inspektors der Konzentrationslager dem SS-Hauptamt für Wirtschaft angegliedert, 1942 übernahm die sog. Amtsgruppe D im Wirtschaftsverwaltungshauptamt (SS-Obergruppenführer Oswald POHL) Leitung und Verwaltung des gesamten Konzentrationslagerwesens. EICKE ist während des Kriegs in Russland gefallen, POHL wurde in einem der Nürnberger Kriegsverbrecherprozesse zum Tod verurteilt¹.

Nach aussen hin in scheinbarer Abhängigkeit von diesen Dienststellen, besassen - wie es sich in der Praxis erwies - die Kommandanten der Konzentrationslager auf Grund der ihnen stillschweigend zugestandenen Ungebundenheit an bestehende Vorschriften und in der Handhabung der die sog. Lagerdisziplin betreffenden Anordnungen eine derart umfassende Machtfülle, dass sie tatsächlich die Herren über Tod und Leben der

ihnen überantworteten Häftlinge waren. Dass mit dieser Macht der schamloseste Missbrauch getrieben wurde, liegt auf der Hand.

3. Art und Zahl der Konzentrationslager.

Seine ersten Konzentrationslager hat der Nationalsozialismus in ausser Betrieb befindlichen Zuchthäusern, in Burgen und alten Schlössern eingerichtet. In Emsland an der holländischen Grenze wurden 14 Moorlager geschaffen. Eines der schlimmsten dieser Lager war Esterwegen. Hier wurden die ersten KL-Methoden erprobt. Indes genügten diese provisorischen Lager bald nicht mehr. Das Konzentrationslager sollte eine Dauereinrichtung werden. So wurden denn seit 1934 die Lager in Dachau bei München, Sachsenhausen bei Berlin, Neuengamme bei Hamburg, Flossenbürg bei Weiden in der Oberpfalz, Gross-Rosen bei Breslau, später Buchenwald auf dem Ettersberg bei Weimar, Bergen-Belsen bei Celle, Mauthausen bei Linz, Theresienstadt bei Prag, Auschwitz, Lublin und Riga im Osten und Hunderte von kleineren und kleinen Lagern im ganzen Reich geschaffen. Zur Bewachung der Konzentrationslager wurde eine Sondertruppe der SS, die sog. SS-Totenkopfverbände aufgestellt. Elektrisch geladene Zäune und hohe Postentürme mit Maschinengewehren und Scheinwerfern ausgerüstet, sicherten das Lager: der Häftling war von der Aussenwelt praktisch abgeschnitten.

4. Die Kategorien der KL-Gefangenen.

Wie schon erwähnt, waren Menschen aus den mannigfachsten Gründen dazu verdammt gewesen, in Konzentrationslagern gefangen gehalten zu werden. Sie kamen aus den verschiedensten

Ständen und Schichten des Volkes und später auch des Auslands her. Von der SS aus gesehen, gliederten sie sich in verschiedene Gruppen. In die Konzentrationslager wurden eingewiesen:

- a) Schutzhäftlinge mit Schutzhaftbefehl vom Reichssicherheitshauptamt (RSHA),
- b) Vorbeugungshäftlinge mit Anordnung der polizeilichen Vorbeugungshaft vom Reichskriminalpolizeiamt (RKPA).

Als Schutzhäftlinge traten in Erscheinung:

Politische Häftlinge, die "wegen staatsfeindlicher Einstellung bzw. Betätigung die Sicherheit des Reiches gefährdeten und zur Umschulung" eingewiesen wurden;

Bibelforscher;

Juden, die sich staatsfeindlich betätigt und solche, die sog. Rassenschande getrieben hatten;

Ehemalige Wehrmachtsangehörige, die "Sabotage am Wehrdienst" verübt hatten und trotz mehrmonatigem Aufenthalt in einem Wehrmachtstraflager wieder straffällig geworden sind und darum aus der Wehrmacht ausgestossen wurden;

Ehrenhäftlinge, die auf persönliche Anordnung des RF SS eingewiesen wurden, eine "Besserung bzw. Umschulung wegen ihres hohen Alters und ihrer jahrelangen früheren politischen Betätigung nicht erkennen liessen", ferner solche, die unter Verdacht staatsfeindlicher Betätigung standen und bis zur endgültigen Klärung bzw. bis zum Abschluss des eingeleiteten Verfahrens in Haft zu bleiben hatten;

Erziehungshäftlinge, die "als Angehörige der SS und

Polizei das Ansehen ihrer Formation schwer geschädigt und dadurch die Staatsautorität untergraben hatten.

Als sog. Vorbeugungshäftlinge galten:

Berufsverbrecher, die kriminell vorbestraft waren und "aus Sicherheitsgründen der Zivilbevölkerung gegenüber" in Haft genommen wurden und deren letzte drei Strafen je über sechs Monate betrugen;

Asoziale (Arbeitsscheue), mit geringen Vorstrafen;

Juden, als Berufsverbrecher, wenn sie kriminell vorbestraft waren;

Homosexuelle, die nach § 175 gleichgeschlechtlichen Umgang unterhalten hatten;

Sittlichkeitsverbrecher, die mit Jugendlichen unter 14 Jahren Beziehungen unterhalten oder auf solche einen Zwang ausgeübt hatten und alle Gewaltverbrecher, sofern sie sich eines Sittlichkeitsverbrechens schuldig gemacht hatten.

Soweit die Kategorisierung der Häftlinge durch die SS. Grob gesehen wurden vier Gruppen von Menschen in die Konzentrationslager verbracht: politische Gegner, Juden und Zigeuner, Kriminelle und Asoziale. Unter den Kriminellen unterschied man die BVer (sog. befristete Vorbeugungshäftlinge) von den SVern, den Sicherungsverwahrten. Die BVer wurden nach Verbüßung krimineller Strafen in Konzentrationslager verbracht, dagegen waren die SVer Häftlinge, die sich noch in Strafhaft befanden und eigentlich in eine Strafanstalt gehört hätten. Mit diesen verwandt waren die Asozialen: Landstreicher, Taschendiebe, Trinker, Zuhälter usw.

Zu den politischen Gefangenen gehörten die Mitglieder der

gegen den Nationalsozialismus gerichteten Parteien. Unter diesen standen die Kommunisten weitaus an erster Stelle. Die Sozialdemokraten standen an Zahl weit hinter den Kommunisten zurück. Verhältnismässig zahlreich waren frühere Nationalsozialisten vertreten. Sie waren aus den verschiedensten Gründen ins Lager gekommen. Bürgerliche Demokraten und Konservative fanden sich nur sehr vereinzelt vor. Am zahlreichsten war dieses Element unter den Österreichern vertreten. Eine besondere Gruppe unter den politischen Gefangenen bildeten die kirchlichen Gegner des Regimes, vor allem Geistliche der beiden grossen Konfessionen, von denen nicht wenige dort den Märtyrertod erlitten haben. Von den Bibelforschern ist schon gesprochen worden. Dann waren dort: Fremdenlegionäre, Wehrmachtsangehörige, Personen, die gegen die Devisengesetze verstossen hatten, Schwarzhörer, allerhand Meckerer usw.

Jede Häftlingsgruppe war besonders gekennzeichnet. Auf seiner gestreiften Uniform trug der Häftling nicht nur die Nummer aufgenäht, sondern auch einen dreieckigen Stoffleck, Winkel genannt, und zwar auf der linken Brustseite, etwa in der Höhe des Herzens, und am rechten Hosenbein oberhalb des Knies. Die Farbe des Winkels deutete die Häftlingskategorie an. Die politischen Gefangenen trugen Rot, die Verbrecher Grün, die Asozialen Schwarz, die Bibelforscher Violett, Emigranten (Ausgewanderte, die ohne Erlaubnis zurückgekehrt waren) Blau, die Homosexuellen Rosa. Die Juden trugen unter dem Winkel ihrer Kategorie noch ein gelbes Dreieck, dessen Spitzen sichtbar waren, so dass sich aus den beiden Dreiecken zusammen ein Davidstern ergab. Die Zigeuner trugen einen braunen Winkel. Ausländer hatten auf ihrem Winkel den Anfangsbuch-

staben ihrer Nationalitätsbezeichnung aufgedruckt, die Tschechen ein "T", die Franzosen ein "F" usw. Angehörige der sog. Strafkompagnie trugen zwischen Winkel und Nummer einen schwarzen Punkt, die Rückfälligen, das waren zweitmals eingelieferte Häftlinge, erhielten über dem Winkel einen Streifen, Balken genannt, von der gleichen Farbe.

Im ganzen lässt sich sagen, dass die Zuweisung zu einer bestimmten Häftlingskategorie nicht immer den tatsächlichen Verhältnissen entsprach und auch hier der Willkür und Laune bei der Aufnahme in das Lager keine Grenzen gesetzt waren.

B.) Das Konzentrationslager Sachsenhausen.

Im August 1936 errichteten Häftlinge des KL Esterwegen am Rand der Stadt Oranienburg das KL Sachsenhausen. Bis anfangs September 1936 war das ganze KL Esterwegen nach Sachsenhausen verlegt.

Das Lager befand sich in unmittelbarer Nähe von Oranienburg zum Teil in der Gemarkung der Gemeinde Sachsenhausen. Die Anlage und Einrichtung waren im Prinzip wie in den übrigen Lagern.

Das Schutzhaftlager war aufgeteilt in den Kommandanturbereich, den Unterkünften und Verwaltungsgebäuden für die SS-Wachmannschaften und das eigentliche Schutzhaftlager, in welchem die Häftlinge untergebracht waren. Man erreichte es durch einen Eingang im sog. Turm A, ein zweiflügeliges Gebäude mit Turmaufsatz. Im Erdgeschoss des Gebäudes befand sich u.a. die Blockführerstube, der Aufenthaltsraum für den Bereit-

schaftsdienst und ein Elektroraum mit Schaltanlage. Im ersten Stock war das Zimmer des Rapportführers, des Lagerführers und der Schreibstube.

Innerhalb der Häftlingsbaracken, den sog. Blocks, lag der Zellenbau mit den Einzelarrestzellen und einem Hof. Der Zellenbaubezirk war nochmals gesichert und mit einem eigenen Zaun umgeben. Dies war die Stätte, in der Eccarius tätig war.

Weitere Einzelheiten des KL Sachsenhausen sind für das Verfahren ohne Bedeutung.

II. Der Täter

Der am 5. 3. 1905 als Sohn eines herzogl Kellermeisters in Coburg geborene Angeschuldigte ist bei seinen Eltern aufgewachsen. Nach 8 jährigem Schulbesuch erlernte er den Beruf des Maschinenschlossers und arbeitete nach 4 jähriger Lehrzeit bei verschiedenen Firmen.

Er ist verheiratet und hat 3 Kinder im Alter von 15, 18 und 19 Jahren. Die Ehefrau arbeitet zeitweise als Schneiderin.

Seit dem 1. 10. 1929 gehörte er der allgemeinen SS an und wurde in dieser Eigenschaft im Juni 1933 zur SS-Wachtruppe des KL Dachau einberufen. Dort machte er bis Ende Juni 1936 bei der Wachtruppe Oberbayern Dienst. Anschliessend fand er im KL Columbiahaus in Berlin Verwendung, angeblich in der Schreibstube. Im November oder Dezember 1936 kam er in das KL Sachsenhausen und war dort bis zum 19. 4. 1945 ununter-

brochen tätig, zunächst als stellvertretender Leiter des Zellenbaues und ab August 1942 als Leiter des Zellenbaues und der sog. Sonderhäuser, in welchen sich besonders prominente Häftlinge befanden. Sein letzter Dienstgrad war SS-Hauptscharführer. Am 2. Mai 1945 kam er bei Schwerin/Mecklenburg in amerikanische Gefangenschaft. Er flüchtete und wurde bei Ratzeburg/Elbe von englischen Truppen aufgegriffen. Die englischen Militärbehörden übergaben ihn im Juni 1945 den Russen. Er kam in Haft und wurde zusammen mit anderen Dienstgraden des KL Sachsenhausen vor ein sowjetisches Militärtribunal gestellt. Dieses verurteilte ihn am 1. November 1947 zu lebenslänglicher Haft und Zwangsarbeit wegen folgender Straftaten:

Bl. 139
d. Beiakten

- "1. Teilnahme an der Ermordung von über 18 000 sowjetischen Kriegsgefangenen,
2. Beteiligung an der Hinrichtung weiterer sowjetischer Bürger sowie aus den Reihen der Lagerinsassen,
3. Erschiessung eines österreichischen Demokraten,
4. Verantwortlichkeit für den Tod von über 200 Geistlichen,
5. Beteiligung an der Vernichtung weiterer Geistlicher,
6. Mitwirkung an der Erschiessung von 2 Bibelforschern im Jahre 1942,
7. Teilnahme an der Erschiessung eines britischen Offiziers und weiterer 4 Soldaten im Februar 1945 sowie an der Tötung eines polnischen Hauptmanns und eines weiteren Häftlings,
8. Anweisung zur Tötung einer Gruppe holländischer

Häftlinge im April 1942,

9. Misshandlung von Häftlingen durch Essensentzug, Anketten in der Zelle, Übergiessen mit kaltem Wasser, Abstellung der Heizung und Misshandlungen in hunderten von Fällen.

Wie sich aus der Anklage, insbes. aus den Urteilsgründen ergibt, sollten mit dem Urteil alle Straftaten, die vom Bewachungspersonal sowohl an deutschen wie an ausländischen Häftlingen begangen worden waren, gesühnt werden.

Anlagen-
akte Bl.
60 ff.

Das Urteil beruht auf Art. 2, § 1, Punkt b, c und d des Kontrollratsgesetzes Nr. 10 vom 20. 12. 1945."

Zur Strafverbüßung kam der Angeschuldigte im Dezember 1954 in das Lager Workuta in Sibirien und hat dort zuerst in der Ziegelei und später in einem Schacht gearbeitet. Er war noch vorübergehend im Lubjanka-Gefängnis in Moskau und in 2 anderen Lagern. Am 5. 1. 1956 kam er mit einem geschlossenen Transport sog. "Nichtamnestierter" in die Bundesrepublik.

Bl. 151
ff. der
Beiakten

Wegen der Tötung eines österreichischen Häftlings im Jahre 1939 oder 1940 hat bei der Staatsanwaltschaft Bamberg unter 2 Js 222/56 ein Ermittlungsverfahren stattgefunden, das am 26. 2. 1958 eingestellt wurde, weil Befehlsnotstand vorlag.

Der Angeschuldigte ist ausser der oben erwähnten Strafe durch das russische Militärtribunal nicht vorbestraft.

III Die Straftaten

Der Angeschuldigte hat am 28. oder 29. April 1945 im Wald von Below insgesamt 6 Häftlinge mit der Maschinenpistole niedergeschossen. Die Namen und Nationalitäten dieser Häftlinge sind nicht bekannt, ebensowenig konnten Feststellungen getroffen werden, ob sie getötet wurden oder nur schwer verletzt am Boden liegen blieben.

Die Tat des Angeschuldigten hat der am 29. 6. 1900 in Nestomitz, Krs. Aussig/CSR geborene tschechische Staatsbürger Jaroslav P u r s beobachtet. Nach seinen Angaben, die er zunächst in einem Brief an den Untersuchungsrichter II beim Landgericht Bonn, Landgerichtsrat Dr. Schmidt, gemacht, in einem Schreiben an die Staatsanwaltschaft Bamberg vom 15. Mai 1959 wiederholt und bei richterlicher Einvernahme durch das Amtsgericht Coburg am 15. 10. 1959 aufrecht erhalten hat, ist der Angeschuldigte bei dem Todesmarsch der Lagerinsassen von Sachsenhausen nach Mecklenburg zunächst nicht dabei gewesen und erst im Wald von Below in Erscheinung getreten.

Der Zeuge war seit 7. 12. 1939 als politischer Häftling im Lager Sachsenhausen. Etwa ab Oktober 1941 hat er als Hausknecht, sog. Kalfaktor, in der Blockführerstube Turm A gearbeitet. Im Sommer oder Herbst 1942 hat er den Angeschuldigten erstmals im Lager gesehen. Er ist ihm später öfter begegnet und kannte ihn vom Ansehen genau. Zu seinen Dienstobliegenheiten im Lager gehörte es, dass er täglich das Essen zum Zellenbau fuhr. Ferner hat er dorthin die Zeitungen und sonstige Post von einer Verwaltungsstelle aus gebracht. Bei dieser Tätigkeit, die ihn 4 Jahre lang täglich mehrere Male in den Zellenbau führte, hat er sehr

Bl. 1
d. Akten

Bl. 14 ff.
d. Akten

Bl. 39
d. Akten

oft den Angeschuldigten als den Kommandanten dieser Abteilung des Lagers gesehen. Er gibt glaubwürdig an, dass eine Verwechslung des Angeschuldigten mit einem anderen SS-Dienstgrad im Wald von Below ausgeschlossen ist.

IV. Die Einlassung des Angeschuldigten

Der Angeschuldigte gibt zu, Leiter des Zellenbaues in Sachsenhausen gewesen zu sein, behauptet aber, mit dem Abmarsch der Gefangenen bei Auflösung des Lagers am 20. 4. 1945 nicht befasst gewesen zu sein. Während die Häftlinge in 3 - 4 Marschblöcken in Richtung Ravensbrück marschiert seien, habe er ein Auto benutzt. Auf diesem seien seine 3 Kalfaktoren aus dem Zellenbau und ein Fahrer von der Kommandantur gewesen. Von Ravensbrück aus will er wegen Ausfalls des Autos mit dem Fahrrad weitergefahren sein zum Gut von Below, weil er dorthin einen Marschbefehl hatte. In Below habe er sich nur auf dem Gut, nicht aber in dem einige 100 m entfernten Wald aufgehalten, weil er nicht zum Begleitpersonal der Marschkolonnen gehört habe. Es sei richtig, dass er mit einer Maschinenpistole bewaffnet gewesen sei, doch habe er aus ihr niemals einen Schuss abgegeben. Als er von Below mit einigen anderen SS-Leuten mit dem Fahrrad weitergefahren sei, habe er die Maschinenpistole kurz vor der Gefangennahme durch amerikanische Truppen zwischen Schwerin und Gräfenmühle ins Wasser geworfen.

Er behauptet, dass der Zeuge Purš, an den er sich nicht mehr erinnern kann, einem Irrtum in der Person zum

Bl. 39
d. Akten

Opfer gefallen sein muss. Er bezeichnet die Angaben des Zeugen nicht schlechthin als unrichtig, sondern bestreitet, dass er mit der Erschiessung dieser Häftlinge irgendwie im Zusammenhang stehe. Demgegenüber ist der Zeuge auf seinen Angaben verblieben und ist bereit, diese zu beschwören.

Bl. 38
d. Akten

Der Zeuge war zur Zeit der Tat 45 Jahre alt und hat seine Erinnerung an die Ereignisse durch Aufzeichnungen, die er unmittelbar nach der Befreiung gemacht hat, frischerhalten.

Bl. 4
d. Akten

Der Zeuge wird auch von dem Untersuchungsrichter in Bonn, der ihn vernommen hat, als glaubwürdig bezeichnet.

Bl. 261
d. Urteils

Auch im Urteil des Strafverfahrens gegen die ehemaligen Angehörigen der Wachtruppe in Sachsenhausen, Gustav S o r g e und Wilhelm S c h u b e r t vor dem Landgericht Bonn vom 6. 2. 1959 wird ausgeführt, dass der Zeuge P u r s glaubwürdig sei. Es heisst dort:

"Der Zeuge P u r s ist über die Lagerverhältnisse gut orientiert und weiss klar Vorgänge zu unterscheiden, die er selbst erlebt hat und die ihm berichtet worden sind. Seine Aussage hat er in deutscher Sprache gemacht und keinerlei Ressentiment gezeigt."

Der Angeschuldigte wird daher durch den Zeugen als Täter der versuchten Morde überführt.

V. Rechtliche Würdigung

Die Straftaten wurden am 28. oder 29. April 1945 begangen

und sind somit als vorsätzlich versuchte Tötungsdelikte nicht verjährt. § 67 StGB.

Als zur Tatzeit gültiges Strafgesetz ist § 211 StGB in der Fassung der StGB-Novelle vom 4. 9. 1941 - RGBl. 41 I S. 594 - anzuwenden, durch die anstelle des Merkmals der Überlegung bei der Tötung die sittliche Bewertung getreten ist und als Mord nunmehr nur die besonders verwerfliche Tötung eines Menschen gilt. Die Tat geschah aus niedrigen Beweggründen. Sie ist aus einer Gesinnung heraus ausgeführt worden, die politisch missliebigen oder rassistisch missachteten Personen überhaupt jeden Menschenwert und jede Menschenwürde absprach und ihnen deshalb erbarmungslos diejenigen rechtlichen Sicherungen versagte, die nach übereinstimmenden Rechtsüberzeugungen der Kulturvölker selbst dem gebühren, der eine schwere strafbare Handlung begangen hat. Der Angeschuldigte setzte sich damit in Widerspruch zu dem naturrechtlich verankerten Rechtssatz des Verbots der Tötung von Menschen, ohne dessen Anerkennung ein normales menschliches Zusammenleben undenkbar ist. Sein Handeln verstößt gegen die Auffassung der anständigen Menschheit, letzthin auch gegen die klare Sprache seines eigenen Gewissens.

Vom BGH ist in ähnlich gelagerten Fällen das Vorliegen niedriger Beweggründe eindeutig bejaht worden (vgl. BGH 1 StR 791/51 und 1 StR 55/55).

Der Angeschuldigte hat auch heimtückisch unter bewusster Ausnutzung der Wehrlosigkeit der Opfer, die völlig erschöpft am Boden lagen und kaum in der Lage waren, sich

zu erheben, gehandelt.

Dem Angeschuldigten stehen keine Rechtfertigungs- oder Schuldausschliessungsgründe zur Seite. Auf ein Handeln auf Befehl beruft er sich nicht. Es liegen auch keine Anhaltspunkte vor, dass ein solcher Befehl bestanden habe. Aber selbst wenn dem so gewesen wäre, könnte der Angeschuldigte diesen Umstand nicht zu seiner Entlastung anführen. Ein derartiger Befehl wäre rechtswidrig gewesen, weil die für die Taten ausgeworfene "Strafe" zu dem Unrechtsgehalt der "Taten" in einem derartigen Missverhältnis gestanden hätte, dass diese auch einem SS-Dienstgrad hätte auffallen müssen.

Für das Vorliegen von Zurechnungsunfähigkeit oder verminderter Zurechnungsfähigkeit im Sinne des § 51 Abs. 1 oder 2 StGB haben sich keine Anhaltspunkte ergeben. Der Angeschuldigte hat dies auch nicht geltend gemacht. Eine amtsärztliche Untersuchung konnte daher unterbleiben.

Soweit der Angeschuldigte wegen der ihm hier zur Last gelegten Straftaten durch das Militärtribunal der Gruppe der sowjetischen Besatzungstruppen in Deutschland (Urteil vom 1. 11. 1947) zu einer Freiheitsstrafe verurteilt worden ist, ist nach der ständigen Rechtsprechung des BGH die deutsche Strafklage nicht verbraucht, sondern lediglich § 7 StGB sinngemäss anzuwenden (BGH 6, 176 - 179).

Zur Aburteilung ist das Schwurgericht bei dem Landgericht C o b u r g zuständig (§ 80 des Gerichtsverfassungsgesetzes, §§ 7, 8 der Strafprozessordnung).

Gemäss §§ 151, 152, 198, 199 der Strafprozessordnung erhebe ich des-

halb die öffentliche Klage und beantrage,

1. das Hauptverfahren vor dem Schwurgericht bei dem Landgericht C o b u r g zu eröffnen und
2. Haftbefehl zu erlassen, weil Verbrechen Gegenstand des Verfahrens sind und Fluchtverdacht gesetzlich begründet ist.

Als Beweismittel bezeichne ich:

a) Zeugen:

1. P u r s Jaroslav, Aussig/CSR, Fucikova 142,
2. S a u e r Karl, Journalist, Stuttgart, Wagenburgstrasse 26,
3. Dr. S c h m i d t , Landgericht Bonn.
4. L e m b c k e Walter, kaufm. Angestellter, Lübeck, Arfederstrasse 12,
5. W i t t i g Karl, Schriftsteller, Frankfurt/Main, Eysseneckstrasse 39,

b) Urkunden:

1. 1 Band Ermittlungsakten 2 Js 222/56 Staatsanwaltschaft Bamberg,

2. 1 Anlageheft mit Ablichtungen
sowie Anklage und Urteil des
russischen Militärtribunals,
3. Urteil des Landgerichts Bonn
vom 6. 2. 1959.

II. Register.

Bamberg, den 29. Februar 1960.

Der Oberstaatsanwalt
bei dem Landgericht Coburg:

I. V.

gez. Rupp.

Beglaubigt:

Bamberg, den

3. Mrz. 1960



berbst
Justiz-Oberinspektor
als Urkundsbeamter
der Geschäftsstelle

KL I b
Heft 2

Urteil des LG Düsseldorf v. ~~49.9.~~ 15.10.1960

gegen


Hohn, Böhm, Hempel


Rückversicherungen
S. 27 ff. - 55


I M N A M E N D E S V O L K E S

Strafsache

g e g e n

1.) den kaufmännischen Angestellten August H ö h n 
aus Düsseldorf, Geistenstraße 10, geboren ~~am~~
19. August 1904 in Lipporn, Kreis St. Goarshausen,
verheiratet,
in dieser Sache festgenommen am 5. Juli 1956 und
vom 6. 7. 1956 bis zum 5. 1. 1957 und seit dem
17. 7. 1959 in der Untersuchungshaftanstalt in
Düsseldorf-Derendorf in Untersuchungshaft auf Grund
des Haftbefehls des Untersuchungsrichters I beim
Landgericht in Düsseldorf - UR I 8/56 - vom 5. 7.
1956 und dessen Ergänzungsbeschlusses vom 2. 8.
1956;

2.) den Abonnentenwerber Otto Wilhelm B ö h m 
Oberlahnstein, Gymnasialstraße 18, geboren am
11. Juli 1890 in Heilbronn,
in dieser Sache festgenommen am 10. 4. 1957 und
seit dem 11. 4. 1957 in Untersuchungshaft in der
Untersuchungshaftanstalt Düsseldorf-Derendorf auf
Grund des Haftbefehls des Untersuchungsrichters I
beim Landgericht in Düsseldorf vom 1. 4. 1957
- UR I 8/56 - ;

3.) den Uhrmachermeister Horst H e m p e l 
Düsseldorf, Dorotheenstraße 48, geboren am
3. Februar 1910 in Königsberg/Pr., verheiratet,

w e g e n Mordes pp.

Das Schwurgericht beim Landgericht in Düsseldorf hat auf
Grund der Hauptverhandlung vom 19. 9., 20. 9., 23. 9.,
26. 9., 27. 9., 29. 9., 3. 10., 4. 10., 6. 10., 10. 10.,
11. 10., 12. 10., 13. 10., 14. 10. und 15. 10., an welcher
teilgenommen haben :

Landgerichtsdirektor Dr. Näke
als Vorsitzender,

Landgerichtsrat Dr. Bierbach,
Landgerichtsrat Lagemann
als beisitzende Richter,

Hausfrau Dr. Gertrud Reisen,
Omnibusunternehmer Josef Herweg,
Amtmann Franz Spillmann,
Magazinverwalter Josef Seedig,
Malergehilfe Heinrich Rondholz,
Angestellter Josef Sieger
als Geschworene,

Staatsanwalt Hans Kepper
als Beamter der Staatsanwaltschaft,

Justizangestellter Köhler
als Urkundsbeamter der Geschäftsstelle,

in der Sitzung vom 15. 10. 1960 für R e c h t erkannt :

Der Angeklagte Höhn ist des Mordes in 8 - acht -
Fällen sowie der Beihilfe zum Mord in 5 - fünf -
Fällen und der Beihilfe zum Totschlag in 2 - zwei -
Fällen schuldig.

Er wird zu lebenslangem Zuchthaus verurteilt. Die
bürgerlichen Ehrenrechte werden ihm für dauernd aber-
kannt.

Der Angeklagte Böhm ist des Mordes in 41 - einundvier-
zig - Fällen sowie der Beihilfe zum Mord in 5 - fünf -
Fällen schuldig.

Er wird zu lebenslangem Zuchthaus verurteilt. Die
bürgerlichen Ehrenrechte werden ihm für dauernd aber-
kannt.

Der Angeklagte Hempel ist der Beihilfe zum Mord in 3

- drei - Fällen schuldig.

Er wird zu einer Gesamtstrafe von 5 - fünf - Jahren
Zuchthaus verurteilt.

Die Strafe gilt als durch die von ihm auf Grund des
Urteils des sowjetischen Militärtribunals in Berlin-
Pankow vom 1. November 1947 erlittene Strafhaft
verbüßt.

Im übrigen werden die Angeklagten freigesprochen.

Die Kosten des Verfahrens fallen, soweit die Ange-
klagten verurteilt worden sind, den Angeklagten, so-
weit Freispruch erfolgt ist, der Staatskasse zur
Last.

G r ü n d e :

A.

Lebenslauf und persönliche Verhältnisse der Angeklagten.

1. Der Angeklagte August H ö h n wurde am 19. August 1904 als viertes Kind des inzwischen, im Jahre 1941, verstorbenen Schneidermeisters Wilhelm Höhn und dessen zwischenzeitlich, nämlich im Jahre 1929, gleichfalls verstorbener Ehefrau Wilhelmine, geborene Kappus, in Lipporn, Kreis St. Goarshausen, geboren. Er wuchs im elterlichen Hause auf und besuchte von 1910 bis 1918 die einklassige Volksschule seiner Heimatgemeinde, ohne sitzen zu bleiben. Seine Absicht, nach Abschluß der Schulzeit eine Elektrikerlehre aufzunehmen, konnte er nicht verwirklichen, da er keine geeignete Lehrstelle fand. Er half daher zunächst in der kleinen Landwirtschaft, die sein Vater neben seiner Schneiderwerkstatt und später ausschließlich betrieb, in den Sommermonaten aus und arbeitete im Winter als Holzfäller, bis sein ältester Bruder im Oktober 1919 aus der englischen Kriegsgefangenschaft, in welche er während des Krieges geraten war, zurückkehrte und den Schneiderbetrieb des Vaters übernahm. Nunmehr absolvierte der Angeklagte bei diesem seinem ältesten Bruder in der väterlichen Werkstatt die Schneiderlehre und schloß sie mit der Gesellenprüfung ab, die er mit "sehr gut" bestand. Er arbeitete

auch in der Folgezeit in dem Geschäft seines Vaters als Gehilfe weiter.

Im Jahre 1920 trat der Angeklagte Höhn der "Deutschen Turnerschaft" bei, erreichte dort nach 2 Jahren die Stellung eines Bezirksoberturnwartes und wurde 1926 durch den Kreisausschuß für Jugendpflege an die Deutsche Hochschule für Leibesübungen in Berlin entsandt, wo er die Verbandssportleiterprüfung ablegte. Nach seiner Rückkehr von der Deutschen Hochschule für Leibesübungen wurden ihm 26 Turnvereine zur ständigen Betreuung unterstellt. Da der Angeklagte sich nicht, wie ihm nahegelegt wurde, parteipolitisch binden und auch nicht zum Kreisjugendpfleger bestellt werden wollte, gab er Ende Januar 1929 seine Tätigkeit in der Deutschen Turnerschaft auf und schloß sich am 1. Februar 1929 der evangelischen Inneren Mission an. In deren Rahmen übernahm er im Erziehungsheim Benninghof bei Mettmann im Rheinland die Stelle eines Erziehers, Sportleiters und Leiters der Schneiderwerkstätte. Von hier aus besuchte er die Zuschneider-Akademie in Hannover, belegte die Meisterkurse in Elberfeld und Düsseldorf und legte im Jahre 1932 die Schneidermeisterprüfung ab. Als im Jahre 1934 das Erziehungsheim Benninghof aufgelöst wurde und der Angeklagte hierdurch seine Arbeitsstelle verlor, machte er sich in Mettmann als Schneidermeister selbständig. Er erlitt jedoch geschäftliche Rückschläge, gab daraufhin sein

Geschäft wieder auf und trat in der Erwartung, nach einjähriger Tätigkeit eine feste Anstellung zu erhalten, als Volontär bei der Firma Peter Wolters, Mettmann, ein.

Im Jahre 1936 schloß der Angeklagte Höhn mit Anneliese, geborene Schulte-Baukloh, die Ehe, aus der 2 Söhne hervorgegangen sind.

Unmittelbar nach der Eheschließung wurde der Angeklagte aus der Firma Peter Wolters wegen Differenzen mit dem Betriebsinhaber fristlos entlassen. Er fand in der Folgezeit eine Arbeitsstelle bei der "Deutschen Arbeitsfront" in der Organisation "Kraft durch Freude", deren Düsseldorf-Kartenverkaufsstelle er übernahm und bis zu seiner Einberufung im Jahre 1939 leitete.

Am 1. März 1933, also noch während seiner Erzieher-tätigkeit im Erziehungsheim Benninghof, trat der Angeklagte Höhn, angeblich auf Veranlassung des Führers des Reichsbundes für Leibesübungen in Mettmann, der allgemeinen SS (Motorstaffel) bei; er wurde später mit dem Datum seines Eintritts in die allgemeine SS auch in die NSDAP aufgenommen. Da der Angeklagte Höhn in seiner Eigenschaft als Sportlehrer eines Erziehungs-heimen an einem Geländesportlehrgang teilgenommen hatte, wurde er nach seinem Eintritt in die SS auch dort mit der Leitung des Geländesports beauftragt; mit Rück-sicht auf diese seine Tätigkeit erlangte er im Jahre 1936 den Dienstgrad eines SS-Scharführers.

In der Zeit von März bis Mai 1939 leistete der Angeklagte Höhn eine Reserveübung bei dem 1. SS-Ersatzbataillon in Breslau, nach deren Beendigung er als Unterscharführer der Reserve entlassen wurde.

Nach Beginn des Zweiten Weltkrieges wurde der Angeklagte Höhn am 4. September 1939 zur SS-Verfügungstruppe einberufen und, da seine Musterung seine Felddienstuntauglichkeit ergab, der 2. Kompanie des zur Bewachung des Konzentrationslagers Sachsenhausen eingesetzten SS-Wachbataillons in Oranienburg zugewiesen. Hier leistete der Angeklagte zunächst, da der von ihm erworbene Reservedienstgrad nicht anerkannt wurde, als einfacher SS-Mann und nach seiner Beförderung zum Unterscharführer der Waffen-SS im Oktober 1939 in diesem Dienstgrad Wachdienst. In der Folgezeit wurde er als Ausbilder in den neu aufgestellten Ersatz-Ausbildungs-Kompanien, und zwar zunächst als Gruppen- und dann als Zugführer eingesetzt, er legte die Sturm-scharführer- (Hauptfeldwebel-) Prüfung ab und wurde im Mai 1941 zum SS-Oberscharführer befördert. Als im Spätherbst 1941 der Führer der Wachkompanie des Außenlagers "Klinkerwerk" des Konzentrationslagers Sachsenhausen wegen des Entweichens zweier Häftlinge abgelöst wurde, übernahm der Angeklagte Höhn die Führung dieser Kompanie vorübergehend bis zum 21. Juli 1942. Sodann wurde er als Wachzugführer in das Nebenlager Berlin-Lichterfelde versetzt und nach Ablösung des dortigen damaligen Lagerführers Sorge

unter gleichzeitiger Versetzung zum Kommandaturstab des Konzentrationslagers Sachsenhausen zum Führer des Nebenlagers Berlin-Lichterfelde ernannt. Von Ende Januar bis Februar/März 1943 nahm der Angeklagte Höhn an einem Verwaltungsführerlehrgang in Dachau teil und besuchte sodann bis zum 6. Mai 1943 die SS-Junkerschule in Braunschweig; er legte dort die SS-Führerprüfung ab und wurde nach deren Bestehen zum SS-Untersturmführer der Reserve befördert. Nach seiner Rückkehr von der SS-Junkerschule war er bis zum 21. Juni 1943 wiederum als Lagerführer des Nebenlagers Berlin-Lichterfelde tätig.

Am 21. Juni 1943 machte sich der Angeklagte Höhn in trunkenem Zustande eines Verkehrsdeliktes und der Widerstandsleistung schuldig; er wurde deswegen durch Urteil des SS- und Polizeigerichts in Oranienburg vom 18. August 1943 zu 6 Wochen Arrest verurteilt; der Reichsführer SS versagte als zuständiger Gerichtsherr dem Urteil seine Anerkennung und ordnete ein neues Verfahren an. Das daraufhin erneut gegen Höhn durchgeführte Strafverfahren führte am 1. Dezember 1944 zu seiner Verurteilung zu einer Gefängnisstrafe von 6 Monaten; auch dieses Urteil ist, vermutlich, weil es wegen der fortschreitenden Kriegssereignisse nicht mehr zu einer formellen Bestätigung kam, nicht in Rechtskraft erwachsen.

Nach seiner (später nicht bestätigten) Verurteilung

vom 18. August 1943 wurde der Angeklagte Höhn seiner Stellung als Lagerführer des Lagers Berlin-Lichterfelde enthoben und zunächst dem 1. Schutzhaftlagerführer des Konzentrationslagers Sachsenhausen, SS-Hauptsturmführer Kolb, zur Unterstützung zugeteilt und im Frühjahr 1944 zum 2. Schutzhaftlagerführer ernannt. Als Ende des Jahres 1944 dem 1. Schutzhaftlagerführer Kolb die Führung des SS-Wachbataillons in Oranienburg übertragen und er kurze Zeit später von der Verantwortung des 1. Schutzhaftlagerführers entbunden wurde, versah der Angeklagte Höhn den Dienst des 1. Schutzhaftlagerführers und übte diese Funktion bis zur Beendigung der Evakuierung des Konzentrationslagers Sachsenhausen am 27. April 1945 aus.

Der Angeklagte Höhn geriet am 1. Mai 1945 in amerikanische Kriegsgefangenschaft und wurde am 13. Mai 1945 im Rahmen der gegen ihn wegen seines Verhaltens im Konzentrationslager Sachsenhausen durchgeführten Ermittlungen in Untersuchungshaft überführt. Die amerikanischen Streitkräfte übergaben ihn den britischen Besatzungstruppen, die ihn am 6. Juni 1946 der russischen Besatzungsmacht auslieferten. Auf Grund einer Verhandlung vor dem Militärtribunal der sowjetischen Besatzungstruppen in Deutschland, die in der Zeit vom 23. Oktober bis zum 1. November 1947 in Berlin-Pankow stattfand, wurde der Angeklagte Höhn durch Urteil des genannten Militärtribunals vom 1. November 1947 wegen Verbrechens gegen die Menschlichkeit, begangen durch die Tötung und die Mitwirkung an der Tötung von mehr als 5000 Häftlingen des Konzentrationslagers Sachsenhausen, zu

lebenslänglicher Haft mit Zwangsarbeit verurteilt. Er hat diese Strafe, und zwar vorwiegend in dem Arbeitslager Warkuta, teilweise verbüßt; am 14. Januar 1956 wurde er als sogenannter nichtamnestierter Kriegsgefangener nach Düsseldorf entlassen.

Der Angeklagte Höhn ist in dieser Sache am 5. Juli 1956 festgenommen und auf Grund des Haftbefehls des Untersuchungsrichters I beim Landgericht in Düsseldorf vom 5. Juli 1956 und dessen Ergänzungsbeschlusses vom 2. August 1956 vom 6. Juli 1956 bis zum 5. Januar 1957 in Untersuchungshaft gehalten worden; er ist von dem weiteren Vollzug der Untersuchungshaft durch Beschluß der VIII. großen Strafkammer des Landgerichts in Düsseldorf vom 4. Januar 1957 verschont und nach Aufhebung des letztgenannten Beschlusses durch den Beschluß der II. Strafkammer des Landgerichts in Düsseldorf vom 13. Juli 1959 am 17. Juli 1959 erneut in Untersuchungshaft gebracht worden, die noch andauert.

2. Der Angeklagte Otto Böhm ist am 11. Juli 1890 als Sohn der inzwischen verstorbenen Eheleute Gottlieb Böhm und Elisabeth, geborene Felger, geboren und gemeinsam mit seinen sieben Geschwistern im elterlichen Haushalt - der Vater war Stationskommandant bei der württembergischen Gendarmerie - aufgewachsen. Er hat zunächst die Volksschule und sodann bis zu seinem 14. Lebensjahr die Mittelschule besucht und anschließend eine ordnungsmäßige Lehrzeit als Buchbinder absolviert. Von 1910 bis 1912 hat er seiner aktiven Dienstpflicht genügt und in der Folgezeit wiederum

als Buchbinder, und zwar nunmehr in Genf, gearbeitet. Bei Ausbruch des ersten Weltkrieges im Jahre 1914 ist er alsbald aus eigenem Entschluß in das Reichsgebiet zurückgekehrt, um sich freiwillig zum Kriegsdienst zu melden. Er hat am ersten Weltkriege bei der Feldartillerie teilgenommen, ist zweimal leicht verwundet und dreimal, angeblich wegen Tapferkeit befördert worden und hat den Dienstgrad eines Vizewachtmeisters der Reserve erreicht.

Nach Kriegsende hat der Angeklagte Böhm sich in Berlin niedergelassen und hier in der Lebensmittelbranche zunächst ein Jahr als Volontär, später als kaufmännischer Angestellter und schließlich als selbständiger Handelsvertreter gearbeitet. Am 8. September 1923 hat er die Ehe mit Else, geborene Hildebrandt, geschlossen; aus der Ehe ist eine Tochter hervorgegangen, die seit 1952 in den USA verheiratet ist.

Der Angeklagte Böhm ist im Oktober 1932, nachdem er zunächst vergeblich Anschluß an die Deutsche Turnerschaft gesucht hatte, dem Beispiel ihm sympat^hischer Kameraden folgend, in die allgemeine SS und die NSDAP eingetreten. Im Jahre 1933 hat er eine Anstellung bei der Deutschen Arbeitsfront als Sachbearbeiter im Reichsschatzamt angenommen, die ihm gegenüber seiner bisherigen Berufstätigkeit eine wirtschaftliche Besserstellung und Pensionsaussicht bot, und er ist in dieser Stellung bis zum Jahre 1941 verblieben.

Schon im Jahre 1938, anläßlich der Angliederung von Österreich an das Deutsche Reich, war der Angeklagte Böhm als Wachverstärkung zu dem SS-Wachbataillon in Oranienburg

einberufen worden und hatte dort etwa 4 bis 5 Wochen lang als Wachmann im Dienstgrad eines SS-Mannes - sein früherer Militärdienstgrad wurde nicht anerkannt - Dienst geleistet. Als der Angeklagte Böhm bei Kriegsausbruch im Jahre 1939 erneut zum Wachbataillon des Konzentrationslagers Sachsenhausen einberufen wurde, und auch, als er im Jahre 1940 eine Einberufung zur SS-Wacheinheit des Konzentrationslagers Mauthausen erhielt, ließ er sich mit Erfolg reklamieren und entging so der Einziehung. Einer erneuten Einberufung im Jahre 1941 - zu Beginn des Rußlandfeldzuges - zum 1. Ersatzbataillon des SS-Regiments Deutschland in Prag, einer rein militärischen Einheit, leistete er sodann Folge. Er erhielt in Prag einesechswöchige infanteristische Ausbildung, wurde in den seinem früheren militärischen Dienstgrad entsprechenden Rang eines SS-Oberscharführers eingestuft und sodann zu dem SS-Wachbataillon in Oranienburg in Marsch gesetzt. Hier wurde er der 1. Wachkompanie zugeteilt und als Wachzugführer zum Wachdienst im Konzentrationslager Sachsenhausen eingesetzt. Nachdem er zwischenzeitlich vorübergehend als Wachdienstleiter im Nebenlager Heide tätig gewesen war, wurde der Angeklagte Böhm im Jahre 1943 durch den Kommandanten des Konzentrationslagers Sachsenhausen, SS-Standartenführer Kaindl, auf Vorschlag des Führers des Wachbataillons, SS-Hauptsturmführer Wegner, zum Rapportführer im Schutzhaftlager Sachsenhausen ernannt. Er bekleidete diese Stellung bis zur Evakuierung des Konzentrationslagers Sachsenhausen und erreichte den Dienstgrad eines SS-Hauptscharführers.

Bei Kriegsende geriet der Angeklagte Böhm in amerikanische Kriegsgefangenschaft; es gelang ihm jedoch, seine Zugehörigkeit zur SS-Bewachungsmannschaft des Konzentrationslagers zu verheimlichen, und er wurde schon nach kurzer Zeit wieder aus der Gefangenschaft entlassen. Er wurde mit seiner Familie in Oberlahnstein ansässig und nahm hier die Tätigkeit eines Zeitschriftenabonnentenwerbers auf. Er wurde am 10. April 1957 in dieser Sache festgenommen und befindet sich auf Grund des Haftbefehls des Untersuchungsrichters I beim Landgericht in Düsseldorf vom 1. April 1957 seit dem 11. April 1957 in Untersuchungshaft.

3. Der Angeklagte Horst H e m p e l ist am 3. Februar 1910 in Königsberg/Ostpreußen als Sohn des - seit 1947 in Königsberg verschollenen - Schmiedemeisters Franz Hempel und dessen - im Jahre 1928 verstorbener - Ehefrau Bertha, geborene Hempel, geboren in der elterlichen Familie aufgewachsen. Er besuchte die Volksschule in Königsberg und absolvierte im Anschluß hieran eine vierjährige Lehre als Uhrmacher, die er mit der Gehilfenprüfung erfolgreich abschloß. In der Folgezeit arbeitete er als Uhrmachergehilfe zunächst in Königsberg und sodann in Johannesburg in Ostpreußen.

Im Januar 1932 schloß sich der Angeklagte Hempel in Johannesburg einem Motorsportverein an und trat bei dessen Auflösung im Jahre 1933 gemeinsam mit den übrigen Vereinsmitgliedern geschlossen in die allgemeine SS über; im Jahre 1937 ließ er sich in die NSDAP aufnehmen.

Im Jahre 1935 übersiedelte der Angeklagte Hempel nach Rosenheim bei München. wo er weiterhin als Uhrmachergehilfe tätig war. Hier legte er auch im Januar 1937 die Uhrmachermeisterprüfung ab. Im gleichen Jahr noch verzog er dann von Rosenheim nach Düsseldorf; auch hier war er weiterhin in seinem Beruf, und zwar als Werkstattleiter in einem bedeutenden Uhrengeschäft, tätig. Er schloß im Jahre 1938 mit Hildegard, geborene Nowak, die Ehe, aus der Kinder nicht hervorgegangen sind.

Im September 1939 wurde der Angeklagte Hempel, der inzwischen den Dienstgrad eines SS-Sturmmannes erlangt hatte, zu einer SS-Einheit nach Hamm einberufen und von dieser einem SS-Totenkopfverband in Berlin-Lichterfelde überstellt, bei dem er eine militärische Ausbildung erhielt. Da er sich bei der anschließenden Tauglichkeitsuntersuchung als nicht kriegsverwendungsfähig erwies, wurde er Anfang 1940 zum Wachbataillon des Konzentrationslagers Sachsenhausen versetzt. Er tat zunächst als SS-Sturmann in der Wachkompanie bis April 1941 Dienst als Wachsoldat; im April 1941 wurde er zu dem Kommandanturstab des Konzentrationslagers Sachsenhausen überstellt und dort nach einer Einarbeitungszeit als Blockführeranwärter, während derer er, ohne einem bestimmten Block zugeteilt worden zu sein, den aktiven Blockführern zur Unterstützung beigegeben wurde, als Blockführer eingesetzt und mit der selbständigen Leitung verschiedener Lagerblocks betraut. Nach seiner Beförderung zum SS-Rottenführer im Herbst 1941 fand der Angeklagte Hempel als Rapportschreiber in der Schreibstube der Schutzhaftlagerführung als unmit-

telbarer Untergebener des Angeklagten Böhm Verwendung; er behielt diese Tätigkeit bis zur Evakuierung des Lagers Sachsenhausen bei, wurde im Januar 1942 zum SS-Unterscharführer befördert und mit dem KVK IIausgezeichnet.

Im April 1945, nach der Evakuierung des Konzentrationslagers Sachsenhausen, geriet der Angeklagte Hempel bei Schwerin in amerikanische Kriegsgefangenschaft; er wurde von den amerikanischen Streitkräften der englischen Besatzungsmacht übergeben und von dieser Anfang Juni 1946 an die russischen Besatzungstruppen ausgeliefert. Am 1. November 1947 wurde er von dem Militärtribunal der sowjetischen Besatzungstruppen in Deutschland in dem gleichen Strafverfahren, in welchem auch der Angeklagte Höhn verurteilt worden ist, wegen Verbrechens gegen die Menschlichkeit, begangen durch die Tötung und die Beteiligung an der Tötung von mehr als 450 Häftlingen im Konzentrationslager Sachsenhausen, zu lebenslänglicher Haft mit Zwangsarbeit verurteilt; auch er hat die Strafe vorwiegend in dem Arbeitslager Workuta zum Teil verbüßt, bis er am 14. Januar 1956 als nicht amnestierter Kriegsverurteilter aus dem sowjetischen Gewahrsam nach Düsseldorf entlassen wurde.

B.

Das Konzentrationslager Sachsenhausen.

1. Lage und räumliche Beschaffenheit.

Das Konzentrationslager Sachsenhausen war in der Zeit von August bis September 1936 von Häftlingen des Konzentrations-

lagers Esterwegen errichtet worden und gehörte zu den 6 Stammkonzentrationslagern, die zu Beginn des Zweiten Weltkrieges innerhalb des ehemaligen deutschen Reichsgebietes bestanden. Er befand sich 3 bis 4 km nördlich von Oranienburg, nördlich Berlin, und lag zum Teil auf der Gemarkung der Gemeinde Sachsenhausen.

Das Lager war in das sogenannte SS-Lager und das Schutzhaftlager aufgeteilt, die durch die von der ostwestlich verlaufenden Straße Sachsenhausen - Schmachtenhagen in südwestlicher Richtung gradlinig abzweigende Lagerzufahrtsstraße voneinander getrennt waren. Während das südostwärts dieser Zufahrtsstraße errichtete SS-Lager die SS-Totenkopf-Einheit (Wachbataillon) beherbergte, welcher die Bewachung des Lagers oblag, waren in dem nordwestlich der Zufahrtsstraße angelegten Schutzhaftlager die Häftlinge sowie das SS-Verwaltungspersonal und die jeweils diensthabende Wacheinheit untergebracht.

Das Schutzhaftlager hatte die Gestalt eines über der Lagerzufahrtsstraße errichteten gleichschenkligen Dreiecks mit einer Grundlinienlänge von 650m und einer Schenkellänge von je 680 m. In der Mitte der Lagerbasis an der Zufahrtsstraße befand sich der Lagerzugang. Von diesem führte eine betonierte Fahrstraße, in der Mittelsenkrechten des Dreiecks verlaufend, zunächst auf eine Strecke von etwa 100 m durch den Kommandanturbereich, der, vom eigentlichen Häftlingslager gesondert, sich nach Südwesten hin bis zum linken Dreiecksschenkel erstreckte und nach Nordosten etwa 120 m in den Dreiecksbereich reichte. Der Haupteingang des

eigentlichen Schutzhaftlagers, in dem die Fahrstraße mündete, befand sich in einem zweiflügel^{gen}igen, von einem Turmaufsatz gekrönten Gebäude, das die Bezeichnung "Turm A" trug und in dessen Mitte eine etwa 5 m tiefe, zum Lager hin mit einem Eisentor verschlossene Durchfahrt Zugang zu dem Schutzhaftlager gewährte. Vor der dem Lagerinnern zugewandten Seite des Turmes A und der sich an beide Seiten des Gebäudes anschließenden, parallel zu der Zufahrtsstraße nach Südwesten bis zur Lagerbegrenzung und nach Nordosten bis zum Ende des Kommandanturbereiches verlaufenden Lagermauer erstreckte sich der mit dem Zentrum am Lagertor halbkreisförmig mit einem Radius von 125 m angelegte Appellplatz. Dieser wurde in Verlängerung der Durchfahrt durch den Turm A von der betonierten Lagerstraße durchschnitten, die sich zwischen den strahlenförmig in vier hintereinander liegenden Halbringen um den Appellplatz gruppierten Häftlingsbaracken, den sogenannten Blocks, in Richtung zu der dem Lagereingang gegenüber liegenden Spitze des Lagerdreiecks in einer Rasenanlage fortsetzte. An dem - vom Lagertor aus gesehen - linken Flügel der Barackenhalbringe befanden sich die Revierbaracken I bis IV und hinter dem Revierblock I das Gebäude der Pathologie mit einem Leichenkeller und, Stockwerk über diesem, dem Bordell. An den durch einen einfachen Drahtzaun vom übrigen Lagerbereich abgetrennten Revierbezirk schlossen sich nach rechts hin die durchgehend nummerierten Unterkunftsbaracken der Häftlinge, sowie, in deren Mitte beiderseits des oben beschriebenen Rasenstreifens, die Baracken für das Häftlingsbad, die Häftlings-

schreibstube, die Häftlingsbücherei und die Effektenkammer an. Von diesem Hauptbezirk des Lagers waren die auf dem rechten Flügel der ersten Lagerzeile gelegenen Blocks 11 bis 14 und die hinter diesen liegenden Blocks 35 und 36 des zweiten Barackenhalbringes durch Stacheldraht abgetrennt und bildeten die sogenannte Isolierung; hier waren die Strafkompagnie des Lagers und ab Sommer 1941 die russischen Kriegsgefangenen untergebracht. Hinter den Blocks 13 und 14 lag der Zellenbau mit den Arrestzellen; ein Teil der in diesem befindlichen Einzelzellen stand dem Schutzhaftlager zum Arrestvollzug zur Verfügung, in dem übrigen Teil der Zellen waren besondere Häftlinge untergebracht, die dem Reichssicherheitshauptamt unmittelbar unterstellt waren und am Lagerleben nicht teilnahmen; die Leitung und die Bewachungsmannschaften des Schutzhaftlagers hatten zu diesem Teil des Zellenbaues keinen Zutritt. Die Unterkunftsbaracken der Häftlinge, die für eine Belegungsstärke von 250 Häftlingen vorgesehen, in denen aber zeitweise bis zu 500 Häftlinge untergebracht waren, hatten eine Länge von etwa 50 m und eine Breite von etwa 8 m. Sie wurden in der Mitte ihrer Längsausdehnung von einem 2 m breiten Flut durchschnitten und durch diesen in einen A- und einen B-Flügel unterteilt, deren jeder einen 8 x 12 m großen Schlafräum und einen 8 x 9 m großen Tagesraum enthielten. Die Schlafräume waren mit zwei-, zum Teil auch dreistöckigen Betten, Bänken und Stühlen sowie mit je einem Großraumofen ausgestattet. An die Mittelflure schlossen sich weiter der Toilettenraum, der Waschraum und eine Besenkammer an.

Das Schutzhaftlager war wie folgt gesichert: Entlang der Lagerbegrenzung verlief zum Lagerinnern hin ein mit Stolperdrähten versehener Geländestreifen; es folgte nach außen hin ein Geländestück, das zu betreten den Häftlingen verboten war, die sogenannte neutrale Zone. An diese schloß sich ein durch Stacheldrahthindernisse gesicherter Terraingürtel an, hinter welchem sich der 2,5 m hohe elektrisch geladene Drahtzaun erhob. Jenweits desselben folgte wiederum ein Geländestreifen mit Stolperdraht, sodann ein 3 m breiter Postenweg, und schließlich die 2,5 m hohe Lagermauer, auf deren Krone ein 50 cm hoher elektrisch geladener Drahtzaun befestigt war. Das gesamte Häftlingslager war in regelmäßigen Abständen von Wachtürmen umstellt, die mit MGs bestückt waren, mit denen jeder Teil des Lagerbereiches bestrichen werden konnte.

Außerhalb des eigentlichen Schutzhaftlagers schlossen sich an den rechten Schenkel des Lagerdreiecks in der Nähe der Dreiecksspitze vier Sonderhäuser an, welche prominente politische Häftlinge mit ihren Familien beherbergten. An den linken Schenkel des Lagerdreiecks grenzte, von dem Schutzhaftlager durch einen unmittelbaren Zugang und von der Lagerzufahrtsstraße durch ein gesondertes Tor zu erreichen, der Industriehof. In diesem waren ein Hundezwinger, ein Holzplatz, der Kartoffelkeller, eine Niederlassung des Deutschen Bekleidungswerkes sowie der offene Schießstand und die Genickschußbaracke, die Ende 1942 oder Anfang 1943 durch ein festes Gebäude mit Erschießungs-, Vergasungsanlage und Krematorium ersetzt wurde, untergebracht.

2. Die Organisation der Lagerverwaltung.

a) Die SS-Lagerleitung.

Das Konzentrationslager Sachsenhausen unterstand, wie auch die übrigen Konzentrationslager im Reichsgebiet, der "Inspektion für die Wachverbände und Konzentrationslager", einer von dem SS-Gruppenführer Glücks geleiteten Abteilung des SS-Verwaltungs- und Wirtschaftsamtes, welches dem Reichsführer SS unmittelbar unterstellt war.

Die Leitung des Konzentrationslagers Sachsenhausen lag in den Händen der Kommandantur, an deren Spitze der Lagerkommandant (in dem für diese Entscheidung im wesentlichen in Betracht stehenden Zeitraum ab August 1942: SS-Standartenführer Kaendl) stand und die sich in folgende Hauptabteilungen gliederte:

- I. Adjutant (SS-Untersturmführer, später Obersturmführer Wessel),
- II. Verwaltung (SS-Sturmbannführer Lauer),
- III. Schutzhaftlager (SS-Hauptsturmführer Kolb),
- IV. Sanitätswesen (SS-Hauptsturmführer Dr. Baumkötter),
- V, politische Abteilung (Sekretär der geheimen Staatspolizei Erdmann).

Das Schutzhaftlager des Konzentrationslagers Sachsenhausen unterstand dem 1. Schutzhaftlagerführer, der die gesamten Dienstgeschäfte innerhalb des Schutzhaftlagers verantwortlich leitete und dem zur Unterstützung und Ausbildung ein 2. und zeitweise ein 3. Schutzhaftlagerführer beigegeben

waren. 1. Schutzhaftlagerführer war ab Sommer 1943 der SS-Hauptsturmführer Kolb, der Angeklagte Höhn war ab Frühjahr 1944 2. Schutzhaftlagerführer und nahm, als Kolb im Spätherbst 1944 mit der Führung des Wachbataillons beauftragt und von der Verantwortung des 1. Schutzhaftlagerführers entbunden wurde, von diesem Zeitpunkt an auch dessen Funktionen im Lager wahr. Ihm zur Seite stand als 3. Schutzhaftlagerführer der SS-Obersturmführer Körner, Zu einer förmlichen Ernennung des Angeklagten Höhn zum 1. Schutzhaftlagerführer ist es nicht gekommen, da Höhn wegen des gegen ihn schwebenden Strafverfahrens nicht befördert werden konnte und der Kommandant Kaindl ihn nicht dem 3. Schutzhaftlagerführer Körner, der einen höheren Dienstgrad innehatte, offiziell dienstlich überordnen wollte.

Dem Schutzhaftlagerführer unmittelbar unterstellt war der Rapportführer; diese Dienst^tstellung bekleidete der Angeklagte Böhm ab Sommer 1943. Er war für die Dienstⁿstellung der SS-Unterführer des Schutzhaftlagers verantwortlich, nahm bei den täglichen Zählappellen der Häftlinge die Stärkemeldungen entgegen, stellte die Häftlingsstärkemeldungen zusammen und überwachte die in der Schutzhaftlagerführer-Schreibstube geführten Häftlingskarteien. Ihm oblag ferner die Vorbereitung und Durchführung von Strafrapporten gegen Häftlinge, die Überwachung des Vollzugs von Lagerstrafen und die dienstliche Mitwirkung an Exekutionen von Häftlingen.

Dem Rapportführer unmittelbar unterstellt und zugeordnet war der Rapportschreiber. Dieser, dessen Posten in dem für

diese Entscheidung in Betracht stehenden Zeitraum von dem Angeklagten Hempel bekleidet wurde, hatte im wesentlichen die Stärkemeldungen ("Rapporte") und die Lagerstatistik unter der Verantwortung des Rapportführers zu bearbeiten; daneben war er mit der Schutzhaftlagerführer-Schreibstube und mit der Erledigung allgemeiner Schreibaarbeiten beschäftigt.

Der Rapportführer war schließlich ständiger Vorgesetzter der im Schutzhaftlager eingesetzten Blockführer. Diese standen im Dienstrange von SS-Scharführern, waren für Disziplin, Ordnung und Sauberkeit in den ihnen jeweils unterstellten zwei bis drei Häftlingsblocks verantwortlich und wurden zur Unterstützung des Rapportführers in einzelnen Dienstangelegenheiten, zum "Wach- und Bereitschaftsdienst" am Lagertor, zur Exekution von Strafen und zum inneren Lagerdienst herangezogen.

b). Die Häftlingsselbstverwaltung.

Der SS-Lagerleitung stand die sogenannte Häftlingsselbstverwaltung gegenüber, der die Aufgabe zufiel, die innere Ordnung unter den Häftlingen zu gewährleisten, häftlingsinterne Angelegenheiten zu erledigen und die SS-Lagerleitung in ihrer Verwaltungstätigkeit, nämlich insbesondere bei der Feststellung der Belegungsstärke des Lagers, bei der Belegung der einzelnen Blocks und der Einteilung der Arbeiterkommandos sowie durch den sogenannten Läuferdienst zu unterstützen. An der Spitze der Häftlingsselbstverwaltung stand der von dem Lagerkommandanten eingesetzte und

dem 1. Schutzhaftlagerführer unmittelbar unterstellte 1. Lagerälteste, dem eine eigene Schreibstube, die "Lager-schreibstube" zur Erledigung seiner Verwaltungsaufgaben zur Verfügung stand, in welcher neben anderen Unterlagen eine besondere Häftlingskartei geführt wurde. Ihm waren zwei Stellvertreter beigegeben und die Blockältesten, Häftlinge, die im Bereiche ihrer Blocks (Baracken) die Aufgaben der Häftlingsselbstverwaltung zu erfüllen hatten und in demjenigen Blockflügel, in welchem sie lagen, zugleich Stubenälteste waren; sie führten die Aufsicht über die Stubenältesten des jeweils anderen Blockflügels, über die Tischältesten, und den Stubendienst.

c). Die Häftlinge.

Das Konzentrationslager Sachsenhausen war bei seiner Errichtung für eine Belegungsstärke von etwa 8 bis 10 000 Häftlingen vorgesehen; während des Krieges und insbesondere in der Zeit von Ende 1944 bis zur Evakuierung des Lagers am 21. April 1945 waren in ihm jedoch zeitweilig weit über 20 000 Häftlinge untergebracht.

Die Häftlinge, die in der Regel auf Grund eines "Schutzhaftbefehls" des Geheimen Staatspolizeiamtes in Berlin in das Lager eingewiesen wurden, waren nach bestimmten, den Anlaß ihrer Einlieferung kennzeichnenden Kategorien eingeteilt und durch mit den Häftlingsnummern an der Häftlingskleidung getragene farbige Winkel als zu den jeweiligen Kategorien gehörend kenntlich gemacht. So trugen die politischen

Häftlinge rote, die Berufsverbrecher (BV-er) grüne, die Asozialen schwarze, die Homosexuellen rosa, die Bibelforscher violette und die Juden - von denen es indessen im Lager Sachsenhausen in der Zeit von Ende 1942 bis Anfang 1945 nur eine im Verhältnis zu dem übrigen Häftlingsbestand verschwindend kleine Anzahl gab - gelbe und darüber, mit der Spitze nach oben, Winkel der Farbe derjenigen Kategorie, der sie nach dem Anlaß ihrer Einlieferung in das Konzentrationslager zugerechnet wurden. Rückfällige Häftlinge, d. h. solche, die ein zweites Mal in das Konzentrationslager eingeliefert wurden, waren durch einen über dem Winkel getragenen Streifen, ("Balken") von gleicher Farbe, Häftlinge, die schon einmal aus einem Konzentrationslager entwichen waren oder sich eines Fluchtversuchs verdächtig gemacht hatten, waren durch einen auf der Brust und Rücken ihrer Kleidung angebrachten großen schwarzen Punkt, den sogenannten "Fluchtpunkt" besonders kenntlich gemacht.

In der Zeit, bevor der SS-Hauptsturmführer Kolb als 1. und der Angeklagte Höhn als 2. Schutzhaftlagerführer im Konzentrationslager Sachsenhausen tätig waren, kennzeichnete sich die Behandlung der Häftlinge besonders durch auf persönlicher Willkür der Führer und Unterführer der SS-Lagerleitung beruhende Terror- und Vernichtungsakte gegen einzelne Häftlinge. Die Tendenz, die in jenem Zeitabschnitt in den Konzentrationslagern verfolgt wurde, war lediglich darauf gerichtet, die Inhaftierten, wenn möglich für dauernd, aus der Volksgemeinschaft auszuschließen; das führte dazu, daß die Häftlinge

nicht nur den von der oberen SS-Führung im großen geplanten und durchgeführten Vernichtungsaktionen - wie z. B. die Juden den großen ~~Masseneinlieferungsaktionen~~ der Jahre 1938 bis 1940 und die Angehörigen der polnischen Intelligenz in der Zeit von Ende 1939 bis Mitte 1940 - preisgegeben, sondern daß sie ^{da} neben auch noch der persönlichen Vernichtungswut der einzelnen SS-Führer und Unterführer schutzlos ausgesetzt waren. Diese von den untern SS-Führern unter ausdrücklicher Billigung oder mit stillschweigender Duldung ihrer Vorgesetzten willkürlich ausgeführten Marterungen und Tötungen einzelner Häftlinge gingen in der Zeit, in welcher der SS-Hauptsturmführer Kolb und der Angeklagte Höhn die Führung im Schutzhaftlager übernahm, also etwa Mitte 1943, merklich zurück, da sich inzwischen bei der höheren SS-Führung die Auffassung durchgesetzt hatte, daß die in den Konzentrationslagern inhaftierten Häftlinge eine wertvolle und mit der fortschreitenden Kriegsbelastung des deutschen Volkes unverzichtbare Arbeitskraft darstellten, die, soweit möglich, zu erhalten und zur Intensivierung der Kriegsanstrengungen der deutschen Wirtschaft auszunutzen war. Daher blieben die Häftlinge in der Folgezeit ~~vom~~ ihre Arbeitskraft beeinträchtigenden oder vernichtenden Einzel-Willkürakten der unteren SS-Führer im wesentlichen verschont; an die Stelle des früheren Einzel-terrors trat nunmehr der Massenterror, der sich darauf richtete, die seelische Widerstandskraft der Häftlinge zu brechen und die Inhaftierten nur dann, dann aber in - im einzelnen vorgeplanten und durchgeführten - Massenvernichtungsaktionen, der Tötung zuzuführen, wenn dies der oberen SS-

Führung aus sogenannten "übergeordneten Gesichtspunkten", z. B. zum Zwecke der allgemeinen Abschreckung und zur Verhütung des Bekanntwerdens der im Konzentrationslager herrschenden Zustände bei der deutschen Zivilbevölkerung und den Feindmächten als tunlich erschien.

In diesen zweiten Abschnitt fallen - mit Ausnahme der Tötung russischer Kriegsgefangener - die den Angeklagten Höhn, Böhm und Hempel zum Vorwurf gemachten Straftaten.

Die vorstehenden Feststellungen zu A. und B. beruhen auf den Einlassungen der Angeklagten Höhn, Böhm und Hempel sowie auf den Aussagen der Zeugen Kolb, Wessel, Dr. Baumkötter, Erdmann, Dr. Adametz, Engemann, Lankisch von Hoernitz, Lübbe, Dr. Schmidt und Abel, an deren Richtigkeit insoweit zu zweifeln das Schwurgericht, ohne daß es schon jetzt eines Eingehens auf die persönliche Glaubwürdigkeit der Genannten bedurfte, schon deswegen keinen Anlaß sieht, weil die vorstehenden Feststellungen nicht unmittelbar Straftaten der Angeklagten betreffen, das Motiv einer wahrheitswidrigen Be- oder Entlastung der Angeklagten mithin insoweit ausscheidet und weil die Angaben der Angeklagten und Zeugen über die historischen Vorgänge, soweit sie mehreren von ihnen zur Kenntnis gelangt sind, sich decken und im übrigen derart miteinander vereinbar sind, daß den objektiven Wahrheitsgehalt der einzelnen Angaben in Frage stellende Widersprüche nicht ersichtlich geworden sind.

C.

Die Straftaten der Angeklagten.

I. Die Erschießung russischer Kriegsgefangener.

a) Tatsachenfeststellung.

Kurze Zeit nach Beginn des Rußlandfeldzuges, nämlich von Anfang September bis etwa Mitte Oktober 1941, wurden in das Konzentrationslager Sachsenhausen eine große Anzahl russischer Kriegsgefangener, insgesamt mindestens 18 000, eingeliefert, die auf Grund einer im Einverständnis mit der Reichsführung SS ergangenen Anordnung des Oberkommandos der Wehrmacht aus den russischen Kriegsgefangenenlagern der Wehrmacht (Stalags) nach im einzelnen nicht mehr feststellbaren Gesichtspunkten gesondert und der SS zur weiteren Behandlung überstellt worden waren. Diese russischen Kriegsgefangenen, die unter Bewachung von Wehrmachtsangehörigen im Bahntransport zum Bahnhof Sachsenhausen gebracht worden waren, wurden von dort unter der Aufsicht von Angehörigen der SS-Lagerleitung in das Schutzhaftlager geführt und da in den anderen Häftlingen freigemachten, von Einrichtungsgegenständen gänzlich geräumten und vom übrigen Schutzhaftlagerbereich durch Stacheldrahtzäune abgetrennten Blocks 11, 12, 35 und 36, welche vorher durch Tafeln als "Russisches Kriegsgefangenenlager" kenntlich gemacht waren, ohne oder mit nur durchaus unzureichender Verpflegung untergebracht, Bis Mitte Oktober 1941 wurden etwa 10 800 dieser Gefangenen in der eigens zu diesem Zweck vorher im Industriebereich des Lagers errichteten Genickschußanlage durch Angehörige der SS-

Lagerleitung, insbesondere Blockführer des Schutzhaftlagers, erschossen und in vier transportablen Krematoriumsöfen, welche gleichfalls speziell zu dem Zweck der Vernichtung ihrer Leichen im Industriebhof aufgestellt und in Betrieb gesetzt worden waren, verbrannt.

Im einzelnen vollzog sich die Erschießung der russischen Kriegsgefangenen in folgender Weise : Allabendlich nach dem allgemeinen Zählappell werden Gruppen von jeweils 50 bis 60 russischen Kriegsgefangenen vor den Isolierbaracken auf LKWs verladen und zum Industriebhof gefahren. Durch die Vorspiegelung ihrer Bewachungsmannschaften, sie würden zum Arbeitseinsatz gebracht, wo sie sich ausreichende Verpflegung verdienen könnten, wurden sie bewogen, sich nicht nur dem Abtransport nicht zu widersetzen, sondern sich sogar freiwillig zu ihm zu drängen.

Im Industriebhof wurden die Gefangenen unter der Aufsicht der an der Vernichtungsaktion beteiligten Blockführer von den Lastkraftwagen abgeladen und in die nicht erkennbare Genickschußbaracke getrieben. Sie erreichten zunächst einen größeren, als Umkleideraum eingerichteten Raum, in welchem sie sich ihrer Kleidung zu entledigen hatten. Von dem Umkleideraum aus wurden sie in an diesen angrenzendes Zimmer gebracht, in welchem ihnen von SS-Angehörigen die Vornahme einer Körperuntersuchung auf ihren Kräftezustand und ihre Arbeitsfähigkeit vorgetäuscht wurde; hierbei achteten die die Scheinuntersuchung durchführenden SS-Angehörigen lediglich darauf, ob die Gefangenen goldenen Zahnersatz trugen, und bezeichneten,

wenn dies der Fall war, die entsprechenden Kriegsgefangenen mit einem blauen Kreuz auf der Brust. Nach dieser vorgeblichen Untersuchung wurden die Gefangenen einzeln und nacheinander in den sich an den "Untersuchungsraum" anschließenden Erschießungsraum geleitet. Dieser war bis zur halben Höhe mit Fliesen ausgelegt und enthielt eine Einrichtung, die in den Gefangenen den Eindruck erweckte, in ihm werde ihre Untersuchung auf ihre Arbeitsfähigkeit fortgesetzt: An einer Längswand, hinter der sich ein weiterer, von den Gefangenen nicht einzusehender Raum befand, war mit Farbe ein in Zentimeter-Abschnitte eingeteilter vertikaler Meßstreifen angebracht, auf dem die Körpergröße einer Person abgelesen werden konnte. Neben diesem Meßstreifen lief in einem an die Wand eingelassenen senkrechten Spalt ein besonders konstruiertes Holzgestell mit einem Schieber (die sogenannte Kopfplatte), welches zum Messen der Körpergröße auf und ab bewegt werden konnte und den in der Wand eingelassenen Längsspalt verdeckte. In dem Schieber war in einem bestimmten, etwa einer Kopfhöhe entsprechenden Abstand unterhalb der Kopfplatte eine Durchbohrung angebracht, die, wenn die Kopfplatte auf dem Kopf des zu Messenden auflag, dessen Nacken durch den Spalt zum Nebenraum hin freigab. In diesem schalldicht isolierten Nebenraum hielt sich der als Schütze eingeteilte SS-Angehörige auf und erschoss auf ein Zeichen des Blockführers, der den nichtsahnenden Häftling im Erschießungsraum vor die Meßplatte gestellt und die Kopfplatte auf seinen Kopf gesenkt hatte, hin mit einer Kleinkaliberpistole den vor der Meßplatte stehenden Kriegsgefangenen durch

einen Genickschuß. Ein in dem Erschießungsraum auf höchste Lautstärke eingestellter Plattenspieler übertönte den Schußknall und erfüllte die gesamte Baracke mit überlauter, noch im Schutzhaftlager deutlich hörbarer Marschmusik. Sobald der exekutierte Gefangene, von dem Genickschuß getroffen, tot zusammenbrach, wurde er von Angehörigen des Krematoriumskommandos durch eine Seitentür in einen Nebenraum gezogen, in welchem die Leichen der Gefangenen bis zu ihrer Verbrennung aufgestapelt wurden;]der Erschießungsraum wurde mittels eines Wasserschlauches von Blutspuren gesäubert und der nächst^{der}/wartenden Häftlinge, welche von der Tötung des vorangegangenen Häftlings nichts hatten wahrnehmen können, in den Erschießungsraum gebracht und in gleicher Weise durch Genickschuß getötet,

Denjenigen Gefangenen, welche goldenen Zahnersatz trugen und die bei der vorgetäuschten ärztlichen Untersuchung entsprechend gekennzeichnet worden waren, wurde von den Häftlingen des Krematoriumskommandos der Zahnersatz ausgebrochen und zur Ablieferung an die Kommandantur vereinnahmt.

Die Zahl der Erschießungen bestimmte sich nach der Leistungsfähigkeit der Krematoriumsöfen und schwankte zumindest in den ersten Wochen der Erschießungsaktion zwischen 250 und 300 Gefangenen täglich. Mitte Oktober 1941 erkrankten zunächst zwei, dann eine größere Anzahl von Blockführern des Erschießungskommandos an Fleckfieber, das die sowjetischen Kriegsgefangenen eingeschleppt hatten; diese führte zu Stockungen und schließlich Mitte November 1941 zum gänz-

lichen Abbruch der Vernichtungsaktion.

Der Angeklagte Hempel, der zur Zeit der Russenerschießungen als Blockführer im Schutzhaftlager eingesetzt war, beteiligte sich auf Befehl der Lagerführung - ob ihm die Weisung vom Lagerführer unmittelbar oder von einem anderen seiner Vorgesetzten erteilt worden ist, hat sich nicht mehr mit völliger Sicherheit feststellen lassen - an der Aktion. Er hat wissend, daß und auf welche Weise die Kriegsgefangenen im Konzentrationslager getötet werden sollten, in mindestens 2 Fällen an dem Transport von jeweils wenigstens 50 Kriegsgefangenen, die später in der beschriebenen Weise erschossen wurden, vom Bahnhof Sachsenhausen tätig mitgewirkt und in wenigstens 2 weiteren Fällen Gruppen von jeweils mindestens 50 Gefangenen, die von dem diensthabenden Leiter der Russenisolierung im Schutzhaftlager zum Transport in den Industriebhof eingeteilt und aufgestellt worden waren, übernommen, nachgezählt, ihre Verladung auf bereitstehende Lastkraftwagen veranlaßt und überwacht, die Gefangenen in den Industriebhof fahren lassen und sie dort an der Genickschußanlage abgeliefert, wo sie alsbald erschossen wurden.

Der Angeklagte Hempel ist geständig. Er läßt sich wie folgt ein: Etwa 4 Wochen nach Beginn des Rußlandfeldzuges habe er gesehen, daß eine Kommission, die aus hohen Wehrmachts-offizieren bestanden habe und von dem damaligen Lagerkommandanten geführt worden sei, insbesondere die Isolierung und den Industriebhof, besichtigt habe. Kurze Zeit später

habe er festgestellt, daß an der Isolierung ein Schild mit der Aufschrift "Russisches Kriegsgefangenenlager" angebracht gewesen sei. Etwa gleichzeitig sei ihm und den übrigen Blockführern das Betreten des Industriebhofes verboten worden. In der Folgezeit habe er festgestellt, daß auf dem Industriebhof Neubauten errichtet und von Zeit zu Zeit durch den Lagerkommandanten Loritz besichtigt worden seien.

Anfang September 1941 seien die ersten Transporte russischer Kriegsgefangener, von Wehrmachtsangehörigen begleitet, im Lager eingetroffen. Er, der Angeklagte Hempel, habe mit den Begleitmannschaften von der Wehrmacht gesprochen und von diesen erfahren, daß es sich bei den Gefangenen um sowjetische politische Kommissare^S handele, die auf Befehl des OKW zum Zwecke der Erschießung im Konzentrationslager Sachsenhausen aus den Stalags ausgesondert worden seien. Er, der Angeklagte, habe selbst mit den Erschießungen zunächst nichts zu tun gehabt, er habe aber gehört, daß und in welcher Weise die Russen auf dem Industriebhof erschossen worden seien, und bemerkt, daß aktive Blockführer ihre Mißbilligung über die Tatsache und die Art der Vernichtung der Kriegsgefangenen zum Ausdruck gebracht hätten.

Als im Oktober 1941 unter den mit der Exekution der sowjetischen Kriegsgefangenen befaßten SS-Leuten eine Fleckfiebererkrankung ausgebrochen sei und eine Anzahl von aktiven Blockführern infolge ihrer Erkrankung für die weitere Teilnahme an der Russenvernichtung ausgefallen sei, sei er, der Angeklagte, zur Mitwirkung an der Exekution einge-

teilt worden. Entsprechend dem ihm erteilten Befehl habe er wenigstens zweimal bei der Russenisolierung Blocks von jeweils 50 Gefangenen, die von dem diensthabenden Leiter der Isolierung zum Transport in den Industriebhof - wo sie, wie er, der Angeklagte, wußte, erschossen werden sollten, nachgezählt, ihre Verladung auf von der Lagerkommandantur bereitgestellten Lastkraftwagen veranlaßt und überwacht, die Gefangenen in den Industriebhof fahren lassen und dort dem in der Genickschußanlage diensttuenden Blockführer Nägele übergeben, der sie in die Baracke gebracht habe. Hier seien die von ihm, dem Angeklagten, antransportierten Kriegsgefangenen erschossen worden. An der Erschießung selbst sei er, Hempel, nicht beteiligt gewesen. Er habe aber zur Zeit der Durchführung dieser Transporte gewußt, daß die Gefangenen sich in einem Umkleideraum ihrer Kleider hätten entledigen müssen, daß sie in einem "Untersuchungsraum" durch einen SS-Angehörigen dem Scheine nach einer Gesundheitsuntersuchung unterzogen worden seien, daß sie sodann in dem Erschießungsraum einzeln nacheinander vor eine Meßlatte treten mußten und durch einen in derselben angebrachten Schießschlitz hinterücks mittels eines Genickschusses getötet worden seien; ihm sei weiter bekannt gewesen, daß die russischen Kriegsgefangenen vor dem von ihm durchgeführten Transport und auch noch in der Genickschußanlage in die Annahme versetzt worden seien, sie würden in der ihnen als solche nicht erkenntlichen Genickschußanlage auf ihre Arbeitsfähigkeit untersucht, und daß die Russen bis zu ihrer Erschießung nicht erkannt hätten, daß

ihnen die Tötung bevorstehe.

In etwa 2 weiteren Fällen habe er, der Angeklagte Hempel, als diensthabender Blockführer Transporte von jeweils mindestens 50 russischen Kriegsgefangenen, die nachts unerwartet am Bahnhof eingetroffen seien und sofort hätten abgeholt werden müssen, mit anderen SS-Angehörigen am Bahnhof Sachsenhausen in Empfang genommen und in das Lager gebracht; seine Tätigkeit am Bahnhof habe darin bestanden, daß er mit einem Scheinwerfer die Ausladung der Gefangenen beleuchtet habe. Auch in diesen Fällen sei er sich bewußt gewesen, daß den Gefangenen im Konzentrationslager ihre Tötung in der Genickschußanlage bevorstanden habe.

Für seine Mitwirkung an der Erschießung der russischen Kriegsgefangenen sei er nach Abschluß der Aktion mit dem Kriegsverdienstkreuz II. Klasse mit Schwertern ausgezeichnet worden; er sei auch mit den übrigen Blockführern, die an der Vernichtung der russischen Kriegsgefangenen mitgewirkt hätten, auf einen Sonderurlaub nach Italien geschickt worden, doch sei er als Reservist in den Genuß dieser Vergünstigung nur deswegen gelangt, weil andere, aktive Blockführer, die zunächst zur Teilnahme an der Urlaubsfahrt vorgesehen gewesen seien, infolge ihrer Fleckfiebererkrankung nicht hätten mitfahren können, und er für sie als Ersatzmann eingesprungen sei.

Das Geständnis des Angeklagten Hempel ist glaubwürdig. Zunächst ist kein Motiv oder sonstiger Anlaß dafür zu erörtern, daß der Angeklagte sich wahrheitswidrig der

Mitwirkung an den Russenerschießungen bezichtigt und sich so zu unrechtbelastet hätte. Im übrigen aber wird seine Einlassung durch die Bekundungen der Zeugen Schubert, Sorge, Schöler und Reinecke in ihren wesentlichen Zügen bestätigt. Der Zeuge Schubert hat uneidlich ausgesagt, Hempel habe die russischen Gefangenen auf dem Wege zur Erschießungsanlage begleitet und bewacht. Zwar kann die Aussage dieses Zeugen deswegen nicht unbedenklich hingenommen werden, weil der Zeuge Schubert als SS-Oberscharführer selbst Blockführer im Schutzhaftlager Sachsenhausen gewesen sei und wegen während dieser seiner Tätigkeit verübten Mordes in 46 Fällen und versuchten Mordes in 8 Fällen sowie wegen Beihilfe zum versuchten Mord durch das Urteil des Schwurgerichts in Bonn vom 6. Februar 1959 - 8 Ks 1/58 - zu lebenslangem Zuchthaus verurteilt worden ist, er gegen das Urteil Revision eingelegt hat, über welche noch nicht entschieden ist, und daher der Verdacht nahe liegt, er wolle die ihm angelasteten Straftaten auf andere, mit ihm im Schutzhaftlager tätig gewesene SS-Angehörigen, darunter auch den Angeklagten Hempel, abwälzen und sage daher zu deren Nachteil die Unwahrheit. Diese Bedenken erscheinen jedoch im konkreten Falle als nicht gerechtfertigt; denn dadurch, daß er den Angeklagten Hempel bezichtigt, an dem Transport der russischen Kriegsgefangenen zur Erschießungsanlage mitgewirkt zu haben, vermag er sich selbst, wie er auch nach seinen in der Hauptverhandlung vor dem Schwurgericht zutage getretenen intellektuellen Fähigkeiten ohne Zweifel erkennt, von dem Vorwurf, selbst an der Erschießung der Kriegsgefangenen beteiligt gewesen zu sein, weder zu reinigen noch auch nur

zu entlasten.

Der Zeuge Sorge hat uneidlich bekundet, er habe zwar nicht speziell gesehen, daß Hempel an der Russenvernichtungsaktion teilgenommen habe; da der Angeklagte Hempel zu jener Zeit aber Blockführer gewesen sei und sämtliche Blockführer zur Teilnahme an der Aktion eingeteilt gewesen seien, nehme er an, daß auch Hempel sich an der Aktion beteiligt habe. Für die Würdigung dieser Aussage des Zeugen Sorge, der als SS-Hauptscharführer zur Zeit der Russenvernichtungsaktion als 1. Rapportführer und Arbeitsdienstführer im Schutzhaftlager Sachsenhausen tätig war und durch das genannte, gegen ihn in Rechtskraft erwachsene Urteil des Schwurgerichts in Bonn vom 6. Februar 1959 wegen Mordes in 67 Fällen und anderer Straftaten gleichfalls zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt worden ist, gelten die zu der Aussage des Zeugen Schubert angestellten Erwägungen in gleicher Weise; doch liegt bei ihm die Möglichkeit einer Falschaussage noch umso ferner, als dieser Zeuge sich, da er rechtskräftig verurteilt ist, durch eine wahrheitswidrige Bezichtigung des Angeklagten Hempel keine Vorteile mehr zu verschaffen vermag.

Auch der Zeuge Schöler hat nach seiner Bekundung nicht konkret wahrgenommen, daß der Angeklagte Hempel sich an der Russenerschießung beteiligt hat; er hat aber gesehen, daß Hempel im Anschluß an die Aktion mit dem KVK II ausgezeichnet worden ist, und schließt hieraus in Verbindung mit seiner Feststellung, daß zu jenem Zeitpunkt nur die Teilnehmer an der Russenaktion ausgezeichnet worden sind; daß Hempel

an diesen Erschießungen in irgendeiner Weise mitgewirkt hat. Die Aussage des Zeugen Schöler, der im Zuge einer Sonderaktion der SS am 3. Juni 1939 in das Konzentrationslager Sachsenhausen eingeliefert und dort bis zum 21. April 1945 inhaftiert worden war und der seine Aussage vor dem Schwurgericht in ruhiger, maßvoller und sachlicher Form gemacht hat, ist glaubwürdig; Anhaltspunkte dafür, daß er die Unwahrheit berichtet hätte, sind nicht hervorgetreten.

Der Zeuge Reinecke schließlich, der im Jahre 1933 kommunistischer Stadtverordneter in Göttingen war, wegen Vorbereitung zum Hochverrat zu 3 1/2 Jahren Zuchthaus verurteilt und nach Verbüßung der Strafe im August 1940 in das Konzentrationslager Sachsenhausen eingeliefert worden ist, wo er bis zu dessen Evakuierung im Jahre 1945 verblieb, hat ausgesagt, er habe, als er während der Russenerschießungsaktionen im Industriebhof des Lagers Sachsenhausen gearbeitet habe, von seiner Arbeitsstelle aus selbst beobachtet, daß der Angeklagte Hempel russische Kriegsgefangene, die zur Erschießung bestimmt gewesen seien, im Lastkraftwagen zu der Erschießungsanlage herantransportiert habe. Zu einem anderen Zeitpunkt habe er vom Appellplatz des Schutzhaftlagers aus beobachtet, wie Hempel sich an dem Aufladen von Kriegsgefangenen auf vor der Russenisolierung vorgefahrene Lastkraftwagen beteiligt habe. Auch diese ruhig, sachlich und mit Bestimmtheit vorgetragene Aussage ist glaubhaft; das Schwurgericht ist von der Richtigkeit ihres Inhaltes überzeugt.

Hiernach steht fest, daß der Angeklagte Hempel an der Erschießung von insgesamt 200 russischen Kriegsgefangenen, deren mindestens zweimal 50 er von dem Bahnhof Sachsenhausen in das Konzentrationslager und wenigstens weitere zweimal 50 von der Russenisolierung zu der Erschießungsanlage im Industriebhof transportiert hat oder hat transportieren helfen, in der oben im einzelnen festgestellten Weise mitgewirkt hat.

b) Rechtliche Würdigung.

aa) Die Tötung der russischen Kriegsgefangenen war rechtswidrig. Es bedarf keiner besonderen Erörterung, daß den Erschießungen rechtskräftige gerichtliche Urteile nicht zugrunde gelegen haben, daß ohne solche Urteile die die Erschießungen anordnenden Führungsstellen der SS und der oberen Kommandobehörden der Wehrmacht zur rechtmäßigen Anordnung der Tötung der sowjetischen Kriegsgefangenen nicht ^{waren} legitimiert (vgl. BGH, Urteil vom 24. 6. 1955 - 1 StR 55/55 - mit weiteren Nachweisen) und daß ihnen hinsichtlich der befohlenen Erschießungen keine allgemeinen oder besonderen Rechtfertigungsgründe zur Seite gestanden haben. Insbesondere rechtfertigen sich die Tötungen auch nicht als Maßnahmen völkerrechtlicher Sanktion; die Annahme einer solchen scheidet, ohne daß es auf die Frage nach dem Vorliegen ihrer tatsäch-
schon deswegen ohne weiteres aus, weil die Heimlichkeit
lichen und rechtlichen Voraussetzungen ankäme, in welcher
die Tötungen gemäß den Befehlen der sie anordnenden Führungs- und Kommandobehörden durchgeführt wurden, sie als zur Einwirkung auf den Willen der anderen kriegsführenden Partei (der Sowjetunion), die das Wesensmerkmal der völkerrecht-

lichen Sanktion darstellt, weder bestimmt noch geeignet qualifizierte.

bb) Die Erschießungen stellen sich rechtlich als Mord im Sinne des § 211 StGB dar : Die Kriegsgefangenen sind aus niedrigen Beweggründen und heimtückisch getötet worden. Die Tötung der Gefangenen, die nicht angeordnet worden ist, weil den Gefangenen ein strafwürdiges oder auch nur mißbilligenswertes konkretes Verhalten zum Vorwurf gemacht worden war, sondern allein deswegen, weil die Gefangenen - was nicht einmal mit Sicherheit, zumindest aber nicht bei allen von ihnen feststeht - eine bestimmte Stellung, nämlich die eines politischen Kommissars, innerhalb der russischen Armeen einnahmen, beruhte auf einer niedrigen Gesinnung im Sinne des § 211 StGB, nämlich auf einer Gesinnung, die Personen, die in einer politisch und militärisch mißlieblichen Funktion Verwendung gefunden hatten, überhaupt jeden Menschenswert und jede Menschenwürde absprach und ihnen allein deswegen erbarmungslos diejenigen rechtlichen Sicherungen versagte, die nach der übereinstimmenden Rechtsüberzeugung aller Kulturvölker selbst dem gebühren, der eine schwere strafbare Handlung begangen hat (vgl. BGH a. a. O.). Die Tötungen sind darüber hinaus heimtückisch im Sinne des § 211 StGB, nämlich unter Ausnutzung der Arg- und Wehrlosigkeit der Opfer ausgeführt worden : Die Kriegsgefangenen wurden in die Auffassung versetzt und erhalten, sich einer Untersuchung auf ihre Arbeitsfähigkeit zu unterziehen und durch diese keinen Leibes- und Lebensschaden zu erleiden, sie wurden durch die

Vorspiegelung dieser Untersuchung bewogen, sich arglos und ohne Widerstand der Waffe des SS-Schützen preiszugeben, und, ohne der ihnen drohenden Lebensgefahr gewahr zu werden, hinterücks erschossen. Diese Verheimlichung der Tötungsabsicht geschah nicht, um etwa den Kriegsgefangenen die seelischen Qualen, die sie angesichts eines ihnen erkennbar bevorstehenden Todes erleiden würden, zu ersparen - ein solches Motiv ist nicht einmal von dem Angeklagten Hempel oder den Zeugen Sorge und Schubert auch nur vorge-schützt worden -, sondern allein weil der Taturheber es so befohlen hatte, um zu verhüten, daß die Gefangenen ihrer Exekution Widerstand entgegensetzten oder auch nur in von Todesangst ausgelöste Unruhe gerieten, die die Durchführung der Exekution zumindest erschweren oder verzögern konnte. Unter diesen Umständen ist es unerheblich, daß die waffenlosen Kriegsgefangenen, die gegenüber den bewaffneten Exekutionsmannschaften wehrlos waren, sich auch durch eine Widerstandsleistung dem Erschießungstode jedenfalls nicht unmittelbar hätten entziehen können. Auch wenn die Gefangenen sich in einer offenen Erschießung mit Gewalt ebensowenig hätten widersetzen können wie ihr~~er~~meuchlings durchgeführten Tötung, so hätten sie doch zum mindesten dadurch, daß sie die Flucht versuchten, um Hilfe riefen oder durch körperliche Widersetzung eine Erschießung in der Genickschußanlage unmöglich machten, ihre Tötung so erschweren und solches Aufsehen im Häftlingslager und, falls daraufhin ihre Exekution nur hätte im Freien erfolgen können, auch unter der in der Nähe des Konzentrationslagers lebenden Zivil-

bevölkerung erregen können, daß ihre Erschießung wenigstens nicht zu dieser Zeit hätte erfolgen können, möglicherweise aber sogar gänzlich hätte eingestellt werden müssen. All das haben die die Tötung der Kriegsgefangenen und die Art ihrer Durchführung anordnenden Führungs- und Kommandostellen durch ihren von den Exekutionskommandos ausgeführten Befehl, die Gefangenen hinterhücks zu erschießen, vermieden. Sie haben sich also die Arg- und Wehrlosigkeit ihrer Opfer für die Durchführung von deren Tötung zunutze gemacht, mithin heimtückisch gehandelt (vgl. BGHSt 2, 151).

cc) Zu Gunsten des Angeklagten Hempel muß, da sich gegen-
teiliges nicht hat erweisen lassen, davon ausgegangen wer-
den, daß die Tötung der russischen Kriegsgefangenen von den
sie anordnenden und auch für ihre Durchführung verantwort-
lichen Befehls- und Kommandobehörden durch eine dasselbe
Strafgesetz (§ 211 StGB) mehrfach verletzende einheitliche,
eine einzige Willensbetätigung manifestierende Handlung be-
wirkt worden ist. Trifft dies aber zu, dann ist nicht der
des Mordes in Tatmehrheit (§ 74 StGB), sondern derjenige
des § 73 StGB gegeben (vgl. BGHSt 1, 20 mit weiteren Hin-
weisen).

dd) Dadurch, daß der Angeklagte Hempel in je 2 Fällen
jeweils mindestens 50 russische Kriegsgefangene vom Bahnhof
Sachsenhausen zum Konzentrationslager und aus der Russeniso-
lierung zu der Genickschußanlage im Industriebhof hat trans-
portieren helfen oder allein transportiert hat, hat er an
der Tötung dieser 200 russischen Kriegsgefangenen, nach dem

im vorigen Absatz Ausgeführten also einen Mord an 200 russischen Kriegsgefangenen, mitgewirkt.

Seine Mitwirkung bezog sich auf die Tötungshandlung als solche, also nicht nur auf eine Handlung, die die Tötung der Kriegsgefangenen lediglich vorbereitete. Denn bei der gebotenen natürlichen Betrachtungsweise muß der Beginn der eigentlichen Tötungshandlung schon bei der zum Zwecke ihrer Erschießung erfolgten Herauslösung der Kriegsgefangenen aus den Kriegsgefangenenlagern der Wehrmacht (Stalags) gefunden werden, da bereits in jenem Zeitpunkt diejenige Beschränkung der ihnen in den Kriegsgefangenenlagern noch gewährten persönlichen Handlungs- und Willensfreiheit und die Einwirkung der Gewalt eingesetzt hat, die nach Lage der Sache erforderlich war, sie zur Tötung zu bringen, und die bis zur Erschießung der Gefangenen unverändert und ununterbrochen fortgedauert hat. Die Tötungshandlung als solche erstreckt sich daher nicht nur auf den eigentlichen Erschießungsvorgang in der Genickschußanlage des Konzentrationslagers Sachsenhausen, sondern auch auf den Antransport der in den Kriegsgefangenenlagern gehaltenen Gefangenen zu der Hinrichtungsstätte; der Angeklagte Hempel hat deshalb nicht nur an einer auf die Tötung der Kriegsgefangenen abzielenden Vorbereitungshandlung, sondern an der Tötung der Gefangenen als solcher durch seine Beteiligung an ihrem Transport mitgewirkt.

Der Tatbeitrag des Angeklagten Hempel stellt sich als Beihilfe zum Mord dar. Ihm war bekannt, daß die Kriegsgefangenen

in den Transporten, an denen er sich tätig beteiligte, der Tötung zugeführt wurden, und ihm waren auch diejenigen Tatumstände geläufig, die diese Tötungen zum Mord qualifizierten. Er hat, wie er selbst eingestanden hat, mehrfach, und zwar auch ehe er in der festgestellten Weise selbst tätig geworden ist, mit Wehrmachtsgleitsmannschaften von russischen Kriegsgefangenen transporten gesprochen und von diesen erfahren, daß die Russen getötet werden sollten, weil sie als Kommissare in den russischen Streitkräften Dienst getan hätten. Er wußte deshalb, daß gegen die Gefangenen weder ein strafrechtlicher Vorwurf erhoben noch daß gegen sie gar ein gerichtliches Verfahren durchgeführt worden war; ihm war bekannt, daß lediglich der Umstand, daß sie in den russischen Streitkräften eine bestimmte, der deutschen politischen und militärischen Führung unliebsame Funktion bekleidet hatten, den ihre Tötung anordnenden Befehls- und Kommandobehörden ausgereicht hatte, ohne weiteres ihre Erschießung zu befehlen und in die Wege zu leiten. Damit kannte der Angeklagte Hempel alle diejenigen Tatumstände, aus denen sich das Motiv ihrer Tötung als auf niedriger Gesinnung beruhend manifestiert. Darüber hinaus aber hatte der Angeklagte auch zuverlässige Kenntnis von den Umständen, unter denen sich die Tötung der russischen Kriegsgefangenen im Lager Sachsenhausen vollzog; er wußte deshalb auch, daß ihre Erschießung meuchlings und heimtückisch geschah. Zu dem von ihm hiernach als solchen in allen Tatumständen erkannten Mord an den 200 russischen Kriegsgefangenen hat der Angeklagte Hempel durch eigene, oben im einzelnen dargestellte Tat beigetragen und durch diesen

seinen Tatbeitrag den Tätern des Mordes, nämlich den für die Anordnung und Durchführung der Tötungen Verantwortlichen, zur Begehung des Mordes wissentlich Hilfe geleistet (§ 49 Abs. I StGB). Dafür, daß er an der Ermordung der Gefangenen als Mittäter (§ 48 StGB) mitgewirkt habe, ist kein hinlänglicher Anhalt ersichtlich geworden. Er hat den wesentlichen Geschehensablauf nicht in der Weise ^{mit} beherrscht, daß die Durchführung und der Ausgang der Tat maßgeblich auch von seinem Willen abhingen (BGH JR 1955, 304, 305) ; er hatte kein eigenes Interesse an der Tötung der Kriegsgefangenen, und er hat nichts dafür erkennen lassen, daß sein Wille darauf gerichtet gewesen wäre, daß er seinen Tatbeitrag nicht als bloße befehlsgemäße Förderung fremden Tuns, sondern als einen Teil der Tätigkeit der übrigen an der Tötung der Gefangenen Beteiligten und dementsprechend die Handlungen der anderen als eine Ergänzung seines eigenen Tatanteils aufgefaßt und gewollt hätte. Es kann daher lediglich festgestellt werden, daß der Angeklagte Hempel als Mordgehilfe tätig geworden ist. Daß er bei der Ausführung seines eigenen Tatbeitrages nicht selbst aus niedrigen Beweggründen oder heimtückisch gehandelt hat, ändert an der rechtlichen Qualifizierung seiner Beihilfeleistung nichts, es genügt, daß er in Kenntnis derjenigen Umstände gehandelt hat, die die Tötung wegen ihrer niedrigen Beweggründe und der Heimtücke ihrer Ausführung als Mord qualifiziert (BGHSt 2, 251 (255)).

ee) An der Tötung der russischen Kriegsgefangenen hat der Angeklagte Hempel nach seiner unwiderlegten und glaubwürdigen Einlassung auf Grund eines Befehls eines ihm dienstlich

vorgesetzten Angehörigen der Lagerführung, also in Ausführung eines Befehls in Dienstsachen im Sinne des § 47 Militärstrafgesetzbuch mitgewirkt. Er kann daher auf Grund der sogenannten Bestimmung die nach § 3 der Verordnung über eine Sondergerichtsbarkeit in Strafsachen für Angehörige der SS und für die Angehörigen der Polizeiverbände bei besonderem Einsatz vom 17. Oktober 1939 (RGBI I Seite 2107) in Verbindung mit dem Erlaß des damaligen Reichsführers SS und Chefs der deutschen Polizei vom 9. April 1940 auch auf ihn Anwendung findet, wegen seines Tatbeitrages nur dann strafrechtlich zur Verantwortung gezogen werden, wenn er bei Begehung der Tat erkannt hat, daß der ihm erteilte Befehl die Begehung eines Verbrechens bezweckte. Daß dem so war, ist nach Lage der Sache unzweifelhaft: Wenn auch der Angeklagte wahrgenommen hat, daß die Gefangenen von der Wehrmacht überstellt wurden, und wenn auch weiter davon ausgegangen wird, die Überstellung zum Zwecke der Tötung von einer Oberen Kommandobehörde, möglicherweise sogar dem Oberkommando der Wehrmacht, angeordnet worden ist, so wußte der Angeklagte doch auch, daß die Gefangenen ohne konkreten Schuldvorwurf und ohne gerichtliches Verfahren einer heimtückischen Tötung zugeführt wurden. Daß dies nicht rechtens war, sondern ein Verbrechen darstellte, konnte ihm nicht verborgen bleiben und ist ihm auch nicht verborgen geblieben. Zwar steht auf Grund der Einlassungen der Angeklagten Höhn, Böhm und Hempel sowie auf Grund der Bekundungen der Zeugen Kolb und Wessel fest, daß die Angehörigen der SS-Totenkopfverbände, also auch der Angeklagte Hempel, einer durch laufende und

intensive Unterriehte, bekanntgemachte Befehle und Ansprachen ausgeübt, von der oberen SS-Führung planmäßig gelenkten Beeinflussung ausgesetzt waren, jeden Befehl des "Führers" und der unmittelbaren Vorgesetzten als dem Wohle des deutschen Volkes bestimmte und dienende Anordnung kritiklos hinzunehmen und ungeachtet der Forderungen des eigenen Gewissens blindlings zu befolgen. Diese Beeinflussung führte indessen dazu, daß die ihr erliegenden SS-Angehörigen die ihnen erteilte Befehle ohne Rücksicht auf die moralische und rechtliche Charakteristik ihres Gegenstandes und ohne ihr eigenes Gewissen zu prüfen, in unbedingter, kritikloser Ergebenheit ausführten; sie vermochte aber nicht, diejenigen äußeren Tatsachen der Wahrnehmung auch der blindlings Gehorchenden zu entziehen, die den Inhalt der erteilten Befehle rechtlich als Verbrechen qualifizierten. Es steht daher außer Zweifel, daß der Angeklagte Hempel, der, wie noch im einzelnen darzulegen sein wird, über zumindest nicht unterdurchschnittliche intellektuelle Fähigkeiten verfügt, auch unter der Wirkung der Gewissensbeeinflussung, welcher er zu jener Zeit ausgesetzt war, die verbrecherischen Merkmale des ihm in Bezug auf seine Mitwirkung an der Vernichtung der russischen Kriegsgefangenen erteilten Befehls anhand seiner eigenen vorher gemachten Beobachtungen über die Behandlung und die Art der Tötung der Kriegsgefangenen objektiv richtig erkannt und seine mit der Ausführung des Befehls bezweckte Mitwirkung an der Tötung der Gefangenen zutreffend als die Begehung eines - wenn auch möglicherweise nach seiner damaligen Auffassung des Wohl des deutschen Volkes fördernden -

Verbrechens beurteilt hat. Der Vernehmung des Prof. Dr. Seraphim gemäß dem Hilfs-Beweisantrag des Angeklagten Hempel bedurfte es im Hinblick auf die vorstehenden Darlegungen insoweit nicht, § 244 Abs. III StPO, weil die behaupteten Tatsachen zum Teil ohne Bedeutung für die Entscheidung, im übrigen aber so behandelt worden sind, als seien sie wahr.

ff) Zu Unrecht beruft sich schließlich der Angeklagte Hempel zu seiner Entlastung darauf, sich bei seiner befehlsmäßigen Mitwirkung an der Tötung der russischen Kriegsgefangenen in einer Notstandslage befunden zu haben. Denn die Voraussetzungen der §§ 52 und 54 StGB sind nicht gegeben. Das Schwurgericht geht mit der Einlassung des Angeklagten davon aus, daß der Angeklagte sich einer Befolgung des ihm erteilten Befehls nicht ohne die Gefahr einer disziplinareren Bestrafung hätte entziehen können. Der Angeklagte hat jedoch den ihm gegebenen Befehl nicht unter dem Einfluß der Befürchtung, im Weigerungsfalle bestraft zu werden, sondern aus eigenem Antrieb und freiem, von der Strafdrohung unbeeinflussten Willen befolgt. Dies ergibt sich zur Überzeugung des Schwurgericht aus der Tatsache, daß der Angeklagte Hempel sich weder bei seiner Mitwirkung an der Russenerschießungsaktion noch auch im übrigen darauf beschränkt hat, die ihm erteilten Befehle zu befolgen, sondern daß er sowohl bei der Verladung der russischen Kriegsgefangenen auf die LKWs als auch zu anderen Gelegenheiten über seine ihm unter der allgemeinen Strafdrohung wegen Ungehorsams erteilten Befehle erheblich hinausgegangen ist, indem er die

Gefangenen und Häftlinge, ohne hierzu angehalten worden zu sein, grundlos mit Schlägen und Fußtritten mißhandelt hat. Der Angeklagte Hempel bestreitet dies zwar; seine diesbezügliche Einlassung ist jedoch durch die glaubhaften Bekundungen zahlreicher Zeugen widerlegt: So haben die Zeugen Dr. Richter und Schöler unter Eid ausgesagt, daß der Angeklagte Hempel Häftlinge bereits bei ihrer Einlieferung ohne ersichtlichen Anlaß mit Knüppeln geschlagen hat. Der Zeuge Dr. Richter, der jetzt 60 Jahre alt und Arbeitsgerichtsrat a. D. ist, gehörte noch nach 1933 dem Sozialistischen Studentenbund an; er emigrierte im Jahre 1934 ins Ausland und wurde 1940 in Dänemark verhaftet; in Februar 1942 wurde er in das Konzentrationslager Sachsenhausen eingeliefert und ist bis zu dessen Evakuierung dort verblieben. Dieser Zeuge, der auf Grund seiner in der Hauptverhandlung vor dem Schwurgericht hervorgetretenen Lauterkeit und Objektivität als durchaus glaubwürdig und zuverlässig erscheint, hat ausgesagt, Hempel sei im Jahre 1942 anlässlich der Einlieferung neuer Häftlinge in die Baracke gekommen, in welcher auch der Zeuge gelegen habe, und habe die Häftlinge nach dem Grunde ihrer Einlieferung gefragt. Als einer der Häftlinge angegeben habe, er sei wegen eines Sittlichkeitsverbrechens in das Konzentrationslager eingewiesen worden, habe Hempel sich von dem Stubenältesten einen Stock geben lassen und sei mit dem Häftling in den an den Tagesraum angrenzenden Schlafraum gegangen. Gleich darauf hätte er, der Zeuge, ebenso wie die anderen in dem Tagesraum anwesenden Häftlinge, aus dem Nebenraum Schläge und Schreie gehört; kurze Zeit später seien Hempel und der Häftling wie-

der in den Tagesraum zurückgekehrt, der Häftling habe gehinkt und sei offensichtlich zerschlagen gewesen. Wenn auch das Schwurgericht nicht verkennt, daß zwischen dem von dem Zeugen geschilderten Vorgang und dem Zeitpunkt der Vernehmung des Zeugen 18 Jahre verflossen sind und dieser Zeitablauf grundsätzlich geeignet ist, das Erinnerungsbild eines Beobachters zu trüben, so hegt doch das Gericht an der objektiven Wahrheit der Aussage dieses Zeugen insbesondere um deswillen keine Zweifel, weil der Zeuge durch die prägnante, ausschließlich auf die Darstellung seiner eigenen Beobachtungen beschränkte Wiedergabe seiner Feststellungen deutlich hat erkennen lassen, daß er nur das, aber auch zuverlässig alles das bekundet hat, was ihm selbst mit Sicherheit in Erinnerung geblieben ist. Daß der Zeuge die geschilderten Vorfälle, wie er einräumt, nicht schon bei seiner Vernehmung vor dem Untersuchungsrichter bekundet hat, schränkt seine Glaubwürdigkeit nicht ein; denn er hat vor dem Schwurgericht überzeugend dargelegt, daß ihm der geschilderte Vorfall erst wieder in die Erinnerung zurückgekehrt sei, als er den Angeklagten vor dem Schwurgericht wiedergesehen und mit jedem Zweifel ausschließender Sicherheit wiedererkannt habe. Zudem wird die Zuverlässigkeit und Richtigkeit seiner Aussage unterstützt durch die Bekundung des Zeugen Schöler, der ausgesagt hat, er habe, als er einmal mit den Schlafdecken seines Blocks zur Entlausungsanstalt gegangen sei, gesehen, daß Hempel neu--etroffene Häftlinge mit einem Knüttel ge--chlagen habe, ohne daß ein Grund für diese Mißhandlungen ersichtlich gewesen sei. Auch an der Richtigkeit dieser

Bekundung zu zweifeln, sieht das Schwurgericht nach dem bereits zur Frage der Glaubwürdigkeit dieses Zeugen Ausgeführten und insbesondere nach dem persönlichen Eindruck, den der Zeuge in der Hauptverhandlung hinterlassen hat, keinen Anlaß. Der Zeuge Hardt, der in der Zeit von Dezember 1940 bis April oder Mai 1944 als Häftling im Konzentrationslager Sachsenhausen inhaftiert war und sich sodann, um den Beschwerden der Haft zu entgehen, zu der Division Dirlwanger freiwillig gemeldet hat, hat ausgesagt, er habe mehrfach gesehen, daß Hempel, der dem Vernehmen nach im Lager allgemein durch seine Brutalität aufgefallen sei, Häftlinge ohne jeden Grund geschlagen und getreten habe. In besonders deutlicher Erinnerung sei ihm ein Fall, in welchem der Angeklagte Hempel, der zu jener Zeit Lagerschreiber gewesen sei, beim Einmarsch der Arbeitskommandos von ihrer Arbeitsstelle mehrere Häftlinge aus dem vor der Marschkolonne des Zeugen marschierenden Marschblock getreten habe, weil sie nach der Meinung des Angeklagten Hempel nicht richtig im Glied gegangen seien. Irgendwelche Anhaltspunkte dafür, daß der Zeuge etwas Unwahres bekundet oder sich in der Person des Angeklagten Hempel getäuscht hätte, sind nicht hervorgetreten. Auch die Zeugen Engemann und Bonnemann haben bekundet, gesehen zu haben, daß Hempel mit dem Knüppel oder mit der Hand geschlagen oder getreten habe, ohne daß ein Grund für diese Mißhandlungen ersichtlich geworden wäre. Auch an der Bekundung dieser Zeugen zu zweifeln, besteht kein Anlaß. Der Zeuge Engemann, der nach der Verbüßung einer Zuchthausstrafe von 3 Jahren und 9 Monaten, zu welcher er wegen Vorbereitung

zum Hochverrat verurteilt worden war, am 3. Mai 1940 in das Konzentrationslager Sachsenhausen eingeliefert worden war und dort von 1943 an als 1. Rapportschreiber tätig gewesen ist, hat bei seiner gesamten Aussage eine solche Behutsamkeit, Klarheit und Sicherheit bewiesen, daß das Gericht keine Bedenken hat, seinen Angaben in vollem Umfange zu folgen: Gleiches gilt auch für den Zeugen Wilhelm Bonnemann, der im Jahre 1937 nach Verbüßung einer Freiheitsstrafe, zu welcher er wegen staatsfeindlicher Umtriebe verurteilt worden war, in das Konzentrationslager Sachsenhausen eingewiesen worden ist und von Anfang 1943 bis Anfang 1945 in das Nebenlager Lichterfelde überstellt worden war; auch dieser Zeuge hat seine Aussage so klar, sicher und bestimmt gemacht, daß Zweifel an der Richtigkeit seiner Bekundungen nicht als gerechtfertigt erscheinen.

Weiter hat der Zeuge Simon, der am 17. Juli 1942 wegen Zugehörigkeit zu einer illegalen Jugendorganisation in Hamburg von der Gestapo verhaftet und am 8. August 1942 in das Konzentrationslager Sachsenhausen eingeliefert worden ist, glaubhaft bekundet, er sei, während er sich vorübergehend in dem Nebenlager Falkensee aufgehalten habe, von dem Angeklagten Hempel, der in seinem Arbeitszimmer vergeblich nach verbotenen Briefen gesucht habe, geschlagen und getreten worden. Der Zeuge Reinecke endlich, dessen Glaubwürdigkeit bereits erörtert und bejaht worden ist, hat ausgesagt, er habe von seiner Arbeitsstelle im Industriehof und, zu anderer Gelegenheit, auch auf dem Appellplatz gesehen, daß Hempel die russischen Kriegsgefangenen beim

Verladen auf und von den Lastkraftwagen mit einem Stock, möglicherweise sogar mit einer Eisenstange geschlagen habe. Der Angeklagte Hempel bestreitet nicht, beim Verladen der russischen Kriegsgefangenen einen Stock bei sich geführt zu haben; er läßt sich jedoch ein, er habe sich dieses Stocks lediglich bedient, um die Gefangenen, deren Sprache er nicht mächtig gewesen sei, und die ihn deshalb nicht hätten verstehen können, richtig aufzustellen und abzuzählen. Den Stock habe er benutzt, weil er aus der Besorgnis heraus, sich mit Fleckfieber zu infizieren, die Russen nicht mit der Hand habe berühren wollen. Diese Einlassung ist indessen schon aus sich heraus unglaubwürdig und durch die Bekundung des Zeugen Reinecke zur vollen Überzeugung des Schwurgerichts widerlegt.

Steht hiernach fest, daß der Angeklagte Hempel, ohne von seinem Vorgesetzten hierzu angehalten worden zu sein - daß ihm die Mißhandlung von Häftlingen und Gefangenen jemals befohlen worden wäre, hat der Angeklagte selbst nicht behauptet - unter Überschreitung der ihm erteilten Befehle die Kriegsgefangenen und Häftlinge geschlagen und getreten hat, dann ergibt sich hieraus zur Überzeugung des Gerichts unzweifelhaft, daß der Angeklagte die ihm erteilten Befehle und insbesondere den Befehl, an der Erschießung der russischen Kriegsgefangenen mitzuwirken, nicht widerstrebend und lediglich unter dem Druck einer im Falle der Weigerung ihm drohenden Bestrafung, sondern aus eigenem Antrieb willig und eifrig befolgt hat. Das zeigt aber, daß

dem Angeklagten seine Mitwirkung an der Russenerschießungsaktion nicht abgenötigt worden ist, der Fall des Notstandes mithin für ihn nicht vorgelegen hat (BGH St 3, 271, 275; BGH Urteil vom 24. 6. 1955 - 1 Str 55/55).

gg) Der Angeklagte wird von dem ihn betreffenden Schuldvorwurf auch nicht aus dem Gesichtspunkt des § 51 StGB wegen mangelnder oder verminderter Schuldfähigkeit entlastet. Der Lebenslauf des Angeklagten vor und nach seiner Tätigkeit im Konzentrationslager Sachsenhausen, insbesondere die Tatsache, daß der Angeklagte, wie er selbst zugestanden hat, die Volksschule ohne jede Schwierigkeit und ohne sitzen zu bleiben absolviert, eine ordnungsgemäße Handwerker(Uhrmacher-) lehre durchgemacht und mit der bestandenen Gehilfenprüfung abgeschlossen hat, sowie, daß er sich im Jahre 1937 in München der Uhrmachermeisterprüfung mit Erfolg unterzogen und seither sowohl vor seiner Einziehung als auch nach seiner Entlassung aus der sowjetischen Strafhaft in seinem Berufe gearbeitet hat, beweist, daß der Angeklagte geistig normal veranlagt ist und keine Intelligenzausfälle zeigt, die seine Auffassungs- und Einsichtsfähigkeit abträglich zu beeinflussen geeignet wären. Im Gegenteil hat der von ihm gestellte Zeuge Karl, in dessen Uhrmachergeschäft er seit dem 1. April 1937 bis Herbst 1939 und ab Anfang 1956 bis jetzt als Meister und Werkstattleiter gearbeitet hat, den Angeklagten glaubhaft als einen zuverlässigen und tüchtigen Menschen und einen vorzüglichen, also seine nicht nur mechanische, sondern in nicht geringem Maße auch geistige Fähigkeiten beanspruchende Arbeitsmaterie durchdringenden

und beherrschenden Uhrmacher bezeichnet. Die Tatsache, daß der Angeklagte im Konzentrationslager Sachsenhausen nach seiner ursprünglichen Verwendung als Wachmann als Blockführer eingearbeitet und dann als Rapportführer mit einer Tätigkeit betraut worden ist, die auch eine intellektuelle Einsatzfähigkeit erforderte, beweist weiter, daß der Angeklagte auch zu jener Zeit eine zumindest nicht unterdurchschnittliche Intelligenz hat erkennen lassen. Diese aus dem zurückliegenden Verhalten des Angeklagten getroffenen Feststellungen werden in ihrem Ergebnis bestätigt und erhärtet durch den Eindruck, den der Angeklagte selbst in der Hauptverhandlung vor dem Schwurgericht hinterlassen hat: Er ist dem Gang der Verhandlung und insbesondere der Vernehmung der zahlreichen Zeugen ersichtlich mit Verständnis und wacher Aufmerksamkeit gefolgt und hat bei seiner eigenen Vernehmung und seinen zu den Einzelergebnissen der Beweisaufnahme abgegebenen Erklärungen bewiesen, daß er den Gegenstand dieses Verfahrens bildenden Sachverhalt in allen Einzelheiten klar erkannt hat und in der Lage ist, die von ihm beobachteten Vorgänge klar, folgerichtig und verständlich wiederzugeben. Unter diesen Umständen besteht kein Zweifel daran, daß bei dem Angeklagten eine krankhafte Störung der Geistestätigkeit oder eine Geistesschwäche weder jetzt vorliegt, noch zur Zeit der Tat vorgelegen hat. Da endlich auch die Möglichkeit, daß der Angeklagte während der Begehung der Tat unter einer Bewußtseinsstörung gelitten hätte, nach den vorstehend dargelegten Gesamtumständen mit aller Sicherheit ausscheidet, steht fest, daß die Zurechnungsfähigkeit des Angeklagten zur Zeit

der Tat weder ausgeschlossen, noch auch nur vermindert gewesen ist (§ 51 Abs. 1, 2 StGB).

Der Angeklagte Hempel hat sich hiernach dadurch, daß er an dem Transport der zur Tötung bestimmten und sodann auch getöteten russischen Kriegsgefangenen vom Bahnhof Sachsenhausen zum Lager und von der Russenisolierung zu der Genickschußanlage mitgewirkt hat, der Beihilfe zum Mord an 200 Menschen schuldig gemacht (§§ 211, 49 StGB).

II. Hinrichtungen von Häftlingen vor der versammelten Lagerbelegschaft.

Im Konzentrationslager Sachsenhausen und den ihm angeschlossenen Nebenlagern, so auch in dem Nebenlager Lichterfelde, wurden in zahlreichen Fällen Häftlinge, die aus dem Lager entwichen und wieder ergriffen worden waren oder die verdächtig wurden, auf ihren Arbeitsstellen Sabotagehandlungen begangen zu haben, vor der versammelten Häftlingsbelegschaft des Lagers unter der Leitung eines Schutzhaftlagerführers erhängt. Diesen Hinrichtungen lagen keine gerichtlichen Urteile, sondern lediglich Anordnungen des Reichssicherheitshauptamtes ("Exekutionsbefehle") zugrunde, welche die Anweisung enthielten, die jeweils betroffenen, namentlich bezeichneten Häftlinge der "Sonderbehandlung" (Tötung) unter Angabe der angeordneten Todesart zuzuführen.

a). Unter der Leitung des Angeklagten Hühn ausgeführte Exekutionen.

1. Strangulierung des Häftlings Noack im Nebenlager Berlin - Lichterfelde.

Anfang 1944 war der Häftling Noack gemeinsam mit einem anderen, namentlich nicht ermittelten Häftling aus dem Außenlager "Spinnstoffwerke " in Berlin - Zehlendorf entwichen und einige Zeit darauf wieder ergriffen worden. Das Reichssicherheitshauptamt ordnete durch Exekutionsbefehl an, Noack vor den versammelten Häftlingen des Nebenlagers Berlin- Lichterfelde zu strangulieren, weil er auf seiner Flucht im Schutze der Verdunkelung Einbrüche begangen und bei seiner Wiederergreifung einen Landjäger niedergestochen habe.

Am Morgen des zur Hinrichtung bestimmten Tages wurde der Häftling Noack, an Händen und Füßen gefesselt, an das Lagertor gestellt, wo er den ganzen Tag über bis zum Wiedereinrücken der Arbeitskommandos des Lagers Berlin- Lichterfelde stehen bleiben mußte. Nachdem in den späten Nachmittagsstunden die Häftlingsbelegschaft von den Außenarbeitskommandos wieder eingerückt war und auf dem Appellplatz den abendlichen Zählappell über sich hatte ergehen lassen, wurde der Häftling Noack, der sich wegen seiner Fußfesseln nur in kleinsten Schritten vorwärtsbewegen können, zu dem über Tag vor seinen Augen errichteten Galgen geführt. Der Angeklagte Hühn, der zu jener Zeit bereits dem 1. Schutzhaftlagerführer Kolb im Konzentrationslager Sachsenhausen zur Unterstützung zugeteilt und von diesem zum Zwecke der Leitung der Exekution des Häftlings Noack nach Lichterfelde entsandt worden war, gab den versammelten Häftlingen bekannt, Noack werde hingerichtet,

weil er aus dem Konzentrationslager geflüchtet sei, sie ; die übrigen Häftlinge, sollten sich dies zur Warnung dienen lassen, einem jeden, der "türme", werde es ebenso ergehen. Sodann erteilte Höhn, dem zu gleicher Zeit aus dem Konzentrationslager Sachsenhausen gekommenen, dem dortigen Krematoriumskommando zugehörigen Häftling Gärtner, der in Sachsenhausen als Zuchtmeister eingesetzt war und eine diese seine Funktion kennzeichnende Armbinde mit aufgeschriebenen Buchstaben "Z" trug, den Befehl zur Durchführung der Exekution. Dem Häftling Noack wurde nunmehr die Schlinge eines Seiles um den Hals gelegt, dessen anderes Ende über eine an dem Galgen befestigte drehbare Rolle lief, und Noack wurde an dem Seil hochgewunden und von der sich zuziehenden Seilschlinge erwürgt.

Der Angeklagte läßt sich wie folgt ein: Der Häftling Noack sei mit dem anderen, ihm namentlich nicht bekannten Häftling nach seiner Erinnerung im April des Jahres 1944 aus dem dem Untersturmführer Jansen unterstehenden Außenlager "Spinnstoffwerke" entwichen und nach etwa einem Monat in Mitteldeutschland wieder aufgegriffen und in das Konzentrationslager Sachsenhausen eingeliefert worden. Aus seiner Personalakte, die gleichzeitig mit ihm im Konzentrationslager Sachsenhausen eingegangen und zur politischen Abteilung der Lagerkommandantur gekommen sei, habe sich anhand der in der von der Gestapo-Beitstelle gegen ihn durchgeführten Untersuchung errichteten Vernehmungsprotokolle ergeben, daß Noack

sich bei seiner Wiederergreifung der Festnahme entzogen und hierbei einen Landjäger mit einem feststehenden Messer niedergestochen habe. Wenige Tage nach der Einlieferung des Häftlings Noack sei vom Reichssicherheitshauptamt der Exekutionsbefehl eingegangen; er, der Angeklagte Höhn, habe ihn selbst gelesen und gesehen, daß er die Anordnung enthalten habe, Noack wegen der Tötung des Landjägers und wegen nächtlicher, im Schutze der Verdunkelung begangener Einbrüche zu strangulieren.

Der 1. Schutzhaftlagerführer des Lagers Sachsenhausen, Kolb, habe ihm, dem Angeklagten, den Befehl erteilt, die Exekution, die im Nebenlager Berlin-Lichterfelde vor versammelter Mannschaft habe stattfinden sollen, zu leiten; er habe ihm den Exekutionsbefehl übergeben und ihn zur Durchführung der Hinrichtung nach Berlin geschickt. Mit ihm zusammen sei der SS-Arzt Dr. Horstmann gefahren, der der Exekution habe beiwohnen müssen. Der Häftling Noack sei von dem Krematoriumshäftling Gärtner in einem LKW nach Berlin gebracht worden.

Er, der Angeklagte, und Dr. Horstmann seien im Lager Berlin-Lichterfelde zwischen 16 und 16.30 Uhr eingetroffen. Da die Hinrichtung befehlsgemäß vor versammelter Lagerbelegschaft habe stattfinden sollen, die Häftlinge aber noch nicht von ihrer Arbeitsstelle wieder eingerückt gewesen seien, hätten er und Dr. Horstmann mit der Durchführung der Exekution etwa 2 Stunden warten müssen. Während dieser Wartezeit habe er mit Kameraden, die er von seiner eigenen dienstlichen Tätigkeit im Lager Berlin-Lichterfelde her gekannt

habe, in erheblichem Maße Alkohol getrunken, Er, der Angeklagte, sei hierzu durch zwei Umstände veranlaßt worden: einerseits habe ihn die Freude über das Wiedersehen mit seinen alten Kameraden bewogen, dem Alkohol in stärkerem Maße zuzusprechen; andererseits habe er kurz vor seiner Abreise nach Berlin von dem Gerichtsoffizier des Lagers Sachsenhausen, Dr. Schmidt, erfahren, daß der Reichsführer SS in der gegen ihn, den Angeklagten, anhängigen Strafsache verfügt hatte, der Anklagevertreter habe eine Strafe von mindestens 3 Jahren Zuchthaus zu beantragen; die durch diese Nachricht ausgeübte seelische Depression habe ihn zusätzlich zu übermäßigem Alkoholgenuß verführt. Die Wirkung des Alkoholgenusses sei derart stark gewesen, daß er, der Angeklagte, nicht mehr wisse, ob er an der Exekution des Häftlings Noack überhaupt teilgenommen, insbesondere ob er sie geleitet und ob er den Exekutionsbefehl verlesen habe. Er wisse lediglich, daß er geraume Zeit nach der Exekution von Dr. Horstmann völlig betrunken aufgefunden und in eine SS-Unterkunft gebracht worden sei. Er, der Angeklagte, habe mithin keinerlei Erinnerung an der Exekution. Auf Grund der Bekundungen der Zeugen Wilhelm und Paul Bonnemann, Fleischbein, Waldhorst und Riwozki steht zur Überzeugung des Schwurgerichts fest, daß die Exekution des Häftlings Noack unter der Leitung des Angeklagten Höhn in der eingangs festgestellten Weise vonstatten gegangen ist. Die genannten Zeugen, die sämtlich zur Zeit der Hinrichtung des Häftlings Noack im Nebenlager Berlin-Lichterfelde inhaftiert waren, haben übereinstimmend bekundet, mit Sicherheit gesehen zu haben, daß der Angeklagt

Höhn die Strangulierung des Häftlings geleitet hat. Wilhelm und Paul Bonnemann sowie Fleischbein haben darüber hinaus beobachtet, daß Noack am Tage der Exekution vom Morgen bis zum Abend am Lagertor gestanden hat und daß der Galgen, an welchem die Hinrichtung erfolgt ist, zwischen dem morgendlichen Ausrücken und dem Einrücken der Arbeitskommandos am Abend auf dem Appellplatz, also vor den Augen des Häftlings Noack errichtet worden ist. Die Zeugen Wilhelm und Paul Bonnemann, Fleischbein und Riwozki haben endlich bekundet, der Angeklagte Höhn habe vor der Durchführung der Exekution deren angeblichen Grund bekanntgegeben und den Häftlingen des Lagers angedroht, einem jeden, der aus dem Lager entweiche, werde es ebenso ergehen.

Die vernommenen Zeugen sind glaubwürdig. Die Zuverlässigkeit der Aussagen des Zeugen Wilhelm Bonnemann ist bereits erörtert und bejaht worden. Der jetzt 60 Jahre alte Zeuge Paul Bonnemann, der nach Verbüßung einer Freiheitsstrafe, zu welcher er wegen staatsfeindlicher Umtriebe verurteilt worden war, im Mai 1937 in das Konzentrationslager eingeliefert wurde, dort bis April oder Mai 1942 verblieb, anschließend 8 Monate in dem Außenkommando Volkswagenwerk Fallersleben arbeitete und schließlich nach einer kurzen Zeit, die er wiederum im Hauptlager verbrachte, in das Außenlager Lichterfelde verbracht wurde, hat bei seiner Vernehmung eine - nach seinen Erlebnissen im Konzentrationslager Sachsenhausen menschlich durchaus verständliche - feindliche Einstellung gegenüber dem Angeklagten Höhn zwar nicht verkennen lassen; er hat sich aber gleichwohl ersichtlich, und nach der Auf-

fassung des Schwurgerichts auch mit Erfolg bemüht, seine Aussage von gefühlsmäßigen Färbungen freizuhalten und seine Beobachtungen objektiv und unverzerrt darzustellen. Das Schwurgericht erachtet es daher als gerechtfertigt, seinen Angaben vollinhaltlich zu folgen, umso mehr, als sie mit denen der anderen Zeugen durchaus im Einklange stehen, insbesondere von jenen nicht zum Nachteil der Angeklagten abweichen. Der Zeuge Fleischbein, wegen Hochverrats zu 3 1/2 Jahren Zuchthaus verurteilt, wurde nach Verbüßung der Strafe Mitte Juli 1940 in das Konzentrationslager eingewiesen und verblieb dort, bis er im Jahre 1942 in das Nebenlager Lichterfelde überstellt wurde; von Oktober 1940 bis Mai 1941 war er im Konzentrationslager Sachsenhausen als Kellner im SS-Unterführerheim tätig. Er hat vor dem Schwurgericht einen ruhigen, zuverlässigen Eindruck hinterlassen, und an der Richtigkeit seiner Aussage zu zweifeln besteht umso weniger Anlaß, als der Zeuge, der in dem Konzentrationslager von Seiten der SS-Bewachungsmannschaften ebenso wenig Wohltaten erfahren hat wie seine Mithäftlinge, ausdrücklich hervorgehoben hat, er habe auch einen Blockführer, nämlich den SS-Oberscharführer Sosnowski, kennengelernt, der sich ruhig und anständig verhalten habe. Dieser Teil der Bekundung des Zeugen beweist, daß der Zeuge sich einer willkürlichen oder auch nur leichtfertigen Belastung seiner damaligen SS-Bewacher enthält und objektiv darauf bedacht ist, auch das vorzubringen, was zu Gunsten der damaligen Bewachungsmannschaften oder einzelner ihrer Mitglieder spricht. Der jetzt 58 Jahre alte Zeuge Waldhorst ist im Dezember 1941 in das

Konzentrationslager Sachsenhausen eingeliefert und im Mai 1942 dem Außenkommando Unter den Eichen, Berlin-Lichterfelde, unterstellt worden. Hier ist er bis zur Evakuierung des Lagers verblieben. Im Lager Lichterfelde war der Zeuge ab 1943 sogenannter Ehrenhäftling, er durfte sich die Haare wachsen lassen, sein Arbeitskommando selbst aussuchen und wurde nicht zum Stubendienst eingeteilt. Der Grund seiner Einstufung zum Ehrenhäftling hat sich nicht ermitteln lassen.

Wenn auch das Geständnis dieses Zeugen ersichtlich nicht frei von Erinnerungstrübungen ist, so bestehen deswegen gleichwohl keine Bedenken, seinen Angaben Glauben zu schenken; denn der Zeuge hat eindeutig zu erkennen gegeben, welcher Tatumstände er sich mit Sicherheit entsinnt und welche in seinem Gedächtnis verblaßt oder seiner Erinnerung entschwunden sind. Auf Grund dieser von ihm deutlich hervorgehobenen Differenzierung der einzelnen Teile seiner Aussage ist das Schwurgericht davon überzeugt, daß diejenigen Angaben, die nach der Darstellung des Zeugen seiner sicheren Erinnerung entspringen - und hierzu zählt die Angabe, der Angeklagte Höhn habe die von einem mit einer Armbinde gekennzeichneten Häftling aus Sachsenhausen vorgenommene Strangulierung des Häftlings geleitet -, den objektiven Tathergang zuverlässig wiedergegeben. Die Aussage des Zeugen Riwozki endlich duldet keinen Zweifel an ihrer inhaltlichen Richtigkeit. Der 50jährige, jetzt als Polizeipräsident in Dortmund tätige Zeuge, der im August 1936 wegen Vorbereitung zum Hochverrat zu 6 Jahren Zuchthaus verurteilt, 1942 in Gestapo-Haft genommen, im Januar 1943 in das Konzentrations-

lager Sachsenhausen eingeliefert und von dort aus Ende Februar/Anfang März 1943 in das Nebenlager Berlin-Lichterfelde überführt worden ist, hat vor dem Schwurgericht einen absolut vertrauenswürdigen Eindruck hinterlassen; er hat erkennen lassen, daß er über ein ungewöhnlich präzises, auch in Einzelheiten zuverlässiges Gedächtnis verfügt und sich offensichtlich und mit Erfolg bemüht, seine ruhige, beherrschte und von keinen Gefühlsbewegungen berührte Aussage sachlich und durchaus objektiv zu gestalten. Seine Bekundungen geben daher, davon ist das Schwurgericht überzeugt, die von ihm geschilderten Tatsachen zuverlässig und richtig wieder.

Hiernach steht fest, daß der Angeklagte Höhn an der Strangulierung des Häftlings Noack in der Weise aktiv mitgewirkt hat, daß er auf Befehl des 1. Schutzhaftlagerführers Kolb die Hinrichtung als Exekutionsleiter leitete.

2. Erhängung eines Häftlings namens Hoff, Reimers, Riemers oder Wittmann vor versammelter Lagerbelegschaft.

Am 13. August 1943, zeitlich vor der Strangulierung des Häftlings Noack, wurde im Konzentrationslager Sachsenhausen vor versammelter Häftlingsbelegschaft ein Häftling, dessen Name nicht mehr mit Sicherheit feststellstbar ist, auf Grund eines von der Reichsführung SS, dem Reichskriminalhauptamt oder dem Reichssicherheitshauptamt erteilten Exekutionsbefehls durch Erhängung hingerichtet; die Leitung der Exekution hatte der Angeklagte Höhn.

Die Hinrichtung erfolgte nach dem abendlichen Einrücken der Lagerbelegschaft von den Arbeitskommandos und nach der Durchführung des allabendlichen Zählappells. Nachdem der Angeklagte Höhn den Abendappell abgenommen hatte, ließ er den zu exekutierenden Häftling zu dem zu jener Zeit noch auf dem in der Verlängerung der Lagerstraße zwischen der Badebaracke und der Baracke der Häftlingsschreibstube errichteten Galgen führen, der Häftling mußte eine Bank besteigen, und ihm wurde die Schlinge des an dem Galgen befestigten Seils um den Hals gelegt. Als hiernach der die Exekution ausführende Krematoriumshäftling Gärtner die Bank umstieß und der Häftling in die Seilschlinge fiel, riß das Seil, der Häftling stürzte zu Boden und blieb da schwer verletzt und stöhnend liegen. Der Angeklagte Höhn trat hinzu, zog seine Dienstpistole und tötete den Häftling durch einen Schuß in die Schläfe.

Der Angeklagte Höhn bestreitet den Tathergang nicht, er meint sich jedoch zu erinnern, daß der Häftling nicht, wie die Anklage angenommen hat, Hoff, sondern Reimers oder Riemers heißen habe. Im einzelnen läßt er sich wie folgt ein: Als er am 1. August 1943 dem 1. Lagerführer Kolb zur Einarbeitung zugeteilt worden sei, habe er zunächst mit dem Strafvollzug nichts zu tun gehabt. Erst später, und zwar, wie er sich zu erinnern meine, im September oder Oktober 1943, sei er von Kolb erstmalig als Exekutionsleiter eingeteilt worden.

Das Opfer der ersten Exekution, die er geleitet habe, sei

ein Häftling namens Reimers oder Riemers gewesen, ein großer, breitschultriger vorbestrafter Berufsverbrecher. Die Hinrichtung habe sich wie folgt abgespielt: Er, der Angeklagte, habe abends nach dem Einrücken der Lagerbelegschaft auf dem Appellplatz den Zählappell abgenommen und sich sodann zu dem Galgen begeben, der bereits zum Zwecke der Exekution auf dem Rasenstreifen zwischen der Badebaracke und der Baracke der Häftlingsschreibstube errichtet gewesen sei. Der zu exekutierende Häftling sei vorgeführt worden, er, der Angeklagte, habe den ihm von Kolb übergebenen Exekutionsbefehl, der von dem Reichsführer SS, dem Reichskriminalhauptamt oder dem Reichssicherheitshauptamt unterschrieben gewesen sei, in Gegenwart des Lageradjutanten Wessel und eines Lagerarztes verlassen und sodann die Durchführung der Exekution angeordnet. Zwei Häftlinge hätten den zu Exekutierenden auf eine Bank unter dem Galgen gestellt und ihm die Schlinge um den Hals gelegt. Er erinnere sich noch genau, daß der Delinquent, unter dem Galgen stehend, den versammelten Häftlingen zugerufen habe, er sterbe nicht für das, was er im Lager "ausgefressen" habe, sondern für seine politische Gesinnung. Nunmehr sei von den beiden die Exekution ausführenden Häftlingen die Bank unter dem Delinquenten weggestoßen worden, der zu Exekutierende sei in die Seilschlinge gefallen, und das Seil sei gerissen. Der Häftling sei zu Boden gestürzt und stöhnend liegen geblieben. Der Adjutant Wessel habe sich abgewandt und ihm, dem Angeklagten, zugerufen: "Nun sieh zu, was Du machst", und sei weggelaufen. Daraufhin habe er, der Angeklagte, seine Dienstpistole gezogen und den Häftling

durch einen Schläfenschuß getötet. Die Abgabe des Schusses durch ihn sei eine bloße Reaktionshandlung auf die geschilderten, für ihn völlig unerwarteten und ihn sehr stark erschütternden Umstände der Exekution gewesen.

Später habe er erfahren, die Sektion des Häftlings, die, wie bei allen exekutierten Häftlingen, nach der Hinrichtung in der Pathologie durchgeführt worden sei, habe ergeben, daß der Delinquent durch den Fall in die Seilschlinge einen Riß der Wirbelsäule, also eine ohnedies zum Tode führende Verletzung davongetragen habe.

Soweit er sich erinnere, habe er damals erfahren, daß sich ein ähnlicher Fall, möglicherweise derjenige, der in der Anklageschrift als "Fall Hoff" bezeichnet sei, bereits vorher zugetragen habe; auch damals solle der Strick während der Hinrichtung gerissen und der Häftling dann erschossen worden sein; an jenem Fall aber sei er, der Angeklagte, nicht beteiligt gewesen.

Auf Grund des Ergebnisses der Beweisaufnahme steht zweifelsfrei fest, daß derjenige Fall der Exekution, den der Angeklagte Höhn als unter seiner Leitung durchgeführt beschrieben hat, mit demjenigen, wegen dessen gegen ihn Anklage erhoben ist, identisch ist, daß also die in der Anklage bezeichnete Hinrichtung nicht einen anderen Fall betrifft, an welchem der Angeklagte Höhn nicht mitgewirkt hat.

Die vor dem Schwurgericht unter Eid vernommenen Zeugen Dr. Richter, Reinecke, Engemann, Clasen, Scheil, Rüb, Lankisch

von Hoernitz, Kriesche, Rehder, Lienan und Lübke haben übereinstimmend bekundet, der vor versammelter Lagerbelegschaft des Konzentrationslager Sachsenhausen durchgeführten Exekution eines Häftlings beigewohnt zu haben, bei welcher, als der Deliquent in die Schlinge fiel, das Seil gerissen, der Häftling zu Boden gestürzt und sodann von dem Angeklagten Höhn durch einen Kopfschuß getötet worden sei. Als Zeitpunkt der Hinrichtung haben sämtliche genannten Zeugen den Spätsommer oder Frühherbst des Jahres 1943 angegeben. Der Zeuge Clasen hat das Datum der Exekution auf den 13. oder 15. August 1943 festgelegt und dies damit begründet, daß er sich entsinne, daß er einen Tag nach der Exekution, nämlich am 14. oder 16. August 1943, ein Sanitätskommando in dem Außenlager Heinkelwerk habe übernehmen sollen. Der Zeuge Linau endlich hat das Datum der Hinrichtung mit aller Bestimmtheit auf den 13. August 1943 angegeben und dargelegt, er entsinne sich dieses Datums mit einer jeden Zweifel ausschließenden Sicherheit, da die Exekution am Geburtstag seiner Mutter erfolgt sei. Hinsichtlich des Namens des exekutierten Häftlings herrscht unter den Zeugen keine Übereinstimmung. Die Zeugen Dr. Richter, Engemann, Clasen, Schöler, Rüb, Lankisch von Hoernitz, Kriesche und Lübke haben bekundet, den Namen des Häftlings nicht gekannt zu haben oder sich seiner jedenfalls jetzt nicht mehr zu erinnern. Der Zeuge Rehder hat angegeben, der Häftling habe - wie auch der Angeklagte Höhn meint - Reimers geheißⁿ; nach der Erinnerung des Zeugen Reinecke hat es sich bei dem Opfer der Exekution um einen Häftling namens

Wittmann gehandelt; der Zeuge Scheil endlich hat ausgesagt, der Häftling habe Hoff geheißen, habe aus Düsseldorf gestammt und den Spitznamen "dat Jünke" getragen. Er, der Zeuge, habe den Häftling noch von Lüttringhausen her gut gekannt; Hoff habe ihm vor seiner Exekution erzählt, er sei, weil er seine Mutter noch einmal habe sehen wollen, von seinem Arbeitskommando entwichen und in Düsseldorf, auf der Wallstraße, wieder ergriffen worden.

Wenn das Schwurgericht hiernach auch keine ausreichende Klarheit über den Namen des exekutierten Häftling hat gewinnen können, so steht doch mit einer jeden Zweifel ausschließenden Sicherheit fest, daß die von dem Angeklagten Höhn geschilderte und die von den Zeugen Bekundeten Hinrichtungen sämtlich miteinander identisch sind: Alle Genannten haben einen in allen Einzelheiten übereinstimmenden, gänzlich exzeptionellen Verlauf einer bestimmten Hinrichtung auf Grund unmittelbar persönlicher Wahrnehmung dargestellt, und sie haben sämtlich mit Bestimmtheit angegeben, daß der Angeklagte Höhn die Hinrichtung geleitet und den zu Boden gestürzten Häftling mit seiner Dienstpistole erschossen hat. Die von dem Angeklagten Höhn angedeutete Möglichkeit, daß sich vor der von ihm in der genannten Weise durchgeführten Exekution ein anderer, gleichartig verlaufener Fall, an welchem er nicht mitgewirkt habe, ereignet habe und den Gegenstand der Anklage bilde, scheidet mit Bestimmtheit aus. Da ~~die durch~~ Erhängung durchgeführten Exekutionen von Häftlingen durchweg vor versammelter Lagerbelegschaft erfolgten, der Angeklagte Höhn zudem ausdrücklich hervorhebt, daß

jener angebliche andere Fall sich in gleicher Weise wie derjenige der Exekution des Häftlings Reimers, also vor versammelten Häftlingen, vollzogen habe, wäre er mit Sicherheit auch den als Zeugen vor dem Schwurgericht gehörten Häftlingen bekannt geworden. Dies gilt umso mehr, als der Zeuge Lankisch von Hoernitz bekundet hat, unter den der Exekution beiwohnenden Häftlingen sei eine starke ~~RErre-~~Erregung und Empörung darüber entstanden, daß der Hingerichtete nach fehlgeschlagen r Erhängung erschossen worden sei; man sei nämlich übereinstimmend der Auffassung gewesen, daß das Fehlschlagen einer Hinrichtung zu einer Freistellung des Deliquenten führen müsse.

Wenn gleichwohl, wie sämtliche Zeugen mit Nachdruck betont haben, ein ähnlich oder gleichartig verlaufener Fall einer Hinrichtung nicht bekannt geworden sei, so läßt dies nur den Schluß zu, daß sich eine solche weitere Hinrichtung im Lager Sachsenhausen nicht ereignet hat.

Das Schwurgericht trägt keine Bedenken, den Angaben der Zeugen, soweit die den Hergang der Hinrichtung und die Beteiligung des Angeklagten Höhn betreffen, zu folgen. Die Glaubwürdigkeit der Zeugen Dr. Richter, Engemann, Schöler und Reinecke ist bereits an anderer Stelle erörtert und festgestellt worden. Aber auch die Aussagen der übrigen Zeugen verdienen Glauben. Der Zeuge Clasen, der jetzt 51 Jahre alt und Postfacharbeiter ist, hatte Medizin studiert, aber kein Staatsexamen abgelegt; er war in der Zeit vom Februar 1941 bis zum 20 April 1945 im Konzentrationslager

Sachsenhausen inhaftiert und mit einem rosa Winkel gekennzeichnet. Er gehörte zunächst bis zum Jahre 1941 der Strafkompagnie an, erkrankte sodann und kam in den Krankenbau, wo er später von dem Lagerarzt Dr. Baumkötter als Häftlingsarzt in der Dissenterie - und ab Anfang 1942 in der Tbc-Abteilung eingesetzt worden ist. Bei seiner Vernehmung vor dem Schwurgericht hat der Zeuge zwar einen unsteten, zerfahrenen, eher zurückhaltenden als freimütigen Eindruck hinterlassen; dafür aber, daß seine positiven **Angaben** ~~mit den objektiven Sachverhältnissen~~ seiner Beobachtungen nicht übereinstimmen und er den Angeklagten Hohn zu Unrecht der Mitwirkung an der von ihm beobachteten Exekution bezieht hätte, ist nichts erkennbar geworden. Der jetzt 62 Jahre alte Zeuge Rüb, der damals als Postamtman in Frankfurt/M. tätig ist, war nach Verbüßung einer siebenjährigen Zuchthausstrafe, zu welcher er wegen Vorbereitung zum Hochverrat verurteilt worden war, am 8. oder 9. November 1941 in das Konzentrationslager von Sachsenhausen eingeliefert worden und dort bis zur Evakuierung des Lagers verblieben. Ab Anfang 1942 war er in der Kommandantur, und zwar in der Dienststelle des Arbeitseinsatzführers tätig und hat dort die Karteien bearbeitet. Der Zeuge ist bei seiner Aussage vor dem Schwurgericht offensichtlich bedachtsam und gewissenhaft verfahren; er hat sorgfältig zwischen selbst wahrgenommenen und ihm nur zugetragenen Begebnissen unterschieden, nur diejenigen Feststellungen mit Bestimmtheit bekundet, derer er sich mit Sicherheit entsann, und dabei, wie er bei den Erörterungen der Strafzumessungsgrün-

de noch darzulegen sein wird, auch mit denjenigen seiner Beobachtungen nicht zurückgehalten, die ein günstiges Licht auf die Persönlichkeit des Angeklagten Höhn werfen. Für die Annahme, daß er den Angeklagten Höhn im vorliegenden Falle zu Unrecht der Mitwirkung an der hier in Betracht stehenden Hinrichtung bezichtigt habe, bleibt daher kein Raum. Auch der Zeuge Lankisch von Hoernitz, der jetzt 66 Jahre alt und als Handelsvertreter berufstätig ist, hat vor dem Schwurgericht einen aufrichtigen, wahrheitsliebenden und zuverlässigen Eindruck hinterlassen. Er war am 20. Juni 1939 in Prag verhaftet worden, weil er als Volksdeutscher seiner Meldepflicht nicht nachgekommen war. Nachdem er 7 Monate in Untersuchungshaft verbracht hatte, war er am 20. Februar 1940 in das Konzentrationslager Sachsenhausen eingeliefert worden und dort bis zu dessen Evakuierung verblieben. In der ersten Zeit seiner Schutzhaft wurde er mit Stubbenroden beschäftigt und dann bei der Anlage von Kabelkanälen im Bauhof eingesetzt. Im September 1940 wurde er Schreiber in der Zimmerei und Tischlerei, nach etwa 3 Jahren fand er als Schreiber in der Fleisch- und Wurstfabrik Verwendung. Etwa im November 1944 wurde er als Blockältester von Block 1 (dem sogenannten Diplomatenblock) ; diese Funktion hat er bis zur Evakuierung des Konzentrationslagers Sachsenhausen behalten. Auch dieser Zeuge hat sich offensichtlich bemüht, seine Erlebnisse objektiv und wahrheitsgetreu zu schildern; auch er hat mit seinen Angaben die Angeklagten nicht nur belastet, sondern dem Gericht auch zu ihren Gunsten Sprechendes zur Kenntnis

gebracht; so hat er z. B. hervorgehoben, daß der Angeklagte Höhn als 2. Schutzhaftlagerführer mit den Häftlingen nicht so hart verfahren sei wie seine Vorgänger, insbesondere die Lagerführer Suhren und Grünwald, und daß er niemals gesehen habe, daß der Angeklagte Höhn einen Häftling geschlagen habe. Auch die Aussage dieses Zeugen verdient daher Glauben. Nicht minder glaubhaft ist die Bekundung des jetzt als Geschäftsführer der Stiftung "Mitbestimmung" tätigen Zeugen Lübbe. Dieser Zeuge, der als früherer Reichstagsabgeordneter der SPD am 1. September 1939 ohne Angabe von Gründen verhaftet und am 5. September 1939 in das Konzentrationslager Sachsenhausen eingeliefert worden war, genoß als seit dem Jahre 1941 mit der Aufsicht über die Rundfunkanlage des Lagers betrauter Lagerelektriker und eine gewisse Freizügigkeit im Schutzhaftlager, die ihm einen weiteren Überblick und tieferen Einblick in die Geschehnisse im Schutzhaftlager vermitteln^{ten}, als sie die meisten übrigen Häftlinge zu gewinnen vermochten. Auch er hat sich ersichtlich sorgfältig und gewissenhaft bemüht, seine Beobachtungen im Lager objektiv richtig und ohne emotionellen Verfärbungen wiederzugeben, exakte Beobachtungen von, wenn auch fundierten, Mutmaßungen deutlich zu unterscheiden und dem Gericht sachlich und unparteiisch ein zuverlässiges Bild seiner Erlebnisse zu vermitteln. Der Zeuge Kriesche, 58 Jahre alt und Journalist, war zur Zeit des Einmarsches der deutschen Wehrmacht in das Sudetenland dort als Schriftleiter tätig. Er wurde am 9. Oktober 1938 verhaftet und zu 1 Jahr Gefängnis verurteilt; am 4. Januar 1939 ist er in das Konzentrations-

lager Sachsenhausen eingeliefert worden. Er war eine Zeit lang Blockältester im Schutzhaftlager Sachsenhausen, wurde nach seiner Ablösung von dieser Funktion im Juli 1944 in das Nebenlager Lieberose strafversetzt, erlangte dort wieder die Stellung eines Blockältesten und wurde schließlich zum Lagerältesten ernannt. Diese Stellung bekleidete er bis zur Evakuierung des Lagers Lieberose. Wenn der Zeuge auch mit seiner Aussage, soweit sie seine Tätigkeit in dem Nebenlager Lieberose betraf, ersichtlich zurückgehalten und sich nach der Auffassung des Schwurgerichts insoweit bemüht hat, die von ihm geschilderten Verhältnisse schönzufärben, so läßt doch seine Bekundung im übrigen nichts erkennen, was geeignet wäre, Zweifel an ihrer sachlichen Richtigkeit zu erwecken. Insbesondere hat er auch, wie bei der Erörterung der Strafzumessungsgründe noch aufgezeigt werden wird, mit Angaben, die zu Gunsten des Angeklagten Höhn sprechen, nicht zurückhalten. Es ist aber kein Anhalt dafür ersichtlich, daß er in dem hier in Betracht stehenden Fall den Angeklagten Höhn zu Unrecht belastet hätte. Der Zeuge Rehder, der jetzt als 60jähriger Rentner in Hamburg lebt, war nach Verbüßung einer Freiheitsstrafe, zu welcher er durch das Oberlandesgericht in Hamburg wegen Hochverrats verurteilt worden war, am 29. April 1939 in das Konzentrationslager Sachsenhausen eingeliefert worden war und dort während der längsten Zeit seiner Haft als Vorarbeiter der Zimmerleute im Deutschen Ausrüstungswerk auf dem Industriebhof des Lagers Sachsenhausen tätig; am 11. November 1944 ist auf seine Bewerbung hin zu der Division der Dirlewanger versetzt worden. Der

Der Zeuge hat seine Beobachtungen im Lager Sachsenhausen sachlich, ruhig und ohne sichtbare Gefühlsbewegungen wiedergegeben und dabei bemerkenswert subtile Einzelangaben gemacht; das Gericht ist davon überzeugt, daß er aufrichtig bestrebt war, seine Erinnerungen so richtig und vollständig wiederzugeben, als er hierzu imstande war. Gleichwohl können die Aussagen dieses Zeugen jedenfalls nicht in allen Teilen unbedenklich hingenommen werden, denn seine Angabe, er habe die Zeugen Schubert und Sorge noch im Jahre 1943 im Konzentrationslager Sachsenhausen an einem Giftgasversuch teilnehmen sehen, zu einer Zeit, also, zu welcher sowohl Sorge als auch Schubert sich weder ständig noch auch nur vorübergehend mehr im Konzentrationslager aufgehalten haben, beweist, daß sich sein Erinnerungsbild nicht mehr im vollen Umfange ungetrübt erhalten hat und seine Aussagen deshalb jetzt jedenfalls nicht mehr in allen Funktionen als auch objektiv zuverlässig gewertet zu werden vermögen. Der Zeuge Scheil endlich ist nach Verbüßung einer Freiheitsstrafe, welche gegen ihn wegen Vorbereitung zum Hochverrat verhängt worden war, am 18. Oktober 1941 in das Konzentrationslager Sachsenhausen eingeliefert worden. Im Oktober 1944 erkrankte er und kam in den Krankenbau. Am 7. Februar 1945 wurde er mit einem etwa 200 Häftlingen starken Krankentransport, den die Lagerleitung zusammengestellt hatte, in das Konzentrationslager Bergen-Belsen verlegt, in dem er wegen Krankheit bis zum 20. Juni 1945 verblieb. Die Aussagen des Zeugen waren sachlich, klar und ersichtlich von der Bemühung getragen, die Erlebnisse des Zeugen dem Schwurgericht exakt,

sachlich richtig und zuverlässig zu vermitteln; wenn der Zeuge auch nicht immer vermocht hat, seine auf eigener Wahrnehmung beruhenden Feststellungen von aus diesen gezogenen subjektiven Folgerungen reinlich zu trennen, so erscheinen doch seine Angaben, soweit sie zweifelsfrei nur die objektiven Beobachtungen des Zeugen wiedergeben, als glaubhaft und zuverlässig.

An dieser Beurteilung ändert es nichts, daß der Name des exekutierten Häftlings von dem Zeugen Rehder - in Übereinstimmung mit der Einlassung des Angeklagten Höhn - mit "Reimers oder Riemers", von dem Zeugen Scheil mit "Hoff" und von dem Zeugen Reinecke mit "Wittmann" angegeben worden ist, zwei von ihnen also, da es sich zweifelsfrei um eine und dieselbe Exekution handelt, mit Sicherheit einen falschen Namen des Deliquenten genannt haben. Alle drei Zeugen haben nach ihren glaubhaften Bekundungen während ihrer Haftzeit im Schutzhaftlager Sachsenhausen die Tötung zahlreicher, auch ihnen besonders nahestehender Häftlinge miterlebt; es ist daher schon mit Rücksicht auf den seither eingetretenen langen Zeitablauf durchaus naheliegend und einleuchtend, daß sie den Zeitpunkt und die Art der Tötungen im einzelnen nicht mehr zuverlässig in der Erinnerung behalten haben und daher irrtümlich einen bestimmten Hinrichtungsvergang mit einem bestimmten einzelnen der vielen getöteten Mithäftlinge in Verbindung gebracht haben. Mit Sicherheit ausgeschlossen ist es indessen, daß die Zeugen hinsichtlich des ganz exzeptionellen, besonders tragischen und erschütternden Hinrichtung einer Erinnerungstäuschung

unterlegen sind; die besonderen, außergewöhnlichen Umstände dieser Hinrichtung, das "Kernerlebnis", zu welchem auch die damals besonders aussehenerregende Beteiligung des Angeklagten Höhn gehört, ist ihnen, wie ihre Aussagen eindeutig erkennen lassen, mit aller Deutlichkeit im Gedächtnis haften geblieben. Die Tatsache, daß die genannten Zeugen oder zumindest zwei von ihnen hinsichtlich des Namens des exekutierten Häftlings einem Irrtum erlegen sind, läßt daher nicht den Schluß darauf zu, daß sie auch hinsichtlich des Vorganges der Hinrichtung und der Beteiligung des Angeklagten Höhn einer Täuschung oder Erinnerungstrübung zum Opfer gefallen seien.

Hiernach steht auf Grund der Einlassung des Angeklagten Höhn und der hinsichtlich des Tatherganges übereinstimmenden Aussagen der vernommenen Zeugen, ungeachtet der Differenzen, die inzwischen den Angaben der Genannten hinsichtlich des Namens des Deliquenten zutage getreten sind, zur Überzeugung des Schwurgerichts fest, daß der Angeklagte Höhn die in der Anklageschrift und in dem Eröffnungsbeschluß bezeichnete Hinrichtung, bei welcher, als der Häftling in die Schlinge fiel, das Seil des Galgens riß und der Häftling zu Boden stürzte, auf Befehl des 1. Schutzhaftlagerführers Kolb geleitet und den verletzt am Boden liegenden Häftling sodann mit seiner Dienstpistole erschossen hat.

3. Erhängung des Häftlings Oelerich und eines weiteren Häftlings vor der versammelten Lagerbelegschaft.

Zu einem nicht näher feststellbaren Zeitpunkt im Sommer 1943 wurden auf dem Appellplatz des Schutzhaftlagers Sachsenhausen unter der Leitung des Angeklagten Höhn zwei Häftlinge, die aus dem Konzentrationslager geflohen und wieder ergriffen worden waren und deren einer Charly Oelerich hieß, auf Grund eines Exekutionsbefehls des Reichssicherheitshauptamtes vor der versammelten Häftlingsbelegschaft des Konzentrationslagers erhängt.

Nach der Anklageschrift und dem ihr insoweit entsprechenden Eröffnungsbeschluß sollen bei dieser Hinrichtung unter der Leitung des Angeklagten Höhn drei Häftlinge den Tod gefunden haben. Der Angeklagte Höhn ist geständig, die gleichzeitige Hinrichtung zweier Häftlinge, deren einer den Namen Oelerich trug, geleitet zu haben. Im einzelnen läßt er sich wie folgt ein : Im Sommer 1944, der genaue Zeitpunkt sei ihm nicht mehr erinnerlich, seien im Konzentrationslager Sachsenhausen unter seiner Aufsicht zwei Häftlinge, deren einer Oelerich hieß, exekutiert worden. Die Häftlinge seien geflüchtet gewesen und bis in die Nähe der tschechoslowakischen Grenze gelangt; auf ihrem Fluchtweg hätten sie in einer Auslager-

stelle der Reichsdruckerei einen Einbruch verübt und einer tschechischen Agentin Zugang zu dienstlichen Ausweispapieren der Wehrmacht, nämlich Urlaubsscheinen und Fahrausweisen, verschafft. Das Reichssicherheitshauptamt habe

deswegen die öffentliche Erhängung der Häftlinge vor der Lagerbelegschaft angeordnet. Der 1. Lagerführer Kolb habe ihn mit der Leitung der Hinrichtung beauftragt und ihm den Exekutionsbefehl zur Bekanntgabe vor der Exekution übergeben. Er, der Angeklagte, habe vor der Hinrichtung mit dem Häftling Oehlerich noch selbst gesprochen, und dieser habe zugegeben, daß die gegen ihn erhobenen Beschuldigungen zuträfen.

Oehlerich und der andere Häftling seien dann unter seiner Leitung am Galgen auf dem Appellplatz gehängt worden. Er, der Angeklagte, entsinne sich noch, daß Oehlerich, als er schon die Schlinge um den Hals liegen hatte, seinem Mitdeliquenten zugerufen habe; "Tschuß, machs gut." Unmittelbar hiernach sei auf seinen, des Angeklagten, Befehl die Hinrichtung durchgeführt worden.

Das Geständnis des Angeklagten Höhn ist, soweit es sich auf die Mitwirkung an der Hinrichtung von zwei Häftlingen bezieht, glaubhaft; daß bei dieser Exekution gleichzeitig mit Oehlerich auch ein dritter Häftling hingerichtet worden sei, ist nicht erwiesen.

Zwar hat der Zeuge Clasen, dessen Glaubwürdigkeit schon an anderer Stelle geprüft und bejaht worden ist, ausgesagt, er habe die Hinrichtung des Häftlings Oehlerich, den er, da er als Blockältester im Heinkelwerk eingesetzt gewesen sei, sehr gut gekannt habe, vom Reviertor aus beobachtet und dabei gesehen, daß gemeinsam mit Oehlerich zwei weitere Häftlinge gehängt worden seien. Für diese Aussage gilt,

ungeachtet der persönlichen Vertrauenswürdigkeit des Zeugen, das gleiche, was zur Frage der Glaubwürdigkeit der Zeugen im vorhergehenden Abschnitt (C II a 3) festgestellt worden ist: Es kann nicht mit Sicherheit ausgeschlossen werden, daß der Zeuge Clasen bei der Exekution des Häftlings Oehlerich lediglich das Kerngeschehen beobachtet oder daß er auch, bei dem langen seitherigen Zeitablauf, nur dieses zuverlässig im Gedächtnis behalten hat, während das Randgeschehen entweder seiner Aufmerksamkeit schon damals entgangen oder inzwischen seiner Erinnerung entfallen ist. Das Kerngeschehen dieser Hinrichtung lag aber für den Zeugen in diesem Falle nicht in den besonderen Umständen der Durchführung der Exekution. Daß Häftlinge, die aus dem Konzentrationslager entwichen und wieder ergriffen worden waren, vor versammelter Lagermannschaft durch Erhängen hingerichtet wurden, war, wie der Angeklagte Höhn glaubhaft dargetan hat, kein Ausnahmefall, sondern die Regel und geschah verhältnismäßig häufig. Auch daß mehrere Häftlinge zu gleicher Zeit gehängt wurden, war im Schutzhaftlager Sachsenhausen nicht ungewöhnlich und gab dem Fall keine besondere, für den Zeugen Clasen überdurchschnittlich bemerkenswerte Note. Für ihn lag das Außerordentliche dieser Hinrichtung allein darin, daß ihr der Häftling Oehlerich zum Opfer fiel, mit dem er besonders gut bekannt und befreundet war. Dieser Umstand und die Tatsache, daß Oehlerich nicht allein exekutiert worden ist, ist dem Zeugen sicherlich zuverlässig in Erinnerung; ob er sich daneben auch des Randgeschehens, nämlich dessen, ob Oehlerich mit einem oder mit zwei anderen

Häftlingern hingerichtet worden ist, mit der gleichen Sicherheit entsinnt, muß zweifelhaft erscheinen. Da der Angeklagte Höhn mit Nachdruck behauptet, bei jenem Exekutionsvorgang seien unter seiner Leitung nur zwei Häftlinge gehängt worden, und da die Aussage des Zeugen Lankisch von Hoernitz, er wisse nicht genau, ob in jenem Fall zwei oder drei Häftlinge unter der Leitung von Höhn exekutiert worden seien, zu dieser Frage nichts hergibt, vermag das Schwurgericht mit der zu einer Verurteilung des Angeklagten Höhn erforderlichen Sicherheit nur festzustellen, daß unter ^{sen} der ~~des~~ Leitung der Häftling Oehlerich und ein weiterer Häftling auf dem Appellplatz des Schutzhaftlagers Sachsenhausen gehängt worden sind.

Eine Freisprechung des Angeklagten Höhn von der Mitwirkung an der Tötung des dritten Häftlings kam nicht in Betracht, da ihm sowohl in der Anklageschrift als auch in dem Eröffnungsbeschluß sein diese Hinrichtungen betreffendes Verhalten als eine einzige (Beihilf.) Handlung (zur in natürlicher Handlungseinheit begangenen Tötung mehrerer Häftlinge) zur Last gelegt worden ist.

). Rechtliche Würdigung.

aa) Die unter der Leitung des Angeklagten Höhn vollzogenen Häftlingstötungen waren rechtswidrig. Daß den sie anordnenden verantwortlichen Angehörigen des Reichssicherheitshauptamtes, des Reichskriminalhauptamtes oder der Reichsführung SS für ihre Befehle keinerlei allgemeine oder besondere

Rechtfertigungsgründe zur Seite standen und daß sie unter diesen Umständen zur rechtlichen Anordnung von "Hinrichtungen" von Häftlingen nicht legitimiert waren, bedarf keiner weiteren Ausführung. Ihre Tötungsbefehle, denen keinerlei gerichtliches Verfahren zu Grunde lag, die die betroffenen Häftlinge, auch wenn diese bei ihren Vernehmungen Gelegenheit gehabt haben mögen, sich zu den gegen sie erhobenen Vorwürfen zu äußern und gegebenenfalls ihre Unschuld unter Beweis zu stellen, den Rechtsgarantien eines ordnungsgemäßen strafgerichtlichen Verfahrens und dem Urteil von bindenden politischen Anweisungen nicht ausgesetzten, unabhängigen Richtern entzogen, die Befehle, durch welche mithin eine Verwaltungsstelle willkürlich über Leben und Tod von Menschen, die ihrer unbeschränkten Gewalt ausgeliefert waren, entschied, waren rechtswidrig, mögen sie als "Exekutionsbefehle" gekennzeichnet und als "Maßnahmen der Lagerdisziplin" vor der Lageröffentlichkeit oder als Vernichtungsmaßnahmen geheim durchgeführt worden sein (BGH, Urteil vom 24. 6. 1955, 1 Str 55/55).

bb) Die von dem Reichssicherheitshauptamt angeordnete und dem Angeklagten Höhn zur Durchführung übertragene Tötung des Häftlings Noack war grausam, da der Delinquent bei ihrer Einleitung besonders lange seelische und bei ihrer Vollziehung besonders schwere körperliche Leiden, die über die bloße Vernichtung des Lebens hinausgingen, erdulden mußte (OGH St 1, 95 (99 f)). Zwar geht der erste sich als grausame im Sinne des § 211 Abs. 2 StGB qualifizierte Umstand, der darin

bewußt und gewollt als besondere Quälerei auferlegt wurden, um ihn für seine Verfehlungen härter zu bestrafen als diejenigen Häftlinge, die für ihre leichteren Vergehen "nur" gehängt wurden. Die Vergrößerung der Todesqual durch die Strangulation lag darin, daß, während die üblicherweise durch Erhängen exekutierten Häftlinge, wenn sie von ihrem erhöhten Standort aus in die Seilschlinge stürzten, einen Genickschuß erlitten und hierdurch augenblicklich den Tod fanden, der Häftling Noack, der an dem um seinen Hals geschlungenen Strick langsam am Galgen hochgewunden wurde, allmählich und qualvoll erstickte.

Hieraus folgert, daß die Tötung des Häftlings Noack auf Grund zweier selbständiger Tatumstände, deren jeder die Tötung als grausam im Sinne des § 211 Abs. 2 StGB kennzeichnet, rechtlich als Mord zu bewerten ist.

Demgegenüber kann bei den Exekutionen des namentlich nicht sicher identifizierten Häftlings (Hoff, Reimers, Riemers oder Wittmann) und der beiden Häftlinge, deren einer Oehlerich hieß, das Vorliegen von Umständen, welche die Tötung als Mord (§ 211 StGB) qualifizieren, nicht mit Sicherheit festgestellt werden. Daß die genannten Häftlinge nicht heimtückisch oder grausam getötet wurden, ^{ist} evident: Alle drei Häftlinge wurden offen zur Richtstätte geführt, und es waren ihnen schon geraume Zeit vor ihrer Hinrichtung bekannt, daß und auf welche Weise sie getötet werden sollten; sie waren daher wohl wehrlos, nicht aber auch arglos, als sie exekutiert wurden, so daß die Annahme der Heimtücke ohne weiteres entfällt. Die Häftlinge sind auch nicht grausam getötet

worden; die angeordnete und bei dem Häftling Oehlerich und seinem Mdeliquenten angewandte und bei dem namentlich nicht sicher festgestellten Häftling eingeleitete Hinrichtungsart war die des Erhängens, die noch jetzt bei Kulturnationen, so z. B. in England, als die offiziell vorgesehene Hinrichtungsweise zum Tode verurteilter gebräuchlich ist und dem Deliquenten keine über die mit der Vernichtung seines Lebens unerläßlich verbundenen seelischen und körperlichen Leiden hinausgehenden Qualen zufügt. Auch daß der namentlich nicht sicher festgestellte Häftling, nachdem der Versuch einer Hinrichtung durch Erhängen infolge des Seilrisses fehlgeschlagen war, erschossen wurde, macht seine Tötung nicht grausam im Sinne des § 211 Abs. 2 StGB; denn mit Sicherheit war die Erschießung die am schnellsten und am wenigsten schmerzhaft wirkende, auch mit den nach Lage der Sache geringsten seelischen Leiden für den Häftling verbundene Maßnahme, den verletzt und offenbar von Schmerzen gequält am Boden liegenden Häftling zu Tode zu bringen. Auch daß die Häftlinge aus niedrigen Beweggründen getötet worden seien, hat sich nicht mit Sicherheit feststellen lassen. Es ist nämlich kein hinreichender Anhalt, geschweige denn ein sicherer Beweis dafür vorhanden, daß die Umstände, welchen Erlaß der Tötungsbefehle veranlaßten, und das Verfahren vor dem Reichssicherheitshauptamt, welches diesen Befehlen vorausging, dergestalt gewesen seien, daß festgestellt werden könnte, die Tötungen seien aus einer Gesinnung angeordnet worden, die den Häftlingen jeden Menschenworte und jede Menschenwürde überhaupt abgesprochen

und ihr Leben willkürlich und erbarmungslos der Vernichtung zugeführt hätte. Was den Anlaß der Tötungsanordnungen anlangt, so hat der Angeklagte Höhn hinsichtlich des Häftlings Oehlerich und dessen Mitdeliquenten angegeben, die beiden Häftlinge seien nicht oder nicht nur wegen ihres Entweichens aus dem Konzentrationslager, sondern deswegen exekutiert worden, weil sie auf ihrer Flucht einen Einbruch in eine Auslagerungsstelle der Reichsdruckerei verübt und einer Agentin der tschechischen Untergrundorganisation Zugang zu dienstlichen Ausweispapieren der Wehrmacht (Urlaubscheinen und Fahrausweisen) verschafft hätten. Eine solche Tat galt und gilt aber in Kriegszeiten nicht nur nach deutscher Rechtsauffassung, sondern auch nach derjenigen anderer Nationen des abendländischen Kulturkreises als eine schwere Bestrafung, ja sogar der Todesstrafe würdiges Verbrechen gegen die nationale Sicherheit eines kriegsführenden Staates, so daß, die Richtigkeit der unwiderlegten Einlassung des Angeklagten Höhn unterstellt, in der Anordnung der Todesstrafe gegen die beiden Häftlinge als solcher nicht der Ausdruck einer niedrigen Gesinnung im Sinne des § 211 Abs. 2 StGB erkannt zu werden vermag. In welcher Weise das zur Anordnung der Exekutionsbefehle führende Verfahren gegen den Häftling Oehlerich und seinen Mitdeliquenten vor dem Reichssicherheitshauptamt durchgeführt worden ist, ist nicht festgestellt; nach dem von dem Angeklagten Höhn unwiderlegt und unwiderlegbar angegebenen Eingeständnis des Häftlings Oehlerich sind jedoch die beiden Häftlinge nicht zu Unrecht der ihnen zur Last gelegten Tat beschuldigt worden, und es

ist nicht auszuschließen, und deshalb zu Gunsten des Angeklagten zu unterstellen, daß die beiden Häftlinge im Laufe des Verfahrens Gelegenheit gegeben worden ist, sich zu der gegen sie erhobenen Beschuldigung zu äußern und ihnen etwa zu Gebote stehende Entlastungsbeweise anzutreten. Wenn ein solches Verfahren vor einer Verwaltungsbehörde auch nicht einem ordnungsgemäßen gerichtlichen Strafverfahren gleichzusetzen ist, so trüge es doch, sollte es in der geschilderten Weise verlaufen sein, nicht die Merkmale eines bloßen willkürlich, den Menschenwert und die Menschenwürde der beiden Häftlinge gänzlich mißachtenden und deshalb besonders verabscheuungswürdigen Vernichtungsaktes, bei dessen Vorliegen unter den gegebenen Umständen allein von einem niedrigen Beweggrunde im Sinne des § 211 Abs. 2 StGB manifestierenden Tötungsverfahren gesprochen werden könnte. Hinsichtlich des namentlich nicht sicher festgestellten Häftlings haben sich irgendwelche Feststellungen über den Anlaß und die Durchführung des zum Erlaß des Exekutionsbefehls führenden Verfahrens vor dem Reichssicherheitshauptamt, dem Reichskriminalhauptamt oder der Reichsführung SS nicht treffen lassen. Zu Gunsten des Angeklagten muß daher für diese Entscheidung davon ausgegangen werden, daß auch dieser Häftling sich eines nach der damaligen, nicht von spezifisch nationalsozialistischem Denken beeinflussten allgemeinen Rechtsanschauung der Todesstrafe würdigen Verbrechens schuldig gemacht hat. Auch muß, da das Gegenteil nicht erwiesen ist, zu Gunsten des Angeklagten unterstellt werden, daß auch diesem Häftling in dem gegen ihn durchgeführten Verfahren ausreichendes

Gehör und die Möglichkeit, sich gegen den gegen ihn erhobenen Schuldvorwurf zu verteidigen und Beweismittel zu seiner Entlastung vorzubringen, gewährt worden ist, Es ist also davon auszugehen, daß weder der Anlaß der Tötung noch das zur Tötungsanordnung führende Verfahren - ungeachtet dessen, daß dieses Verfahren, wie der Angeklagte erkannte, willkürlich vor einer hierzu nicht legitimierten Verwaltungsstelle durchgeführt wurde - als Ausfluß einer niedrigen Gesinnung des für die Tötungsanordnung verantwortlichen Amtsträgers gewertet werden kann.

Hiernach kennzeichnen sich die Hinrichtung des Häftlings Noack als Mord (§ 211 StGB) und die Tötung des namentlich nicht sicher festgestellten Häftlings sowie die Exekution des Häftlings Oehlerich und seines Mitdeliquenten als Totschlag (§ 212 StGB).

cc). Die Hinrichtung des Häftlings Oehlerich und seines Mitdeliquenten ist durch einen einzigen, auf einen einheitlichen Tatentschluß des für die Tötungsanordnung Verantwortlichen zurückzuführenden Exekutionsbefehl angeordnet und die gleichzeitige Exekution beider Häftlinge ist durch eine einzige, gleichfalls auf einer im Rechtssinne einheitlichen Entschließung beruhende Tat an der Durchführung der Exekution Beteiligten, also auch des Angeklagten Höhn, ausgeführt worden. Die Tötung des Häftlings Oehlerich und des mit ihm exekutierten weiteren Häftlings stellt daher eine einheitliche Handlung, also einen Totschlag, begangen an zwei Menschen, dar (vgl. OGH St 1, 321; BGH St 1, 20).

Demgegenüber stehen die Tötung der beiden letztgenannten Häftlinge, die Tötung des Häftlings Noack und die Tötung des namentlich nicht sicher festgestellten Häftlings zueinander im Verhältnis der Tatmehrheit (§ 74 StGB). Sie waren durch jeweils spezifisch nur für sie geltende, in den miteinander nicht in Zusammenhang stehenden Handlungen der jeweiligen Häftlinge begründete Anlässe ausgelöst werden und beruhten sowohl in ihrer Anordnung, die durch jeweils selbständige Exekutionsbefehle erfolgte, als auch in ihrer zeitlich und den Umständen nach voneinander verschiedenen Durchführung auf selbständigen, jeweils nur den konkreten einzelnen Hinrichtungsfall betreffenden Tatentschlüssen.

dd). Der Angeklagte Höhn hat an der Tötung in der Weise mitgewirkt, daß er die Exekutionen geleitet und darüber hinaus den namentlich nicht sicher festgestellten Häftling nach dem mißglückten Erhängungsversuch eigenhändig erschossen hat. Er wußte hierbei, daß er sich an den Tötungen von Menschen beteiligte, und er wollte an ihnen mitwirken; ihm waren die Tatumstände des Tötungsvorganges bekannt, und er kannte insbesondere auch die Tatsachen, die die Tötung des Häftlings Noack als grausam qualifizierten und sie daher rechtlich als Mord im Sinne des § 211 Abs. 2 StGB kennzeichneten : Er hatte bereits bei seinem Eintreffen in dem Nebenlager Lichterfeld den Häftling Noack gefesselt am Lagertor stehen sehen und gewußt, daß dieser Häftling angesichts des auf dem Appellplatz bereits errichteten Galgens in Todesangst seine Hinrichtung erwartete, ihm war schließlich bekannt, daß die Strangulierung besondere Qualen für den Häftling mit sich

brachte und die Herbeiführung dieser Qualen mit der Anordnung der Strangulierung bezweckt war; er selbst hat sich vor dem dem Schwurgericht dahin eingelassen, gewußt zu haben, daß mit der Anordnung der Strangulierung des Häftlings dessen "besondere Quälerei" beabsichtigt gewesen sei. Endlich war dem Angeklagten Höhn, wie unter ee). im einzelnen auszuführen sein wird, die Rechtswidrigkeit der Tötungen der Häftlinge bekannt.

Die Mitwirkung des Angeklagten Höhn an der Strangulierung des Häftlings Noack, die Erhängung des namentlich nicht sicher festgestellten Häftlings und des Häftlings Oehlerich und seines Mitdeliquenten stellt sich als Beihilfe zu den genannten Tötungen dar. Die Tötungen durften, wie der Angeklagte Höhn selbst ausdrücklich hervorgehoben hat, auf Grund der im Konzentrationslager Sachsenhausen für derartige Hinrichtungen bestehenden Dienstanweisungen nur unter der Leitung eines Schutzhaftlagerführers durchgeführt werden. Der Angeklagte Höhn hat mithin dadurch, daß er als Schutzhaftlagerführer an den Exekutionen als Exekutionsleiter teilnahm, einen Tatbeitrag geleistet, ohne den die Hinrichtungen nicht hätten vorgenommen werden können. Da der Angeklagte dies wußte und mit seiner Teilnahme an den Exekutionen diejenigen Voraussetzungen schaffen wollte, unter denen allein die Hinrichtungen den geltenden Dienstanweisungen gemäß durchgeführt werden konnten, hat er durch seine Mitwirkung den für die Anordnung und Durchführung der Hinrichtungen verant. örtlichen höheren SS-Führern bei der Verwirklichung ihrer auf die Tötung der Häftlinge gerichteten

Anordnungen durch die Tat wissentlich Hilfe geleistet
(§ 49 Abs. 1 StGB).

Daß der Angeklagte Höhn sich an der Tötung der Häftlinge als Mittäter (§ 48 StGB) beteiligt habe, konnte dagegen nicht mit Sicherheit festgestellt werden. Zwar ist aus dem dienstlichen Werdegang des Angeklagten, der in Bezug auf seine Tatbeteiligung unter ff). noch im einzelnen ^{er} gewürdigt werden wird, zu schließen, daß die Tötungen nicht aus rechtlichen oder moralischen Erwägungen mißbilligt hat. Auch sein Gesamtverhalten im Schutzhaftlager Sachsenhausen, das gleichfalls unter ff). noch Gegenstand weiterer Ausführungen sein wird, deutet nicht darauf hin, daß die Tötungen nicht auch mit seiner Überzeugung und seinem Willen in Einklang gestanden hätten. Gleichwohl kann für die hier erörterten konkreten Fälle nicht mit einer zur Verurteilung des Angeklagten hinreichenden Sicherheit festgestellt werden, daß sein Tatbeitrag und sein Tatwille über den eines Tatgehilfen hinausgegangen sei. Der Angeklagte ist nämlich, soweit es die Strangulierung und die Erhängung^{en} anlangt, mit seinem Handeln nicht über den Rahmen der ihm durch den Befehl seiner Dienstvorgesetzten aufgetragenen Tätigkeit hinausgegangen. Er hat sich darauf beschränkt, die Exekutionsbefehle befehlsgemäß bekanntzugeben und die Vornahme der Hinrichtungen anzuordnen; er übte auf den Hinrichtungsvorgang keine eigene Tatherrschaft aus, sondern brachte nur diejenige seiner vorgesetzten Führungsstellen zur Geltung; weder die Durchführung noch der Ausgang der Taten wurde von seinem eigenen Willen maßgeblich bestimmt, und sein bei den

Hinrichtungen zutage gelegtes Verhalten ließ nichts dafür erkennen, daß er seinen Tatbeitrag nicht nur als befehls-
gemäße Förderung fremden Tuns, sondern als die Manifesta-
tion des Willens, im gemeinschaftlichen Zusammenwirken mit
seinen vorgesetzten Dienststellen die Tötung der Gefangenen
herbeizuführen, aufgefaßt und gewollt hätte. Auch die Tat-
sache, daß der Angeklagte Höhn den namentlich nicht sicher
festgestellten Häftling nach dem Fehlschlagen des Erhän-
gungsversuches eigenhändig erschossen hat, rechtfertigt
keine andere Beurteilung. Allerdings wich dieser sein Tatbei-
trag von dem ihm erteilten Befehl, als Hinrichtungsleiter
an der Exekution teilzunehmen, ab und ging über ihn hinaus,
Gleichwohl stellt er sich doch bei der gebotenen natürlichen
Betrachtungsweise als nichts anderes dar, als die Vollendung
des ihm erteilten, auf die befohlene Weise wegen des Ein-
tritts unvorhergesehener Umstände nicht mehr durchführbaren
Handelns. Denn wenn der Angeklagte auch den Entschluß, den
Häftling zu erschießen, in Ausübung einer eigenen, ihm durch
den Eintritt unvorhergesehener Umstände unversehens zuge-
wachsenen Tatherrschaft selbständig gefaßt und verwirklicht
hat, so war doch diese seine Herrschaft über die ihm aufgetrage-
ne Tat auf das engste umgrenzt. Daß der Häftling auch nach
dem Fehlschlagen des Erhängungsversuches jedenfalls und inner-
halb kürzester Zeit zu töten war, stand, für den Angeklagten
unverrückbar, fest, Lediglich die Art und der genaue Zeit-
punkt der Tötung waren durch das Scheitern der Erhängung
in Frage gestellt, und nur insoweit konnte der Angeklagte
selbständig entscheiden, Wenn er sich unter diesen Umständen

angesichts/

der erkennbar schweren, möglicherweise ohnedies tödlichen Verletzungen, die der Häftling durch den Erhängungsversuch davongetragen hatte, zu seiner sofortigen Erschießung entschloß und diese auch alsbald ausführte, dann kann diese Tat nicht als eine von eigenem Täterwillen des Angeklagten getragene, über eine bloße Gehilfenhandlung hinausgehende und den Angeklagten Höhn deshalb als Mittäter kennzeichnende Tötungshandlung gedeutet werden.

Es kann mithin nur festgestellt werden, daß der Angeklagte Höhn zur Ermordung des Häftlings Noack, zum Totschlag an dem namentlich nicht sicher festgestellten Häftling sowie zum Totschlag, begangen an den beiden gleichzeitig hingerichteten Häftlingen, deren einer Oehlerich hieß, Beihilfe geleistet hat.

ee). Der Angeklagte Höhn hat sich unwiderlegt und glaubhaft dahin eingelassen, daß er auf den dienstlichen Befehl eines ihm dienstlich Vorgesetzten, nämlich des 1. Schutzhaftlagerführers Kolb, also in Ausführung eines Befehls in Dienstsachen gehandelt habe. Er wird hierdurch jedoch gemäß § 47 Abs. 2 Nr. 2 MilStGB - welche Vorschrift, wie für den Angeklagten Hempel, so auch für ihn Anwendung findet - von seiner strafrechtlichen Verantwortlichkeit nicht befreit, da er wußte, daß die ihm erteilten, seine Mitwirkung bei den Tötungen anordnenden Befehle Handlungen betrafen, welche die Begehung von Verbrechen bezweckten. Dem Angeklagten war, wie er in der Hauptverhandlung selbst eingeräumt hat, bekannt, daß den Exekutionsbefehlen gerichtliche Urteile nicht zugrunde lagen.

Er war sich, als er an der Tötung der Häftlinge mitwirkte, auch darüber klar, daß die Exekutionsbefehle des Reichssicherheitshauptamtes richterliche Todesurteile rechtlich nicht zu ersetzen geeignet waren, sie also eines rechtfertigenden Grundes entbehrten und auf eine Verletzung der Rechtsordnung abzielten. Der Angeklagte wußte aus seiner Tätigkeit im Schutzhaftlager Sachsenhausen, daß die Häftlinge dort einer Behandlung unterworfen waren, die mit rechtlichen Grundsätzen nicht zu vereinbaren waren: Er hatte selbst wiederholt gesehen, daß die Häftlinge ohne jeden Anlaß körperlich schwer mißhandelt wurden, und er hat sich selbst an diesen Mißhandlungen beteiligt. Der Zeuge Schleicher, der als Angehöriger der Religionsgemeinschaft der Bibelforscher am 10. Juli 1937 verhaftet und nach Verbüßung der Strafe, zu welcher er hiernach verurteilt wurde, Anfang Dezember 1937 erstmalig und nach einer vorübergehenden Verlegung in andere Konzentrationslager Anfang März 1944 zum zweitenmal in das Konzentrationslager Sachsenhausen eingeliefert wurde, hier zunächst als Sanitäter in der Rekonvalenzenabteilung des Reviers gearbeitet hat und ab Oktober 1944 als Blockältester im Block R3 (septische Abteilung) tätig gewesen ist, hat bekundet, im Jahre 1944 sei er bei einer Vernehmung durch einen Gestapo-Beamten schwer mit Faustschlägen mißhandelt worden; der Angeklagte Höhn sei hinzugekommen, habe aber weitere Mißhandlungen nicht verhindert. Der Zeuge Dr. Adametz, der 76 Jahre alt und Oberregierungsrat a. D. ist, ist im Frühsommer 1943 in das Konzentrationslager Sachsenhausen eingeliefert worden und dort bis zu dessen

Evakuierung verblieben. Er hat zunächst im Heinkellager auf der Schreibstube gearbeitet und die dort anfallenden juristischen Angelegenheiten erledigt; Anfang 1943 wurde er auf Grund einer Denunziation von dem Angeklagten Höhn verhaftet und zunächst in der Russenisolierung inhaftiert, dann in die Strafkompagnie versetzt, wo er etwa 3/4 Jahre lang einem Baukommando angehörte; hiernach war er als Schreiber im Hauptzeugamt Oranienburg tätig, nach dessen Vernichtung ist er ohne Arbeit bis zur Evakuierung im Schutzhaftlager Sachsenhausen verblieben. Der Zeuge hat bekundet, der Angeklagte Höhn habe ihn, als er ihn verhaftet habe, mit den Worten empfangen : "Das ist ja der saubere Oberregierungsrat, der nicht weiß, wo er hingehört!" Er, der Zeuge habe ihm darauf geantwortet: "Wo ich hingehöre weiß ich schon. Zu Euch jedenfalls nicht." Darauf habe ihn Höhn mit bloßen Händen verprügelt. Der Zeuge Paul Bonnemann hat ausgesagt, auch er sei von Höhn persönlich geschlagen worden. Es sei dies geschehen, als er, der Zeuge, mit einem Arbeitskommando außerhalb des Lagers vor dem Tor gestanden habe und auf einen LKW gewartet habe; Höhn sei gekommen, er, der Zeuge, habe ihm vorschriftsmäßige Meldung gemacht, darauf habe ihn Höhn ohne jeden erkennbaren Grund mit der Faust derartig ins Gesicht und gegen das Ohr geschlagen, daß ihm das Trommelfell geplatzt sei und er Gesundheitsfolgen davongetragen habe, an denen er noch heute leide. Der Zeuge Kroll schließlich, der nach der Verbüßung einer vierjährigen Zuchthausstrafe, zu welcher er wegen Vorbereitung zum Hochverrat verurteilt worden war, 1940 in das Konzentrationslager Sachsenhausen

eingewiesen und dort zunächst im Klinkerwerk und seit 1943 als Heizer eingesetzt worden war, hat ausgesagt, seine Ehefrau habe im Jahre 1943 für ihn ein Entlassungsgesuch eingereicht. Er sei daraufhin zu Hohn befohlen worden. Dieser habe ihn mit den Worten beschimpft: "Kommunist warst Du ja nicht, aber Du bist trotzdem ein Schwein", und er habe ihn, den Zeugen, sodann in den Leib und gegen die Beine getreten und mit der Faust derart gegen den Kopf geschlagen, daß er ein dauerndes Gehörleiden davongetragen habe. Die Bekundungen aller dieser Zeugen sind glaubhaft. Sämtliche Zeugen haben ihre Aussage so klar, sicher und bestimmt, aber auch so ruhig und sachlich gemacht, daß weder dafür, daß sie einem Irrtum oder einer Erinnerungstrübung zum Opfer gefallen sein könnten, noch dafür, daß sie den Angeklagten Hohn bewußt oder leichtfertig der Wahrheit zuwider der geschilderten Mißhandlungen bezichtigt hätten, irgend ein Anhalt hervorgetreten ist.

Wie der Angeklagte Hahn hiernach auf Grund seiner eigenen unmittelbaren Anschauung und Mitwirkung wußte, daß die allgemeine Behandlung, die die Häftlinge im Schutzhaftlager Sachsenhausen erfuhren, nicht nach rechtlichen Maßstäben ausgerichtet, sondern weithin von der bloßen Willkür der SS-Führer und -Unterführer bestimmt war, so erkannte er auch, daß die Anordnungen ihrer Tötung nicht auf von der Rechtsordnung hierfür vorgesehenen, sie allein zu rechtfertigenden geeigneten Verfahren beruhten. Im Konzentrationslager Sachsenhausen waren, vor den hier in Betracht stehenden Tötungen zweimal Hinrichtungen durchgeführt worden, die auf

Grund von ordnungsgemäßen Verfahren ergangenen Todesurteilen angeordnet waren: Einmal war ein wegen Fahnenflucht durch ein SS- und Polizeigericht zum Tode ~~verurteilt~~er früherer SS-Führer namens Szernitzki gehängt worden, ein anderes Mal war ein NSKK-Angehöriger namens Mehlhorn wegen in Frankreich begangener Veruntreuung von Wehrmachtsgut gleichfalls zum Tode verurteilt und im Konzentrationslager Sachsenhausen erhängt worden. Dem Angeklagten Höhn, der überdies aus dem gegen ihn selbst vor einem SS- und Polizeigericht wegen eines verhältnismäßig geringfügigen Vergehens prozeßordnungsgerecht durchgeführten Strafverfahren, das zur Verhängung einer nur kurzfristigen Freiheitsstrafe geführt hatte, das Wesen eines ordnungsgemäßen Strafverfahrens genau kannte, war daher eindeutig ersichtlich, die auf Grund eines bloßen Exekutionsbefehls der höheren SS-Führung zu Tode gebracht wurden, nicht die gleichen, nur mit einem gerichtlichen Verfahren verbundenen Rechtsgarantien genossen hatten wie jeder andere einer Straftat Beschuldigte, und daß die sie betreffenden Tötungsbefehle auf derselben rechtsfremden Willkür der SS-Führung beruhten, wie ihre allgemeine Behandlung im Schutzhaftlager. Daß der Angeklagte, der, wie er in der Hauptverhandlung bei seiner Vernehmung und seinen Stellungnahmen zu den Angaben seiner Mitangeklagten und den Bekundungen der Zeugen hat erkennen lassen, ^{über} einen weit/durchschnittlichen, scharfen kritischen Verstand verfügt, dies auch tatsächlich zu jener Zeit eingesehen hat, ist nicht zweifelhaft.

Diese Überzeugung des Schwurgerichts findet schließlich ihre Bestätigung in einer Äußerung des Angeklagten Höhn, die der Zeuge Hoffmann wiedergegeben hat und deren richtige Wiedergabe der Angeklagte nicht bestreitet. Der Zeuge Hoffmann, ein luxemburgischer Staatsangehöriger, der, jetzt 67 Jahre alt und Stadtdirektor in Dudeldingen, in der Zeit vom 24. Juli 1942 bis zum 22. April 1945 im Konzentrationslager Sachsenhausen inhaftiert und ab September 1942 als Schreiber beim Arbeitseinsatzführer der Lagerkommandantur eingesetzt gewesen war, hat glaubhaft bekundet, Höhn habe anlässlich des Verlassens des evakuierten Konzentrationslagers Sachsenhausen erklärt: Das, was er hier verbrochen habe, werde ihm "die Rübe kosten", doch werde er für sein Verhalten einstehen. Da diese Bemerkung sich, wie die geäußerte Befürchtung, mit dem Tode bestraft zu werden, zeigt, mit Sicherheit nicht auf bloße Mißhandlungen von Häftlingen, sondern auf die von ihm begangenen Tötungshandlungen bezieht und er sich nach seiner unwiderlegten Einlassung nur an Hinrichtungen von Häftlingen beteiligt hat, denen Exekutionsbefehle des Reichsicherheitshauptamtes oder des Reichskriminalamtes zu Grunde lagen, beweist seine Äußerung, daß er schon während seiner Tätigkeit im Konzentrationslager erkannt hatte, daß die Häftlingstötungen in den Exekutionsbefehlen keine Rechtfertigung fanden.

Es steht mithin fest, daß der Angeklagte Höhn sich, als er die hier in Betracht stehenden Hinrichtungen leitete, bewußt war, daß die Befehle, auf Grund derer er tätig wurde, rechtswidrig waren und die Begehung eines Verbrechens

bezweckten. Er hat daher gemäß § 47 . 2 Nr. 2 MilStGB für seine Mitwirkung an den Tötungen strafrechtlich einzustehen.

ff). Der Angeklagte Höhn hat sich, als er an den hier in Betracht stehenden Tötungen von Häftlingen in der oben festgestellten Weise mitwirkte, auch nicht in einer Notstandslage befunden (§§ 52, 54 StGB). Denn er hat sich an ihnen nicht (nur) unter dem Druck des ihm von seinen dienstlichen Vorgesetzten erteilten Befehls und der mit diesen für den Fall des Ungehorsams verknüpften allgemeinen Strafdrohung, sondern mit willigem Eifer und ohne inneren

Widerstreben beteiligt. Das ergibt sich zur Überzeugung des Schwurgerichts zunächst aus folgenden Erwägungen: Der Angeklagte Höhn hat sich, als er nach seiner Einberufung im September 1939 zunächst als einfacher SS-Mann im Bewachungsdienst des Konzentrationslagers Sachsenhausen eingesetzt wurde, schon in dieser Tätigkeit derart eifrig bewährt, daß er schon nach verhältnismäßig kurzer Zeit die Dienststellung eines Zugführers erreichte, die Sturm-scharführer- Hauptfeldwebel-)eignung erlangte und im Mai 1941 zum SS-Oberscharführer befördert wurde. Er wurde mit diesem Dienstgrad wegen seines tatkräftigen Einsatzes im Spätherbst 1941 vorübergehend mit der Führung der Wachkompanie des Außenlagers Klinkerwerk des Konzentrationslagers Sachsenhausen betraut, im Juli 1942 als Wachzugführer in das Nebenlager des damaligen dortigen Lagerführers Sorge zum Führer des Nebenlagers Berlin-Lichterfelde ernannt. Der Angeklagte kannte nunmehr den Dienstbetrieb im

Konzentrationslager in allen Einzelheiten, er wußte, welche willkürliche und unmenschliche Behandlung die Häftlinge dort erfuhren, und er war sich in vollem Umfange über die Aufgaben klar, die ihn bei einer weiteren Beförderung im Konzentrationslager erwarteten; insbesondere befand er sich nicht darüber im Zweifel, wenn er weiter dienstgrad- und dienststellungsmäßig aufstieg, auch an der Hinrichtung von Häftlingen, wie sie schon zu jener Zeit häufig vorkamen, maßgeblich werde mitwirken müssen. Gleichwohl hat der Angeklagte aus eigenem Antrieb und ohne hierzu durch Befehl oder Strafdrohung genötigt worden zu sein, sich mit dem Ziel eines weiteren dienstlichen Aufstieges in besonderem Maße eingesetzt, hervorgetan und im Sinne der SS-Führung bewährt. Auf Grund dessen wurde er Anfang 1943 zu einem Verwaltungsführerlehrgang nach Dachau und sodann auf die SS-Junkerschule in Braunschweig entsandt, wo er die SS-Führerprüfung ablegte, und nach deren Bestehen, ohne jemals im Fronteinsatz Verwendung gefunden zu haben, zum SS-Untersturmführer befördert. Diesen dienstlichen Werdegang hat der Angeklagte Höhn in Kenntnis und in der Erwartung der ihn bei weiterem dienstlichen Aufträgen erwartenden, ihm in allen Einzelheiten bekannten Aufgaben genommen. Er hat insbesondere die Dienststellung eines Schutzhaftlagerführers bewußt und in voller Kenntnis dessen, daß es zu dem Zuständigkeits- und Aufgabenbereich eines Schutzhaftlagerführers gehörte, Hinrichtungen von Häftlingen verantwortlich zu leiten, angestrebt und unter eifrigem Einsatz seiner Fähigkeiten sowie unter Offenbarung

einer die von der oberen SS-Führung verfolgten Ziele und durchgeführten Maßnahmen bejahenden, für die Übertragung einer Führerstellung innerhalb der SS vorausgesetzten Charakterhaltung erreicht. Das aber läßt erkennen, daß der Angeklagte bei der ihm aufgetragenen Mitwirkung an der Tötung der Häftlinge nicht durch Befehlszwang zu seinem eigenen Willen widerstrebenden Handlungen genötigt worden ist, sondern daß er sich aus freiem Willen zum gefügigen, eifrigen Werkzeug seiner dienstlichen Vorgesetzten gemacht hat. Daß der Angeklagte Höhn die ihm erteilten Befehle, an der Tötung der Häftlinge mitzuwirken, nicht, um einer im Falle der Befehlsverweigerung drohenden Bestrafung zu entgehen, sondern aus freier innerer Bereitschaft, die ihm befohlenen Handlungen durchzuführen, befolgt hat, erweist sich endlich aus der Tatsache, daß er sich nicht auf die bloße Befolgung der ihm erteilten Befehle beschränkt hat, sondern dadurch, daß er, wie oben unter ee). in einzelnen festgestellt ist, Häftlinge aus eigener Entschließung und ohne Befehl wiederholt körperlich mißhandelt hat, über den Rahmen des ihm durch die Befehle Gebotenen vielfach zum Nachteil der Häftlinge hinausgegangen ist.

Unter diesen Umständen ist es auch für die Frage nach dem Vorliegen einer Notstandslage für den Angeklagten Höhn unerheblich, daß das gegen ihn ergangene Urteil des SS- und Polizeigerichts in Oranienburg vom 18. August 1943 von dem Reichsführer SS als dem zuständigen Gerichtsherrn nicht anerkannt worden war, der Reichsführer SS- nach der

unwiderlegten Einlassung des Angeklagten Höhn angeordnet hatte, daß in dem erneut gegen ihn durchzuführenden Verfahren eine Zuchthausstrafe von mindestens 3 Jahren zu beantragen sei, und der Angeklagte Höhn sich deswegen gehalten fühlte, sich bis zur Durchführung des erneuten Strafverfahrens besonders zu bewähren. Denn die vorstehend genannten Umstände, welche die vorbehaltlose und eifrige Tatbereitschaft des Angeklagten kennzeichnen, beschränken sich nicht auf die Zeit nach dem 18. August 1943, sondern erstrecken sich über die gesamte Zeit der dienstlichen Tätigkeit des Angeklagten innerhalb der SS; sie beweisen daher, daß der Angeklagte jederzeit und unabhängig von der ihm in dem Verfahren vor dem SS- und Polizeibericht drohenden Strafe sich als eifriger und williger Untergebener hervorgetan hat.

Aus all dem ergibt sich, daß dem Angeklagten Höhn seine Mitwirkung an den Tötungen der hier in Betracht stehenden Häftlingennicht abgenötigt worden ist, der Fall des Notstandes mithin für ihn nicht vorgelegen hat.

gg). Endlich war auch die Fähigkeit des Angeklagten, das Unverlaubte seiner Taten einzusehen oder nach dieser Einsicht zu handeln, zur Zeit der Taten nicht wegen krankhafter Störung der Geistestätigkeit, wegen Geistesschwäche oder wegen Bewußtseinsstörung ausgeschlossen oder gemindert.

Der Angeklagte hat während der Hauptverhandlung vor dem Schwurgericht nicht nur ein außergewöhnlich klares, bis

in kleinste Einzelheiten hinein zuverlässiges Gedächtnis bewiesen, sondern durch seine Darstellung des den Gegenstand der Verhandlung bildenden Sachverhalts, durch seine Erklärungen zu den Ergebnissen der einzelnen Teile der Beweisaufnahme und durch seine zielbewußt präzisierten und klar und sorgfältig formulierten Fragen an die Zeugen gezeigt, daß bei ihm nicht nur kein Intelligenzmangel vorliegt, sondern daß er über einen erheblich überdurchschnittlichen, scharfen, ihn zu logischen Urteilen befähigenden Verstand verfügt. Daß dies auch vor und während seiner Tätigkeit im Konzentrationslager Sachsenhausen der Fall war, beweist die Tatsache, daß er nach glattem Besuch der Volksschule und Absolvierung der Schneiderlehre die Gesellenprüfung mit der Note "sehr gut" und im Jahre 1932 die Schneidermeisterprüfung bestanden hat, daß er in der "Deutschen Turnerschaft" Führungsaufgaben mit Erfolg wahrgenommen hat und in einem Erziehungsheim als Erzieher tätig sein konnte, sowie schließlich seine besonders erfolgreiche dienstliche Laufbahn in der SS, in welcher er es ohne höhere Schulbildung und ohne Frontbewährung zum (dem Leutnantdienstgrad entsprechenden) Untersturmführer und 2. Schutzhaftlagerführer in dem Konzentrationslager Sachsenhausen gebracht hat.

Aber auch eine Bewußtseinsstörung hat bei dem Angeklagten Höhn weder zur Zeit der von ihm geleiteten Strangulierung des Häftlings Noack noch zur Zeit der beiden anderen unter seiner Leitung durchgeführten Hinrichtungen vorgelegen.

Daß das Bewußtsein des Angeklagten während der Exekutionen des namentlich nicht sicher festgestellten Häftlings und des Häftlings Oehlerich und dessen Mitdeliquenten nicht gestört war, bedarf keiner weiteren Erörterung; insoweit liegen keinerlei Anhaltspunkte vor, die auf eine Bewußtseinsstörung hinzudeuten geeignet wären. Der Angeklagte hat aber auch, als er die Strangulation des Häftlings Noack leitete, nicht an einer Bewußtseinsstörung gelitten. Zwar kann ihm nicht widerlegt werden, daß er vor der Exekution im Nebenlager Berlin-Lichterfelde in erheblichem Maße alkoholische Getränke zu sich genommen hat. Es steht jedoch fest, daß er hierdurch nicht in einen Zustand der Trunkenheit geraten ist, die seine Fähigkeit, das Unerlaubte seiner Tat einzusehen oder nach dieser Einsicht zu handeln, ausgeschlossen oder auch nur erheblich vermindert hätte, Sämtliche vor dem Schwurgericht vernommenen Zeugen, die der Exekution des Häftlings Noack beigewohnt haben, nämlich die Zeugen Paul Bonnemann, Wilhelm Bonnemann, Fleischbein, Waldhorst und Riwozki, haben übereinstimmend keine Anzeichen dafür wahrgenommen zu haben, bekundet, daß der Angeklagte Hohn, während er die Hinrichtung leitete, betrunken gewesen sei. Die Zeugen Wilhelm Bonnemann und Fleischbein haben sogar das Vorliegen einer Trunkenheit nach dem Erscheinungsbild, das der Angeklagte bei der Exekution des Häftlings Noack abgegeben habe, mit Sicherheit ausgeschlossen. Da der Angeklagte aber vor der Durchführung der Strangulation den versammelten Häftlingen den Hinrichtungsgrund bekanntgegeben und darüber hinaus die Häftlinge in freier Rede unter Androhung einer gleichen

Bestrafung gewarnt hat, aus dem Konzentrationslager zu entweichen, wäre eine beimdem Angeklagten Höhn vorliegende alkoholbedingte Bewußtseinsstörung von den genannten Zeugen - von denen insbesondere der Zeuge Riwozki und der Zeuge Fleischbein eine scharfe und sichere Beobachtungsfähigkeit haben erkennen lassen - oder zumindest von dem einen oder dem anderen von ihnen mit aller Sichrheit^e wahrgenommen worden. Da dies nicht der Fall war, ist das Schwurgericht davon überzeugt, daß die Trunkenheit des Angeklagten, sofern eine solche überhaupt vorgelegen haben sollte, jedenfalls nicht einen seine Zurechnungsfähigkeit im Sinne des § 51 Abs. 1 oder 2 StGB beeinflussenden Grad erreicht hatte.

Der Angeklagte Höhn war daher zur Zeit der hier in Betracht stehenden Häftlingstötungen voll zurechnungsfähig .

Nach all dem hat sich der Angeklagte Höhn dadurch, daß er die Exekutionen des Häftlings Noack, des namentlich nicht sicher festgestellten Häftlings und der beiden Häftlinge, deren einer Oehlerich hieß, als aufsichtsführender Schutzhaftlagerführer geleitet hat - wobei er den namentlich nicht sicher festgestellten Häftling nach einem fehlgeschlagenen Erhängungsversuch mit seiner Dienstpistole erschoss - der Beihilfe zum Mord und der Beihilfe zum Totschlag in zwei Fällen schuldig gemacht (§§ 211, 212, 49, 74 StG.).

c). Hinrichtungen von Häftlingen ohne nachweisbare
Mitwirkung des Angeklagten Höhn.

4. Zu einem nicht näher feststellbaren Zeitpunkt des Jahres 1943 ist auf dem Appellplatz des Schutzhaftlagers Sachsenhausen ein russischer Häftling namens Musial, der aus dem Konzentrationslager entwichen und wieder ergriffen worden war, durch Erhängen hingerichtet worden.

Die Anklage legt dem Angeklagten Höhn zur Last, diese Hinrichtung geleitet zu haben.

Der Angeklagte Höhn läßt sich wie folgt ein: An einen Häftling Musial könne er sich nicht entsinnen; er erinnere sich jedoch, einmal - zu einer genauen Zeitangabe sei er außerstande - die Erhängung eines Häftlings namens Masur und eines weiteren Häftlings, dessen Name ihm nicht mehr bekannt sei, geleitet zu haben. Der Häftling Masur sei aus dem Konzentrationlager entwichen gewesen und habe bei seiner Flucht eine Pistole 08 gestohlen; er sei bis Berlin in das Ausländerlager gelangt, hier aber wieder ergriffen worden. Er und ein anderer Häftling, vermutlich russischer Nationalität, von dem er nicht wisse, was ihm zur Last gelegt worden sei, seien zu gleicher Zeit unter seiner, des Angeklagten, Leitung vor versammelter Lagerbelegschaft auf dem Appellplatz vor dem Lagertor gehängt worden. Den Hinrichtungen hätten Exekutionsbefehle des Reichssicherheitshauptamtes zu Grunde gelegen. Er halte es für möglich, daß diese Exekution mit derjenigen,

die ihm von der Anklage zur Last gelegt werde, identisch sei.

Der zu diesem Anklagepunkt vernommene (einzige) Zeuge Schöler, dessen Glaubwürdigkeit und Zuverlässigkeit bereits oben unter C I erörtert und bejaht worden ist, hat ausgesagt, der Häftling Musial, der der Strafkompagnie angehört habe, sei allein gehängt worden. Er sei auf das Brett des Galgens gestiegen, habe das Kreuzzeichen geschlagen und sei dann in die Schlinge gefallen. Ob der Angeklagte Höhn an der Hinrichtung beteiligt gewesen sei, könne der Zeuge nicht mit Sicherheit sagen; die Exekution sei von dem 1. Schutzhaftlagerführer Kolb geleitet worden.

Hiernach kann nicht mit Sicherheit festgestellt werden, daß der Angeklagte Höhn die Exekution des Häftlings geleitet hat. Die von dem Angeklagten Höhn selbst angegebene Hinrichtung zweier Häftlinge ist ersichtlich nicht mit der von dem Zeugen Schöler bekundeten Erhängung identisch; es sei kein Anhalt ersichtlich, der geeignet wäre, Zweifel an der Angabe des Zeugen zu begründen, der Häftling Musial sei allein, also nicht zugleich mit einem anderen Häftling hingerichtet worden. Betrifft aber die von dem Angeklagten Höhn eingestandene Exekution zweier Häftlinge nicht den in der Anklage bezeichneten Fall, dann ist sie nicht Gegenstand der Anklage und des dieser entsprechenden Eröffnungsbeschlusses; eine Verurteilung des Angeklagten Höhn kann daher insoweit nicht erfolgen. Da der Angeklagte bestreitet, an der von dem Zeugen Schöler bekundeten,

den Fall der Anklage betreffenden Hinrichtung eines einzelnen Häftlings namens Musial mitgewirkt zu haben, und der Zeuge Schöler nicht mit Sicherheit hat angeben können, ob der Angeklagte Höhn sich an dieser Hinrichtung beteiligt hat, weitere Beweismittel aber nicht vorhanden sind, war der Angeklagte Höhn von diesem Punkte der Anklage mangels Beweises freizusprechen.

5. Zu einer nicht mehr festbaren Zeit zwischen 1942 und 1944 sind in dem Konzentrationslager Sachsenhausen zwei Häftlinge vermutlich polnischer Nationalität, die von ihrer Arbeitsstelle in der zu dem Lager Sachsenhausen gehörigen Tongrube geflüchtet und wieder ergriffen worden waren, durch Erhängung hingerichtet worden.

Die Anklage beschuldigt den Angeklagten Höhn, diese Hinrichtung geleitet zu haben.

Der Angeklagte Höhn bestreitet, an der Exekution mitgewirkt zu haben. Er läßt sich dahin ein, er habe erst lange Zeit nach der Durchführung der Exekution von ihr gesprochenweise gehört; die Hinrichtung sei nach seiner Erinnerung etwa zu Ostern 1942, jedenfalls aber zu einer Zeit erfolgt, zu welcher er noch nicht als 2. Schutzhaftlagerführer im Konzentrationslager Sachsenhausen tätig gewesen sei; er selbst habe mit der Hinrichtung nichts zu tun.

Der einzige Zeuge, der zu diesem Vorgang hat Bekundungen machen können, der Zeuge Schöler, hat ausgesagt, er habe die vor versammelter Lagermannschaft durchgeführte Exekution der aus den Tongruben geflüchteten, vermutlich pp

polnischen Häftlinge miterlebt. Er wisse jedoch nicht mehr, ob der Angeklagte Höhn die Hinrichtung geleitet habe oder auch nur bei ihr zugegen gewesen sei.

Hiernach kann nicht festgestellt werden, daß der Angeklagte Höhn an der Hinrichtung der beiden genannten Häftlinge mitgewirkt hat; auch von diesem Anklagepunkt war er daher mangels Beweises freizusprechen.

6. Am 26. Juni 1944 fand auf dem Appellplatz des Schutzhaftlagers Sachsenhausen die Hinrichtung eines ukrainischen Häftlings namens Wassilenko statt. Der Häftling hatte, um sich das Gehen auf den Holzsohlen seiner Schuhe im Schnee zu erleichtern, aus einer alten Offizierssatteltasche Lederstreifen ausgeschnitten und diese unter die Sohlen seiner Holzpantinen genagelt. Das Reichssicherheitshauptamt hatte deshalb angeordnet, ihn wegen Sabotage vor versammelter Lagerbelegschaft hinzurichten. Wassilenko wurde an dem genannten Tage vor den auf dem Appellplatz des Schutzhaftlagers angetretenen Häftlingen des Lagers Sachsenhausen zunächst auf einem unter dem Galgen aufgestellten Bock von mehreren SS-Leuten, die sich hierbei abwechselten, mit einem Ochsenziemer ausgepeitscht - insgesamt waren bei der Exekution etwa 10 bis 15 SS-Leute zugegen -, sodann halb bewußtlos zum Galgen gebracht, an dem die von dem Häftling zerschnittene Satteltasche angenagelt war gehängt.

Die Anklage macht dem Angeklagten Höhn zum Vorwurf, auch diese Hinrichtung geleitet zu haben.

Der Angeklagte Höhn bestreitet, an der Hinrichtung des Häftlings Wassilenko mitgewirkt zu haben; er gibt an, er erst im Laufe des gegen ihn gerichteten Strafverfahrens vor dem sowjetischen Militärtribunal in Berlin-Pankow von dieser Exekution erfahren. Er habe also weder an ihr mitgewirkt, noch während der Zeit seiner dienstlichen Tätigkeit im Konzentrationslager Sachsenhausen von ihr Kenntnis erlangt.

Die vor dem Schwurgericht vernommenen Zeugen Lankisch von Hoernitz - auf dessen glaubhafter und eingehender Schilderung der Exekution die oben getroffenen Feststellungen im wesentlichen beruhen -, Dr. Richter - der der Hinrichtung beigewohnt und ihr Datum mit dem 26. Juni 1944 nach der Überzeugung des Schwurgerichts zuverlässig angegeben hat, da der genannte Tag der Geburtstag des Sohnes des Zeugen war -, Rüb, Schöler, Engemann, Wieber, Lübke, Scheil und Waldhorst, die sämtlich die Hinrichtung miterlebt haben, haben nach ihren Bekundungen die Durchführung der Exekution klar und deutlich im Gedächtnis behalten. Keiner von ihnen hat indessen sicher angeben können, ob der Angeklagte Höhn sich an der Exekution beteiligt hat; die Zeugen Schöler und Scheil haben lediglich mit Bestimmtheit ausgesagt, die Hinrichtung sei von dem 1. Schutzhaftlagerführer Kolb geleitet worden. Der Zeuge Dr. Adametz, der gleichfalls mit der versammelten Lagerbelegschaft der Hinrichtung des Häftlings Wassilenko beigewohnt hat, hat bekundet, er könne sich zu erinnern, daß der Angeklagte Höhn bei der Exekution

zugegen gewesen sei. Der Zeuge Kolb schließlich hat ausgesagt, der Angeklagte Höhn habe die Erhängung geleitet; er, der Zeuge, habe sich an der Tötung nicht aktiv beteiligt, er sei lediglich, als der Häftling bereits am Galgen gehangen habe, zu der Hinrichtung hinzugekommen und habe sich von Höhn Meldung machen lassen. Diese beiden Aussagen sind jedoch nicht geeignet, dem Schwurgericht die zu einer Verurteilung des Angeklagten Höhn erforderliche Überzeugung davon zu vermitteln, daß der Angeklagte sich an der Hinrichtung des Häftlings Wassilenko maßgeblich beteiligt oder sogar geleitet habe. Was die Aussage des Zeugen Dr. Adametz anlangt, so hegt das Schwurgericht zwar keine Zweifel daran, daß dieser Zeuge seine damaligen Beobachtungen aus seiner jetzigen Erinnerung nach bestem Wissen und Gewissen geschildert hat; es vermag jedoch die Möglichkeit nicht auszuschließen, daß der Zeuge einem Beobachtungsirrtum oder einer Erinnerungstrübung zum Opfer gefallen ist. Ohne Zweifel stand und steht für den Zeugen der besonders grausame, unmenschliche und daher ungewöhnlich einprägsame Vorgang der Durchführung der Hinrichtung im Vordergrund seines damaligen Wahrnehmungs- und jetzigen Erinnerungsbildes; die Frage, ob der Angeklagte Höhn sich unter den 10 bis 15 der Exekution beiwohnenden SS-Angehörigen befunden hat - daß er die Hinrichtung geleitet, also bei ihr eine besonders bemerkenswerte Funktion ausgeübt hätte, hat der Zeuge nach seiner Bekundung selbst nicht mehr in Erinnerung -, war demgegenüber auch für diesen Zeugen von nur

untergeordneter Bedeutung. Wenn sich aber die Beobachtung und die Erinnerung des Zeugen auf den ihn seelisch besonders erschütternden Vorgang der Hinrichtung als solcher konzentriert hat, dann liegt die Möglichkeit nahe, daß er dem Randgeschehen, insbesondere dem Umstand, welche SS-Führer und Unterführer der Hinrichtung, ohne durch eine besondere Tätigkeit oder ein auffälliges Verhalten hervorzutreten, beigewohnt haben, nicht die gleiche, eine zuverlässige Feststellung gestattende Aufmerksamkeit geschenkt hat, oder daß es wegen seiner Verhältnismäßig geringen Bedeutung nicht mit völliger Zuverlässigkeit in seinem Gedächtnis haften geblieben ist. Die Bekundung des Zeugen Dr. Adametz gestattet daher nicht die jeden vernünftigen Zweifel ausschließende Feststellung, daß der Angeklagte Höhn bei der Hinrichtung des Häftlings Wassilenko zugegen gewesen sei. Die Bekundung des Zeugen Kolb schließlich begegnet nicht nur nach ihrem objektiven, sondern auch nach ihrem subjektiven Wahrheitsgehalt erheblichen Bedenken. Der Zeuge, der zur Zeit der Tätigkeit des Angeklagten Höhn im Konzentrationslager Sachsenhausen selbst mit dem Dienstgrad eines SS-Obersturmführers, gegen Ende des Krieges sogar eines SS-Hauptsturmführers dort als 1. Schutzhaftlagerführer eingesetzt und in dieser Dienststellung unmittelbarer Vorgesetzter des Angeklagten Höhn war, ist durch das Urteil des Schwurgerichts in Nürnberg-Fürth vom 13. Oktober 1954 - 566 Ks 3/54 - unter anderem wegen Beihilfe zum Mord, begangen an dem ukrainischen Häftling Wassilenko, zu einer Gesamtstrafe von 4 Jahren,

3 Monaten Zuchthaus verurteilt worden; seine Revision hat der Bundesgerichtshof durch das schon mehrfach erwähnte Urteil vom 24. Juni 1955 - 1 StR 55/55 - verworfen. Der Zeuge beabsichtigt nach seiner Bekundung, wegen dieser seiner Verurteilung ein Wiederaufnahmeverfahren einzuleiten und in diesem seine Freisprechung von dem Vorwurf der Mitwirkung an der Tötung des Häftlings Wassilenko herbeizuführen. Hieraus erhellt, daß der Zeuge in besonderem, sein Interesse an der Vermeidung einer ihm möglicherweise wegen un-
evidlicher Falschaussage vor Gericht drohenden verhältnismäßig geringfügigen Strafe erheblich übersteigenden Maße daran interessiert ist, den auf ihm lastenden Schuldvorwurf auf den anderen als Exekutionsleiter in Betracht kommenden Schutzhaftlagerführer, nämlich den Angeklagten Höhn, abzuwälzen und sich selbst insoweit von einer Schuldfeststellung zu befreien. Unter Berücksichtigung dieses Interesses, das demjenigen des Angeklagten Höhn, einer Verurteilung wegen der Tötung des Häftlings Wassilenko zu entgehen, im wesentlichen gleichsteht, vermochte das Schwurgericht der Aussage des Zeugen Kolb gegenüber der Angabe des Angeklagten Höhn nicht dergestalt den Vorzug geben, daß es auf Grund ihrer die Überzeugung hätte erlangen können, daß der Angeklagte Höhn die Hinrichtung des ukrainischen Häftlings Wassilenko geleitet hätte. Denn während der Angeklagte Höhnsowohl in dem Verfahren der Voruntersuchung als auch in der Hauptverhandlung vor dem Schwurgericht ein umfassendes, auch solche Straftaten offenbarendes Geständnis abgelegt hat, für deren Feststellung Zeugen oder

andere Beweismittel, wie dem Angeklagten bekannt war, nicht zur Verfügung standen (vgl. unten C IV 1, 4), und er in keinem von ihm nicht selbst eingestandenen Fall der Anklage einer strafbaren Handlung hat überführt werden können, hat der Zeuge Kolb in keinem Fall eine eigene Mitwirkung an den im Konzentrationslager Sachsenhausen während der Zeit seiner Tätigkeit als 1. Schutzhaftlagerführer verübten Häftlingstötungen oder -mißhandlungen zugegeben und sich ersichtlich bemüht, den in seinen Wissen gestellten Sachverhalt offenbar der Wahrheit zuwider so darzustellen, daß er sich selbst keinem strafrechtlichen Vorwurf aussetzte. Unter diesen Umständen liegt es nahe, soweit es die Exekution des Häftlings Wassilenko anlangt, sich die Darstellung des Zeugen Kolb, sondern derjenigen des Angeklagten Höhn zu folgen, umso mehr, als, wie ausgeführt ist, keiner der zahlreichen anderen vernommenen Zeugen, die den Hinrichtungsvorgang als Häftlinge miterlebt haben und zweifellos keinen Anlaß hatten, den Angeklagten Höhn der Wahrheit zuwider zum Nachteil des Zeugen Kolb zu entlasten, eine aktive Mitwirkung des Angeklagten Höhn an der Exekution beobachtet hat, zwei von ihnen aber mit Bestimmtheit darauf bestehen, daß der Zeuge Kolb die Hinrichtung geleitet habe.

Unter diesen Umständen hat das Schwurgericht nicht die zu einer Verurteilung des Angeklagten Höhn erforderlichen Überzeugung davon zu gewinnen vermocht, daß der Angeklagte Höhn an der Exekution des Häftlings Wassilenko mitgewirkt habe; der Angeklagte Höhn war daher auch von diesem Anklage-

Punkt mangels Beweises freizusprechen.

7. Zu einem nicht mehr feststellbaren Zeitpunkt wurden zwei in der Panzerfaustwerkstätte tätig gewesene holländische Häftlinge, die der Sabotage beschuldigt worden waren, auf Anordnung des Reichssicherheitshauptamtes im Konzentrationslager Sachsenhausen durch Erhängen hingerichtet. Die Anklage beschuldigt den Angeklagten Höhn, an dieser Hinrichtung als Exekutionsleiter mitgewirkt zu haben.

Der Angeklagte Höhn bestreitet, sich im Sinne der Anklage schuldig gemacht zu haben. Er gibt an, er habe geraume Zeit nach Durchführung der Hinrichtungen von Dritten erfahren, den beiden in der dem SS-Hauptsturmführer Gerlach unterstehenden Waffenversuchswerkstatt im "Waldkommando" tätig gewesenen Häftlingen seine Sabotagehandlungen vorgeworfen worden; der Kommandoführer habe Meldung an den Lagerkommandanten Kaendl erstattet, worauf dieser habe die Angelegenheit der politischen Abteilung der Lagerkommandantur zur Durchführung der Untersuchung übertragen, die politische Abteilung habe die Häftlinge vernommen und den Exekutionsbefehl entworfen, der später, wie er, der Angeklagte, vermute, vom Reichssicherheitshauptamt, erlassen worden sei. Beide Häftlinge seien, wie der Angeklagte später erfahren habe, an ihrer Arbeitsstelle beim Waldkommando am Bahnhof Sachsenhausen unter der Leitung des Obersturmführers Förner gehängt worden, Er, der Angeklagte, habe mit der Exekution nicht zu tun gehabt.

Die Zeugen Schöler und Willem Zwart haben nach ihren Bekundungen nicht mit Sicherheit beobachtet, daß der Angeklagte an den Hinrichtungen mitgewirkt habe. Bei diesem Beweisergebnis mußte der Angeklagte auch von diesem Punkt der Anklage mangels Beweises freigesprochen werden.

III. Erschießung von 27 Häftlingen am 11. Oktober 1944.

a). Tatsächliche Feststellungen.

Im Industriehof des Konzentrationslager Sachsenhausen war ein Häftlingskommando, das sich vorwiegend aus "Berufsverbrechern" zusammensetzte, ständig damit beschäftigt waren, die Kleider und Schuhe verstorbener oder getöteter Häftlinge, insbesondere diejenigen der in den Konzentrationslagern Auschwitz und Mauthausen zu Tode gekommenen jüdischen Häftlinge, nach eingenähten oder sonstwie verborgenen Wertsachen, insbesondere Edelmetallen, Juwelen und Wertpapieren zu durchsuchen und die hierbei aufgefundenen Wertsachen unter der Aufsicht der SS-Bewachungsmannschaften zu sammeln und an die Lagerkommandantur abzuliefern. Einige der in diesem "Lederkommando" beschäftigten Häftlinge hatten einen beträchtlichen Teil der von ihnen aufgefundenen Wertgegenstände verheimlicht, der Ablieferung entzogen und sie, vorwiegend gegen Lebensmittel, an Angehörige des SS-Bewachungskommandos verschoben, die diese Gegenstände ihrerseits außerhalb des Konzentrationslagers mit Gewinn an

in diesem Verfahren unbekannt gebliebene Abnehmer absetzten. Diese Vorgänge waren auf nicht näher ermittelte Weise dem Reichskriminalhauptamt zur Kenntnis gelangt, welches daraufhin eine mit besonderen, ihr gegenüber der Lagerleitung volle Handlungsfreiheit gewährleistenden Vollmachten ausgestattete, von dem Kriminalkommissar Cornely geführte Kommission zur Untersuchung und Aufklärung der von den SS-Angehörigen begangenen Unterschlagungen und Schiebungen in das Konzentrationslager Sachsenhausen entsandte.

Während noch diese Kommission im Konzentrationslager Sachsenhausen tätig war, überraschte der Leiter der Abteilung "Verwaltung" der Lagerkommandantur, SS-Sturmbannführer Lauer, als er die Häftlings- und Werkstattbaracken nach Unterbringungsmöglichkeiten für weitere Häftlinge überprüfte, den politischen Häftling Bückner, der als Maurer-Vorarbeiter im Lager Verwendung fand, in einem Nebenraum der Schreinerwerkstatt beim Betriebe eines von ihm selbst aus illegal beschafften Materialien heimlich hergestellten Radioapparates. Bückner und der Häftling Rehder, dem als Vorarbeiter der Zimmerleute die Schreinerwerkstatt unterstand, wurden ~~in~~ das im Turm A befindliche Dienstzimmer des Schutzhaftlagerführers geführt, dort von dem 1. Schutzhaftlagerführer Kolb und dem Angeklagten Höhn in Gegenwart des Adjutanten Wessel und des Angeklagten Böhm einer ersten Vernehmung unterzogen und sodann im Zellenbau inhaftiert. Kolb meldete den Vorfall dem Lagerkommandanten Kaindl, der Meldung an das Reichskriminalhauptamt erstattete.

Dieses bildete eine zunächst von dem Gestapo-Beamten Ortmann, später von dem gleichfalls der Geheimen Staatspolizei angehörenden SS-Hauptsturmführer Brandt geleitete Untersuchungskommission, die in der Folgezeit ihre Ermittlungstätigkeit auf Grund der ihr verliehenen Sondervollmachten ohne Einschaltung der Lagerleitung durchführte. Auf Veranlassung der Gestapo-Kommission, deren Anordnungen auch die Lagerführung Folge zu leisten hatte, wurden im Laufe der folgenden Monate insgesamt etwa 250 Häftlinge aus dem Schutzhaftlager festgenommen, vor der Kommission vernommen und, soweit sie nicht nach der Vernehmung der Schutzhaftlagerführung wieder zur Verfügung gestellt wurden, in dem als Isolierbaracke eingerichteten und vom übrigen Lagerbereich getrennten Block 58 festgesetzt.

Einige Wochen, nachdem die Gestapo-Kommission ihre Untersuchungen im Schutzhaftlager beendet und das Konzentrationslager verlassen hatte, erteilte das Reichssicherheitshauptamt dem Lagerkommandanten Kaindl den Befehl, 27 namentlich aufgeführte Häftlinge vor versammelter Lagerbelegschaft zu erhängen und weitere etwa 200 Häftlinge in ein Konzentrationslager der Stufe III (sogenanntes Vernichtungslager) zu überstellen. Der Lagerkommandant^{Kaindl}/befahl den 1. Schutzhaftlagerführer Kolb und den Angeklagten Höhn zu sich und machte beide mit dem Befehl des Reichssicherheitshauptamtes bekannt. Kolb und Höhn erhoben ihm gegenüber gegen die angeordnete öffentliche Erhängung der 27 Häftlinge Bedenken, da sie befürchteten, daß eine solche vor den

Augen der übrigen Häftlinge durchgeführte Massenexekution Unruhe unter den Häftlingen des Lagers und damit Gefahren für die Aufrechterhaltung der Lagerdisziplin schaffen würde. Kaindl teilte diese Bedenken zunächst nicht, schloß sich ihnen aber später, als er Kolb und Höhn bereits entlassen hatte, an und erwirkte von dem Reichssicherheitshauptamt eine Abänderung des Exekutionsbefehls dahin, daß die Häftlinge unter Ausschluß der Lageröffentlichkeit zu erschießen seien.

Am folgenden Abend, nämlich am 11. Oktober 1944, begaben sich der Adjutant Wessel, der Angeklagte Höhn und ein Angehöriger der Geheimen Staatspolizei zu dem Block 58, in dem die von der Sonderkommission Brandt festgenommenen Häftlinge inhaftiert waren, Einer der drei Genannten verlas vor den Häftlingen die Namen der in dem Befehl des Reichssicherheitshauptamtes zur Tötung und zur Verlegung bestimmten Häftlinge, Höhn ordnete an, daß die Aufgerufenen aus der Reihe der übrigen Häftlinge heraustraten und sich gesondert aufstellten, und diesen wurde eröffnet, daß sie auf Befehl des Reichssicherheitshauptamtes in ein anderes Lager verlegt werden sollten; die ersten 27 der verlesenen Häftlinge - nämlich diejenigen, deren Erhängung das Reichssicherheitshauptamt angeordnet hatte - wurden noch am gleichen Tage abtransportiert, die anderen Häftlinge gingen zu einem späteren Transport. Den 27 erstgenannten Häftlingen wurde befohlen, sich nach dem abendlichen Zählappell mit Gepäck am Lagertor bereitzuhalten.

Nach Beendigung des Lagerappells, der bis zum Einbruch der Dunkelheit gedauert hatte, wurden die 27 auf Anordnung des Reichssicherheitshauptamtes heimlich zu exekutierenden Häftlingen von Blockführern, die der Angeklagte Böhm auf Anweisung des Angeklagten Höhn hierzu eingeteilt hatte, mit ihrem Marschgepäck zum Lagertor gebracht, wo sie unter der Aufsicht des Angeklagten Höhn namentlich verlesen und mit Handschellen, die, nachdem sich die von dem Angeklagten Böhm zu diesem Zweck beigebrachten Handfesseln als unzulänglich erwiesen, hatten, von einem anderen Angehörigen der Schutzhaftlagerleitung herbeigeschafft worden waren, zu zweit aneinander gefesselt. Die so gefesselten Häftlinge, die, auf die Richtigkeit der ihnen gemachten Angaben vertrauend, auch zu jenem Zeitpunkt noch der Auffassung waren, sie würden in ein anderes Konzentrationslager versetzt, ließen sich, ohne zu widerstreben oder gar Widerstand zu leisten, auf einen vorgefahrenen Lastkraftwagen verladen. Der Lastkraftwagen verließ mit den Häftlingen den Schutzhaftlagerbereich durch das Lagertor, fuhr, um den Zweck des Transportes vor der übrigen Lagerbelegschaft weiterhin zu verheimlichen, ein Stück die Lagerzufahrtsstraße entlang und bog dann in die Einfahrt zum Industriebereich ein, Hier wurden die Häftlinge vor dem im Jahre 1942 an der Stelle der früheren Erschießungsbaracke, in welcher die russischen Kriegsgefangenen getötet worden waren, errichteten, unten unter C IV noch näher zu beschreibenden Krematoriumsgebäude ausgeladen und im Innern des Gebäudes erschossen.

Währenddessen hatte sich der Angeklagte Höhn vom Lagertor, wo er das Verladen der Häftlinge überwacht hatte, zu Fuß durch das Schutzhaftlager zum Krematorium begeben. Als er dort eintraf, war die Erschießung der Häftlinge bereits beendet; ihre Leichen waren zur Verbrennung durch ein eigens für diese Aktion gebildetes, nur aus SS-Leuten bestehendes Verbrennungskommando im Leichenraum aufgestapelt. Als der Angeklagte Höhn hier eintraf, bemerkte der Lagerkommandant Kaindl, der mit seinem Adjutanten Wessel, dem 1. Schutzhaftlagerführer Kolb und anderen Angehörigen der Schutzhaftlagerleitung der Erschießung beigewohnt hatte, daß einer der exekutierten und im Leichenraum abgelegten Häftlinge nicht tödlich getroffen war und noch lebte. Er erteilte, hierüber aufgebracht, dem Angeklagten Höhn den Befehl, den Häftling mit seiner Pistole zu erschießen. Der Angeklagte Höhn befolgte den Befehl und tötete den Häftling durch einen Kopfschuß.

Bei dieser Erschießungsaktion fanden unter anderem die folgenden Häftlinge den Tod: Rudolf Hennig, (Ehemann der Nebenklägerin Wwe. Maria Hennig und Vater des Nebenklägers Kurt Hennig), Heinz Bartsch (Ehemann der Nebenklägerin Wwe. Elisabeth Bartsch), Otto Kröbel (Ehemann der Nebenklägerin Wwe. Martha Kröbel) und Siegmund Sredzki (Ehemann der Nebenklägerin Wwe. Margarethe Sredzki).

Diese Feststellungen beruhen auf den Einlassungen der Angeklagten Höhn und Böhm, auf den Bekundungen der eidlich gehörten Zeugen Rehder, Schöler, Engemann, Görlitz, Lankisch

von dem Kommandanten Kaindl vorgelegte Blattsammlung habe hinsichtlich der namentlich genannten 27 Häftlinge als Aktenabschluß die Anordnung des Reichssicherheitshauptamtes enthalten, die Häftlinge öffentlich zu hängen. Der Akte sei als Anlage eine Liste von 200 Häftlingsnamen beigegeben gewesen mit dem Befehl, die in dieser Liste bezeichneten Häftlinge in ein Lager der Stufe III zu überstellen; die letztgenannten Häftlinge seien später, wie er sich erinnere, in das Konzentrationslager Mauthausen überführt worden.

Während der Lagerkommandant Kaindl sich gewillt gezeigt habe, die angeordnete Erhängung der 27 Häftlinge vor versammelter Lagerbelegschaft durchführen zu lassen, hätten Kolb und er, der Angeklagte, diesem Vorhaben widersprochen, weil sie befürchtet hätten, daß eine derartige öffentliche Massenexekution erhebliche Unruhe unter den Häftlingen des Lagers schaffen werde. Kaindl sei über diese Einwendung ungehalten gewesen, er habe Kolb und ihn, den Angeklagten, der Gefehlsverwäigerung und Meuterei bezichtigt und sie wutend entlassen.

Am Abend nach dieser Besprechung sei der Adjutant Wessel bei ihm, dem Angeklagten, erschienen und habe ihn aufgefordert, ihn zum Block 58 zu begleiten. Er, der Angeklagte sei dieser Aufforderung gefolgt. Im Block 58 habe Wessel vor den dort noch in der Isilierhaft gehaltenen Häftlingen die in der ihm von dem Kommandanten übergebenen Blattsammlung aufgeführten Häftlingsnamen verlesen und erklärt, sämtliche

Nachdem er das Verlesen der Namen und das Aufladen der 27 Häftlinge am Lagertor überwacht habe, zu Fuß zum Krematorium gegangen. Dort habe er den Lagerführer Kaindl, seinen Adjutanten Wessel, den 1. Schutzhaftlagerführer Kolb und andere Angehörige der Schutzhaftlagerleitung getroffen. Die Erschießung der Häftlinge selbst sei bei seinem Eintreffen bereits beendet gewesen, und die Leichen der Erschossenen hätten vor den Öfen des Krematoriums gelegen. Unmittelbar nach seinem, des Angeklagten, Eintreffen habe der Lagerkommandant Kaindl festgestellt, daß einer der Exekutierten nicht tödlich getroffen gewesen sei und noch gelebt habe; er habe ihm, dem Angeklagten, befohlen, ihn zu erschießen. Er habe den Befehl befolgt und dem Häftling aus seiner Dienstpistole den Gnadenschuß gegeben.

Später seien die Leichen der Erschossenen im Krematorium durch SS-Angehörige, also nicht durch das Häftlings-Krematoriumskommando, verbrannt worden.

Auch der Angeklagte Böhm stellt nicht in Abrede, an der Erschießung der 27 Häftlinge mitgewirkt zu haben. Im einzelnen gibt er an : Er sei am 11. Oktober 1944 im Schutzhaftlager als Rapportführer vom Dienst eingeteilt gewesen und habe die ihm in dieser Eigenschaft zufallenden Verrichtungen - zu welcher auch die Einteilung der Blockführer gehörte - ausgeführt. Während die 27 durch das Ergebnis der Untersuchung der Sonderkommission Brandt belasteten Häftlinge zum Lagertor gebracht worden seien, habe er, entsprechend

einem ihm erteilten Befehl, Handschellen beschafft, mit -
welchen die Häftlinge hätten gefesselt werden sollen.
Diese Handfesseln, bei denen es sich um "mittelalterliche
Werkzeuge" gehandelt habe, hätten aber dann keine Verwen-
dung gefunden, sondern die Häftlinge seien mit anderen
Handschellen, die ein anderer besorgt habe, aneinander
gefesselt, ~~wauf~~ auf einen vorgefahrenen Lastkraftwagen verladen
und abtransportiert worden. Ihm, dem Angeklagten Böhm,
sei bekannt gewesen, daß der Lastkraftwagen, der mit den
Häftlingen zunächst das Lagertor verlassen habe, auf Um-
wegen in den Industriebhof gefahren sei, wo die Häftlinge
in der im Krematoriumsgebäude eingerichteten Genickschuß-
anlage erschossen worden seien. An der Erschießung selbst
habe er nicht mitgewirkt. Er sei aber geraume Zeit, nachdem
der Lastkraftwagen das Lager durch das Lagertor verlassen
habe, ohne hierzu befohlen worden zu sein, aus reiner Neu-
gier zum Krematorium gegangen, um sich das, was dort,
wie er gewußt habe, geschehen sei, anzusehen. Als er an
dem Krematoriumsgebäude angekommen sei, sei die Erschießung
bereits beendet gewesen; er habe nur noch die Toten vor den
Verbrennungsöfen liegen sehen und festgestellt, daß sich
eine Anzahl von Führern der Lagerleitung, insbesondere auch
der Kommandant Kaindl, in der Nähe der Leichen aufhielten.
Da er dienstlich bei dem Krematorium nichts zu tun gehabt
habe, habe er sich, um dem Kommandanten nicht aufzufallen,
schnell aus dem Staube gemacht.

Diese Geständnisse werden bestätigt in den Einzelheiten,
die die ~~angegebene~~ festgestellte Vorgeschichte der Tö-

tung der Häftlinge betreffen, ergänzt durch die Bekundungen der zu diesem Anklagepunkt vernommenen, weiter oben namentlich aufgeführten Zeugen, Zwar hat der Zeuge Seipel, der im Januar 1940 wegen des Verdachts der Vorbereitung zum Hochverrat von der Gestapo in das Konzentrationslager Sachsenhausen eingeliefert worden und in der Zeit von April/Mai 1944 bis zum 31. Januar 1945 in Nebenlager Lieberose als Blockältester eingesetzt war, über die obigen Feststellungen hinaus folgendes bekundet : Der Angeklagte Höhn habe nicht nur bei der Erschießung der Häftlinge selbst mitgewirkt, sondern der Einsatz der Kommission Brandt^s, der die Tötung der 27 Häftlinge zur Folge hatte, sei auf seine Initiative^{hin}/geschehen. Höhn sei einer der gefährlichsten Lagerführer gewesen, da er raffiniert gewesen sei und die "Endlösung", nämlich die Liquidation~~g~~ aller Häftlinge, ständig im Auge gehabt und betrieben habe. Er habe auch die Untersuchungen der Kommission Cornely, aus deren Ergebnis er Nachteile für sich selbst gefürchtet habe, getragen von dem Willen, die Aufmerksamkeit der Untersuchungsführenden von der SS-Lagerführung weg auf die Häftlinge zu lenken, zum Anlaß genommen, die Entsendung der nach ihrem Tätigkeitsauftrag gegen die Häftlinge gerichteten Kommission Brandt (die dann mit der Kommission Cornely Hand in Hand gegen die Häftlinge gearbeitet habe) zu provozieren, und damit einen das Ziel der von ihm angestrebten "Endlösung" zu fördern bestimmten "tödlichen politischen Apparat" gegen die Häftlinge geschaffen.

Gegen die Richtigkeit dieser Bekundung bestehen schon deswegen erhebliche Bedenken, weil der Zeuge, mit seiner von Emphase, übersteigertem Pathos und offensichtlich gesuchtem theatralischen Effekt getragenen Aussage hat erkennen lassen, daß er nicht imstande ist, konkrete eigene Wahrnehmungen von bloßen Vermutungen, Schlußfolgerungen und - möglicherweise unbewußten - Rekonstruktionen zuverlässig zu scheiden. Es mag sein, daß der Zeuge in seiner nach dem von ihm im Konzentrationslager Erlebten sicherlich menschlich verständlichen tiefen Abneigung gegen alle Angehörigen des SS-Bewachungspersonals beim Auftreten der Gestapo-Kommission Brandt, deren Untersuchungstätigkeit sichtbar gegen die Häftlinge des Lagers gerichtet war, die Auffassung gewonnen hat, die Kommission sei von der ihm sicherlich mit Recht verhaßten Lagerführung in das Schutzhaftlager gerufen worden, um den Häftlingen weitere Nachteile zuzufügen. Irgendwelche sachlichen Anhaltspunkte, die geeignet wären, die Richtigkeit dieser seiner Ansicht zu bestätigen, hat der Zeuge indessen nicht angeben können, so daß seine Behauptungen schon deswegen für eine urteilsmäßige Tatbestandsfeststellung nicht verwertbar sind. Seine Bekundung wird aber darüber hinaus durch die Aussagen der Zeugen Cornely, Rehder, Lübke, Erdmann, Wessel, Kolb, Vögtle, Schumacher und Engemann zur vollen Überzeugung des Schwurgerichts widerlegt.

Der Zeuge Cornely, der, wegen Krankheit am Erscheinen vor dem Schwurgericht verhindert, von dem beauftragten Richter des Gerichts uneidlich vernommen worden ist,

hat bekundet, er sei als Kriminalkommissar im Herbst 1943 zum Reichskriminalpolizeiamt in Berlin abgestellt, dem Dezernat "Reichszentrale zur Bekämpfung von Korruptions- und Kapitalverbrechen" zugewiesen und von diesem damit der Durchführung der Untersuchungen im Konzentrationslager Sachsenhausen beauftragt worden. Bei dieser seiner ausschließlich gegen SS-Angehörige der Bewachungsmannschaften des Konzentrationslagers gerichteten Ermittlungstätigkeit habe er die volle Unterstützung des 1. Schutzhaftlagerführers Kolb und des Angeklagten Höhn gefunden, beide hätten auch für die von ihm gemachte Bedingung, daß die von seiner Kommission vernommenen Häftlinge straffrei ausgehen sollten, Verständnis gezeigt, sich an sie gehalten und ihn, den Zeugen, sogar gegen den Lagerkommandanten Kaindl unterstützt, wenn dieser unter Mißachtung seiner Befugnisse gegen Häftlinge, die ihm, dem Zeugen, zur Vernehmung überstellt gewesen seien, habe vorgehen wollen oder vorgegangen sei. Auch im übrigen habe Höhn den Häftlingen gegenüber in Bezug auf die Korruptionsfälle eine loyale Haltung eingenommen : So wisse er, der Zeuge, daß Höhn bei kleineren Korruptionsfällen die Häftlinge öfter habe straffrei ausgehen lassen, indem er von einem Bericht an den Lagerkommandanten abgesehen habe, Als dann die Gestapo-Kommission - die mit der von ihm, dem Zeugen, geleiteten Kommission nichts zu tun gehabt habe - ihre Arbeit in dem Konzentrationslager Sachsenhausen aufgenommen habe, hätten sowohl Kolb als auch Höhn ihr gegenüber eine deutlich ablehnende Haltung gezeigt.

Diese Aussage ist glaubhaft. Der Angeklagte Höhn hat mehrfach vor dem Schwurgericht hervorgehoben, daß er die Tätigkeit der Kommission Cornely - die sich ausschließlich gegen SS-Angehörige richtete und in deren Folge, wie auf Grund der Bekundungen der Zeugen Kolb, Vögtle und Schumacher (auch die beiden letztgenannten waren SS-Leute und gehörten als Schreiber dem Kommandanturstab des Lagers Sachsenhausen an) feststeht, drei SS-Angehörige vor versammelter Bewachungsmannschaft durch Erschießen hingerichtet wurden - unterstützt, der Kommission Brandt gegenüber aber eine ablehnende Haltung eingenommen habe. Diese Einlassung wird bestätigt, durch die Aussage des Zeugen Engemann, der auf Grund seiner mehr als 1 Jahr andauernden Tätigkeit als 1. Häftlingsschreiber über die Vorgänge im Schutzhaftlager und deren innere Zusammenhänge und Hintergründe von allen als Zeugen vor dem Schwurgericht vernommenen ehemaligen Häftlingen am besten informiert war. Dieser Zeuge, dessen Glaubwürdigkeit bereits oben unter C I geprüft und bejaht worden ist, hat sogar bekundet, der Angeklagte Höhn habe sich aktiv bemüht, der Kommission Brandt den Einblick in die internen Angelegenheiten des Schutzhaftlagers zu erschweren, und diese seine Feststellung mit der Tatsache ~~mit~~ konkret belegt, daß Höhn, als er, der Zeuge, zur Vernehmung vor die Kommission Brandt geladen worden sei, sich vorher mit ihm abgesprochen, ihm Zurückhaltung bei seinen Aussagen anempfohlen und eine längere Festhaltung des Zeugen zur weiteren Ausforschung dadurch inhibiert habe, daß er während der Vernehmung

des Zeugen den Abendappell im Schutzhaftlager habe ausfallen lassen und dies der Gestapo-Kommission gegenüber damit begründet habe, die Lagerrapporte könnten solange nicht durchgeführt werden, als der Zeuge ihm, dem Angeklagten, nicht zur Erledigung der innerdienstlichen Angelegenheiten zur Verfügung stehe.

Der Zeuge Cornely schließlich weiter in Übereinstimmung mit den Angaben des Angeklagten Höhn ausgesagt, zwischen der von ihm geleiteten Kommission des Reichskriminalhauptamtes und der Gestapo-Kommission Brandt habe nicht nur keinerlei Zusammenarbeit bestanden, sondern es sei zwischen beiden Kommissionen sogar zu erheblichen Spannungen gekommen, weil die Untersuchungsbeamten der Gestapo-Kommission die Häftlinge dadurch, daß sie bei ihnen den Eindruck der Zugehörigkeit zu der Kommission Cornely erweckt hätten, irregeführt hätten.

Schließlich steht auf Grund der Bekundungen der Zeugen Rehder, Lübke, Erdmann und Wessel fest, daß die Darstellung des Angeklagten Höhn über^{die} die Tätigkeit der Gestapo-Kommission Brandt im Schutzhaftlager auslösende Ursache, nämlich daß der SS-Sturmbannführer Lauer im Schutzhaftlager einen Häftling unter den eingangs festgestellten, im einzelnen von dem Zeugen Rehder glaubhaft geschilderten Umständen beim Betriebe eines heimlich gebastelten Radiogerätes überrascht und daß der Kommandant Kaindl daraufhin eine die Entsendung der Gestapo-Kommission in das Lager auslösende Meldung an das Reichssicherheitshauptamt erstattet hat,

den objektiven Sachverhalt wahrheitsgemäß wiedergibt.

Daraus ergibt sich, daß, entgegen der Darstellung des Zeugen Seidel, dem Angeklagten Höhn ein Verschulden an der Veranlassung der Untersuchungstätigkeit der Kommission Brandt, welche die Erschießung der 27 Häftlinge zur Folge hatte, nicht zur Last fällt.

b). Rechtliche Würdigung.

aa. Die Erschießung der 27 Häftlinge war rechtswidrig. Auf Grund ordnungsgemäßer Verfahren ergangene gerichtliche Urteile lagen ihr nicht zugrunde, und für das Vorliegen von Umständen, die sie aus anderen Gründen zu rechtfertigen geeignet wären, ist nicht der mindeste Anhalt hervorgetreten. Daher gelten die unter C II b) aa) getroffenen rechtlichen Feststellungen, auf welche Bezug genommen wird, in vollem Umfange auch für den hier erörterten Fall.

bb) Die Tötung der 27 Häftlinge war Mord, denn sie ist heimtückisch im Sinne des § 211 Abs. 2 StGB durchgeführt worden.

Zwar kann nicht mit Sicherheit festgestellt werden, daß die in der Erschießungsanlage des Krematoriumsbaues vollzogene Erschießung als solche heimtückisch, d. h. unter Ausnutzung der Arg- und Wehrlosigkeit der Häftlinge geschehen ist, daß also den zu exekutierenden Häftlingen bis zum Augenblick ihrer Tötung ihre unmittelbare bevorstehende Erschießung verheimlicht worden wäre. Denn es besteht kein Zweifel, daß das Bestehen und die Zweckbestimmung der im Industriehof

gelegenen Erschießungsanlage wie auch der Vorgang der dort häufig durchgeführten Erschießungen den Häftlingen im Schutzhaftlager, zumindest aus den Berichten der Häftlinge des Krematoriumskommandos, die mit den Häftlingen des Lagers im engen Kontakt standen, längst bekannt war. Es liegt daher jedenfalls die Annahme nahe, daß die hier in Betracht stehenden 27 Häftlinge, als sie erkannten, daß sie in das Krematoriumsgebäude gebracht wurden, sich über das ihnen bevorstehende Schicksal nicht mehr im Zweifel waren, Heimtückisch war aber die Art, in welcher sie unmittelbar vor ihrem Abtransport zur Tötung unter der Vorspiegelung, in ein anderes Lager verlegt zu werden, aus der Gemeinschaft der in Block 58 isoliert inhaftierten Häftlinge herausgelöst und dem Abtransport zur Tötung zugeführt wurden. Denn es steht fest, daß die Häftlinge, als sie, mit Decken, Kochgeschirren und Marschverpflegung ausgerüstet, den Isolierblock verließen und sich zum Abtransport an das Lagertor begaben, wo, wie sie sahen, ein Lastkraftwagen zu ihrer Aufnahme bereitstand, auf Grund der ihnen erkennbaren Gesamtumstände darauf vertrauten, daß sie, wie ihnen in Gegenwart des Angeklagten Höhn zugesichert worden war, in ein anderes Konzentrationslager verlegt werden sollten. Durch dieses von der Lagerführung zum Zwecke der bevorstehenden Erschießung geflissentlich erregte und aufrecht erhaltene arglose Vertrauen auf eine ihr Leben und ihre Gesundheit jedenfalls nicht unmittelbar gefährdende Verlegungsaktion wurden sie bewogen, sich ohne Widerstreben und widerstandslos fesseln, auf den Lkw verladen und aus dem Lagertor

fahren zu lassen. Damit aber ist ihr Abtransport zum Zwecke der Erschießung nach dem Willen der dieses Verfahren anordnenden SS-Führung unter Ausnutzung ihrer zu jener Zeit noch bestehenden Arg- und Wehrlosigkeit vollzogen worden. Denn wenn auch die unbewaffneten und daher gegenüber dem SS-Bewachungspersonal wehrlosen Häftlinge sich, hätten sie bereits zur Zeit ihrer Herauslösung aus dem Lager die Tötungsabsicht erkannt, durch eine gewaltsame Widerstandsleistung ihrem Abtransport und ihrer Tötung jedenfalls nicht unmittelbar hätten entziehen können, so hätten sie doch durch Fluchtversuche, Hilferufe oder körperliche Widersetzung bei den übrigen Häftlingen des Schutzhaftlagers ein solches, ihre beabsichtigte Tötung offenbarendes Aufsehen und eine solche - von der Lagerführung gerade zu vermeiden getrachtete - Unruhe hervorrufen können, daß die Lager-führung die Erschießung entweder aufgeschoben oder möglicherweise gänzlich eingestellt hätte. Wenn auch der Abtransport der Häftlinge aus dem Schutzhaftlager in den Industriebhof, an welchem sich die Angeklagten Höhn und Böhm in der eingangs festgestellten Weise beteiligten, der eigentlichen Erschießung der 27 Häftlinge zeitlich vorausging, so war er doch deswegen nicht nur eine bloße Vorbereitungshandlung zur Tötung der Häftlinge, sondern ein Teil der Tötungshandlung selbst. Denn bei Anwendung der gebotenen natürlichen Betrachtungsweise kann es nicht zweifelhaft sein, daß die Tötungshandlung nicht erst mit der Abgabe der das Leben der Häftlinge vernichtenden Schüsse, sondern bereits zu dem Zeitpunkt einsetzte, in welchem die Häftlinge unter Anwendung

von List aus der Gemeinschaft ihrer im Block 58 isolierten Mithäftlinge herausgelöst und in die bis zur eigentlichen Hinrichtung andauernde gewaltsame besondere Beschränkung ihrer persönlichen Handlungs- und Bewegungsfreiheit versetzt wurden, die erforderlich war, um sie zur Hinrichtungsstätte zu bringen und dort zu töten.

Die Heimtücke, welche bei dem Abtransport der Häftlinge angewandt wurde, qualifiziert daher die den Abtransport mitumfassende Tötungshandlung als Mord gemäß § 211 StGB.

Die Tötung der 27 Häftlinge beruhte aber auch auf niedrigen Beweggründen, Die Häftlinge haben sich, wie der Angeklagte Höhn ausdrücklich hervorgehoben hat, keiner strafwürdigen, ihre Tötung auch nur äußerlich zu motivieren geeigneten Handlung schuldig gemacht, sondern sie fielen dem bloßen Bestreben der für die Erschießungsanordnung verantwortlichen höheren SS-Führer, den Einsatz der Gestapo-Kommission Brandt gegenüber den ihnen übergeordneten Dienststellen zu rechtfertigen, ohne jedes eigenes Verschulden zum Opfer. Die sich in dieser auf seiner Willkür beruhenden Tötungsanordnung kundgebende Gesinnung mißachtete hiernach das Leben, den Menschenwert und die Menschenwürde der einem bloßen Vorwand aufgeopferten Häftlinge in einem nach den Moral- und Menschlichkeitsbegriffen aller Kulturnationen besonders verabscheuungswürdigen Maße und hat daher als niedrig im Sinne des § 211 Abs. 2 StGB zu gelten.

cc. Die Ermordung der Häftlinge stellt eine im Rechtssinne einheitliche Handlung dar. Sie wurde durch eine auf einer die Tötung sämtlicher 27 Häftlinge umfassenden EntschlieÙung beruhende Tötungsanordnung (den von dem Angeklagten Höhn beschriebenen Exekutionsbefehl), also durch einen einheitlichen Willens- und Handlungsakt angeordnet. Die ErschieÙung der Häftlinge selbst erfolgte zwar, wie nicht mit Sicherheit festgestellt werden konnte, jedoch nach Lage der Sache als sicher anzunehmen ist, nicht völlig gleichzeitig, sondern die Häftlinge sind einzeln oder in Gruppen nacheinander getötet worden. Das ändert indessen an der Einheitlichkeit dieser Tötungshandlung nichts. Denn auch die Hinrichtung beruhte auf einem einzigen Willensentschluß der Exekutierenden, und die mehreren Einzelakte, in welchen sie - weil eine gleichzeitige Tötung sämtlicher 27 Häftlinge bei der gegebenen Sachlage technisch nicht durchführbar war - erfolgt ist, stellen sich deshalb nicht als voneinander unabhängige Einzeltaten, sondern als Teilstücke einer und derselben Handlung, welche die Tötung aller Häftlinge umfaßte, dar. Es handelt sich daher bei der Tötung Häftlinge um einen Mord, begangen an 27 Menschen.

dd. Die Angeklagten haben sich in Kenntnis aller Tatumstände an der Tötung der Häftlinge beteiligt. Der Tatbeitrag des Angeklagten Höhn lag darin, daß er an dem die Aussonderung der 27 Häftlinge aus den im Block 58 Inhaftierten anordnenden Befehl in der eingangs festgestellten Weise aktiv teilnahm, daß er dem Angeklagten Böhm die Bestimmung und die Stellung der für den Abtransport der Häftlinge erfor-

derlichen Blockführer auftrag, daß er weiter die Identität der zum Lagertor gebrachten Häftlinge an Hand einer ihm übergebenen Namensliste überprüfte, die Fesselung und Verladung der Häftlinge auf den Lastkraftwagen überwachte und schließlich in der Leichenhalle des Krematoriumsgebäudes den nicht tödlich getroffenen Häftling eigenhändig erschoss. Der Tatbeitrag des Angeklagten Böhm bestand darin, daß er die zum Transport der Häftlinge zu der Vernichtungsanlage erforderlichen Blockführer auswählte und sie durch seinen Befehl veranlaßte, die ihnen zugedachten Aufgaben, nämlich die Heranführung der Häftlinge zum Lagertor, ihre Fesselung

Verladung, Bewachung und Auslieferung an das Erschießungskommando, zu erfüllen. Mit diesen Tatbeiträgen haben die Angeklagten Höhn und Böhm den als Täter für die Ermordung der Häftlinge verantwortlichen, namentlich nicht festgestellten oberen SS-Führer des Reichssicherheitshauptamtes bei der Durchführung der Ermordung durch die Tat wissentlich Hilfe geleistet. Daß sie bei der Ausführung ihrer vorbeschriebenen Handlungen nicht nur von dem Willen bestimmt gewesen seien, im Rahmen des ihnen erteilten dienstlichen Befehls die für die Tötung Verantwortlichen bei der Durchführung der Hinrichtung zu unterstützen, sondern, einem eigenen Tötungswillen folgend, mit ihrem Tatbeitrag an der Tötungshandlung der für die Exekution Verantwortlichen als Mittäter teilzunehmen, hat sich dagegen nicht feststellen lassen. Das gilt auch für die eigenhändige Erschießung des bei der Exekution nicht tödlich getroffenen Häftlings durch den Angeklagten Höhn; insoweit wird auf die

oben unter C II 2 dd getroffenen rechtlichen Feststellungen, die auch auf den hier erörterten Fall sinngemäß Anwendung finden, Bezug genommen.

Die Tat der Angeklagten Höhn und Böhm stellt sich daher rechtlich als Beihilfe zum Mord (an den 27 Häftlingen) gemäß §§ 49 Abs. 1, 211 StGB dar.

ee. Wenn auch feststeht, daß die Angeklagten Höhn und Böhm ihre Beihilfehandlung in Ausführung eines ihnen von dienstlichen Vorgesetzten erteilten Befehls in Dienst-sachen ausgeführt haben, so sind sie doch deswegen nicht von ihrer strafrechtlichen Verantwortlichkeit befreit. Denn beide Angeklagten haben bei Ausführung ihrer Tat gewußt, daß der ihnen erteilte Befehl eine Handlung betraf, die die Begehung eines Verbrechens bezweckte. Das trifft zunächst auf den Angeklagten Höhn mit einer jeden Zweifel ausschließenden Sicherheit zu : Dem Angeklagten Höhn war, wie er selbst in der Hauptverhandlung mehrfach hervorgehoben hat, bekannt, daß die Tötung der Häftlinge nicht zu ihrer Be-, strafung für etwa von ihnen begangene todeswürdige Vergehen, sondern aus "an den Haaren herbeigezogenen Gründen" angeordnet war, es sich also bei ihrer Hinrichtung um einen offenbaren Willkürakt handelte, und er wußte, daß die Erschießung in aller Heimlichkeit und sogar unter die zu exekutierenden Häftlinge über die Tatsache ihrer vorstehenden Tötung täuschenden Umständen erfolgte. Daß er sich bei dieser Sach-lage darüber klar war, daß die Erschießung der Häftlinge nicht rechtens war, also die rechtswidrige Tötung von Menschen,

mithin ein Verbrechen, darstellte, liegt auf der Hand und wird auch von dem Angeklagten selbst nicht in Abrede gestellt. Aber auch der Angeklagte Böhm kannte, als er zur Tötung der Häftlinge beitrug, deren verbrecherischen Charakter. Zwar ist nicht mit Sicherheit auszuschließen, daß ihm die Hintergründe der Tötungsanordnung unbekannt geblieben waren und er daher - was bei seiner in der Hauptverhandlung zutage getretenen, gegenüber derjenigen der Angeklagten Höhn und Hempel verhältnismäßig geringen Intelligenz und geistigen Beweglichkeit als möglich in Betracht gezogen werden muß - auf die Rechtmäßigkeit des Exekutionsbefehls zunächst vertraut haben mag. Indessen machte ihm die Art der Durchführung der Hinrichtung deren Unrechtmäßigkeit eindeutig und zweifelsfrei offenbar. Denn wenn auch, wie er gewußt haben mag, die Verschleierung des Tötungsvorhabens in erster Linie angeordnet worden ist, um eine ^{un}Beruhigung der im Schutzhaftlager zurückgebliebenen übrigen Häftlinge zu verhüten, so hatte sie doch auch zur dem Angeklagten bekannten notwendigen Folge, daß den zu exekutierenden Häftlingen die Tatsache ihrer bevorstehenden Tötung verborgen blieb, bis sie beim Einfahren in den Industriebhof oder sogar erst bei ihrer Abladung vor dem Krematoriumsgebäude aus den Umständen entnehmen mußten, daß sie zur Hinrichtung geführt wurden. Dieses dem Angeklagten Böhm in allen Einzelheiten bekannte Verfahren unterschied sich aber von dem einer ordnungsgemäßen und rechtmäßigen Hinrichtung - deren mindestens eine (an SS-Angehörigen vollzogene) der Angeklagte Böhm mit der versammelten Bewachungsmannschaft des Lagers

im Konzentrationslager Sachsenhausen miterlebt hatte - in solch auffälligem Maße, daß der Angeklagte die Unrechtmäßigkeit der Tötung der Häftlinge nicht mehr hat verkennen können und zur Überzeugung des Schwurgerichts auch nicht verkannt hat; auch er war sich mithin darüber klar, daß die Häftlinge - unter seiner Mitwirkung - auf rechtswidrige, also verbrecherische Weise zu Tode gebracht wurden.

Beide Angeklagte sind daher für ihre Beihilfehandlung gemäß § 47 Satz 2 Nr. 2 MilStGB, welche Vorschrift, wie für die Angeklagten Höhn und Hempel, aus den gleichen rechtlichen Gründen auch für den Angeklagten Böhm gilt, strafrechtlich verantwortlich.

ff. Keiner der Angeklagten Höhn und Böhm hat sich bei der Ausführung der hier in Betracht stehenden Tat in der Lage des Notstandes (§§ 52, 54 StGB) befunden.

Daß für den Angeklagten Höhn eine Konfliktslage, wie sie die Annahme des Notstandes voraussetzt, nicht gegeben war, sondern er als freiwilliger Untergebener den ihm erteilten Befehlen aus freiem, von einer Strafandrohung nicht beeinflussten Willen gehorcht hat, ist bereits oben unter C II b ff im einzelnen dargetan und wird im vorliegenden Falle weiter dadurch bestätigt, daß der Angeklagte, wie er selbst dargetan hat, der ursprünglichen Anordnung des Reichssicherheitshauptamtes, die 27 Häftlinge vor versammelter Lagermannschaft zu hängen, gegenüber dem Lagerkommandanten

entschieden und unter Inkaufnahme des Vorwurfes, sich der Meuterei und der Befehlsverweigerung schuldig zu machen, entgegengetreten ist, gegen die angeordnete Tötung der Häftlinge als solche aber auch nach seiner eigenen Einlassung keine Einwendungen erhoben hat.

Aber auch der Angeklagte Böhm ist nicht durch die generelle Androhung einer disziplinaren Bestrafung im Falle der Befehlsverweigerung zu seiner Beihilfehandlung genötigt worden, sondern er hat, wie sein Gesamtverhalten im Schutzhaftlager beweist, die ihm aufgetragenen Befehle und damit auch denjenigen zur Mitwirkung an der Tötung der Häftlinge aus freien Stücken und eifrig befolgt. Der Zeuge Renatus Michael Trauffler, der als Angehöriger der großherzoglichen luxemburgischen Garde sich im Jahre 1941 mit anderen Kameraden geweigert hatte, den Treueid auf Hitler zu leisten, deswegen 5 Wochen im Konzentrationslager Buchenwald inhaftiert war, 1942 erneut verhaftet und in das Schutzhaftlager Sachsenhausen eingeliefert wurde, hat sachlich, ruhig und glaubhaft bekundet, der Angeklagte Böhm habe ihn, als er, der Zeuge, sich im Mai 1943 wegen einer Ruhrerkrankung vor der Ambulanz im Krankenbau zur ärztlichen ~~Veterungung~~ aufgestellt habe, als Drückeberger beschimpft, geprügelt und ihn, ehe er einem Arzt habe vorgestellt werden können, mit Faustschlägen wieder in seinen Häftlingsblock zurückgetrieben; als er sich einige Tage später noch einmal zur Behandlung aufgestellt habe, habe Böhm ihn und die anderen vor der Ambulanz wartenden Kranken wiederum unter Fausthieben davongejagt. Der Zeuge Max Geissler, der jetzt 54 Jahre

alt und Journalist ist und im Juli 1942 nach Verbüßung einer zweijährigen Gestapo-Haft in das Konzentrationslager Sachsenhausen eingeliefert worden war, hat glaubhaft ausgesagt, er habe vom Revier/^{-tor} aus mehrfach gesehen, daß Böhm Häftlinge, die - wie noch unter C IV darzulegen sein wird - zur Exekution in das Konzentrationslager Sachsenhausen überstellt worden waren, vom Lagertor abgeholt, sie, mit dem Fahrrad hinter ihnen herfahrend, vor sich her zum Krematoriumsgebäude getrieben und sie dabei mit einem Stock oder einer Peitsche geschlagen habe. Auch die Zeugen Rüb und Lankisch von Hoernitz, deren Glaubwürdigkeit bereits oben unter C II 2 erörtert und bejaht worden ist, haben bekundet, beobachtet zu haben, daß der Angeklagte Böhm mehrfach, vom Mittagessen kommend, zur Tötung in das Konzentrationslager Sachsenhausen überstellte Zivilisten vom Lagertor abgeholt und sie, seine Pfeife rauchend, vom Fahrrad aus vor sich her zur Genickschußanlage im Industriebhof gejagt hat. Der Zeuge Rüb hat dabei nach seiner glaubhaften Bekundung beobachtet, daß der Angeklagte Böhm hierbei eine Gerte oder einen Stock bei sich führte. Endlich hat der Zeuge Ballhorn, der jetzt 51 Jahre alt und als Amtsdirektor tätig ist und der in der Zeit vom 16. Dezember 1940 bis zum 24. Februar 1941 und vom 29. November 1941 bis zur Evakuierung des Lagers im Konzentrationslager inhaftiert war, zuverlässig bekundet, Böhm habe, als er während des Evakuierungsmarsches (unten C IX) bemerkt habe, daß ein Häftling sich ein paar Möhren "organisiert" hatte, den Häftling mit einem Schal am Halse gewürgt und zu Boden geworfen, und der Zeuge Zeuge Hoffmann,

wird Bezug genommen; Für das Vorliegen einer Bewußtseinsstörung aber sind keinerlei Anhaltspunkte hervorgetreten.

Auch der Angeklagte Böhm war zur Zeit seiner hier in Betracht stehenden Tat in der Lage, das Unerlaubte seines Handelns einzusehen und nach dieser Einsicht zu handeln. Die Tatsache, daß er nicht nur die Volksschule, sondern auch die Mittelschule ohne Schwierigkeiten und mit Erfolg besucht, anschließend eine ordnungsgemäße Buchbinderlehre absolviert und mit der Gesellenprüfung abgeschlossen und daß er bis zum Ausbruch des ersten Weltkrieges in seinem Beruf und nach Kriegsende als Volontär, kaufmännischer Angestellter und schließlich selbständiger Handelsvertreter erfolgreich gearbeitet hat, beweist, daß er nicht schwachsinnig ist. An dieser Beurteilung ändert es auch nichts, daß der Angeklagte in der Hauptverhandlung vor dem Schwurgericht eine verhältnismäßig primitive Geisteshaltung und eine nur geringe geistige Beweglichkeit hat erkennen lassen. Abgesehen davon, daß diese Ausfallserscheinungen nach der Überzeugung des Schwurgerichts noch keineswegs den Grad erreicht haben, daß in ihnen die Merkmale eines Schwachsinnigen erkannt werden könnten, ergibt sich aus dem eingehend und überzeugend begründeten Gutachten des medizinischen Sachverständigen Dr. med. Fuhrmann, dem sich das Gericht in vollem Umfange anschließt, daß in ihnen lediglich die Kennzeichen eines leichten bis mittelschweren psychischen Altersabbaues erkennbar sind, der vor nicht mehr als 10 Jahren eingesetzt haben kann und auch jetzt den Grad des Altersschwachsinnigen noch nicht erreicht hat.

Es steht daher außer Zweifel, daß zu der Zeit, in welcher der Angeklagte im Konzentrationslager Sachsenhausen tätig war, schwachsinnbedingte geistige Ausfallserscheinungen noch nicht vorgelegen haben. Dafür, daß der Angeklagte jemals an einer krankhaften Störung seiner Geistestätigkeit gelitten hätte, sind nach dem Ergebnis der Beweisaufnahme wie auch nach dem Gutachten des medizinischen Sachverständigen Dr. Fuhrmann, dem das Schwurgericht auch insoweit folgt, ebensowenig Anzeichen hervorgetreten, wie das Beweisergebnis Umstände hat erkennen lassen, die darauf schließen ließen, daß der Angeklagte zur Zeit der hier beurteilten Tat von einer Bewußtseinsstörung betroffen gewesen wäre.

Es steht daher fest, daß die Fähigkeit der Angeklagten Höhn und Böhm, das Unerlaubte ihrer Tat einzusehen und nach dieser Einsicht zu handeln, zur Zeit ihrer Beteiligung an der Tötung der 27 Häftlinge weder ausgeschlossen, noch auch nur vermindert war. Die Voraussetzungen des § 51 Abs. 1 oder 2 StGB sind daher nicht gegeben.

Nach all dem steht fest, daß sich beide Angeklagten durch ihre Mitwirkung an der Tötung der 27 Häftlinge der Beihilfe zum Mord (§§ 49 Abs. 1, 211 StGB) schuldig gemacht haben.

IV: Exekutionen von zum Zwecke der Tötung in das Konzentrationslager Sachsenhausen überstellten Personen.

a). In der Zeit vom Spätherbst 1943 bis Anfang 1945,

insbesondere in der Zeit nach dem 20. Juli 1944, wurden zahlreiche Einzelpersonen und Personengruppen, Zivilisten deutscher und ausländischer Nationalität, vom Reichssicherheitshauptamt zum Zwecke der Tötung in das Konzentrationslager Sachsenhausen überstellt. Die Tötungsanordnungen des Reichssicherheitshauptamtes beruhen nicht auf gerichtlichen Urteilen, doch wird, da das Gegenteil nicht erweisbar ist, davon ausgegangen, daß ihnen - nicht gerichtliche - Verfahren zugrundelagen, in denen die Schuld der Betroffenen untersucht und ihnen Gelegenheit geboten worden war, sich zu rechtfertigen. Die Delinquenten wurden, sofern es sich um größere Gruppen handelte, in Lastkraftwagen, im übrigen im Eisenbahntransport zum Lagertor gebracht, die Begleitmannschaften lieferten die mitgebrachten Exekutionsbefehle des Reichssicherheitshauptamtes, die als Geheimsachen gekennzeichnet waren, bei der Schreibstube der Lagerkommandantur ab, von welcher sie dem Adjutanten des Lagerkommandanten vorgelegt wurden. Dieser benachrichtigte den diensthabenden Schutzhaftlagerführer fernmündlich von dem Eintreffen der Delinquenten und veranlaßte, daß sie von der Schutzhaftlagerführung übernommen und in der durch innerdienstliche Vorschriften geregelten Form getötet wurden. Der jeweilige Rapportführer vom Dienst begab sich, nachdem er das Krematoriumskommando von der bevorstehenden Exekution in Kenntnis gesetzt hatte, zum Lagertor, übernahm die dort wartenden Delinquenten und erhielt eine inzwischen von der Schreibstube der Lagerkommandantur gefertigte Abschrift des Exekutionsbefehls. Die Delinquenten

wurden nicht formell in das Konzentrationslager Sachsenhausen aufgenommen und auch nicht in den Häftlingslisten und -karteien des Lagers erfaßt; sie wurden unmittelbar vom Lagertor aus in das im Industriebhof geöfneten Krematoriumsgebäude geführt und dort auf die in den Exekutionsbefehlen angegebene Weise getötet. Die Tötung erfolgte im weitaus überwiegenden Maße durch Erschießung, in weit geringerem Maße durch Erhängen und in einigen Fällen durch Vergasen. Die Erschießungen wurden in der Genickschußanlage des Krematoriumsgebäudes durchgeführt, die in ihrer Gestaltung und Einrichtung im wesentlichen derjenigen entsprach, welche die zum Zwecke der Tötung der russischen Kriegsgefangenen (C I) errichtete, Ende 1942 durch das steinerne Krematoriumsgebäude ersetzte Erschießungsbaracke aufgewiesen hatte: Vom Eingang des Krematoriumsgebäudes gelangten die Delinquenten unmittelbar in einen größeren, nahezu quadratischen Raum, den Auskleideraum, in welchem sie sich ihrer Kleider zu entledigen hatten. Durch die in der rechten Seitenwand des Entkleidungszimmers eingelassene Tür wurden sie sodann einzeln und nacheinander in einen kleineren Raum geführt, der in der Art eines ärztlichen Untersuchungszimmers ausgestattet war. Hier wurde^{an} ihnen die Vornahme einer ärztlichen Gesundheitsuntersuchung vorgetäuscht; der Untersuchende beschränkte indessen seine Aufmerksamkeit in Wahrheit lediglich auf die Feststellung, ob die Delinquenten goldenen~~Zahnersatz~~ trugen; War dies der Fall, kennzeichnete er dies durch Farbzeichen, die er auf der Brust der Delinquenten anbrachte. Nach dieser

Scheinuntersuchung mußten die Delinquenten durch einen sich an das "Untersuchungszimmer" anschließenden kleinen Flur den Erschießungsraum betreten. Dieser glich in Ausstattung und Einrichtung demjenigen der früheren Erschießungsbaracke: Der Fußboden und die unteren Wandhälften waren mit Fliesen ausgelegt; an der rechten Seitenwand befand sich ein senkrecht in Zentimeter eingeteilter Meßstreifen mit einer vor einem schlitzzartigen Durchbruch zu dem nebenan gelegenen Schießraum angebrachten, vertikal verschiebbaren Kopfplatte, deren Halterung dergestalt durchbohrt war, daß die Bohrung, wenn die Kopfplatte auf dem Kopf eines Menschen auflag, dessen Genick dem Schuß des im Schießraum verborgenen SS-Schützen preisgab. Die Wand gegenüber dieser Meßvorrichtung war als äußerlich nicht erkennbarer Kugelfang ausgebildet; an ihr war eine Buchstabentafel angebracht, wie sie Augenärzte zur Untersuchung der Sehschärfe zu verwenden pflegen. Gegenüber der Eingangstür führte eine weitere große Tür aus dem Erschießungsraum in den Leichenraum, in welchem die Leichen der Erschossenen bis zu ihrer Verbrennung in dem sich an den Leichenraum anschließenden Krematorium niedergelegt wurden und wo ihnen durch die Häftlinge des Krematoriumskommandos gegebenenfalls der goldene Zahnersatz ausgebrochen wurde. Die zur Vergasung bestimmten Delinquenten mußten sich zunächst gleichfalls im Umkleideraum ihrer Kleider entledigen und wurden sodann durch eine vom Umkleideraum aus luftdicht verschließbare Tür, sämtlich zugleich, in denen sich links, also gegenüber dem ärztlichen Untersu-

chungsraum, an den Umkleideraum anschließenden Gasraum geschickt. Dieser war mit einer Brauseanlage eingerichtet und erweckte durch diese seine Ausgestaltung in den Häftlingen die Annahme, sie hätten hier ein Brausebad zu nehmen. Die Brauseanlage war auch tatsächlich mit Wasseranschluß versehen, der indessen nur bei Lagerbesichtigung zum Zweck der Täuschung der Besichtigenden in Tätigkeit gesetzt wurde. In einer der Seitenwände des Gasraumes befand sich in etwa Kniehöhe ein kreisrunder Mauerdurchbruch, in welchem ein Druckventilator installiert war; die Ventilationsanlage enthielt in ihrer Mitte eine Vorrichtung zur Aufnahme und mechanischen Öffnung von Blechdüsen, die das zur Vergasung der Delinquenten verwandte Giftgas Cyclon B enthielten. Wurde der Ventilator in Gang gebracht und der Gasbehälter eingesetzt und geöffnet, dann drückte der Ventilator mit der angesaugten Außenluft auch das Giftgas in den Gasraum; das Gas wirkte derart stark und schnell, daß die Delinquenten meist schon nach wenigen Sekunden tot zusammenbrachen. Waren die Delinquenten getötet, so wurde der Druckventilator außer Betrieb gesetzt und der Gasraum mittels eines an einer anderen Wand in Deckennähe angebrachten Saugventilators entlüftet. Nach der Entlüftung wurden die Leichen der gasvergifteten Häftlinge durch eine etwa 2,5 m breite, ins Freie führende Tür ins Krematorium geschafft.

Die Exekutionen wurden, bis das Hinrichtungskommando Moll Ende 1944 im Konzentrationslager Sachsenhausen eintraf und die Exekutionen übernahm, durch Angehörige der

der Schutzhaftlagerführung durchgeführt; sie hatten nach den von der Lagerkommandantur hierfür erteilten Dienstansweisungen unter der Leitung eines Schutzhaftlagerführers und im Beisein eines Arztes durch den jeweils diensthabenden Rapportführer zu geschehen, der indessen die in der Genickschußanlage vollzogenen Erschießungen nicht selbst vorzunehmen brauchte, sondern zu ihrer Durchführung Blockführer bestimmen konnte.

Diese Feststellungen beruhen auf den Einlassungen der Angeklagten Höhn, Böhm und Hempel sowie auf den Bekundungen der Zeugen Wessel, Rehder, Kroll, Dr. Gaberle, Engemann, Vögtle, Kolb und Schumacher, denen das Schwurgericht insoweit Glauben schenkt.

1. Vergasung von 8 Zivilarbeitern.

Im Oktober oder November 1944 wurde der Angeklagte Höhn als diensthabender Schutzhaftlagerführer von dem Adjutanten des Lagerkommandanten, Wessel, zum Krematoriumsgebäude befohlen, um dort die Gasvernichtung von mindestens 8 ausländischen Zivilarbeitern zu leiten. Als er im Krematoriumsgebäude eintraf, waren dort der Adjutant Wessel, der Rapportführer vom Dienst, ein Arzt, ein Blockführer und zwei Häftlinge des Krematoriumskommandos bereits anwesend; die zu exekutierenden Delinquenten waren bereits dabei, sich im Umkleideraum auszukleiden. Sie gingen dann in der Meinung, sich einer Körperreinigung unterziehen zu müssen, in den Gasraum, die Tür hinter ihnen wurde verschlossen,

der Druckventilator mit dem eingesetzten Giftgasbehälter in Betrieb gesetzt, und die Delinquenten wurden durch das einströmende Gas getötet. Nach kurzer Zeit wurde der Druckventilator ab- und der Exhaustor angestellt, der Gasraum wurde geöffnet, und der an der Exekution beteiligte Arzt stellte den Tod der Delinquenten fest.

Der Angeklagte Höhn ist geständig, in der vorstehend festgestellten Weise an der Vergasung der 8 Zivilarbeiter teilgenommen zu haben. Er läßt sich im einzelnen wie folgt ein: Im Oktober oder November 1944 habe ihn der Lageradjutant Wessel eines Tages angerufen und ihm mitgeteilt, Berlin - gemeint war das Reichssicherheitshauptamt - schicke 8 oder 9 Häftlinge, ausländische Zivilarbeiter, die in Berlin eine Bande gebildet und nach einem Luftangriff geplündert hätten, zur Exekution ins Lager; er habe ihn angewiesen, mit ihnen "keinen langen Heckmeck zu machen" und sie "in die Gaskammer zu stecken". Er, der Angeklagte, habe eingewandt, er verstehe von der Inbetriebsetzung der Vergasungsanlage nichts; daraufhin habe Wessel erklärt, er werde selbst kommen, und ihn angewiesen, beim Krematoriumsgebäude auf ihn zu warten. Er, der Angeklagte, habe sich daraufhin zum Krematorium begeben. Als er dort eingetroffen sei, seien Wessel, der Angeklagte Böhm, ein Arzt, ein Blockführer und zwei Krematoriumshäftlinge bereits anwesend gewesen. Die zu exekutierenden Delinquenten, von denen er nicht wisse, wer sie zum Krematoriumsgebäude gebracht habe, hätten sich zu seiner Gegenwart im Umkleideraum entkleidet und seien sodann durch die Verbindungstür in den als Brauseanlage

getarnten Gasraum gegangen. Die Tür sei vom Umkleideraum . aus, in welchem er, der Angeklagte, sich mit den genannten Teilnehmern an der Exekution befunden habe, verschlossen worden, Wessel habe den Druckventilator, der in der Wand zwischen dem Umkleideraum und dem Gasraum in Bodennähe eingebaut war, in Gang gesetzt, habe sich sodann - von wem, wisse er nicht mehr - eine Kapsel geben lassen, die, wie er, der Angeklagte, gewußt habe, das verflüssigte Giftgas enthalten habe, und habe sie in der Mitte des Ventilators eingesetzt. Schon nach kurzer Zeit sei der Druckventilator wieder abgestellt und der in eine Außenwand des Gasraumes eingebaute Exhaustor in Betrieb gesetzt worden; als der Gasraum hinreichend entlüftet gewesen sei, sei die Tür geöffnet worden, und er, der Angeklagte, habe die durch das Gas getöteten Häftlinge gesehen. Der anwesende Arzt habe ihren Tod festgestellt.

Das Geständnis des Angeklagten Höhn ist - mit Ausnahme der Angaben über die Beteiligung des Angeklagten Böhm - glaubhaft. Zwar stellt der Zeuge Wessel seine von dem Angeklagten Höhn geschilderte Mitwirkung an der Vergasung der Zivilarbeiter in Abrede, doch liegt mit Rücksicht darauf, daß gegen Wessel, wie dieser zugibt, ein auch diese Tötung betreffendes gerichtliches Voruntersuchungsverfahren anhängig ist, die Möglichkeit einer Falschbekundung so nahe, daß kein Anlaß besteht, an der Richtigkeit der Angaben des Angeklagten Höhn zu zweifeln, dessen Behauptung, Wessel habe an der Vergasung teilgenommen, - wie er bei seiner hervorragenden Intelligenz zweifellös nicht verkennt -

nicht einmal geeignet ist, ihn selbst zu entlasten, Dagegen ist nicht mit Sicherheit auszuschließen, daß der Angeklagte Höhn in seiner Auffassung, der Angeklagte Böhm habe sich an der Vergasung der 8 Arbeiter beteiligt, einem Irrtum unterliegt. Der Angeklagte Böhm - der übrigens wegen der Teilnahme an der Vergasung der 8 Zivilarbeiter nicht angeklagt ist - bestreitet, bei ihr zugegen gewesen zu sein. Angesichts dessen, daß die Vergasung der 8 Zivilarbeiter nach der unwiderlegten Einlassung des Angeklagten Höhn die erste (und einzige) Gasvernichtung war, an welcher er teilgenommen hat, liegt die Annahme nahe, daß der Angeklagte seine Aufmerksamkeit dermaßen auf den eigentlichen Vergasungsvorgang als solchen konzentriert hat, daß er nicht sicher wahrgenommen oder jedenfalls nicht zuverlässig in der Erinnerung behalten hat, wer - ohne durch eine besondere Tätigkeit oder ein auffälliges Verhalten hervorzutreten oder aufzufallen - als diensthabender Rapportführer an der Hinrichtung teilgenommen hat.

Es steht mithin fest, daß der Angeklagte Höhn an der Vergasung von (mindestens) 8 Zivilarbeitern teilgenommen hat, indem er in seiner Eigenschaft als diensthabender Schutzhaftlagerführer, den die Durchführung derartiger Hinrichtungen betreffenden innerdienstlichen Anweisungen gemäß, die Aufsicht über die Exekution geführt hat.

2. Vergasung von wenigstens 27 Ostarbeiterinnen.

Ende 1944 oder Anfang 1945 wurden in der Vergasungsanlage des Krematoriumsgebäudes wenigstens 27 Ostarbeiterinnen

unter der Leitung des diensthabenden Schutzhaftlagerführers durch Vergasung getötet. Der Angeklagte Böhm, der als Rapportführer vom Dienst von dem die Exekution leitenden Schutzhaftlagerführer zu der Hinrichtung hinzugezogen wurde, und die Erforderlichkeit seiner Mitwirkung kannte, sah, als er im Krematoriumsgebäude eintraf, durch das in der Wand zwischen dem Umkleideraum und dem Gasraum eingelassene etwa 0,6 x 0,6 m große Fenster die bereits entkleideten Frauen in dem Gasraum, dessen die Delinquenten täuschende Einrichtung, ihren Täuschungszweck und dessen Bestimmung als Vergasungsanlage er kannte, stehen. Nach seinem Eintreffen wurde der Druckventilator angestellt, der Gasbehälter eingesetzt, und Böhm beobachtete durch das Fenster, daß die Delinquentinnen unter der Wirkung des Giftgases schon nach kurzer Zeit zusammenbrachen. Sodann wurde der Gasraum entlüftet, die Leichen der durch Gas getöteten Arbeiterinnen wurden zum Krematorium gebracht, und der die Exekution leitende Schutzhaftlagerführer ordnete an, daß ihre Kleider nicht der Kleiderkammer des Schutzhaftlagers zugeführt werden sollten.

Der Angeklagte Böhm gesteht seine Beteiligung an der Exekution ein. Im einzelnen gibt er an, er habe eines Vormittags, als er Rapportführer vom Dienst gewesen sei, von dem Angeklagten Höhn den Befehl erhalten, ihn zum Krematorium zu begleiten. Er habe diesem Befehl Folge geleistet. Als er zusammen mit Höhn in dem Krematoriumsgebäude angelangt sei, habe er durch das Fenster, das sich in der Wand zwischen dem Umkleideraum und dem Gasraum

befand, etwa 35 völlig entkleidete Ostarbeiterinnen in dem als Duschanlage getarnten Gasraum ^{sehen} stehen. Wie sie dahin gekommen seien und wer die dahin gebracht habe, wisse er nicht; er nehme an, daß sie von außerhalb des Lagers unmittelbar zum Krematorium gefahren worden seien; er könne sich auch nicht mehr entsinnen, woher er wisse, daß es sich um Ostarbeiterinnen gehandelt habe. Nachdem Höhn und er, der Angeklagte Böhm, im Umkleideraum des Krematoriumsgebäudes eingetroffen seien, habe der dort schon anwesende Krematoriumshäftling Gärtner aus seiner Hosentasche eine Gaspatrone gezogen, die wie die Batterie einer Stabtaschenlampe ausgesehen habe, und habe sie Höhn gegeben. Dieser habe vergeblich versucht, sie an einem Mechanismus an der Tür zwischen dem Umkleideraum und dem Gasraum einzusetzen; er habe sie, als ihm dies nicht gelungen sei, an Gärtner zurückgegeben, der sie seinerseits in den Mechanismus eingesetzt habe. Er, der Angeklagte, habe durch das Fenster ~~so~~ dann beobachtet, daß die in dem Gasraum befindlichen Frauen durch das aus der Gaspatrone einströmende Giftgas schnell getötet worden seien.

Der Angeklagte Höhn, der von der Anklage beschuldigt wird, mit dem Angeklagten Böhm gemeinsam an der Vergasung der Ostarbeiterinnen mitgewirkt zu haben, bestreitet seine Teilnahme und gibt an, er habe von dieser Gasvernichtung erst im Lauf des gegen ihn gerichteten Strafverfahrens vor dem sowjetischen Militärtribunal erfahren. Er könne sich die - soweit sie seine Teilnahme betreffen - sachlich unrichtigen Angaben des Angeklagten Böhm nicht erklären.

Das Geständnis des Angeklagten Böhm ist, soweit es seine eigene Teilnahme an der Exekution der Ostarbeiterinnen betrifft, glaubhaft. Es sind keine Umstände hervorgetreten, die einen Anhalt für die Annahme böten, daß der Angeklagte Böhm sich der Wahrheit zuwider der Beteiligung an der Vergasung der Ostarbeiterinnen bezichtigt hätte, umso weniger, als, wie der Angeklagte weiß, Zeugen für diesen Vorgang nicht vorhanden sind und das Gericht daher, soweit es seine Tatbeteiligung angeht, auf seine Angaben angewiesen ist. Allerdings kann auf Grund des Geständnisses des Angeklagten Böhm nicht mit Sicherheit festgestellt werden, daß der Vergasung, wie der Angeklagte Böhm meint, 35 Frauen zum Opfer gefallen seien. Der Angeklagte Hempel hat insoweit bekundet, er habe in seiner Eigenschaft als Rapportschreiber im Februar 1945 27 bis 30 Frauen als von der Außenstelle Flugzeugwerk Heinkel zu der Außenstelle Auer-Werke versetzt gemeldet und sie sodann von der Lagerstärke gänzlich abgesetzt. Soweit er gehört habe, hätten die Frauen an ihrer Arbeitsstelle Sabotageakte begangen. Er halte es für möglich und naheliegend, daß die von ihm abgesetzten Frauen mit denjenigen, die unter der Mitwirkung des Angeklagten Böhm in der Vergasungsanlage getötet worden seien, identisch seien. Unter diesen Umständen und unter Berücksichtigung der Tatsache, daß der Angeklagte Böhm die Zahl der Frauen, die zur Zeit seines Eintreffens im Krematoriumsgebäudes sich bereits in dem Vergasungsraum befanden, nicht gezählt, sondern nur überschlägig geschätzt hat, vermag sich das Schwurgericht bei der Feststellung ihrer Zahl

nicht den offensichtlich unsicheren und unzuverlässigen Angaben des Angeklagten Böhm anzuschließen; es folgt insoweit vielmehr der Aussage des Angeklagten Hempel und stellt fest, daß unter der Mitwirkung des Angeklagten Böhm (mindestens) 27 Ostarbeiterinnen durch Vergasung getötet worden sind. Eines Freispruches des in der Anklageschrift der Teilnahme an der Tötung von 35 Frauen beschuldigten Angeklagten wegen der die Zahl 27 übersteigenden Opfer bedarf es indessen nicht, weil die Anklage und der Eröffnungsbeschluß die Tötung sämtlicher Ostarbeiterinnen als eine einheitliche Handlung gewertet haben.

Das Schwurgericht vermochte aber auch nicht auf Grund der Angaben des Angeklagten Böhm mit der zu einer Verurteilung des Angeklagten Höhn erforderlichen Sicherheit feststellen, daß der letztgenanntensich an der Vergasung der 27 Ostarbeiterinnen beteiligt hat. Wenn auch eine bewußt wahrheitswidrige Beschuldigung des Angeklagten Höhn durch den Angeklagten Böhm nach Auffassung des Gerichts nicht in Betracht steht, so ist doch nicht auszuschließen, daß der Angeklagte Böhm bei seiner Darstellung des Sachverhalts, soweit er die Mitwirkung des Angeklagten Höhn betrifft, einem Irrtum oder einer Erinnerungst~~Hubung~~ubung unterlegen ist. Auf Grund der insoweit unwiderlegten Einlassung des Angeklagten Böhm muß davon ausgegangen werden, daß die Vergasung der 27 Ostarbeiterinnen der einzige Fall einer Tötung von weiblichen Häftlingen war, an denen der Angeklagte Böhm teilgenommen hat. Auf Grund dessen und nach der Art, in welcher der Angeklagte die Hinrichtung geschildert hat, steht zweifels-

frei fest, daß er vor und während des Hinrichtungsvorganges seine Neugier und seine Aufmerksamkeit nicht so sehr den Begleitumständen der Tötung, auch nicht ihrer technischen Durchführung gewidmet hat, sondern daß seine Interesse und seine gesammelte Konzentration vielmehr auf die Beobachtungen der im Gasraum völlig nackt seinen Blicken durch das Fenster preisgegebenen Frauen und des Eintritts ihres Todes gerichtet war. Unter diesen Umständen liegt die Annahme nahe, daß seine Wahrnehmungen - oder seine Erinnerung an diese -, soweit sie den technischen Vorgang der Vergasung und die Person der außer ihm an der Exekution Beteiligten betrafen, nicht mit jedem Zweifel an ihrer Richtigkeit ausschließender Sicherheit und Zuverlässigkeit getroffen oder im Gedächtnis des Angeklagten bewahrt worden sind. Diese Annahme findet, soweit sie den technischen Exekutionsvorgang betrifft, ihre Bestätigung in der Tatsache, daß die Angaben des Angeklagten Böhm jedenfalls in zwei Punkten einer Nachprüfung nicht standhalten: Der Angeklagte hat angegeben, die bei der Hinrichtung verwandte Giftgasdose habe das Aussehen und die Form der Batterie einer Stabtaschenlampe gehabt und sei vor ihrem Gebrauch von dem Krematoriumshäftling Gärtner in der Hosentasche aufbewahrt worden. Auf Grund der glaubhaften Aussage des Zeugen Ballhorn, dessen persönliche Glaubwürdigkeit bereits erörtert und bejaht worden ist, steht indessen fest, daß das verflüssigte Giftgas, welches sowohl in der Entlausungsanstalt des Schutzhaftlagers, in welcher der Zeuge tätig war, als auch bei den Gasvernichtungen von Häftlingen Verwendung

land, sich in Blechdosen befunden hat, die etwa die Größe einer handelsüblichen Kilo-Konservendose hatten und die wegen ihrer Größe nicht in der Hosentasche eines Häftlingsanzuges hätten untergebracht werden können. Dieser Darstellung entspricht auch die insoweit von dem Schwurgericht als zuverlässig erachtete Angabe des Zeugen Rehder, der für die Gasdosen, die ihm, während er sich bei der Ausübung seiner Zimmererarbeit im Industriebhof aufgehalten habe, von Häftlingen des Krematoriumskommandos gezeigt worden sind, Größenmaße angegeben hat, die von denjenigen, die der Zeuge Ballhorn bezeichnet hat, jedenfalls nicht erheblich abweichen und eine Verwahrung einer derartigen Dose in der Hosentasche eines Häftlingsanzuges mit Sicherheit ausschlossen. Zum anderen hat der Angeklagte Böhm angegeben, die Giftgaspatrone sei in einen Mechanismus eingesetzt worden, der sich in der Verbindungstür zwischen dem Umkleide- und dem Gasraum befunden habe.

Auf Grund der nach der Überzeugung des Schwurgerichts insoweit sachlich zutreffenden und exakten Angaben des Angeklagten Höhn und des Zeugen Kroll steht jedoch fest, daß die Ventilationsanlage, in deren Mitte die Gasbehälter eingesetzt wurden, nicht in der Tür, sondern in einer Seitenwand des Gasraumes in Bodennähe eingebaut war. Angesichts dieser beiden erwiesenen Unrichtigkeiten in der Darstellung des Angeklagten Böhm rechtfertigt sich auch die Vermutung, daß seine Angabe, der Angeklagte Höhn habe an der Vergasung der Ostarbeiterinnen mitgewirkt, auf einer Beobachtungstäuschung oder einer Verschiebung des Erinnerungsbildes des

Angeklagten Böhm beruht. Das gilt umso mehr, als, wie auf Grund der Einlassungen beider Angeklagten feststeht, zu jener Zeit zahlreiche Hinrichtungen von zur Exekution in das Konzentrationslager Sachsenhausen überstellten Personen durchgeführt wurden und sich die drei Schutzhaftlagerführer Kolb, Höhn und Körner in der Leitung dieser Exekution turnusgemäß abwechselten. Ist hiernach aber davon auszugehen, daß der Angeklagte Böhm Häftlingstötungen unter der Aufsicht eines jeden der drei Schutzhaftlagerführer ^{auch} miterlebt hat, dann liegt aus diesem Grunde die Möglichkeit nahe, daß er die Person des Leiters der hier in Betracht stehenden Vergasung nicht mehr mit voller Zuverlässigkeit in der Erinnerung behalten hat.

Das Beweisergebnis reicht hiernach zu einer Feststellung der Mitwirkung des Angeklagten Höhn an der Vergasung der (mindestens) 27 Ostarbeiterinnen nicht aus; der Angeklagte Höhn ^{mangels Beweises} te/war daher von diesem Punkt der Anklage/freizusprechen.

3. Hinrichtung durch Erhängen.

Die Anklage beschuldigt den Angeklagten Höhn und den Angeklagten Hempel, sich dadurch der Beihilfe zum Totschlag schuldig gemacht zu haben, daß beide an der Tötung eines zum Zwecke der Exekution in das Konzentrationslager Sachsenhausen überstellten Delinquenten mitgewirkt hätten indem der Angeklagte Höhn die Hinrichtung geleitet und der Angeklagte Hempel am Hinrichtungsort das Exekutionsprotokoll geführt habe. Der Angeklagte Höhn stellt nicht in Abrede, an Erhängungen von zum Zwecke ihrer Tötung in

das Konzentrationslager Sachsenhausen überstellten Delinquenten mitgewirkt zu haben; er bestreitet jedoch, daß der Angeklagte Hempel bei einer dieser Hinrichtungen zugegen gewesen sei und das Exekutionsprotokoll geführt habe. Der Angeklagte Hempel gibt an, er habe niemals der Erhängung eines überstellten Häftlings beigewohnt und am Hinrichtungs-ort ein Exekutionsprotokoll aufgenommen.

Zeugen oder andere Beweismittel sind zu diesem Punkt der Anklage nicht ermittelt worden.

Unter diesen Umständen kann weder festgestellt werden, daß der Angeklagte Höhn sich der Beteiligung an der den Gegenstand dieses Punktes der Anklage bildenden, durch die Mitwirkung des Angeklagten Hempel als Protokollführer eindeutig gekennzeichneten Erhängung eines überstellten Häftlings schuldig gemacht hat, noch, daß der Angeklagte Hempel sich an der in der Anklageschrift gekennzeichneten Erhängung aktiv beteiligt hat.

Die Angeklagten Höhn und Hempel waren daher von dem ihnen in diesem Punkt der Anklage (C IV 2) gemachten Schuldvorwurf mangels Beweises freizusprechen.

4. Hinrichtungen durch Erschießung.

Die Anklage beschuldigt die Angeklagten Höhn und Böhm, sich durch die Mitwirkung an der Erschießung von zum Zwecke der Exekution in das Konzentrationslager Sachsenhausen überstellten Delinquenten des Mordes in je 24 Fällen und der Beihilfe zum Mord an einer nicht näher fest-

gestellten Zahl von Menschen schuldig gemacht zu haben; sie legt dem Angeklagten Hempel zur Last, zur Ermordung von mindestens 10 Delinquenten Beihilfe geleistet zu haben: Der Angeklagte Höhn habe die rechtswidrige Erschießung von mindestens 100 Häftlingen, die in ihrer überwiegenden Zahl von dem Angeklagten Böhm und teilweise auch von dem Angeklagten Hempel zum Erschießen in den "Industriehof" des Lagers gebracht worden seien, geleitet, dabei hätten Höhn und Böhm in mindestens 6 Fällen insgesamt je 24 Personen eigenhändig erschossen, obwohl sie gewußt hätten, daß die vom Reichssicherheitshauptamt befohlenen Erschießungen rechtswidrig gewesen seien.

Die Beweisaufnahme vor dem Schwurgericht hat insoweit folgenden Sachverhalt ergeben: Der Angeklagte Höhn hat in seiner Eigenschaft als Schutzhaftlagerführer vom Dienst die Erschießung von mindestens 20 zum Zwecke der Exekution in das Konzentrationslager Sachsenhausen überstellten Delinquenten geleitet. Diese Delinquenten, die, wie eingangs festgestellt ist, auf Veranlassung des Reichssicherheitshauptamtes zum Zwecke ihrer durch Exekutionsbefehle angeordneten Tötung zum Konzentrationslager Sachsenhausen transportiert, am Lagertor von dem diensthabenden Rapportführer in Empfang genommen und zum Krematorium gebracht worden waren, mußten sich in dem eingangs beschriebenen Umkleideraum ihrer Kleider entledigen, da sie, wie ihnen, um ihnen ihre bevorstehende Hinrichtung zu verheimlichen und sie in Sicherheit zu wiegen, der Wahrheit zuwider angegeben wurde, sich einer

körperlichen Untersuchung auf ihren Gesundheitszustand unterziehen sollten. Im Vertrauen auf die Richtigkeit dieser Erklärung legten die Delinquenten im Umkleideraum ihre Kleider ab und begaben sich in den sich an den Umkleideraum anschließenden "ärztlichen Untersuchungsraum", in welchem sie - meist durch einen SS-Arzt, wie dies in den von der Kommandantur für diese Hinrichtungen erteilten innerdienstlichen Anweisungen bestimmt war - einer Scheinuntersuchung auf ihren Gesundheitszustand unterzogen wurden und wo diejenigen von ihnen, die goldenen Zahnersatz trugen, mit einem dies kennzeichnenden Zeichen auf der Brust versehen wurden. Hiernach wurden sie einzeln nacheinander in den Erschießungsraum geführt, aus dessen Ausstattung und Einrichtung sie entnahmen, daß hier ihre körperliche Untersuchung fortgesetzt werden sollte. Von dem in dem Erschießungsraum diensttuenden SS-Angehörigen wurden sie unter dem ihnen als wahr hingegenommenen Vorwand, ihre Körpergröße solle gemessen werden, veranlaßt, sich an den Meßstreifen zu stellen, der SS-Angehörige senkte die Kopfplatte der Meßeinrichtung auf ihren Kopf, und sobald die Durchbohrung in der Kopfplattenhalterung mit dem Genick des Delinquenten in gleicher Höhe lag, gab der in dem nebenan gelagerten Schießraum schußbereit wartende SS-Schütze auf ein akustisches Zeichen des in dem Erschießungsraum diensttuenden SS-Angehörigen mit einer Kleinkaliberpistole durch den mit der Bohrung in der Kopfplattenhalterung korrespondierenden Wandschlitz hindurch auf den nichtsahnenden Delinquenten den tödlichen Genickschuß ab. Während dieses Vorganges

erfüllte die Lautsprecheranlage eines Plattenspielers die gesamte Genickschußanlage mit derart lauter Marschmusik, daß der Schußknall außerhalb des eigentlichen Erschießungsraumes und insbesondere von den weiter zur Erschießung bestimmten Delinquenten nicht gehört werden konnte. Unmittelbar nach der Abgabe des Genickschusses wurde die Leiche des Erschossenen von Häftlingen des Krematoriumskommandos in den nebenan ^{mit Wasser/}gelegenen Leichenraum gezerrt und der Erschießungsraum/von etwaigen Blutspuren gesäubert, so daß der nachfolgende Delinquent von der Tötung seines Vorgängers nichts wahrnahm.

Über seine Beteiligung als Leiter von mindestens 20 dieserart durchgeführten Exekutionen hinaus hat der Angeklagte Höhn, ohne auf Grund der einschlägigen Dienstanweisung der Lagerkommandantur hierzu verpflichtet zu sein, wenigstens 8 Delinquenten eigenhändig erschossen: Den ersten dieser Delinquenten erschoss er, als der 1. Schutzhaftlagerführer Kolb ihn im Herbst 1943 in den Betrieb der Genickschußanlage einführte; Kolb tötete erst selbst einen im Erschießungsraum vor den Meßstreifen geführten Delinquenten durch Genickschuß und forderte dann Höhn auf, den nächsten Delinquenten zu erschießen. Der Angeklagte Höhn kam dieser Aufforderung nach und erschoss den folgenden Delinquenten, der auf die Anweisung des in dem Erschießungsraum diensttuenden SS-Angehörigen arglos vor dem Schießschlitz Aufstellung genommen hatte, hinterrücks durch einen Genickschuß. In der Folgezeit tötete der Angeklagte Höhn in wenigstens drei weiteren Fällen aus eigener Entschließung, nämlich,

um dem 2. Rapportführer Palmier, der, als Rapportführer vom Dienst mit der Durchführung der Erschießungen beauftragt, aus moralischen und nervlichen Gründen hierzu ausserstande war, diese Aufgabe abzunehmen, jeweils mindestens zwei Delinquenten in gleicher Weise. Endlich erschoss der Angeklagte Böhm eigenhändig einen weiteren Häftling in der geschilderten Weise, um den 3. Schutzhaftlagerführer, den SS-Obersturmführer Körner, in die Genickschußanlage einzuweisen und ihn zur Durchführung der dort vorgenommenen Tötungen anzuleiten. Der Angeklagte war sich in allen diesen Fällen darüber klar, daß nach den diese Hinrichtungen betreffenden allgemeinen Dienstvorschriften die eigenhändige Erschießung der Delinquenten nicht zu den Aufgaben des die Hinrichtung^{en} leitenden Schutzhaftlagerführers gehörte, er also zur eigenhändigen Vornahme der Erschießungen nicht verpflichtet war.

Der Angeklagte Böhm hat sich an der Erschießung der zum Zwecke der Tötung in das Konzentrationslager Sachsenhausen überführten Delinquenten zunächst in der Weise beteiligt, daß er mindestens 40 Delinquenten vom Tor des Schutzhaftlagers abholte und wissend, daß und auf welche Weise sie getötet werden sollten und würden, zum Krematoriumsgebäude führte, sie dort unter dem Vorwand, sie müßten eine ärztliche Untersuchung über sich ergehen lassen, veranlaßte, sich im Umkleideraum ihrer Kleider zu entledigen, selbst - nachdem er sich einen weißen Arztmantel übergezogen hatte - die Durchführung der ärztlichen Untersuchung vortäuschte und die Delinquenten sodann in den Erschießungs-

raum schickte, wo sie, wie er wußte, vor dem Meßstreifen stehend, hinterrücks erschossen wurden. Darüber hinaus hat der Angeklagte bei mindestens 3 Exekutionen insgesamt wenigstens 10 Delinquenten vom Schießraum aus durch den Mauerschlitze an der Meßvorrichtung eigenhändig durch Genickschuß getötet, obwohl er, wie er wußte, die Erschießungen nicht selbst vorzunehmen brauchte, sondern sich hierzu der ihm unterstellten Blockführer bedienen konnte.

Der Angeklagte Hempel hat sich auf Veranlassung des Angeklagten Böhm an wenigstens drei derartiger Exekutionen, denen insgesamt mindestens 9 Delinquenten zum Opfer gefallen sind, dergestalt beteiligt, daß er die Delinquenten jeweils vom Lagertor zum Krematorium begleitete, im Umkleideraum ihr Ausziehen überwachte und sie sodann, wissend, daß sie arglos darauf vertrauten, durch einen Arzt untersucht zu werden, und daß sie von dem ihm bekannten Bevorstehen ihrer Erschießung keine Kenntnis hatten, einzeln und nacheinander in den "Untersuchungsraum" und von dort in den Erschießungsraum schickte.

Sämtliche drei Angeklagten sind geständig, an der Erschießung der zum Zwecke der Tötung in das Konzentrationslager Sachsenhausen überstellten Delinquenten in der vorstehend festgestellten Weise und in dem dort angegebenen Umfange mitgewirkt zu haben.

Der Angeklagte Höhn läßt sich im einzelnen wie folgt ein:
In der Zeit vom Herbst 1943 bis Ende 1944, nämlich bis zu dem Zeitpunkt, in welchem das Erschießungskommando Moll

aus dem Lager Auschwitz in Sachsenhausen eingetroffen sei und die Exekutionen übernommen habe, sei eine große Anzahl, insgesamt aber nicht mehr als 100 auf Anordnung des Reichssicherheitshauptamtes in das Konzentrationslager Sachsenhausen zur Exekution überstellte Delinquenten, im Industriebhof des Lagers hingerichtet worden. Die überwiegende Mehrzahl dieser Hinrichtungen sei durch Erschießen erfolgt. Die Erschießungen seien unter der Leitung des jeweils diensthabenden Schutzhaftlagerführers durch den Rapportführer vom Dienst - der sich wiederum zur Ausführung der Exekution eines Blockführers habe bedienen können - in der Genickschußanlage des Krematoriums durchgeführt worden, wohin die zu exekutierenden Delinquenten einzeln oder in Gruppen von je 2 bis 4 Leuten gebracht worden seien. Die Delinquenten seien in die Annahme versetzt worden, ihnen stehe eine ärztliche Untersuchung bevor; sie hätten sich jeweils im Umkleideraum des Krematoriumsgebäudes entkleiden müssen und seien sodann, und zwar in der Regel durch einen SS-Arzt, daraufhin untersucht worden, ob sie goldene Plomben oder goldenen Zahnersatz im Munde hätten; sofern dies der Fall gewesen sei, seien sie durch ein Farbkreuz auf der Brust entsprechend gekennzeichnet worden. Nach dieser Untersuchung seien sie vor den Meßstreifen in der Genickschußanlage geführt worden und dort, ohne daß sie das Bevorstehen ihrer Erschießung geahnt oder gar erkannt hätten, durch einen Genickschuß getötet worden.

Er, der Angeklagte, habe in seiner Eigenschaft als diensthabender Schutzhaftlagerführer die Exekution von etwa 30

Delinquenten geleitet, von denen eine kleine Anzahl gehängt, bei weitem die meisten aber in der geschilderten Weise erschossen worden seien. Erstmalig sei er von dem 1. Schutzhaftlagerführer Kolb im Herbst 1943 mit der Leitung einer Erschießung beauftragt worden. Kolb habe ihn zu der Erschießungsanlage begleitet und, um ihn, den Angeklagten, anzuleiten, den ersten der hinzurichtenden Häftlinge selbst ^{und} erschossen. Sodann habe er, Höhn, auf Geheiß von Kolb in dessen Gegenwart den zweiten, möglicherweise auch den dritten Delinquenten durch Genickschuß getötet. Abgesehen von diesem Fall habe er in drei weiteren Fällen selbst die zu exekutierenden Häftlinge erschossen. Es sei dies in jenen Fällen geschehen, in denen der zweite Rapportführer Palmier als Rapportführer vom Dienst eingeteilt gewesen sei und deswegen die Erschießungen habe selbst durchführen oder einen Blockführer zu ihrer Durchführung habe einteilen müssen. Palmier sei dieser seiner Aufgabe seelisch und nervlich nicht gewachsen gewesen, ihm sei der Schweiß ausgebrochen, er habe gezittert und weder zu schießen noch Anordnungen zu erteilen vermocht. Er, der Angeklagte Höhn, habe deshalb an seiner Stelle geschossen. Das sei dreimal der Fall gewesen, wobei er jeweils zwei Delinquenten erschossen, Er habe sich nämlich als Vorgesetzter verpflichtet gefühlt, selbst das zu leisten, was er von seinen Untergebenen verlangt habe, und er wäre nach seiner Überzeugung ein schlechter Vorgesetzter gewesen, wenn er das, was er von Palmier gefordert habe, nicht selbst zu tun bereit gewesen wäre. Endlich habe er, als er den 3. Schutzhaftlagerführer, SS-

Obersturmführer Körner, in den Betrieb der Erschießungsanlage eingewiesen und ihm zu diesem Zweck auch die Erschießung von Delinquenten vorgeführt habe, einen weiteren Delinquenten vom Schießraum aus durch Genickschuß getötet. Insgesamt habe er in der geschilderten Weise etwa 8 bis 9 Delinquenten eigenhändig erschossen, nämlich mindestens einen auf Anweisung Kolbs, sechs anstelle Palmiers und einen bei der Einweisung Körners.

Der Angeklagte Böhm gibt an, er habe sich seit Spätherbst 1943 an der Erschießung überstellter Delinquenten selbst beteiligt. Der SS-Oberscharführer Krämer habe ihn zu den Erschießungen angeleitet. Bei den ersten 3 bis 4 Exekutionen, denen er gemeinsam mit Krämer beigewohnt habe, habe er nur zugeschaut; dann habe Krämer ihn aufgefordert, auch selbst zu schießen. Diese Aufforderung habe er befolgt. Insgesamt habe er ungefähr bei 3 bis 4 Exekutionen Delinquenten eigenhändig erschossen und hierbei wenigstens 10 Menschen durch Genickschuß getötet.

Die meisten der Gefangenen, die er selbst exekutiert habe, und weitere mindestens 40 Delinquenten habe er persönlich vom Lagertor abgeholt und zum Krematorium gebracht; in diesen Fällen sei er mit ^{seinem} Fahrrad langsam hinter den zum Krematorium gehenden Gefangenen hergefahren. Andere Delinquenten seien von anderen SS-Angehörigen zum Krematorium gebracht und von ihm, dem Angeklagten Böhm, dort übernommen worden. Im Krematoriumsgebäude habe er die Häftlinge unter dem Hinweis, sie würden einer ärztlichen Unter-

suchung zugeführt, sich zunächst im Umkleideraum auskleiden lassen. Dann habe er - zwischenzeitlich habe er sich einen weißen Arztmantel übergezogen - in dem neben dem Auskleideraum gelegenen Untersuchungszimmer eine ärztliche Untersuchung selbst vorgetäuscht, habe die Delinquenten hierbei die Arme heben und sich von ihnen die Hände und die Fußsohlen zeigen lassen, und bei der Untersuchung besonders darauf geachtet, ob die Häftlinge goldenen Zahnersatz im Munde trügen; wenn dies der Fall gewesen sei, habe er die Häftlinge mit einem Blaustift auf der Brust gekennzeichnet. Sodann habe er die Häftlinge einzeln nacheinander den Erschießungsraum - dessen Zweckbestimmung sie nicht erkannt hätten - betreten lassen; hier seien sie entweder von ihm oder aber von einem weiteren Rapportführer oder einem Blockführer, der ihn bei der Exekution unterstützt habe, durch den Schlitz in der Meßlatte hindurch erschossen worden. Die Leiche des jeweils Erschossenen sei sodann sofort in den neben dem Erschießungsraum befindlichen Leichenraum gebracht und der Erschießungsraum gesäubert worden, sodaß der nachfolgende Häftling von der soeben stattgefundenen Erschießung nichts bemerkt habe. Während der Exekution habe er, der Angeklagte, um den Schußknall - der, da mit einer Kleinkaliberpistole geschossen worden sei, ohnedies nicht laut gewesen sei - zu übertönen, auf einem Plattenspieler laut Marschmusik spielen lassen.

Der Angeklagte Hempel hat sich wie folgt eingelassen:

In der Zeit zwischen Sommer und Ende des Jahres 1944

habe Böhm in etwa 3 bis 4 Fällen keine Blockführer zu seiner Unterstützung bei den Exekutionen zur Verfügung gehabt. In diesen Fällen habe er ihn, den Angeklagten Hempel, zur Teilnahme an den Erschießungen mitgenommen. Er, Hempel, habe die Delinquenten jeweils vom Lagertor zum Krematorium begleitet, im Umkleideraum ihr Ausziehen überwacht und sie sodann auf ein vereinbartes Zeichen einzeln in den Untersuchungs- und ^{sodann in den} Erschießungsraum geschickt. In sämtlichen Fällen, in denen er an den Hinrichtungen teilgenommen habe, habe der Angeklagte Böhm die Delinquenten - es habe sich jeweils um Gruppen von drei bis vier Leuten gehandelt - selbst eigenhändig erschossen.

Diese Einlassungen der Angeklagten sind durch die Bekundungen der zu diesem Anklagepunkt vernommenen Zeugen ^{im wesentlichen} bestätigt und, was die Angaben der Angeklagten über die Zahl der Delinquenten anlangt, die den unter ihrer, der Angeklagten, Beteiligung durchgeführten Exekutionen zum Opfer gefallen sind, nicht widerlegt worden. Die Zeugen Rüb, Schöler, Scheil, Seipel, Flegel und Lankisch von Hoernitz haben übereinstimmend bekundet, beobachtet zu haben, daß der Angeklagte Böhm wiederholt einzelne Delinquenten und Gefangenengruppen, die von außen her zum Lagertor gebracht worden seien, dort abholt und zum Industriebhof gebracht habe. Die Zeugen Rüb und Flegel haben nach ihren Aussagen weiterhin gesehen, daß auch der Angeklagte Hempel solche Gefangene vom Lagertor zum Industriebhof geführt habe. Keiner der Zeugen hat jedoch auch nur annähernde Angaben über die Anzahl der Delinquenten machen können,

die von den Angeklagten Böhm und Hempel dergestalt zur Hinrichtung gebracht wurden. Der Zeuge Dr. med. Gaberle, der zu jener Zeit als SS-Arzt im Konzentrationslager Sachsenhausen tätig war, hat glaubhaft bekundet, er habe als diensthabender Arzt an etwa 10 Hinrichtungen in der Genickschußanlage teilgenommen, bei welchen jeweils 3 bis 8 Menschen erschossen worden seien. Von dem Untersuchungsraum im Krematoriumsgebäude aus habe er gesehen, daß auch der Angeklagte Höhn Delinquenten eigenhändig erschossen habe. Schließlich hat der Zeuge Kolb ausgesagt, von einem Nebenzimmer im Krematoriumsbau aus mehrfach beobachtet zu haben, daß die Angeklagten Höhn und Böhm, obwohl sie nach ihrer Dienststellung im Lager gemäß den für die Hinrichtungen bestehenden allgemeinen Dienstanweisungen niemals selbst hätten zu schießen brauchen, in der Genickschußanlage Delinquenten eigenhändig getötet hätten. Auch diese beiden Zeugen haben indessen nicht angeben können, wieviele Gefangenen von den Angeklagten Höhn und Böhm selbst erschossen worden sind. Es kann daher ^{hiernach} nur festgestellt werden, daß der Angeklagte Höhn insgesamt 8 zur Exekution in das Konzentrationslager Sachsenhausen überstellte Delinquenten (einen Gefangenen auf Anweisung und im Beisein des 1. Schutzhaftlagerführers Kolb, einen weiteren bei der Einweisung des 3. Schutzhaftlagerführers Körner und dreimal je zwei Gefangene an Stelle des hierzu nicht fähigen 2. Rapportführers Palmier) eigenhändig erschossen und daß er an der Erschießung von weiteren 20 Gefangenen aufsichtsführend mitgewirkt hat. Weiter ist festgestellt, daß der

Angeklagte Böhm, wie er selbst eingesteht, 10 überstellte Gefangene eigehändig durch Genickschuß getötet und an der Tötung von weiteren 40 Delinquenten dadurch mitgewirkt hat, daß er die - wie er wußte - zur Erschießung bestimmten Gefangenen vom Lagertor abholte und zur Hinrichtung in das Krematoriumsgebäude brachte, Schließlich steht fest, daß der Angeklagte Hempel an der Tötung von 9 Gefangenen (dreimal je drei) mitwirkte, indem er die Delinquenten in Kenntnis ihrer bevorstehenden Erschießung vom Lagertor zum Krematoriumsgebäude brachte, hier ihr Auskleiden überwachte und sie in den Untersuchungsraum und in den Erschießungsraum schickte. Von dem Vorwurf der dem Angeklagten Höhn von der Anklage zur Last gelegten weiteren 16 und der dem Angeklagten Böhm angelasteten weiteren 14 eigenhändigen Tötungen von zur Exekution überstellten Gefangenen waren die beiden genannten Angeklagten mangels ausreichenden Beweises freizusprechen.

b). Rechtliche Würdigung!

aa. Die Tötung sämtlicher unter der Mitwirkung der Angeklagten Höhn, Böhm und Hempel gasvergifteter und erschossener, auf Anordnung des Reichssicherheitshauptamtes zum Zwecke der Exekution in das Konzentrationslager Sachsenhausen überstellter Gefangener war rechtswidrig. Ihre Widerrechtlichkeit beurteilt sich nicht anders als die oben unter C II b) aa) festgestellte Rechtswidrigkeit der Hinrichtungen von Häftlingen vor der versammelten Lagerbelegschaft; auf jene Ausführungen dieses Urteils wird daher Bezug genommen.

zur
bb. Die/Hinrichtung überstellten Gefangenen sind auf heimtückische Weise, nämlich unter Ausnutzung ihrer Arg- und Wehrlosigkeit, getötet worden. Wenn den Delinquenten oder einigen von ihnen auch bei ihrer Überstellung in das Konzentrationslager Sachsenhausen eröffnet oder auf andere Weise zur Kenntnis gelangt sein mag, daß die Einweisung zum Zwecke ihrer Tötung angeordnet war, so war ihnen doch der Zeitpunkt ihrer Tötung wegen der geflissentlichen Täuschung, welcher sie auf Anordnung des Reichssicherheitshauptamtes durch die mit der Durchführung der Exekutionen betrauten SS-Angehörigen des Schutzhaftlagers Sachsenhausen ausgesetzt wurden, bis zum Augenblick der tatsächlichen Vernichtung ihres Lebens verborgen geblieben. Diejenigen Gefangenen, die in der Gaskammer durch Gasvergiftung getötet wurden, befanden sich, als sie die Gasvernichtungsanlage betraten, und sich damit dem von der SS-Führung beabsichtigten Angriff auf ihr Leben aussetzten, in der durch die bewußt wahrheitswidrigen Angaben ihrer SS-Bewachungsmannschaften hervorgerufenen irrtümlichen Annahme, sie seien im Begriff, sich einer ihr Leben und ihre Gesundheit nicht bedrohenden Körperreinigung zu unterziehen. Die in der Genickschußanlage durch Erschießen getöteten Delinquenten waren, als sie sich auf Geheiß des in dem Erschießungsraum diensttunenden SS-Angehörigen vor die "Meßeinrichtung" stellten und dadurch der Waffe des für sie nicht erkennbar schußbereit im Schießraum auf die geflissentlich vorbereitete Gelgenheit zur Abgabe des Genickschusses wartenden SS-Schützen preisgaben, der durch die Erklärungen der SS-Bewachungsmannschaften er-

weckten und durch die Einrichtung und Ausstattung der Gernickschußanlage absichtlich genährten Auffassung, sich einer sie mit keinem Leibes- oder Lebensschaden bedrohenden Untersuchung auf ihren Gesundheitszustand und einer hiermit im Zusammenhang stehenden Messung ihrer Körpergröße zu unterziehen. Durch diese von den ihre Tötung anordnenden und willentlich SS-Führern wissentlich hervorgerufene Täuschung wurden sie bewogen, sich arglos, ohne Widerstreben und ohne Widerstand in diejenige Situation zu begeben, in welche sie nach dem Willen der SS-Führung versetzt werden sollten, damit ihre Tötung nach außen hin unauffällig, reibungslos und ohne Zwischenfälle durchgeführt werden konnte. Die Absicht ihrer Tötung ist den Gefangenen mithin nicht verheimlicht worden, um ihnen etwa die seelischen Qualen, die sie angesichts eines ihnen erkennbar bevorstehenden Todes erleiden würden, zu ersparen, sondern allein, weil die Taturheber es so befohlen hatten, um zu verhüten, daß die Gefangenen ihrer Exekution Widerstand entgegensetzten oder auch nur in von Todesangst ausgelöste Unruhe gerieten, die die Durchführung der Exekution^{en} zumindest erschweren oder verzögern konnte. Daß die ohnedies gegenüber den SS-Exekutionsmannschaften wehrlosen Delinquenten sich einer offenen Tötung ebenfalls hätten wenig gewaltsam widersetzten können wie der heimlich durchgeführten Vernichtung ihres Lebens, ist unter diesen Umständen bedeutungslos. Denn die Gefangenen hätten, wäre ihnen die Absicht ihrer alsbaldigen Tötung bekannt gewesen, doch jedenfalls durch Fluchtversuche, Hilferufe, Gegenvorstellungen oder körperliche Widersetzung ihre Tötung

so erschweren und solches Aufsehen im Konzentrationslager und möglicherweise auch unter der in der Nähe des Konzentrationslagers lebenden Zivilbevölkerung erregen können, daß ihre Tötung wenigstens nicht zu dieser Zeit hätte erfolgen können, möglicherweise aber sogar gänzlich hätte eingestellt werden müssen. Diese Schwierigkeiten haben die die Tötung anordnenden, dem Namen nach nicht festgestellten SS-Führer dadurch, daß die Gefangenen, ohne der ihnen drohenden Lebensgefahr gewahr zu werden, in der als Brauseanlage getarnten Gaskammer durch Gas vernichtet und in der ihnen als solche nicht erkennbaren Genickschußanlage hinterrücks erschossen wurden, vermeiden wollen und vermieden. Sie haben sich also die Arg- und Wehrlosigkeit ihrer Opfer für die Durchführung von deren Tötung zunutze gemacht, mithin heimtückisch gehandelt (BGH St 2, 151) : Die von ihnen veranlaßte Tötung der Gefangenen war daher Mord i. S. des § 211 StGB.

cc. Die Angeklagten Höhn und Böhm haben sich an der vom Reichssicherheitshauptamt angeordneten Tötung der von ihnen eigenhändig erschossenen Gefangenen als Mittäter beteiligt.

Der Angeklagte Höhn hat, wie oben unter C II b) dd, und ff, im einzelnen dargelegt und begründet worden ist, seinen dienstlichen Werdegang in Kenntnis und in der Erwartung der ihm bei weiterem dienstlichen Aufrücken bevorstehenden, ihm in allen Einzelheiten bekannten Aufgaben

genommen. Er hat insbesondere die Dienststellung eines Schutzhaftlagerführers bewußt und in voller Kenntnis dessen, daß es zu dem Zuständigkeits- und Aufgabenbereich eines Schutzhaftlagerführers gehörte, an Hinrichtungen von Häftlingen verantwortlich teilzunehmen, angestrebt und unter eifrigem Einsatz seiner Fähigkeiten sowie unter Offenbarung einer die oberen SS- von der/Führung verfolgten Ziele und durchgeführten Maßnahmen bejahenden, für die Übertragung einer derartigen Führerstellung vor- lung vorausgesetzten Geisteshaltung erreicht. Er hat weiter durch sein oben unter C II b) ee, im einzelnen festgestelltes Verhalten die ihm erteilten Befehle zum Nachteil der Häftlinge vielfach überschritten. Und schließlich ist er wie oben unter C III aufgezeigt ist, zwar in dem Bestreben, die Disziplin und Ordnung innerhalb des Schutzhaftlagers aufrecht zu erhalten,-(also nicht aus humanitären Erwägungen) der von dem Reichssicherheitshauptamt angeordneten Art der Durchführung von Häftlingstötungen gegenüber dem Lagerkommandanten energisch und auch mit Erfolg entgegengetreten, hat aber die Tötungen von Häftlingen als solche auch nach seiner eigenen Einlassung niemals Einwendungen erhoben. Mit alledem hat der Angeklagte Höhn bewiesen, daß er die Tötungen nicht aus rechtlichen oder moralischen Motiven mißbilligt hat, sondern daß sie auch mit seiner Überzeugung und seinem Willen im Einklang gestanden haben. Diese seine latente innere Einstellung hat sich bei den hier in Betracht stehenden Erschießungen zu dem Willen verdichtet, nicht nur als Gehilfe der ihm dienstlich übergeordneten, die Tötungen befehlenden SS-Führungsstellen an deren Tat mitzuwirken, sondern seinen Tatbeitrag als

einen Teil der Tätigkeit aller Verantwortlichen mit den Tötungen Befäßer dergestalt zu erbringen, daß die Handlung der Führungsstellen eine Ergänzung seines eigenen Tatanteils darstellte (BGH St 8, 393 (395)ff)). Dies ergibt sich zur Überzeugung des Schwurgerichts daraus, daß der Angeklagte Höhn, ohne auf Grund der für die Hinrichtungen bestehenden Dienstanweisungen hierzu verpflichtet zu sein, aus eigenem, auf die Förderung der Tötungen gerichteten Antrieb die Delinquenten eigenhändig erschöß. Die ihm erteilten, ihn zur Mitwirkung an den Tötungen verpflichtenden Exekutionsbefehlen ließen ihn zwar hinsichtlich des Zeitpunktes der Durchführung und des Ausganges der Tat keine selbständige Entscheidungsfreiheit; den ihm hiernach verbleibenden Teil der Tatherrschaft aber, nämlich die Entscheidung darüber, durch wen die Erschießung ausgeführt wurde, hat er dahin gebraucht, sich selbst zum Exekutanten zu bestimmen und, statt, wie es seines Amtes war, sich mit der Aufsicht über die Exekution zu begnügen, selbst die tödlichen Schüsse auf die Gefangenen abzugeben. Mit dieser seine ihm nach den ihm bekannten Dienstanweisungen zufallende Aufgabe überschreitenden aktiven und maßgeblichen Mitwirkung an der Tötung der Delinquenten hat er sich selbst bewußt aus der Rolle eines bloßen Mithelfers herausgehoben und die Tötung der Delinquenten zu seiner eigenen, gemeinsam mit den sie anordnenden oberen SS-Führung durchgeführten Tat gemacht.

An dieser Beurteilung ändert es auch nichts, daß der Angeklagte Höhn zu der ersten von ihm eigenhändig durchgeführten Erschießung eines überstellten Häftlings von dem ihm dienst-

lich vorgesetzten 1. Schutzhaftlagerführer Kolb ausdrücklich und speziell aufgefordert worden ist. Denn da die zur Regelung der Hinrichtungen erlassenen, sowohl dem Angeklagten Höhn als auch dem Zeugen Kolb bekannten allgemeinen Dienst- anweisungen den aufsichtsführenden Schutzhaftlagerführer nicht zur eigenhändigen Mitwirkung an den Erschießungen verpflichteten, hätte der Angeklagte, der, wie dargelegt ist, mit Einwendungen gegen die Anordnungen auch höherer SS- Führer nicht zurückhielt, sich der Aufforderung des 1. Schutzhaftlagerführers Kolb unter Hinweis auf die genannten Dienst- anweisungen ohne weiteres widersetzen können. Daß er dies, hätte die ihm angesonnene Handlung nicht auch in seinem eigenen freien Willen gelegen, auch mit Si- cherheit getan hätte, steht zur vollen Überzeugung des Schwur- gerichts fest. Denn es kann nach dem persönlichen Eindruck, den der Angeklagte Höhn und der Zeuge Kolb in der Hauptver- handlung hinterlassen haben, nicht zweifelhaft sein, daß Höhn gegenüber Kolb mit weitaus stärkerer Energie, größerem Selbstbewußtsein und härterem Willen ausgestattet ist und daß der Angeklagte Höhn deshalb von dem Zeugen Kolb keine dienstlichen Anweisungen widerspruchslos entgegengenommen hat, die nicht auch sein eigenes freies Einverständnis fanden, umso weniger, wenn solche dienstlichen Anordnungen bekannten allgemeinen Dienst- anweisungen höherer SS- Führungs- stellen wider- sprachen.

Auch der Angeklagte Böhm hat durch sein oben unter C III b) ee im einzelnen festgestellten Allgemeinverhalten im Schutz- haftlager Sachsenhausen, insbesondere dadurch, daß er, ohne

hierzu durch Befehl angehalten worden zu sein, Häftlinge willkürlich und brutal misshandelt und, wenn er Delinquenten zur Hinrichtung führte, eine erbarmungslose Gleichgültigkeit an den Tage gelegt hat, bewiesen, dass er den im Konzentrationslager Sachsenhausen gegenüber den eingelieferten Häftlingen verfolgten Zielen und durchgeführten Massnahmen nicht innerlich ablehnend gegenüberstand, sondern sie mit stillschweigender Billigung zur Kenntnis nahm, an ihnen mitwirkte und sich hier noch besonders eifrig hervortat. Dieser über die blossge Gehorsamsleistung hinausgehende Dienstleister in der Ausführung der ihm von den ihm vorgesetzten SS-Führern erteilten Befehle trat bei der Mitwirkung des Angeklagten Böhm an den hier erörterten Exekutionen in besonderem Masse in Erscheinung. Nach den dem Angeklagten bekannten, die Durchführung der Hinrichtungen betreffenden offiziellen Dienstanweisungen durften die Erschiessungen nur unter der Leitung eines Schutzhaftlagerführers und im Beisein eines Arztes vorgenommen werden. Diesen Erfordernissen konnte in der hier in Betracht stehenden Zeit im Schutzhaftlager Sachsenhausen nicht immer ohne Schwierigkeiten genügt werden; die Schutzhaftlagerführer waren meist wegen anderweitiger dienstlicher Inanspruchnahme für die Hinrichtungen nicht oder jedenfalls nicht alsbald verfügbar, die Lagerärzte wegen ihrer Tätigkeit im Krankenbau, die sich durch die Häftlingszugänge aus anderen Konzentrationslagern erheblich vermehrt hatte, oft unabhkömmlich. Hinzu traten erhöhter Arbeitsanfall und die Notwendigkeit organisatorischer Umdispositionen, die infolge der Übernahme fremder Häftlinge und wegen der laufenden Luftangriffe ausgelöst wurden, und die die dienstweisungsgemäss an den Häftlingerschiessungen Beteiligten von der Mitwirkung an diesen Exekutionen abzogen. - All diese Umstände waren dazu angetan, die Erschiessungen der in das Konzentrationslager -----

Sachsenhausen überstellten Delinquenten in der durch die Dienstanweisungen vorgeschriebenen Form erheblich zu erschweren und : zumindest zu verzögern. Der Angeklagte Böhm

hat sich jedoch hiermit nicht beschieden. Er hat, um den Verzögerungen bei der Tötung der Delinquenten entgegen zu wirken und Erschwernissen und ihre alsbaldige Erschießung herbeizuführen,

die ihm bekannten Dienstanweisungen eigenmächtig außer acht gelassen und aus eigener freier Entschließein von diesen Anweisungen abweichendes, vereinfachtes, jeden Aufschub vermeidendes Hinrichtungsverfahren eingeschlagen :

Nicht nur hat er in Ausnutzung der ihm bei den Hinrichtungen der überstellten Häftlinge durch die Dienstanweisungen zugewiesenen, eng umgrenzten Tatherrschaft sich für die eigenhändige Erschießung der Häftlinge, zu welcher er nicht verpflichtet war, entschieden, sondern er hat sich darüber hinaus dadurch eine ihm nach den Dienstvorschriften nicht zustehenden Tatherrschaft angemaßt, daß er von der dienstweisungsgemäß erforderlichen Zuziehung des diensthabenden Schutzhaftlagerführers zu den von ihm durchgeführten Exekution^{en} absah, die Hinrichtung in eigener, sich selbst zugelegter Zuständigkeit leitete und durchführte und zudem auch noch die Scheinuntersuchungen der Gefangenen in der Rolle des SS-Arztes - der nach den bestehenden Dienstanweisungen gleichfalls bei den Hinrichtungen zugegen sein mußte - selbst vornahm. Er hat also zur Gewährleitung und Beschleunigung der Durchführung der Hinrichtungen alle nach den einschlägigen Befehlen ihm gar nicht zustehenden Funktionen einschließlich derjenigen des Schützen bei den Häftlingerschießungen versehen. Ein solches Verhalten geht

Über den Tatbeitrag eines nur Befehlen gehorchenden Helfers zu fremdem Tun weit hinaus und weist den Willen des Angeklagten aus, nicht nur Beihilfe zu der von den oberen SS-Führern des Reichssicherheitshauptamtes angeordneten Erschießungen der Gefangenen zu leisten, sondern in gleicher Weise wie jene Anteil an der gemeinschaftlichen Tat zu haben. Daß der Angeklagte Böhm von diesem Willen beseelt war, findet eine zusätzliche Bestätigung in folgendem Umstand: Der Angeklagte Hempel, der als früherer engster und vertrauter Mitarbeiter des Angeklagten Böhm auch in der Hauptverhandlung keine Umstände hat erkennen lassen, die geeignet wären, die Annahme zu rechtfertigen, er belaste Böhm der Wahrheit zuwider, hat glaubhaft angegeben: Der Angeklagte Böhm habe sich auf der Schreibstube in Gegenwart von Hempel in Bezug auf die Erschießung der zur Tötung in das Konzentrationslager Sachsenhausen überstellten Delinquenten darüber beklagt, daß Höhn ihm zuviele der zu erschießenden Gefangenen wegnehme, und er habe dabei geäußert, er, der Angeklagte, Böhm, "mache die Erschießungen lieber selber."

Im übrigen, also soweit nicht die von den Angeklagten Höhn und Böhm eigenhändig vorgenommenen Erschießungen in Betracht stehen, haben die Angeklagten Höhn, Böhm und Hempel durch ihre Beteiligung an den Vergasungen und Erschießungen der überstellten Häftlinge Beihilfe zum Mord geleistet: Alle drei Angeklagten haben in Kenntnis dessen, daß und unter welchen Umständen die Gefangenen widerrechtlich getötet wurden, an den Tötungen teilgenommen: Der Angeklagte Höhn hat als aufsichtführender Schutzhaftlagerführer, ohne dessen Mitwirkung die

die Tötungen nicht den gegebenen Dienstvorschriften gemäß hätten durchgeführt werden können und - wie die Tatsache beweist, daß mit der Vergasung der 8 Ostarbeiter erst begonnen wurde, als der Angeklagte Höhn im Krematoriumsgebäude eintraf - auch nicht durchgeführt werden sollten, die in seiner Gegenwart erfolgten Exekutionen geleitet. Der Angeklagte Böhm hat als - wie er wußte, zur dienstordnungsgerechten Durchführung der Exekution gleichfalls unerläßlicher - Rapportführer vom Dienst der Gasvernichtung der 27 Ostarbeiterinnen beigezogen und (mindestens) 40 zur Erschießung bestimmte Gefangene in Kenntnis dieser Bestimmung vom Schutzhaftlagertor abgeholt und zur Exekution in das Krematoriumsgebäude im Industriebhof gebracht. Der Angeklagte Hempel endlich hat (mindestens) 9 Delinquenten vom Lagertor zum Krematoriumsgebäude transportiert, hier ihr Auskleiden überwacht und sie zur Exekution in den Erschießungsraum geschickt. Mit diesen Handlungen haben alle drei Angeklagten den für die Ermordung der Gefangenen Verantwortlichen wissentlich und willentlich durch die Tat Hilfe geleistet (§ 49 Abs. 1 StGB). Daß sie darüber hinaus an diesen Tötungen sich als Mittäter beteiligt hätten, war indessen nicht mit Sicherheit festzustellen. Denn die Angeklagten haben insoweit durch die diese ihre Mitwirkung anordnenden Befehle gesteckten Handlungsrahmen nicht überschritten und auch im übrigen nicht erkennen lassen, daß sie nicht nur den die Tötungen anordnenden Führungsstellen bei der Ausführung der Tötungen Hilfe leisten, sondern darüber hinaus einen demjenigen der befehlenden Vorgesetzten gleichwertigen Tatbeitrag erbringen wollten.

dd. Hiernach hat sich der Angeklagte Höhn der Mittäterschaft am Mord in 8 Fällen und der Angeklagte Böhm der Mitäterschaft am Mord in 10 Fällen schuldig gemacht. Wenn auch mangels näherer Feststellungen hierzu nicht ausgeschlossen werden kann, daß die Tötung der 8 von dem Angeklagten Höhn und der 10 von dem Angeklagten Böhm eigenhändig erschossenen Gefangenen im Reichssicherheitshauptamt durch einen einzigen, sämtliche Tötungen umfassenden Befehl, also durch einen einheitlichen Willens- und Handlungsakt angeordnet worden ist, ^{so} steht doch die Tatsache, daß die von Höhn und Böhm als Mittätern durchgeführten Erschießungen als solche mehrere im tatsächlichen Sinne selbständige Handlungsakte darstellen, und die Höchstpersönlichkeit des jeweils verletzten Rechtsgutes, nämlich des Lebens der Häftlinge, der Annahme einer einheitlichen Handlung im Sinne des § 73 StGB entgegen. Die Mordhandlungen, an denen sich die Angeklagten Höhn und Böhm ^{als Mittäter} beteiligt haben, stehen daher zueinander im Verhältnis der Tatmehrheit (§ 74 StGB) (BGH St 1, 20). Demgegenüber muß mangels gegenteiliger Feststellungen zugunsten der Angeklagten davon ausgegangen werden, daß die Tötungen, zu welchen die Angeklagten Höhn, Böhm und Hempel Beihilfe geleistet haben, von den Tätern, nämlich den namentlich nicht bekannten Führern im Reichssicherheitshauptamt, durch eine einheitliche, sämtliche Tötungen umfassende Willensbetätigung angeordnet worden sind, jeder der Angeklagten ^{mithin} den Tätern zu jeweils nur einer Tötungshandlung (begangen an mehreren Personen) Beihilfe geleistet hat. .

ee. Die Exekution der überstellten Delinquenten sind^{en} auf Anordnung des Reichssicherheitshauptamtes erfolgt. Die Angeklagten Höhn, Böhm und Hempel haben mithin bei ihrer Beteiligung an diesen Tötungen auf Grund ihnen erteilter Befehle in Dienstsachen gehandelt. Sie werden jedoch hierdurch gemäß § 47 Satz 2 Nr. 2 MilStGE nicht von ihrer strafrechtlichen Verantwortlichkeit befreit, da sie bei Ausführung ihrer Taten wußten, daß die ihnen erteilten Befehle Handlungen betrafen, die die Begehung von Verbrechen bezweckten. Denn der in der Hinterlist und Heimtücke ihrer Durchführung zutage getretene Unrechtsgehalt der Tötungen war derart offenkundig und auffällig, daß er mit Sicherheit keinem der Angeklagten entgangen ist. Das Schwurgericht ist daher davon überzeugt, daß sich sämtliche Angeklagten, selbst wenn die Angeklagten Böhm und Hempel, die offenbar nicht über einen so klaren und kritischen Verstand und ein so zuverlässiges Urteilsvermögen verfügen wie der Angeklagte Höhn, die Anordnung der Tötungen an sich für rechtmäßig gehalten haben sollten, darüber zweifelsfrei klar waren, daß die angeordnete Durchführung der Vergasungen und Erschießungen nicht rechtens war und deswegen die Anordnungen die Begehung von Verbrechen bezweckten. Die Angeklagten sind daher nach dem oben unter cc. und dd. im einzelnen festgestellten Grade ihrer Beteiligung an den Tötungen, also teils als Mittäter, im übrigen als Tatgehilfen zu bestrafen.

ff. Keiner der Angeklagten Höhn, Böhm und Hempel hat sich bei der Ausführung seiner hier in Betracht stehenden Taten in der Lage des Notstandes (§§52, 54 StGB) befunden. Sie

haben sich sämtlich durch ihr (für den Angeklagten Höhn oben unter C II b) ff) für den Angeklagten Böhm oben unter C III b) ff) und für den Angeklagten Hempel oben unter C I b) ff) im einzelnen festgestelltes) Verhalten im Schutzhaftlager als willige, eifrige, aus freien Stücken gehorsame Untergebene erwiesen, und ihr Gehorsam ist ihnen auch im vorliegenden Fall nicht durch die mit den ihnen erteilten Befehlen verbundene generelle Strafdrohung wegen Ungehorsams abgenötigt worden.

gg. Endlich hat zur Zeit der hier erörterten Straftaten bei keinem der Angeklagten die Voraussetzung des § 51 Abs. 1 oder 2 StGB vorgelegen. Daß weder der Angeklagte Höhn, noch der Angeklagte Böhm, noch der Angeklagte Hempel während ihrer Tätigkeit im Schutzhaftlager Sachsenhausen, also auch zur Zeit ihrer Mitwirkung an den hier in Betracht stehenden Morden, an Geistesschwäche oder krankhafter Störung der Geistestätigkeit gelitten hat, ist für den Angeklagten Höhn unter C II b) gg, für den Angeklagten Böhm unter C III b) gg und für den Angeklagten Hempel unter C I b) gg) im einzelnen dargelegt und begründet worden. Auf diese Ausführungen wird Bezug genommen. Dafür, daß einer der Angeklagten zur Zeit der hier erörterten Taten an einer Bewußtseinsstörung gelitten hätte, sind keinerlei Anhaltspunkte hervorgetreten. Es ist daher festzustellen, daß die Zurechnungsfähigkeit sämtlicher drei Angeklagten weder ausgeschlossen noch vermindert war.

Nach alldem haben sich schuldig gemacht: Der Angeklagte Höhn der Beihilfe zum Mord an 8 Gefangenen (Fall 1), des Mordes in 8 Fällen und der Beihilfe zum Mord an 20 Gefangenen (Fall 4); der Angeklagte Böhm der Beihilfe zum Mord an 27 Gefangenen (Fall 2), des Mordes in 10 Fällen und der Beihilfe zum Mord an 40 Gefangenen (Fall 3); der Angeklagte Hempel der Beihilfe zum Mord an 9 Gefangenen (Fall 3).

V. Erschießung zweier Häftlinge.

1. Die Anklage beschuldigt den Angeklagten Böhm, im Spätsommer 1944 einen deutschen, namentlich nicht festgestellten Häftling aus dem Schutzhaftlager zum Industriebhof gebracht zu haben. Der Häftling habe gezögert, mit Böhm zu gehen, und ihm erklärt, er wisse genau, was man mit ihm vorhabe. Böhm habe den Häftling zum Mitkommen ermuntert und ihm erklärt, er wisse gar nichts. Nach etwa 45 Minuten sei der Angeklagte ohne den Häftling, den er im Industriebhof erschossen habe, in das Schutzhaftlager zurückgekehrt.

Der Angeklagte Böhm gibt an, er könne sich eines solchen Vorganges nicht entsinnen. Er meine aber, daß er sich, sofern sich ein solcher Vorfall ereignet hätte, an ihn müßte erinnern können.

Angesichts dieser unwiderlegten Einlassung des Angeklagten Böhm und da sich für das Schwurgericht greifbare Zeugen, die in der Lage wären, aus eigener Beobachtung zu bekunden, daß der genannte Häftling tatsächlich im Industriebhof getötet worden ist, nicht haben ermitteln lassen, reicht das

Beweisergebnis zu einer Verurteilung des Angeklagten nicht aus. Der Angeklagte Böhm mußte daher in diesem Punkte der Anklage wegen Mangels an Beweisen freigesprochen werden.

2. Dem Angeklagten Böhm wird von der Anklage weiter zur Last gelegt, am 14. März 1945 einen aus dem Sudetenland stammenden Häftling namens Hollmann vom Lagertor abholt und den sich sträubenden Häftling auf dem Wege zum Industriebhof, um ihn zum Mitgehen zu zwingen, in die Kniekehlen getreten und ihn schließlich im Industriebhof eigenhändig erschossen zu haben.

Der Angeklagte Böhm läßt sich ein, er könne sich auch an einen solchen Vorfall nicht erinnern. Da er meine, daß ein derartiger Vorgang, hätte er sich ereignet, in seinem Gedächtnis haften geblieben wäre, nehme er an, daß der in der Anklage gegen ihn erhobene Vorwurf ihn tatsächlich zu Unrecht treffe. Der Zeuge Dr. Adametz hat bekundet, den Häftling Hollmann, mit dem er in der gleichen Baracke gelebt habe, sehr gut gekannt zu haben. Wie er gehört habe, sei Hollmann wegen konspirativer Verbindungen zu Otto Strausser durch das SS-Gericht Schmargendorf zum Tode verurteilt worden. Wie er exekutiert worden sei, habe er nicht beobachtet. Er habe nur am Abend nach der Exekution - von wem, wisse er nicht mehr - gehört, ein Rapportführer habe Hollmann über den Appellplatz in einen Keller gebracht; hierbei habe Hollmann versucht, sich zu wehren, und sei daraufhin getreten und sodann erschossen worden. Der Zeuge Kriesche hat ausgesagt, Anfang

März 1945 sei der Häftling Hollmann, mit dem erpersönlich befreundet gewesen sei, zum Tor gerufen worden. Er, der Zeuge, und seine Mithäftlinge hätten angenommen, Hollmann bekomme Besuch. Eine Zeitlang hätten sie Hollmann noch am Tor stehen sehen, dann sei er plötzlich verschwunden gewesen. Von einem Mithäftling namens Staude habe er, der Zeuge, später erfahren, Hollmann sei von dem Angeklagten Böhm zum Industriehof gebracht worden. Unterwegs habe er sich widersetzt, es sei zwischen ihm und Böhm zu einer tätlichen Auseinandersetzung gekommen, wobei Böhm Hollmann getreten und mit der Pistole geschlagen habe. Schließlich habe Böhm den Häftling Hollmann mit dem Ellenbogen in die Tür des Krematoriumsgebäudes gedrückt. Unmittelbar darauf seien zwei Schüsse gefallen. Hollmann sei seither nicht wieder gesehen worden. Einige Tage nachdem er, der Zeuge, dies erfahren habe, sei er mit Böhm zusammengetroffen, und dieser habe ihn gefragt, warum er so ernst aussähe; er, der Zeuge, habe geantwortet, er sei bedrückt, weil sein bester Freund, Hollmann, durch Böhms Hand zu Tode gekommen sei; das sei doch zu dieser Zeit nicht mehr nötig gewesen. Böhm habe ihn darauf ^{hin} angefahren, er solle den Mund halten, sonst gehe es ihm ebenso.

Das Schwurgericht hat aus diesem Ergebnis der Beweisaufnahme nicht die zu einer Verurteilung des Angeklagten Böhm erforderliche Gewißheit davon zu erlangen vermocht, daß Böhm sich im Sinne der Anklage schuldig gemacht habe. Wenn auch auf Grund der beiden Zeugenaussagen unbedenklich davon ausgegangen werden kann, daß der Häftling Hollmann Anfang März 1945 im Konzentrationslager Sachsenhausen zu Tode gekommen

ist, so bilden die beiden Bekundungen keine hinreichende Grundlage für die Feststellung, daß der Angeklagte Böhm den Häftling Hollmann selbst erschossen oder an seiner Tötung mitgewirkt habe. Etwas derartiges hat keiner der beiden Zeugen aus eigener Wahrnehmung angeben können; der Zeuge Dr. Adametz hat nach seiner Aussage von der Tötung durch einen ihm nicht mehr ^{Mit-}erinnerlichen Häftling erfahren, doch ist ihm bei der Darstellung der Tötung der Name des Angeklagten Böhm nicht im Zusammenhang mit der Erschießung genannt worden. Aus seiner Bekundung kann daher gegen den Angeklagten Böhm nichts hergeleitet werden. Der Zeuge Kriesche hat zwar nach seiner Aussage von seinem Mithäftling Staude - der im Rahmen dieses Verfahrens nicht hat ermittelt werden können - gehört, dieser habe beobachtet, daß Böhm den Häftling Hollmann zum Industriebauhof gebracht habe und hierbei in eine tätliche Auseinandersetzung mit ihm geraten sei; sein, des Zeugen, Gewährsmann habe daraus, daß unmittelbar nachdem Hollmann von Böhm in die Tür des Krematoriumsgebäudes gedrückt worden sei, zwei Schüsse gefallen seien und man Hollmann später nicht wieder gesehen habe, geschlossen, daß Böhm den Häftling erschossen habe. Diese Darstellung ist indessen zu ungewiß und mit Rücksicht darauf, daß der Häftling Staude nicht hat ermittelt werden können, das Schwurgericht mithin seine Glaubwürdigkeit nicht zu beurteilen vermochte, nicht so zuverlässig, daß allein auf Grund ihrer mit der zur Verurteilung des Angeklagten Böhm erforderlichen Sicherheit festgestellt werden könnte, daß Böhm tatsächlich an der Tötung des Häftlings Hollmann beteiligt war oder ihn sogar selbst erschossen hat. Hieran ändert es auch nichts, daß Böhm nach

der Bekundung des Zeugen Kriesche diesem auf seine oben wiedergegebene Äußerung mit den Worten über den Mund gefahren ist, er solle den Mund halten, sonst ergehe es ihm ebenso. Diese Antwort zwingt nämlich nicht zu dem Schluß, daß der Angeklagte Böhm durch sie seine Schuld indirekt eingestanden habe; sie läßt sich zwanglos auch dahin deuten, daß der Angeklagte den versteckten Vorwurf des Zeugen - ohne Rücksicht auf dessen inhaltliche Richtigkeit - als ungebührlich empfunden hat, deswegen über ihn ungehalten war und mit seiner Äußerung ihm, ohne sachlich auf den Vorhalt einzugehen, lediglich Schweigen gebieten wollte.

Unter diesen Umständen kann eine Beteiligung des Angeklagten Böhm an der Tötung des Häftlings Hollmann nicht mit einer jeden vernünftigen Zweifel ausschließenden Sicherheit festgestellt werden; der Angeklagte Böhm war daher auch von dem gemachten Vorwurf mangels Beweises ihm von diesem Punkte der Anklage/freizusprechen.

VI. Erschießung von 82 Häftlingen in der Nacht vom
31. Januar zum 1. Februar 1945.

a). Tatsachenfeststellung.

Von Anfang des Jahres 1945 an befaßten sich die für die Verwaltung und Leitung der Schutzhaftlager verantwortlichen SS-Führungsstellen konkret mit Erwägungen über die Frage einer für den Fall des zu jener Zeit bereits absehbaren Heranrückens russischer Truppen erforderlichen Räumung des Konzentrationslagers Sachsenhausen. Im Konzentrationslager Sachsen-

an
selbst fanden von dieser Zeit nahezu an jedem Sonntagmorgen im Kasino dieses Thema betreffende Besprechungen des Kommandanten mit den Abteilungsleitern und Chargierten des Lagers statt. Bei diesen Besprechungen setzte der Lagerkommandant Kaindl die ihm untergebenen SS-Führer davon in Kenntnis, daß die Räumung des Lagers von den in ihm inhaftierten Häftlingen unumgänglich erforderlich sei, weil der Feldkommandant von Berlin in den nahezu 80.000 Häftlingen, die im Konzentrations-
und den ihm angeschlossenen Neben- und Außenlagern
lager Sachsenhausen festgehalten wurden, eine Gefahr für die von ihm zu treffenden Maßnahmen zur Verteidigung der Stadt Berlin erblicke. Gleichzeitig gab Kaindl bekannt, das Reichssicherheitshauptamt habe geplant, das Lager durch Bombenabwurf oder durch Artilleriebeschuß zu zerstören und sämtliche inhaftierten Häftlinge auf diese Weise zu töten. Auch sei der Plan erwogen worden, das gesamte Lager zu unterminieren und es im Fall der Annäherung russischer Truppen samt den Häftlingen in die Luft zu sprengen. Diese Vernichtungspläne, denen die SS-Führer des Konzentrationslagers Sachsenhausen nachdrücklich widersprachen, wurden in der Folgezeit aufgegeben; an ihrer Stelle faßte die Inspektion der Konzentrationslager auf Anregung des Leiters des Erschießungskommandos Moll den Gedanken ins Auge, die Häftlinge des Konzentrationslagers an einem außerhalb des Lagers gelegenen geeigneten Ort zu erschießen, die Leichen mit Benzin zu übergießen und zu verbrennen und die Überreste zu vergraben. Auch dieser Plan erwies sich indessen als undurchführbar, da der Lageradjutant Wessel, der gemeinsam mit Moll von dem Kommandanten Kaindl mit der Erkundung eines geeigneten Geländestückes beauftragt war - der zunächst an Stelle von Wessel zur Durchführung

der Erkundung vorgesehene Angeklagte Höhn hatte sich diesem Auftrag zu entziehen gewußt -, kein für die nach außen hin unauffällige Erschießung einer großen Zahl von Häftlingen geeignetes Geländestück in der näheren Umgebung des Konzentrationslagers Sachsenhausen hatte finden können. Mit Rücksicht hierauf gaben die SS-Führungsstellen den Plan, die Häftlinge des Konzentrationslagers Sachsenhausen im Falle der Annäherung sowjetrussischer Truppen sämtlich zu vernichten, auf; sie faßten stattdessen den Entschluß, das Lager zu Evakuieren. Der dem Wachkommando angehörende SS-Hauptsturmführer Petry wurde mit der Vorbereitung der Evakuierung nach "Mittelbau", einem in Mitteldeutschland geplanten Sammellager, beauftragt. Petry arbeitete den Evakuierungs- und Marschplan aus und legte ihn dem Lagerkommandanten vor. Da jedoch inzwischen die amerikanischen Streitkräfte auf Mitteldeutschland vorgestossen waren, ließ sich auch die Durchführung dieses Planes nicht mehr verwirklichen. Die Kommandantur faßte nunmehr eine Evakuierung der Häftlinge des Lagers in den Raum von Norddeutschland ins Auge, und das Reichssicherheitshauptamt billigte diesen Entschluß. Es wies die Lagerführung an, zur Erleichterung der Evakuierung den Häftlingsbestand durch die Tötung und die Verlegung von Häftlingen in von den Vorrückenden ^{Feindkräften}/weniger bedrohte Konzentrationslager vorsorglich zu dezimieren, und erteilte konkrete Anweisungen bezüglich der im Falle einer Evakuierung zu treffenden Maßnahmen. Zu diesen Anordnungen zählte unter anderem auch die Festlegung von bestimmten, dem jeweiligen Gefahrengrad, für welchen sie vorgesehen waren, entsprechenden Alarmstufen und der für den Fall ihrer

Auslösung von der Lagerführung zu treffenden Maßnahmen.

Am Abend des 31. Januar 1945 befahl der Lagerkommandant Kaindl sämtliche Einheitsführer der Leitung des Konzentrationslagers Sachsenhausen überraschend zu einer Besprechung zu sich und gab die Auslösung der Alarmstufe "Scharnhorst" bekannt. Diese Alarmstufe, die für den Fall vorgesehen war, daß die russischen Streitkräfte so nahe an Berlin herangekommen waren, daß besondere Verteidigungsmaßnahmen erforderlich wurden, war nach dem Inhalt des Alarmplanes mit der Anweisung verbunden, etwa 200 Häftlinge des Schutzhaftlagers Sachsenhausen, die in einer in der Hand des Kommandanten befindlichen Liste namentlich benannt waren und für den Fall einer Evakuierung des Lagers als besonders gefährlich galten - es handelte sich um Häftlinge, die wegen Widerstandes in das Konzentrationslager eingeliefert worden waren und von denen man daher bei der Durchführung der Evakuierung Störaktionen oder sonstige Widersetzlichkeiten befürchtete, und solche, die auf Grund ihrer Funktionen, welche sie im Lager bekleidet hatten, einen umfassenden und genauen Einblick in die im Konzentrationslager herrschenden Verhältnisse gewonnen hatten und die daher, falls sie in die Hand der Feinstruppen gerieten, in der Lage waren, der Weltöffentlichkeit Aufschluß über die im Konzentrationslager begangenen Verbrechen zu geben - zu vernichten.^d
Der Lagerkommandant Kaindl machte die bei ihm erschienen^{en} SS-Führer, unter denen sich der Adjutant Wessel, der 1. Schutzhaftlagerführer Kolb, der Angeklagte Höhn, der Leiter der politischen Abteilung, Erdmann, und die Kompanieführer^{des}

Wachbataillons befanden, mit dieser Anordnung bekannt und übergab dem Angeklagten Höhn die die Namen der zu tötenden Häftlinge enthaltende Liste mit dem Befehl, die in ihr bezeichneten Leute am Lagertor zu stellen und ihren Abtransport zur Erschießung im Industriebhof vorzubereiten.

Der Angeklagte Höhn setzte den Angeklagten Böhm als den diensthabenden Rapportführer über den Gegenstand der bevorstehenden Vernichtungsaktion in Kenntnis und erteilte ihm den Befehl, die für ihre Durchführung, insbesondere für das Zusammenholen der Häftlinge zum Lagertor erforderlichen Blockführer einzuteilen und ihnen ihre Aufgaben zuzuweisen, sowie, im Anschluß hieran am Lagertor die Identität der zum Abtransport zur Erschießung herangeholten Häftlinge mit denjenigen, die auf der ~~xxx~~ ihm von dem Lagerkommandanten übergebenen Namensliste bezeichnet waren, zu überprüfen. Während der Angeklagte Böhm den ersten Teil dieses Befehls (Einteilung und Einweisung der Blockführer) ausführte, bildeten die SS-Mannschaften des Wachbataillons eine doppelte Postenkette vom Lagertor zur Erschießungsanlage im Industriebhof, durch welche die zur Erschießung bestimmten Häftlinge vom Lagertor aus ihre Erschießung zugeführt werden sollten. Inzwischen zog der Angeklagte Hempel auf Befehl des Angeklagten Höhn in seiner Schreibstube nach der ihm übergebenen Namensliste der Kommandantur die Karteikarten der zu exekutierenden Häftlinge heraus und übertrug die in ihnen enthaltenen Personalangaben nach Name und Nummer der jeweiligen Häftlinge auf eine von ihm selbst neu angefertigte Liste. Der Angeklagte Höhn überprüfte die Über-

einstimmung der in der Liste der Kommandantur angegebenen Häftlinge mit denjenigen, für die Hempel die Karteikarten gezogen hatte, und gab hiernach die Karteikarten an die Blockführer heraus, die auf Grund ihrer die bezeichneten Häftlinge aus ihren Blocks heraus- und zum Lagertor zusammenholten. Dieses Zusammenholen stieß, da die Baracken, in welchen die bezeichneten Häftlinge untergebracht waren, sich aus der in der Rapportführerschreibstube geführten Häftlingskartei nicht ergaben und deswegen erst an Hand der in der Häftlingsschreibstube geführten Karteikarten ermittelt werden mußten, auf verzögernde Schwierigkeiten und ging daher nur stockend vor sich, so daß jeweils immer nur kleinere Häftlingsgruppen in größeren zeitlichen Abständen zum Lagertor gebracht werden konnten. Als der Angeklagte Hempel in der geschilderten Weise etwa 50 Häftlingskarteikarten gezogen und die auf ihnen bezeichneten Personalien in die von ihm gefertigte Liste übertragen hatte, befahl ihn der Angeklagte Böhm, der sich inzwischen, der Anweisung des Angeklagten Höhn entsprechend, zur Identitätskontrolle der vorgeführten Häftlinge in die im Kommandanturbereich gelegene rückwärtige Blockführerstube begeben hatte, mit der von ihm angefertigten Liste zu sich, Während ein anderer, namentlich nicht festgestellter Schreiber an Stelle von Hempel in der Aussonderung der Karteikarten und der listenmäßigen Zusammenstellung der Häftlingspersonalien fortfuhr und der Angeklagte Höhn weiterhin die Richtigkeit der gezogenen Karteikarten an Hand der ihm von dem Lagerkommandanten übergebenen Namensliste überprüfte, stellten die Angeklagten Böhm und Hempel in der Blockführerstube

am Lagertor die Identität der ihnen von den Blockführern aus dem Lager zugeführten Häftlinge mit den in der Liste des Angeklagten Hempel bezeichneten fest, Hempel hakte die Namen der vorgeführten Häftlinge auf seiner Liste ab, und die Häftlinge wurden durch das von den Wachkompanien gebildete Doppelspalier zum Industriebhof geführt und in der dortigen Erschießungsanlage erschossen.

Unter den dergestalt getöteten Häftlingen befanden sich 19 luxemburgische Polizei- und Gardeangehörige, die sich geweigert hatten, den Treueid auf Hitler zu leisten, unter ihnen Robert Lamboray (Sohn der Nebenklägerin Witwe E. Lamboray), Anton Schleich (Ehemann der Nebenklägerin Frau Antony Thill) und Francois Spantz (der Vater des Nebenklägers Jean Spantz), weiterhin zwei englische Kriegsgefangene, die als Teilnehmer an einem Kommandounternehmen in die Hände der Deutschen Wehrmacht gefallen waren, russische Offiziere und mindestens ein französischer Häftling. Als nach etwa zweistündiger Dauer der Aktion gegen Mitternacht sämtliche in der von Hempel gefertigten Liste bezeichneten und weitere mehr als 30 in einer weiteren, nach Hempels Weggang aus der Schutzhaftlagerführerschreibstube angefertigten, gleich jener die Namen von 50 Häftlingen enthaltenden Liste aufgeführt^{also} te Häftlinge - insgesamt jedenfalls wenigstens 82 Häftlinge - in der geschilderten Weise von Böhm und Hempel überprüft, zum Industriebhof geführt und dort erschossen worden waren, durchbrach ein Häftling auf dem Wege zum Industriebhof den SS-Cordon und versuchte, in der nächtlichen Dunkelheit zu flüchten. Die in der Nähe aufgestellten SS-Bewachungsmann-

schaften/schossen mit ihren Feuerwaffen hinter ihm her, dabei wurde durch ein^{en} Fehlschuß ein SS-Unterführer an der Hand verwundet. Während der SS-Mann der ärztlichen Versorgung zugeführt wurde, befahl der Lagerkommandant Kaindl, dem der Unfall zur Kenntnis gelangt war, dem 1. Schutzhaftlagerführer Kolb, die Erschießungsaktion einzustellen. Kolb gab den Befehl an Böhm weiter und ordnete an, daß die Postenkette der Wachkompanie mit Rücksicht darauf, daß der geflüchtete Häftling noch nicht hatte aufgefunden werden können, noch bis zum folgenden Morgen stehen zu bleiben habe.

Als der Angeklagte Böhm den Befehl zur Einstellung der Erschießung^{en} erhielt, hatte er gerade 2 (oder 3) Häftlinge zum Abtransport in den Industriebhof abgefertigt. Diese Häftlinge waren, gleich den vor ihnen "abgefertigten", von Blockführern aus ihren Baracken geholt und zunächst am Lagertor aufgestellt worden. Sie waren sodann durch das Lagertor hindurch in die vom Kommandanturbereich aus zugängliche hintere Blockführerstube geführt worden, wo der Angeklagte Hempel ihre Namen festgestellt und auf der ihm vorliegenden Liste abgehakt hatte. Nunmehr standen sie vor der Blockführerstube im Kommandanturbereich und wären, wenn der Befehl Kaindls, die Aktion abubrechen, nicht ergangen wäre, ohne weiteres von den nächsten zur Verfügung stehenden Blockführern durch das Spalier der SS-Wachmannschaften zum Industriebhof geleitet worden.

Der Angeklagte Böhm war sich, als ihm nunmehr der Einstellungsbefehl übermittelt wurde, nicht sicher, ob diese Häftlinge

nach dem Inhalt des Einstellungsbefehls wieder in das Lager zurückgeschickt werden sollten, oder ob in ihm lediglich die Anordnung zu erblicken sei, keine weiteren Häftlinge zum Lagertor zu bringen, die bereits abgefertigten Häftlinge /von dem Einstellungsbefehl/ also nicht erfaßt wurden. Er sah davon ab, diese Zweifel durch eine Rückfrage bei dem 1. Schutzhaftlagerführer Kolb oder dem Lagerkommandanten zu klären, sondern entschloß sich aus der Erwägung, die abgefertigten Häftlinge könnten, falls sie in das Lager zurückgeführt würden, unter den übrigen Häftlingen Unruhe erregen, und er, der Angeklagte Böhm, könne deswegen zur Verantwortung gezogen werden, die Häftlinge zur Erschießung in den Industriebhof weiterzuleiten. Er schickte sie daher zum Krematoriumsgebäude, um sie gleich den übrigen mindestens 80 bis zu diesem Zeitpunkt getöteten Häftlingen durch das Hinrichtungskommando Moll erschießen zu lassen. Auch von diesen Häftlingen durchbrach einer auf dem Wege zum Industriebhof die Postenkette und flüchtete; er wurde von den hinter ihm herfeuernden SS-Bewachungsmannschaften tödlich getroffen und brach in der Nähe der im Kommandanturbereich gelegenen Postbaracke zusammen. Bei der durch die Flucht dieses Häftlings ausgelösten Schießerei wurde jedoch wiederum ein SS-Angehöriger, ein Oberscharführer namens Mackeney, von einem fehlgehenden Schuß verletzt; er wurde in die Blockführerstube transportiert und verstarb dort alsbald an der erlittenen Verwundung. Der zweite von Böhm nach Einstellung der Erschießungsaktion zum Industriebhof geschickte Häftling ist dort durch das :kommando Moll erschossen worden.

Die auf Anordnung des Reichssicherheitshauptamtes zur Erschießung bestimmten, in der Nacht zum 1. Februar 1945 aber wegen des vorzeitigen Abbruchs der Tötungsaktion nicht miterschossenen Häftlinge sind auf Veranlassung oder unter Mitwirkung des Angeklagten Höhn in das Konzentrationslager Bergen-Belsen verlegt worden; mindestens einige von ihnen haben dort das Kriegsende überlebt.

Die Angeklagten Höhn und Hempel sind in vollem Umfange, der Angeklagte Böhm ist im wesentlichen geständig, an der Tötung der in der Nacht vom 31. 1. zum 1. 2. 1945 erschossenen Häftlinge in der geschilderten Weise mitgewirkt zu haben. Die Darstellung des Angeklagten Böhm weicht von den vorstehenden Feststellungen insoweit ab, als der Angeklagte behauptet, die (mindestens) zwei von ihm nach Erhalt des Einstellungsbefehls zum Industriehof geschickten Häftlinge seien dort nicht erschossen worden.

Im einzelnen läßt sich der Angeklagte Höhn wie folgt ein: Am Abend des 31. Januar 1945 seien sämtliche Einheitsführer der Leitung des Konzentrationslagers Sachsenhausen überraschend vom Kommandanten zu einer Besprechung befohlen worden, an welcher der Kommandant Kaindl, Wessel, Kolb, er, der Angeklagte, Erdmann sowie die Kompanieführer des Wachbataillons teilgenommen hätten. Kaindl habe den Versammelten die Auslösung der Alarmstufe "Scharnhorst" mitgeteilt; diese Alarmstufe habe die Anweisung ausgelöst, rund 200 für den Fall einer Evakuierung wegen Widerstandsverdachts oder we-

gen ihrer umfassenden Kenntnisse von dem Lagerverhältnissen als besonders gefährlich und unliebsam geltende Häftlinge, die in einer in der Hand des Kommandanten befindlichen Liste namentlich benannt gewesen seien, zu vernichten. Kaendl habe ihm die Liste übergeben und ihm befohlen, die in ihr bezeichneten Häftlinge zum Lagertor bringen zu lassen und ihre Überführung in die im Industriebhof gelegene Erschießungsanlage, in welcher sie durch das Erschießungskommando Moll getötet würden, zu veranlassen. Er, der Angeklagte, habe daraufhin Böhm von der bevorstehenden Aktion im einzelnen unterrichtet und ihm angewiesen, die zu exekutierenden Häftlinge durch die ihm unterstellten Blockführer aus den Unterkünften holen und zum Lagertor schaffen zu lassen und sodann am Lagertor die Identität der Häftlinge zu überprüfen. Den Angeklagten Hempel habe er beauftragt, an Hand der ihm vom Kommandanten übergebenen Liste die Karteikarten der betreffenden Häftlinge aus der bei der Schutzhaftlagerschreibstube geführten Häftlingskartei heraus zu suchen, die Personalien in einer neuen Liste zusammenzustellen und diese dem Rapportführer Böhm zum Lagertor zu bringen. Er selbst habe die Übereinstimmung der Karteikarten mit den auf der ihm von dem Lagerkommandanten ausgehändigten Liste enthaltenen Häftlingspersonalien überprüft und sodann die Karteikarten zur Herbeiführung der Häftlinge herausgegeben. Inzwischen seien die betreffenden Häftlinge zum Lagertor geführt, von jeweils zwei Blockführern durch die auf Veranlassung von Kolb aus Soldaten des Wachbataillons vom Lagertor bis zum Krematorium gebildete Postenkette zu der Genickschußanlage im Krematorium geführt und dort von dem Erschießungskommando Moll

erschossen worden.

Nach etwa zweistündigem Ablauf dieser Aktion habe er kurz vor Mitternacht Gewehr- und Pistolenschüsse im Lager gehört. Er sei aus seinem Zimmer die Lagerstraße entlang in Richtung zum Industriebhof gelaufen, von dessen Eingang ihm ein SS-Mann, der an der Hand verwundet gewesen sei, schreiend entgegen gekommen sei. Dieser habe auf seine Frage angegeben, ein Häftling sei während des Transportes zum Krematorium geflüchtet, die Wachmannschaften hätten hinter ihm her-
/an der Hand/
geschossen und dabei ihn, den SS-Mann, getroffen. Er, der Angeklagte, habe sich mit dem verwundeten SS-Mann zur Lagerwache begeben und ihn der Betreuung eines Arztes übergeben. Während dieser sich noch um den SS-Mann bemüht habe, habe der Kommandant Kaendl, dem der Unfall zur Kenntnis gelangt sei, dem 1. Schutzhaftlagerführer Kolb befohlen, die Erschießungsaktion einzustellen. Kolb habe den Befehl an Böhm weitergegeben und angeordnet, daß die Postenkette wegen des flüchtigen Häftlings noch weiterhin stehen bleiben solle. Er, der Angeklagte Höhn, habe sich nunmehr in seine Unterkunft begeben, um sich zu Bett zu legen. Während er noch seine Stiefel ausgezogen habe, habe er im Lagerbereich wieder Schüsse fallen hören. Er habe sich eilig wieder vollends angezogen, sei hinausgelaufen und habe festgestellt, daß Böhm nach der von Kolb angeordneten Einstellung der Erschießungsaktion noch zwei oder drei Häftlinge zur Erschießung zum Krematorium geschickt habe, daß einer dieser Häftlinge versucht habe, hierbei zu flüchten, und daß die hinter ihm herschießenden SS-Angehöri-

gen nicht nur den Häftling, sondern dabei auch versehentlich einen SS-Hauptscharführer erschossen hätten.

Bei der geschilderten Erschießungsaktion seien, wie er aus den Unterlagen der Schreibstube mit Sicherheit wisse, nicht mehr, wahrscheinlich aber wesentlich weniger als 100 Häftlinge erschossen worden.

In den auf diese Massenexekutionen folgenden Tagen habe unter den Häftlingen des Lagers beträchtliche Erregung geherrscht; die Häftlinge, denen die Hinrichtungen natürlich nicht verborgen geblieben seien, hätten eine Fortsetzung der Erschießungen befürchtet. Um die Ruhe im Lager wieder herzustellen und in dem Bestreben, die überlebenden Häftlinge aus dem Gefahrenbereich des Lagers zu bringen, habe er den Arbeitsdienstführer Rehn veranlaßt, die durch den Abbruch der Erschießungsaktion von der Hinrichtung verschonten Häftlinge, deren Karteikarten bereits gezogen gewesen seien, auf Transport zu schicken. Daraufhin seien sämtliche überlebenden Häftlinge, die nach der Liste des Kommandanten zur Erschießung vorgesehen gewesen seien, ohne Rücksicht auf ihre Arbeitsfähigkeit auf Transport - wie er meine, zum "Friesenwall", einer im Bau befindlichen Befestigungslinie in Schleswig-Holstein - geschickt worden.

Der Angeklagte Böhm gibt an: Bei der Erschießungsaktion in der Nacht zum 1. Februar 1945, über deren Grund und Gegenstand er durch den Angeklagten Höhn unterrichtet worden sei, habe er zunächst auf Anweisung von Höhn die ihm unter-

stellten Blockführer mit der Heranholung der Häftlinge zum Lagertor beauftragt. Sodann habe er sich mit Hempel in der Blockführerstube in der Nähe des Lagertors aufgehalten und die ihm vorgeführten Häftlinge an Hand der Listen nach Namen und Nummern auf ihre Identität mit den befehlsgemäß zu Exekutierenden überprüft. Während dieser seiner Tätigkeit habe er den Raum des Lagertores nicht verlassen. Als er den Befehl zum Abbruch der Aktion erhalten habe, hätten noch zwei Häftlinge, die er bereits abgefertigt hatte, außerhalb des Lagers vor der Blockführerstube am Tor gestanden. Er habe nun nicht gewußt, ob er sie noch zum Krematorium in Marsch setzen sollte oder ob er die ins Lager zurückschicken mußte. Auch Hempel, mit dem er sich deswegen besprochen habe, habe ihm keinen bestimmten Rat geben können. Er, der Angeklagte Böhm, habe die Häftlinge darum schließlich doch in Richtung zum Krematorium, also zur Erschießung, in Marsch gesetzt, weil er habe verhindern wollen, daß sie, wenn sie ins Lager zurückgekommen wären, Unruhe unter den übrigen Häftlingen verursachten und er deswegen von seinen Vorgesetzten getadelt würde. Diese beiden Häftlinge seien, wie er genau wisse, am Leben geblieben. Bei der Einziehung der Postenkette, die vom Krematorium aus in Richtung zum Lagertor aufgerollt worden sei, seien die beiden Häftlinge wieder mit zum Lagertor gebracht und sodann ins Lager geschickt worden; er selbst habe noch mit ihnen gesprochen. Daran, daß während der Hinrichtungsaktion eine Schießerei im Lagerbereich stattgefunden habe, könne er sich nicht erinnern. Er habe sich insbesondere an dieser Schießerei

ei nicht selbst beteiligt. Er räume ein, bei seiner Vernehmung durch den Untersuchungsrichter angegeben zu haben, die beiden von ihm nachträglich zum Krematorium in Marsch gesetzten Häftlinge seien dort erschossen worden, also nicht wieder in das Lager zurückgekommen. Diese seine frühere Angabe stimme jedoch mit dem tatsächlichen Sachverhalt nicht überein. Sie sei darauf zurückzuführen, daß der Untersuchungsrichter ihn mehrfach eindringlich nach dem Verbleib dieser Häftlinge befragt habe, daß er, der Angeklagte Böhm, sich zunächst nicht habe besinnen können, was mit den beiden Häftlingen geschehen sei, er also geantwortet habe, er wisse es nicht, und daß er dann schließlich bei einer nochmaligen erregten Frage des Untersuchungsrichters, ob die Häftlinge denn zurückgekommen seien oder nicht, die Fassung verloren und aufgeregt geantwortet habe: "Dann kamen sie halt nicht zurück!" Er, der Angeklagte, habe in der damaligen Aufregung tatsächlich nicht mehr gewußt, was aus diesen beiden Häftlingen geworden sei. Heute aber entsinne er sich genau an ihre Rückkehr in das Lager.

Der Angeklagte Hempel läßt sich wie folgt ein: In der Nacht zum 1. Februar 1945 habe er durch Lautsprecher den Befehl erhalten, sich zu der Kommandanturschreibstube zu begeben. Von hier aus habe er gehört, daß der Lagerkommandant Kaindl in dem nebenan gelegenen Raum den dort versammelten Führern der Lagerleitung bekannt gegeben habe, daß 200 wegen Widerstandsverdachts als besonders gefährlich und wegen ihrer besonders eingehenden Kenntnisse von den Verhältnissen des

als
Lagers mißliebig geltende Häftlinge im Industriebhof durch ein besonderes Kommando erschossen werden sollten. Sein, des Angeklagten, Vorgesetzter, der Rapportführer Böhm, habe auf Befehl von Höhn die ihm unterstellten Blockführer zur Abholung der Häftlinge aus ihren Unterkünften eingeteilt. Ihm, dem Angeklagten Hempel, sei die Aufgabe zugefallen, die Karteikarten der zur Erschießung bestimmten Häftlinge nach einer ihm übergebenen Namensliste aus der Häftlingskartei der Rapportführerschreibstube auszuziehen. Als er 50 Karten gezogen habe, sei er angewiesen worden, eine Liste der in diesen Karten bezeichneten Häftlinge zu schreiben. Als er das erledigt habe, habe Böhm ihn ⁱⁿ die rückwärtige Blockführerstube geholt. Hier habe er die ihm vorgeführten und von Böhm in Empfang genommenen Häftlinge nach Namen und Nummer mit den auf seiner Liste angegebenen Personalien vergleichen müssen. Nachdem das geschehen sei und er sie auf seiner Liste abgehakt habe, habe Böhm die Häftlinge in den Industriebhof zur Exekution geschickt. Er, Hempel, habe dann noch eine zweite, von einem anderen geschriebene Namensliste erhalten, an Hand derer er mit den ihm weiter vorgeführten Häftlingen in gleicher Weise verfahren sei. Als fast alle Häftlinge auch dieser zweiten Liste ihm vorgeführt, auf der Liste abgehakt und von Böhm auf den Weg zum Industriebhof geschickt worden seien, habe er Schüsse fallen hören. Kurze Zeit später sei ein angeschossener SS-Oberscharführer hereingetragen worden; der Lagerarzt Dr. Baumkötter, der alsbald hereingekommen sei, habe den Tod des SS-Unterführers festgestellt. Kurze Zeit darauf sei die Hinrichtungsaktion abgebrochen worden und er, Hempel,

in sein Zimmer gegangen.

Davon, daß der Angeklagte Böhm noch nach der Einstellung der Vernichtungsaktion zwei oder drei am Tor stehende Häftlinge zur Erschießung in den Industriebhof geschickt habe, habe er, Hempel, nichts wahrgenommen; erst später habe er hiervon im Lager gehört und zugleich festgestellt, daß dieses Verhalten unter den SS-Leuten im Lager mißbilligt worden sei. Es treffe daher auch nicht zu, daß Böhm ihn, Hempel, ehe er die Häftlinge noch in den Industriebhof geschickt habe, gefragt hätte, was er mit ihnen machen solle. Böhm habe ihn im allgemeinen nicht nach seiner Meinung gefragt. Daß die von ihm auf der Liste bereits abgehakten, von Böhm noch nachträglich zur Erschießung geschickten Häftlinge wieder in das Lager zurückgekehrt seien, halte er für ausgeschlossen. Da die Liste, in welcher er die zur Erschießung geschickten Häftlinge durch Abhaken als "Abgänge" kenntlich gemacht habe, als Grundlage für die künftige Feststellung der Verpflegungs- und Belegungsstärkemeldungen des Lagers gedient habe, hätte sie, wenn die beiden Häftlinge wieder in das Schutzhaftlager zurückgekehrt, also in der Verpflegungs- und Belegungsstärke des Lagers verblieben wären, entsprechend berichtigt werden müssen. Eine derartige Berichtigung habe sich aber weder als erforderlich erwiesen, noch sei sie geschehen.

Davon, daß vor der Schießerei, welcher der SS-Oberscharführer zum Opfer gefallen sei, eine weitere Schießerei im Lager stattgefunden habe, bei der ein SS-Unterführer an der Hand verwundet worden sei, habe er, Hempel, nichts wahrgenommen.

Bei der in der Nacht zum 1. Februar 1945 durchgeführten Erschießungsaktion seien, wie er an Hand der Listen schätze, die ihm damals vorgelegen hätten, weniger als 100, aber mehr als 80 Häftlinge getötet worden.

Diese Einlassungen der Angeklagten sind, soweit es sich nicht um die Angabe des Angeklagten Böhm handelt, die zwei von ihm nachträglich zur Erschießung geschickten Häftlinge seien später wieder in das Schutzhaftlager zurückgekehrt, glaubhaft. Sie stimmen, soweit sie Vorgänge betreffen, die der Beobachtung aller drei Angeklagten zugänglich waren, inhaltlich miteinander überein und stehen, soweit sie sich auf Vorgänge beziehen, die wegen der unterschiedlichen Aufgaben, welche die Angeklagten während der Erschießungsaktion zu erfüllen hatten, und wegen ihrer hierdurch bedingten, teilweise verschiedenen örtlichen Einsatz- und Beobachtungsstandpunkte nur von einzelnen der Angeklagten wahrgenommen werden konnten, zueinander nicht nur in keinem Widerspruch, sondern in so deutlicher, einander ergänzender Beziehung, daß sie ersichtlich ein teilweise von mehreren Standpunkten aus beobachtetes einheitliches Geschehen klar wiedergeben. Diese Kongruenz der Darstellung deutet aber daraufhin, daß die von den Angeklagten geschilderten Umstände und Vorgänge den tatsächlichen Sachverhalt zuverlässig wiedergeben. Dies gilt umso mehr, als keinerlei Umstände in der Hauptverhandlung vor dem Schwurgericht hervorgetreten oder sonstwie ersichtlich geworden sind, die geeignet wären, die Annahme zu rechtfertigen, die Angeklagten hätten sich durch ihre so weitgehend übereinstimmenden Angaben selbst

der Wahrheit zuwider der Begehung von Handlungen bezichtigt, die - worüber sich keiner von ihnen im Zweifel ist - ihre strafgerichtliche Verfolgung nach sich ziehen mußten.

Die Einlassungen der Angeklagten werden aber auch im wesentlichen bestätigt durch die Bekundungen der vor dem Schwurgericht zu diesem Punkt der Anklage verhörten Zeugen: Der Zeuge Rehn, der der SS angehört hat und am 23. August-1943 als SS-Oberscharführer zum Konzentrationslager Sachsenhausen abkommandiert und dort am 1. Dezember 1943 als Arbeitseinsatzführer bei der Kommandantur eingesetzt worden ist, hat uneidlich bekundet, der Kommandant Kaindl habe Ende Januar 1945 auf einer Führerbesprechung, bei der alle Führer des Lagers und der Nebenlager versammelt gewesen seien, eine Liste von als gefährlich geltenden Häftlingen vorgelegt, die erschossen werden sollten. Als er, der Zeuge, kurz darauf erfahren habe, daß sein Schreiber Rüb auf der Liste gestanden habe, habe er von Kaindl dessen Freigabe erwirkt. Gegen Abend des gleichen Tages habe er das Lager, wie gewöhnlich verlassen und die Nacht in seiner Wohnung in Berlin zugebracht. Als er am nächsten Morgen wieder in das Lager gekommen sei, habe er am Tor den Kommandanten, den Adjutant^{en} Wessel und den 1. Schutzhaftlagerführer Kolb stehen sehen; gleichzeitig habe er gesehen, daß eine SS-Postenkette vom Tor bis zum Industriebhof gezogen gewesen sei. Er habe sich in sein Dienstzimmer begeben und dort etwa 1 Minute später eine Schießerei unmittelbar vor seiner Baracke gehört; zwei der Schüsse seien^{en} durch sein Dienstzimmer gegangen. Als er, der Zeuge, hinausgelaufen sei, habe

er einen Polen vor der Postbaracke liegen sehen und wahrgenommen, daß ein SS-Oberscharführer in die Blockführerstube gebracht wurde. Der SS-Oberscharführer habe noch gelebt, als er, der Zeuge, ihn gesehen habe, sei jedoch ^{so} dann verstorben. Wenn auch auf Grund der Einlassungen der Angeklagten und der Angaben der übrigen Zeugen mit Sicherheit feststeht, daß der Zeuge Rehn sich bei seiner Aussage insoweit geirrt hat, als er angegeben hat, der von ihm beobachtete Vorgang der Schießerei habe in den Morgenstunden, nämlich zwischen 6.30 und 7 Uhr, stattgefunden, so ist doch im übrigen kein /daß die Schilderung des äußeren Tatherganges/ Anhalt dafür zu erkennen, die der Zeuge in Übereinstimmung mit den Angaben der Angeklagten gemacht hat, nicht den objektiven Sachverhalt richtig wiedergibt. Der Zeuge Wessel hat bekundet, er hab-e, als die auf Befehl des Reichssicherheitshauptamtes zu vernichtenden Häftlinge in der Nacht vom 31. Januar zum 1. Februar 1945 an das Lagertor geholt und von dort /oder zu dritt durch ein SS-Spalier/ zum zweit/zum Krematorium gebracht wurden, wo die Erschießungen stattgefunden hätten, mit dem Kommandanten am Schutzhaftlagertor gestanden und der Aktion zugeschaut. Er schätze, daß in der Nacht etwa 100 Häftlinge erschossen worden seien; Die Erschießung sei durch das Kommando Moll erfolgt, das dem Lager auf Antrag des Kommandanten Kaindl von der Inspektion der Konzentrationslager speziell für diese Aktion zugeteilt worden sei. Daran, daß im Zusammenhang mit den Erschießungen im Lager eine Schießerei stattgefunden habe und daß die Aktion deswegen vorzeitig abgebrochen worden sei, erinnere er sich nicht. Wenn auch diese Aussage des Zeugen Wessel wegen der naheliegenden Möglichkeit, daß der Zeuge sich an den Er-

schießungen aktiv beteiligt hat und deswegen seine eigene strafrechtliche Verfolgung befürchtet, nur mit erheblichen Vorbehalten hingenommen werden kann, so ergibt sich aus ihr doch jedenfalls mit Sicherheit, daß in der Nacht vom 31. 1. zum 1. 2. 1945 auf Befehl des Reichssicherheitshauptamtes etwa 100 Häftlinge in der von dem Zeugen geschilderten Weise zum Krematorium gebracht und dort erschossen worden sind. Der Zeuge Kolb hat ausgesagt, zu der Massenerschießung erst hinzugekommen zu sein, als der SS-Oberscharführer versehentlich erschossen worden sei. Erst später habe er erfahren, daß in jener Nacht eine große Anzahl bei der Kommandantur mißliebiger Häftlinge erschossen worden sei. Er, der Zeuge, habe also mit der Erschießung nichts zu tun gehabt. Er habe auch niemals eine listenmäßige Aufstellung solcher Häftlinge gesehen, die in einem bestimmten Alarmfall liquidiert werden sollten, noch erinnere er sich, daß ein solcher Alarm ausgelöst worden sei. Von dem Abbruch der Aktion und dem Grund des Abbruches wisse er nichts. Er wisse auch nichts davon, was mit den zur Liquidation bereits ausgewählten, aber nicht erschossenen Häftlingen geschehen sei. Daß sich Luxemburger im Lager befunden hätten, sei ihm bekannt, nach seiner Erinnerung seien die Luxemburger aber später irgendwohin weggekommen; davon, daß sie erschossen worden seien, wisse er nichts. Diese Aussage des Zeugen Kolb begegnet nach der Überzeugung des Schwurgerichts deswegen erheblichen Bedenken, weil nach Lage der Sache und nach der eindeutig gegenteiligen Einlassung des Angeklagten Höhn es als ausgeschlossen angesehen werden muß, daß der Zeuge, der als 1. Schutzhaftlagerführer im Schutzhaftlager Sachsenhausen die maßgebliche und führende Position

innehatte, an der Erschießung von nahezu 100 Häftlingen seines Lagers nicht mitgewirkt haben, von ihr vielmehr erst nachträglich erfahren haben soll. Gleichwohl kann aus ihr jedenfalls die Tatsache entnommen werden, daß in der genannten Nacht eine große Anzahl mißliebiger Häftlinge erschossen worden ist und daß hierbei durch ein^{en} Fehlschuß auch ein SS-Oberscharführer den Tod gefunden hat. Der Zeuge Dr. Schmidt, der jetzt 58 Jahre alt und Amtsgerichtsrat in Dinslaken ist und der in der Zeit von Februar 1943 bis Anfang 1945 dem Kommandanturstabe des Konzentrationslagers Sachsenhausen als Gerichts"Offizier" im Range eines Obersturmführers angehört hat, hat bekundet, er sei am Abend des Tages, an welchem die Vernichtungsaktion stattgefunden habe -soweit er sich erinnere im Oktober oder November 1944 - von einer auswärtigen dienstlichen Tätigkeit in das Lager zurückgekommen. Hierbei sei ihm ein^{mit} Häftlingen beladener Lastkraftwagen begegnet, und er habe festgestellt, daß die Wege im Lager mit SS-Postenkette besetzt gewesen seien. Da er, der Zeuge, keinen SS-Führer gesehen habe, habe er sich über den Sinn dieses Vorganges keine Aufklärung verschafft und sich in seiner Unterkunft zu Bett begeben. Kurz nach Mitternacht habe er eine Schießerei gehört; der Adjutant des Kommandanten sei zu ihm gekommen, habe ihn zum Kommandanten geholt, und der habe ihm eröffnet, ein SS-Oberscharführer namens Mackeney sei erschossen worden. Der Kommandant habe ihn, den Zeugen, beauftragt, eine Untersuchung nach dem Täter und den Tatumständen dieses Vorfalles durchzuführen. Mit Erlaubnis der Kompanieführer des Wachbataillons habe er daraufhin sofort

eine größere Anzahl von SS-Posten vernommen und festgestellt, daß etwa 20 von ihnen geschossen hätten, weil angeblich ein Häftling geflüchtet sei. Am nächsten Tage habe er Kaindl Vortrag über das Ergebnis seiner Untersuchungen erstattet und ihn nach dem Anlaß der Schießerei gefragt. Kaindl habe, nachdem er ihn, den Zeugen, zu besonderer Verschwiegenheit verpflichtet hätte, erklärt, es habe sich um eine "Vernichtungsliebensunwerten Lebens" gehandelt. Ihm, dem Zeugen, sei klar gewesen, daß man damals unter diesem Begriff die Tötung von Geisteskranken und unheilbar Mißgebildeten verstanden habe und daß solche Personen sich im Lager nicht aufgehalten hätten, daß also die Auskunft Kaindls nicht der Wahrheit habe entsprechen können. Er habe indessen nach dem Grund der Schießerei nicht weiter geforscht. In der Folgezeit habe er, als er im Laufe einer Untersuchung habe eine Anzahl von Häftlingen vernehmen wollen, erfahren, daß diese Häftlinge verstorben seien. Er habe daraufhin das Standesamtsregister eingesehen und festgestellt, daß alle diese Häftlinge als am gleichen Tage verstorben eingetragen gewesen seien. Auch diese Aussage kann mit Rücksicht darauf, daß der Zeuge in der Kommandantur des Konzentrationslagers Sachsenhausen eine einflußreiche Stellung innegehabt hat und nunmehr möglicherweise befürchtet, wegen dieser seiner Tätigkeit zur Verantwortung gezogen zu werden, nicht gänzlich bedenkenfrei hingenommen werden; sicher gibt sie jedoch die Tatsache, daß der Zeuge in der genannten Nacht - mit seiner Zeitangabe: Oktober oder November 1944 unterliegt er offensichtlich einer Täuschung - den Abtransport von Häftlingen, die Aufstellung von Postenketten im Lager und die Schießerei

wahrgenommen hat; sachlich richtig wieder. Der Zeuge Engemann, dessen Person und Glaubwürdigkeit bereits eingehend gewürdigt worden ist, hat zu diesem Anklagepunkt ausgesagt: Anfang Februar 1945 seien viele der Lagerleitung unliebsame Häftlinge vernichtet worden. Am Morgen des 1. Februar 1945 zwischen 2 und 3 Uhr - er sei in der Häftlingsschreibstube noch damit beschäftigt gewesen, den Morgenrapport auszuarbeiten - seien in der Schreibstube zwei Blockführer mit einer Liste erschienen, an die Häftlingskartei gegangen und hätten da die Angaben über die Unterkünfte (Blocks) der auf ihrer Liste enthaltenen Häftlinge herausgesucht. Er, der Zeuge, habe auf Anweisung der Blockführer in dieser Zeit sich nicht an der Kartei zu schaffen machen dürfen. Nachdem die Blockführer seine Schreibstube wieder verlassen hätten, seien nach der Schätzung des Zeugen etwa 150 bis 180 Häftlinge, und zwar, wie er mit Sicherheit annehme, diejenigen, deren Unterkünfte die beiden Blockführer aus der Häftlingskartei festgestellt hätten, von Blockführern und dem Lagerältesten aus ihren Blocks an das Tor geführt und sodann, wie er, der Zeuge, später erfahren habe, im Industriebhof getötet worden. Als bereits die meisten der zur Exekution bestimmten Häftlinge erschossen gewesen seien, sei die Aktion abgebrochen worden. Er, der Zeuge, habe verschiedene Versionen über den Grund Abbruches unter den Häftlingen des Lagers gehört. Der Häftling Zwaart habe ihm berichtet, die Aktion sei wegen eines Fliegeralarms eingestellt worden, andere Häftlinge hätten hingegen erzählt, eine Schießerei habe stattgefunden, und wegen dieser sei die Massenerschießung eingestellt worden.

Er nehme überschlägig an, daß bis zum Abbruch der Vernichtungsaktion etwa 120 Häftlinge exekutiert worden seien, zu einer annähernd zuverlässigen Zahlenangabe sei er indessen nicht in der Lage. Die Aussage dieses Zeugen ist glaubhaft; sie bestätigt die Einlassungen der Angeklagten, soweit sie Vorgänge betreffen, die im Wahrnehmungsbereich des Zeugen lagen, in vollem Umfange. Die Zeugen Lienau, Schöler und Christensen haben glaubhaft bekundet, wahrgenommen zu haben, wie in der in Betracht stehenden Nacht Häftlinge aus den Häftlingsblocks zur Erschießung zum Lagertor geführt worden und nicht mehr in das Lager zurückgekehrt seien; der Zeuge Christensen hat darüber hinaus, ebenso wie der Zeuge Vögtle, bekundet, im Zusammenhang mit der Erschießungsaktion eine Schießerei im Lager gehört zu haben. Die Zeugen Rüb, Harpes und Hoffmann endlich haben bekundet, daß sich unter den in jener Nacht Exekutierten auch die im Lager inhaftiert gewesenen 19 luxemburgischen Staatsangehörigen befunden hätten. Der Zeuge Hoffmann will einer Stärkemeldung, die einen oder mehrere Tage nach dem Abschluß der Vernichtungsaktion an den Arbeitseinsatzführer gelangt sei, mit Sicherheit entnommen haben, daß 125 Häftlinge erschossen worden seien. Auch diese Aussagen sind glaubhaft; allerdings vermochte sich das Schwurgericht von der Richtigkeit der letztgenannten Zahlenangabe um deswillen nicht zweifelsfrei zu überzeugen, weil nicht ausgeschlossen werden kann, daß unter den von dem Zeugen Hoffmann genannten Abgangsvermerken, insbesondere, wenn die Meldung erst mehrere Tage nach der Erschießungsaktion bei dem Arbeitseinsatzführer eingegangen sein sollte, sich auch

diejenigen solcher Häftlinge befanden, die nicht in der Nacht vom 31. zum 1. 2. 1945 erschossen worden, sondern in den folgenden Tagen auf andere Weise zu Tode gekommen sind.

Nach alledem steht zur Überzeugung des Schwurgerichts fest, daß in der Nacht vom 31. Januar zum 1. Februar 1945 (mindestens) 82 Häftlinge, die für den Fall einer Evakuierung des Konzentrationslagers Sachsenhausen von den für die Leitung und Verwaltung der Konzentrationslager verantwortlichen SS-Führungsstellen als gefährlich oder mißliebig erachtet wurden, in der eingangs festgestellten Weise und unter der gleichfalls eingangs dargelegten Mitwirkung aller drei Angeklagten getötet worden sind.

Daß hierbei, im Gegensatz zu der jetzigen Darstellung des Angeklagten Böhm, auch diejenigen (wenigstens) zwei Häftlinge, die dieser Angeklagte nach Abbruch der Erschießungsaktion aus eigenem Entschluß noch zum Krematorium zur Erschießung geschickt hat, den Tod gefunden haben, also nicht, wie Böhm behauptet, lebend in das Schutzhaftlager zurückgekehrt sind, ergibt sich zur Überzeugung des Schwurgerichts aus folgenden Umständen: Der Angeklagte Böhm hat, wie er bei seiner Vernehmung in der Hauptverhandlung eingeräumt hat, bei seiner Anhörung durch den Untersuchungsrichter erklärt, die beiden genannten Häftlinge seien nicht wieder in das Schutzhaftlager zurückgekehrt. Diese (damalige) Angabe des Angeklagten findet ihre Bestätigung in der Einlassung des Angeklagten Hempel, /so habe die Liste/ auf welcher er den Abgang der beiden Häftlinge vermerkt habe, nach Abbruch der Erschießungsaktion nicht zu

berichtigen brauchen; eine solche Berichtigung wäre aber, wenn die Häftlinge am Leben geblieben wären, deshalb unerläßlich gewesen, weil die Liste die Grundlage für die Erfassung der im Lager Sachsenhausen inhaftierten Häftlinge, insbesondere für die Verpflegungs- und Belegungsstärken abgegeben habe. Auch der Umstand, daß nach der glaubwürdigen Einlassung des Angeklagten Höhn die SS-Postenkette zwischen dem Lagertor und dem Krematoriumsgebäude nicht nach Abbruch der Erschießungsaktion, sondern erst am folgenden Morgen eingezogen worden ist, die beiden Häftlinge also nicht, wie der Angeklagte Böhm jetzt angibt, unmittelbar nach Abbruch der Erschießungsaktion von der aufgerollten Postenkette wieder mit zum Lagertor gebracht werden konnten, rechtfertigt den Schluß, daß die genannten Häftlinge nicht wieder lebendig in das Schutzhaftlager zurück gelangt sind. Schließlich ist aber auch die Begründung, die der Angeklagte Böhm jetzt für seine damalige angebliche Falschaussage vorbringt, durchaus unglaublich: Der Angeklagte hat sich bei seiner Vernehmung vor dem Untersuchungsrichter aus eigener unbeeinflusster Erinnerung und ohne durch Vorhalte und konkrete Fragen geleitet worden zu sein, entsonnen, die (mindestens) zwei Häftlinge nach Abbruch der Erschießungsaktion noch zum Krematorium geschickt zu haben. Mit aller Sicherheit hätte er sich unter diesen Umständen damit auch zugleich an den mit diesem Vorgang im engsten Zusammenhang stehenden Umstand erinnert, daß die beiden Häftlinge dann doch nicht erschossen, sondern wieder zurückgebracht worden seien, wenn dies tatsächlich der Fall gewesen wäre; wäre doch hierdurch gerade diejenige

Situation eingetreten, welche er durch seinen Entschluß, die Häftlinge noch zur Erschießung zu bringen, geflissentlich zu vermeiden bedacht war: Die Häftlinge wären in das Schutzhaftlager zurückgekehrt und in der Lage gewesen, durch ihre Berichte von dem Geschehenen Unruhe unter den Häftlingen zu stiften. Die Tatsache, daß der Angeklagte Böhm bei seiner Vernehmung vor dem Untersuchungsrichter, wie er jetzt einräumt, sich der Rückkehr der beiden Häftlinge nicht entsonnen hat, läßt daher allein den Schluß zu, daß die Häftlinge auch tatsächlich nicht in das Schutzhaftlager zurück gebracht worden, sondern, dem Willen des Angeklagten gemäß, getötet worden sind.

b) Rechtliche Würdigung.

aa) Die Tötung der (wenigstens) 82 Häftlinge war rechtswidrig. Ihr lagen keine im ordentlichen Verfahren ergangene gerichtliche Urteile zugrunde, und weder den die Tötung sämtlicher Häftlinge anordnenden, namentlich nicht festgestellten SS-Führern des Reichssicherheitshauptamtes noch dem Angeklagten Böhm, auf dessen (weitere) eigenmächtige Veranlassung die (mindestens) zwei Häftlinge noch nach Einstellung der Erschießungsaktion exekutiert wurden, standen bei diesen Anordnungen irgendwelche allgemeinen oder besonderen Rechtfertigungsgründe zur Seite (BGH, Urteil vom 24. 6. 1955, 1 Str 55/55). Insbesondere war hinsichtlich der Tötung derjenigen Häftlinge, die wegen Widerstandsverdachts zum Zwecke der Aufrechterhaltung von Ordnung und Sicherheit bei der künftigen Evakuierung des Konzentrations-

lagers Sachsenhausen erschossen wurden, nicht der Rechtfertigungsgrund des übergesetzlichen Notstandes gegeben. Denn das zur Erreichung dieses Zieles aufgeopferte Rechtsgut, das Leben der Häftlinge, überwog in seinem rechtlichen und sittlichen Wert denjenigen der Ordnung und Reibungslosigkeit der Lager-evakuierung, zu deren Gewährleistung es preisgegeben wurde, dermaßen, daß durch die Tötungsanordnungen nicht ein minderwertiges Rechtsgut zur Erhaltung eines höherwertigen, sondern umgekehrt ein höherwertiges zur Sicherung eines minderen aufgegeben wurde. Das aber schließt die Annahme eines übergesetzlichen Notstandes ungeachtet der Frage nach dem Vorliegen seiner weiteren Voraussetzungen ohne weiteres aus (RGSt 61, 242).

bb. Die Erschießung der Häftlinge stellt sich rechtlich als Mord im Sinne des § 211 StGB dar, denn die Häftlinge sind aus niedrigen Beweggründen getötet worden. Die Tötung der Häftlinge ist nicht angeordnet worden, weil ihnen ein strafwürdiges oder auch nur mißbilligenswertes Verhalten zum Vorwurf gemacht worden ist, sondern weil die Häftlinge wegen ihrer allgemeinen Einstellung zum Nationalsozialismus und wegen ihrer besonderen Kenntnisse von den inneren Verhältnissen des Konzentrationslagers, insbesondere von den im Schutzhaftlager Sachsenhausen begangenen Verbrechen, für den Fall einer Evakuierung des Konzentrationslagers und, was die beiden von dem Angeklagten Böhm noch nachträglich zur Erschießung geschickten Häftlinge anlangt, auch für den Fall ihrer Rückkehr in das Schutzhaftlager, als unbequem angesehen wurden und des-

wegen mißliebig waren. Die Gesinnung, die sich in dem Entschluß ausdrückt, ihnen deswegen jeden Menschenwert und jede Menschenwürde abzusprechen und sie unter Versagung selbst derjenigen rechtlichen Sicherungen, die nach der übereinstimmenden Rechtsüberzeugung aller Kulturvölker selbst dem gebühren, der eine schwere Straftat begangen hat, willkürlich und erbarmungslos der Tötung zuzuführen, ist niedrig im Sinne des § 211 Abs. 2 StGB. Darüber hinaus qualifiziert sich die Tötung derjenigen der Häftlinge, deren Erschießung angeordnet wurde, um zu verhindern, daß sie ihre im Schutzhaftlager gewonnenen Kenntnisse von den Straftaten der SS-Führer im Falle einer Gefangennahme an die Feindmächte weitergaben, auch deswegen als Mord, weil sie von den Taturhebern angeordnet wurde, um eine andere Straftat zu verdecken. Denn angesichts des zu jener Zeit bereits jedem erkennbar unmittelbar bevorstehenden Zusammenbruches des deutschen Staatsgefüges kann es nicht zweifelhaft sein, daß die für die Erschießung Verantwortlichen die Tötung der über die Zustände im Konzentrationslager besonders informierten Häftlinge nicht angeordnet haben, um eine Minderung des Ansehens des deutschen Volkes im Ausland zu verhüten, sondern allein, um sich selbst einer bei Offenbarwerden ihrer an den Häftlingen des Konzentrationslagers begangenen Straftaten zu erwartenden und von ihnen auch konkret befürchteten Bestrafung zu entziehen,

cc. Die Angeklagten Höhn, Böhm und Hempel haben durch ihre eingangs festgestellte, bis zur Übermittlung des Einstellungsbefehls des Kommandanten Kaindl an den Angeklagten

Böhm . . . entfaltete Mitwirkung an der Tötung der (mindestens) 82 Häftlinge -(also soweit nicht die von dem Angeklagten Böhm nachträglich erfolgte, noch gesondert zu würdigende Entsendung der letzten zwei dieser Häftlinge zur Erschießung in Betracht steht)- den Taturhebern, nämlich den für die Erschießung verantwortlichen, namentlich nicht festgestellten Führern des Reichssicherheitshauptamtes, bei dem von diesen an den Häftlingen begangenen Mord durch die Tat Beihilfe geleistet: Sämtliche drei Angeklagten hatten Kenntnis davon, daß die Häftlinge, ohne sich einer konkreten Verfehlung schuldig gemacht zu haben, lediglich zur Verhütung einer möglicherweise durch sie zu erwartenden Störung der Lagerevakuierung und zur Vermeidung des Bekanntwerdens der von der SS-Führung an den Häftlingen im Schutzhaftlager begangenen Verbrechen unter Versagung jeglicher Rechtsgarantien, also widerrechtlich und aus niedrigen Beweggründen getötet werden sollten und würden. Sie haben in dem Willen, den für die Tötung Verantwortlichen bei der Ausführung der Tat Hilfe zu leisten, diejenigen oben im einzelnen bezeichneten Tatbeiträge geliefert, die bestimmt und geeignet waren, die Tötung der mindestens 82 Häftlinge zu fördern, und ohne welche die Erschießungen in der von den Taturhebern, wie die Angeklagten erkannten, gewollten Weise nicht hätten durchgeführt werden können. Daß insoweit die Angeklagten oder einer von ihnen nicht nur als Tatgehilfe, sondern als Mittäter gehandelt hätte, hat sich nicht feststellen lassen: Die Angeklagten haben sich sämtlich mit ihren Handlungen an den Rahmen, der durch ^{die} ihnen erteilten Befehle für ihre ^{un-}ordnungsgemäße Mitwirkung gesteckt war, gehalten, und auch sonst sind keine

Umstände hervorgetreten, die erkennen ließen, daß die Angeklagten nicht nur gehandelt hätten, um eine fremde Tat befehlsgemäß zu fördern, sondern daß sie die Tötung der Häftlinge selbst (als Mittäter) in ihren eigenen Willen aufgenommen und ihren Tatbeitrag neben demjenigen der Taturheber zur gemeinschaftlichen Verwirklichung dieses eigenen Tötungswillens geleistet hätten.

Der Angeklagte Böhm hat sich aber dadurch, daß er während der Ausführung dieser seiner Tätigkeit nach Kenntniserlangung von dem Befehl des Kommandanten Kaindl, die Erschießungsaktion abubrechen, aus eigenem Entschluß die (wenigstens) zwei von ihm zur Zeit der Einstellung der Erschießungsaktion bereits "abgefertigten" Häftlinge auf den Weg zur Genickschußanlage im Industriebhof schickte und sie so der Tötung zuführte, hinsichtlich dieser beiden Häftlinge seiner Gehilfenstellung enthoben und zum Mittäter an ihrer Ermordung gemacht. Er wußte, daß der ^{Lager-}Kommandat Kaindl die Einstellung der Erschießungsaktion befohlen hatte, aber er war sich darüber im Zweifel, ob dieser Einstellungsbefehl auch für die von ihm bereits zur Erschießung "abgefertigten" sich bereits außerhalb des Schutzhaftlagerbereiches befindlichen Häftlinge gelte, Er hat diesen Zweifel nicht durch eine - ohne Zeitaufschub und technische Schwierigkeiten mögliche - Rückfrage bei dem 1. Schutzhaftlagerführer Kolb oder dem Lagerkommandanten Kaindl geklärt, sondern die sich für ihn aus seiner Ungewißheit ergebenden Zweifelslage zum Anlaß für eine eigene, von dem Willen der ihm

übergeordneten SS-Führer - soweit dieser ihm zweifelsfrei erkennbar war - nicht mehr gedeckte Entscheidung erhoben und sich damit die Herrschaft über das Schicksal der beiden Häftlinge bewußt und aus freiem Willen eigenmächtig anmaßt, In Ausübung dieser Tatherrschaft hat er die nach seinem Urteil für und gegen eine Tötung der Häftlinge sprechenden Umstände erwogen, dem Gedanken an eine Vermeidung einer Beunruhigung der übrigen Lagerbelegschaft durch die in das Schutzhaftlager zurückkehrenden beiden Häftlinge den Vorzug gegeben, sich deshalb für die Tötung der zwei Häftlinge entschieden und die Verwirklichung dieses Entschlusses^s dadurch in die Wege geleitet, daß er die beiden Häftlinge zur Erschießung auf den Weg zur Genickschußanlage schickte. Dieses Verhalten hat mit einer bloßen Hilfeleistung zu fremdem Tun nichts mehr gemein; in ihr liegt der Ausdruck einer eigenen, von dem Willen der die Tötungen anordnenden Führungsstellen unabhängigen, auf die Tötung der Häftlinge gerichteten Willensbildung eines Täters.

Indessen hat insoweit der Angeklagte Böhm nicht als Alleintäter gehandelt. Die von den für die Erschießungen sämtlicher Häftlinge verantwortlichen SS-Führern im Reichssicherheitshauptamt mit dem Willen und dem Ziel der Ermordung der Häftlinge in Lauf gesetzte Kausalkette hat nämlich durch die von dem Lagerkommandanten Kaendl befohlene Einstellung der Erschießungen und die Entschließung des Angeklagten Böhm, gleichwohl die beiden Häftlinge der Tötung zuzuführen, keine Unterbrechung erlitten dergestalt, daß die Handlung

dieser Taturheber vor der Erschießung der beiden Häftlinge ihren Abschluß gefunden hätte und daher die Tötung der beiden genannten Häftlinge nicht mehr auf sie zurückgeführt werden könnte. Denn die Situation, in welcher sich die

Häftlinge zur Zeit der Entschlußfassung des Angeklagten Böhm befanden - ihre Herauslösung aus der Gemeinschaft der übrigen Häftlinge und ihre Bereitstellung zum Zwecke der Tötung außerhalb des Schutzhaftlagerbereichs -, war sowohl das von den Taturhebern im Reichssicherheitshauptamt gewollte Ergebnis ihrer Tötungsanordnung als auch die unerläßliche Voraussetzung für den Tötungsentschluß des Angeklagten Böhm: Die durch den Exekutionsbefehl des Reichssicherheitshauptamtes in Gang gesetzte Ursachenkette wirkte mithin in der (selbständigen) Entschließung des Angeklagten Böhm, die Häftlinge zur Hinrichtung zu bringen, ebenso fort wie in der schließlich erfolgten tatsächlichen Tötung der beiden Häftlinge. Der Angeklagte Böhm hat daher, soweit er die Erschießung der zwei Häftlinge veranlaßt hat, als Mittäter mit den für die Tötung sämtlicher Häftlinge verantwortlichen Führern des Reichssicherheitshauptamtes gehandelt, wobei sich sein ursprünglich als Gehilfentat zur Tötung auch dieser Häftlinge gedachter, in der Bestimmung der Blockführer zu ihrer Heranführung und/Überprüfung ihrer Identität bestehender Tatanteil als (rechtlich unselbständige) Teilhandlung der von ihm an den beiden Häftlingen begangenen Tötung herausstellte und daher von dieser konsumiert wurde.

dd. Da zugunsten der Angeklagten mangels gegenteiliger Feststellungen davon ausgegangen werden muß, daß die Anordnung der Tötung sämtlicher Häftlinge auf einem einzigen, einheitlichen Willensakt und einer im natürlichen Sinne einheitlichen Handlung (dem Erlass des Hinrichtungsbefehls) der für die Tötung der Häftlinge verantwortlichen Führer des Reichssicherheitshauptamtes beruht, haben die Angeklagten, und zwar die Angeklagten Höhn und Hempel mit ihrer Beteiligung an der Tötung sämtlicher (mindestens) 82 Häftlinge, der Angeklagte Böhm mit seiner Mitwirkung an der Tötung von (wenigstens) 80 Häftlingen, zu einer einzigen Mordtat Beihilfe geleistet. Hieran ändert es für die Angeklagten Höhn und Hempel nichts, daß die Tötung der von dem Angeklagten Böhm nach Abbruch der Erschießungsaktion eigenmächtig der Exekution zugeführten Häftlinge in der Person des Angeklagten Böhm zu einer weiteren, selbständigen Mordhandlung erwachsen ist. Denn auch hinsichtlich dieser zwei Häftlinge haben die Angeklagten Höhn und Hempel allein den Taturhebern des Reichssicherheitshauptamtes, die sämtliche Tötungen in einer Handlung verwirklicht haben, wissentlich Beihilfe geleistet, so daß für eine unterschiedliche rechtliche Würdigung ihrer Beteiligung an der Tötung der (mindestens) 80 und der weiteren (wenigstens) 2 Häftlinge kein Raum ist.

Der Angeklagte Böhm dagegen hat über seine Beihilfeleistung zur Ermordung von 80 Häftlingen hinaus durch eine weitere, auf einem einheitlichen Willensentschluß beruhende, und durch einen einzigen Tatakt tatsächlich bewirkte, mithin auch rechtlich einheitliche Handlung zwei Häftlinge, gemeinschaft-

lich mit anderen handelnd, gemordet.

ee. Die Angeklagten Höhn, Böhm und Hempel haben die von ihnen verübte Beihilfe zum Mord in Ausführung eines Befehls in Dienstsachen begangen; ihre strafrechtliche Verantwortlichkeit wird jedoch hierdurch gemäß § 47 Satz 2 Nr. 2 MilStGB nicht berührt, denn die Angeklagten haben bei Begehung ihrer Handlungen sämtlich gewußt, daß die ihnen erteilten Befehle Handlungen betrafen, die die Begehung eines Verbrechens bezweckten. Wie bereits oben unter cc. dargelegt ist, war allen drei Angeklagten bei der Begehung ihrer Tat bekannt, daß die Häftlinge ohne jeden Schuldvorwurf, ohne gerichtliches Verfahren und richterliche Verurteilung, ja sogar, ohne daß ihnen in einem nichtgerichtlichen Verfahren der Grund der Anordnung ihrer Tötung eröffnet und ihnen Gelegenheit gegeben worden wäre, sich zu diesem zu äußern, zur Exekution gebracht wurden, Daß sie unter diesen Umständen erkannten, daß die Tötung der Häftlinge - wenn auch nach der Interessenlage der SS-Führung zweckmäßig und erwünscht, so doch aber - nicht rechtens war, steht zur Überzeugung des Schwurgerichts fest, Die Angeklagten wußtend daher, daß die Tötung der Häftlinge, an welcher sie auf Grund der ihnen erteilten dienstlichen Befehle beteiligten, die rechtswidrige und daher verbrecherische Tötung von Menschen darstellte.

ff. Daß sich keiner der Angeklagten Höhn, Böhm und Hempel bei der Ausführung seiner hier in Betracht stehenden Taten in der Lage des Notstandes (§§ 52, 54 StGB) befunden

hat, ist oben unter C II b) ff), C III b) ff) und C I b) ff) im einzelnen festgestellt und dargelegt; auf diese Ausführungen die auch auf den hier erörterten Fall vollinhaltlich Anwendung finden, wird verwiesen.

gg. Endlich haben zur Zeit der hier erörterten Straftaten bei keinem der Angeklagten die Voraussetzungen des § 51 Abs. 1 oder 2 StGB vorgelegen. Daß weder der Angeklagte Höhn, noch der Angeklagte Böhm noch der Angeklagte Hempel während ihrer Tätigkeit im Schutzhaftlager Sachsenhausen, also auch zur Zeit ihrer Mitwirkung an den hier in Betracht stehenden Morden, an Geistesschwäche oder krankhafter Störung der Geistestätigkeit gelitten hat, ist für den Angeklagten Höhn unter C II b) gg), für den Angeklagten Böhm unter C III/^{b)}gg) und für den Angeklagten Hempel unter C I b) gg) im einzelnen dargelegt und begründet worden. Auf diese Ausführungen wird Bezug genommen. Dafür, daß einer der Angeklagten zur Zeit der hier erörterten Taten an einer Bewußtseinsstörung gelitten hätte, sind keinerlei Anhaltspunkte hervorgetreten. Es steht daher fest, daß die Fähigkeit aller drei Angeklagten, das Unerlaubte ihrer Taten einzusehen und nach dieser Einsicht zu handeln, weder ausgeschlossen noch vermindert war.

Nach alldem haben sich durch ihre Mitwirkung an der Erschießung der 82 Häftlinge in der Nacht vom 31. Januar zum 1. Februar 1945 schuldig gemacht: Der Angeklagte Höhn der Beihilfe zum Mord (an 82 Häftlingen), der Angeklagte Böhm des Mordes (an 2 Häftlingen) und der Beihilfe zum Mord

(an 80 Häftlingen) sowie der Angeklagte Hempel der Beihilfe zum Mord (an 82 Häftlingen).

VII. Tötung kranker Häftlinge.

Anfang 1945 wurden im Konzentrationslager Sachsenhausen mindestens 2000 kranke und nicht marschfähige Häftlinge, die wegen ihrer Leiden außerstande waren, an dem vom Reichssicherheitshauptamt für den Fall des Näherrückens der Front geplanten Evakuierungs-Fußmarsch teilzunehmen, getötet.

Die Anklage beschuldigt den Angeklagten Höhn, an der Tötung der kranken Häftlinge in der Weise mitgewirkt zu haben, daß er selbst im Krankenbau kranke Häftlinge zum Zwecke ihrer Tötung herausgesucht habe, 80 bis 100 Häftlingskarteikarten, die er in der Rapportführerschreibstube durch den Angeklagten Hempel habe heraussuchen lassen, zum Krankenrevier geschickt und veranlaßt habe, daß die in den Karteikarten bezeichneten Häftlinge zum Zwecke der Tötung in den Industriebhof gebracht und mindestens 60 von ihnen getötet wurden, sowie, daß er als Schutzhaftlagerführer den Abtransport weiterer nicht gehfähiger Häftlinge zur Vernichtungsanlage im Industriebhof habe vorbereiten lassen und teilweise auch das Verladen solcher Häftlinge überwacht habe.

Dem Angeklagten Böhm legt die Anklage zur Last, er habe als Rapportführer zumindest teilweise die ihm unterstellten Blockführer, die den Transport der kranken Häftlinge in den Industriebhof zum Zwecke ihrer Tötung durchzuführen hat-

ten, überwacht und einen Vernichtungstransport von 42 kranken russischen Kriegsgefangenen und einen weiteren Transport von kranken Häftlingen, unter denen sich der frühere Reichstagsabgeordnete Bräunig und zwei Litauer befunden hätten, in die Tötungsanlage im Industriebhof des Lagers überwacht.

Der Angeklagte Hempel wird von der Anklage beschuldigt, er habe auf Veranlassung des Angeklagten Höhn 80 bis 100 Karteikarten von Häftlingen, die getötet werden sollten, herausgesucht, selbst aus dem Krankenblock 101 tbc-kranke Häftlinge, die zur Tötung zum Krematoriumsgebäude geführt worden seien, herausgeholt, er habe weiter auf Anweisung des Angeklagten Böhm kranke und zur Vernichtung bestimmte Häftlinge aufgeschrieben und das Verladen von Häftlingen, die zur Tötung in den Industriebhof transportiert wurden, überwacht.

Die Angeklagten Höhn, Böhm und Hempel bestreiten, die ihnen von der Anklage zur Last gelegten Handlungen begangen zu haben.

Der Angeklagte Höhn läßt sich im einzelnen wie folgt ein: Anfang 1945, nämlich zu der Zeit, zu welcher bei der SS-zur Führung die/Evakuierung des Konzentrationslagers Sachsenhausen erforderlichen Maßnahmen erwogen wurden, habe im Lager eine von dem Inspekteur der Konzentrationslager, SS-Gruppenführer Glücks, einberufene Besprechung stattgefunden,

an welcher außer dem Lagerkommandanten Kaindl unter anderen der 1. Schutzhaftlagerführer Kolb und der Lagerarzt Dr. Baumkötter teilgenommen hätten, und von deren Ergebnis Kolb ihn unterrichtet habe. Das Ergebnis der Besprechung habe in der Anordnung des Gruppenführers Glücks bestanden, alle kranken, nicht heilbaren Häftlinge des Lagers zu beseitigen. Auf Grund dessen hätten die Lagerärzte auf Befehl der Kommandatur eine Liste der unheilbar kranken Häftlinge des Lagers aufgestellt und sie über die Schutzhaftlagerführung dem Lagerkommandanten vorgelegt, Er, Höhn, habe weder dem Vernichtungsbefehl noch der von den Ärzten aufgestellten Liste besondere Aufmerksamkeit zugewandt, da die bis zu dieser Zeit lediglich in Betracht stehende Auswahl der kranken Häftlinge allein die Angelegenheit der Ärzte, nicht aber seine, des Angeklagten, Sache gewesen sei.

Wie er, Höhn, gewußt habe, hätten die auf der Liste bezeichneten Häftlinge getötet werden sollen. Offen sei zunächst die Frage geblieben, wer die Vernichtung durchführte. Dieses Thema sei Gegenstand einer Besprechung gewesen, die in dem Zimmer des Schutzhaftlagerführers zwischen ihm, dem Angeklagten Höhn, dem Lagerarzt Dr. Gaberle und dem Apotheker Siggelkow stattgefunden habe und bei der er, Höhn, eindeutig zum Ausdruck gebracht habe, daß die Schutzhaftlagerführung sich an der Vernichtungsaktion nicht beteiligen werde. Dr. Gaberle habe daraufhin gemeint, es werde sich schon ein Büttel finden, der das mache.

Die Vernichtung der kranken Häftlinge sei sodann schließlich

durch die Kommandatur unter Mitwirkung des Erschießungskommandos Moll durchgeführt worden. Die Kommandatur selbst habe Lastkraftwagen zum Krankenbau geschickt, von deren Erscheinen im Schutzhaftlager-bereich der jeweilige Schutzhaftlagerführer vom Dienst lediglich in Kenntnis gesetzt worden sei, die jeweils zu vernichtenden kranken Häftlinge seien sodann ohne Mitwirkung des Schutzhaftlager-Personals aufgeladen worden, die Lastkraftwagen seien zum Lagertor gefahren, dort seien die Häftlinge gezählt worden, sodann hätten die Lastkraftwagen der Kommandatur mit den Häftlingen das Schutzhaftlager verlassen; die Häftlinge seien nicht mehr in das Lager zurückgekehrt.

Er, der Angeklagte Hahn, habe bei diesen Vorgängen nicht mitgewirkt und habe auch keine Möglichkeit gehabt, auf die Vernichtung der kranken Häftlinge in irgendeiner Weise einzuwirken. Da die zur Vernichtung gebrachten kranken Häftlinge am Lagertor nur zahlenmäßig notiert worden seien, er, Hahn, aber, um die Übersicht über den Häftlingsbestand des Lagers zu behalten und seine Häftlingskartei in Ordnung zu halten, genau habe wissen müssen, welche Häftlinge im einzelnen aus dem Lager gebracht worden seien, habe er den Rapporteschreiber Hempel, möglicherweise ^{gelegentlich} auch einmal den Rapportführer Böhm, zum Krankenbau geschickt mit dem Auftrag, namentlich Listen über die aus dem Lager bereits abgegangenen kranken Häftlinge aufzustellen. Seine Tätigkeit aus Anlaß der Krankenvernichtung habe sich also darauf beschränkt, die vernichteten Häftlinge nachträglich für seine

verwaltungsinternen Aufgaben zu registrieren. Er habe weder mit der Auswahl der zu vernichtenden Häftlinge, noch mit ihrem Abtransport, noch mit ihrer Vernichtung, die durch das Sonderkommando Moll geschehen sei, etwas zu tun gehabt. Todesbescheinigungen für die getöteten Häftlinge habe er nicht bekommen.

Schon vor der vorstehend geschilderten Krankenvernichtung seien auf Veranlassung der Lagerkommandatur ohne Mitwirkung der Schutzhaftlagerführung bei Tage und bei Nacht mehrfach Häftlinge aus dem Lager geholt worden; einmal seien es etwa 200 russische Kriegsgefangene gewesen, die, ohne daß ⁱⁿ er/ihre Abholung eingeschaltet worden sei, aus dem Lager transportiert worden seien. Er habe von diesen Abtransporten nur dadurch erfahren, daß die jeweiligen Blockführer ihn angerufen und ihm die Abholung der Häftlinge mitgeteilt hätten. Der Adjutant des Lagerkommandanten, Wessel, bei dem er daraufhin fernmündlich Rückfrage gehalten habe, habe ihm nur gesagt, die Häftlinge seien auf Veranlassung der Kommandatur "auf Transport gegangen". Ob ein Befehl höherer SS-Führungsstellen bezüglich dieser Transporte vorgelegen habe, wisse er, Höhn, nicht; er sei aber sicher, daß diese aus dem Schutzhaftlager geholten Häftlinge getötet worden seien.

Der Angeklagte Böhm gibt an, er entsinne sich, daß im Frühjahr 1945 kranke Häftlinge im Konzentrationslager Sachsenhausen vernichtet worden seien. An dem Heraussuchen

der abzutransportierenden kranken Häftlinge habe er sich nicht beteiligt; er wisse auch nicht, wer die Auswahl der zu vernichtenden Häftlinge getroffen habe.

Daran, daß er bei dem Abtransport kranker Häftlinge zum Zwecke ihrer Vernichtung mitgewirkt habe, könne er sich nicht erinnern. Er entsinne sich lediglich, einmal den Auftrag erhalten zu haben, einen namentlich benannten Häftling aus dem Krankenbau zu holen und in ein vorgefahrenes Kraftfahrzeug zu verladen. Er habe sich in Ausführung dieses Befehls von dem "Spieß" des Krankenbaues, Fabisch, den Mann aus dem Revier Herausschicken lassen und ihn zum Fahrzeug gebracht. Das Fahrzeug sei dann mit ihm aus dem Lager gefahren. Wer der Häftling gewesen sei, wisse er nicht, er habe damals auch nicht gewußt, was mit ihm habe geschehen sollen; erst später habe er erfahren, daß der Häftling im Krematorium getötet worden sei.

Der Angeklagte Hempel läßt sich wie folgt ein: An der Massenvernichtung kranker Häftlinge habe er sich nicht, jedenfalls nicht bewußt beteiligt.

Eines Tages habe er von dem Angeklagten Höhn einen Stoß Karteikarten bekommen mit dem Befehl, sie im Krankenbau abzuliefern. Er habe die Karten bei dem "Spieß" des Krankenbaues abgegeben, ohne zu wissen, zu welchem Zweck er sie hingebraucht habe und was mit den Häftlingen, welche die Karteikarten betrafen, habe geschehen sollen. Mitte Februar 1945 habe Höhn ihn noch einmal Häftlings-Karteikarten

zum Krankenbau bringen lassen. Auch zu dieser Zeit habe er nicht gewußt, zu welchem Zweck die Karten an den Krankenbau ausgeliefert wurden. Auch jetzt könne er nicht sagen, ob die Überstellung der Karteikarten an den Krankenbau mit der Aktion zur Vernichtung kranker Häftlinge im Zusammenhang gestanden habe oder aus irgendeinem anderen Grunde erfolgt sei.

Im Frühjahr 1945 habe er eines Tages von dem Angeklagten Höhn erfahren, daß vier Lastkraftwagentransporte von kranken Häftlingen auf Veranlassung der Lagerkommandantur aus dem Lager gegangen seien. Höhn habe ihm den Befehl erteilt, zum Krankenbau zu gehen und die Namen der abgegangenen Häftlinge festzustellen. Zu jener Zeit sei nämlich eine ordnungsgemäße Karteiführung in der Schreibstube des Rapportführers dadurch erheblich erschwert und teilweise unmöglich gemacht worden, daß immer wieder Häftlinge ohne Mitwirkung der Schutzhaftlagerführung aus dem Lager gebracht worden seien, ohne daß die Namen der abtransportierten Häftlinge und ihre Häftlingsnummern an die Schreibstube gemeldet worden seien. Er, Hempel, habe sich, dem Befehl von Höhn folgend, zum Krankenbau begeben und dort die von dem Angeklagten Höhn verlangte Liste aufgestellt, Wohin die abtransportierten Kranken gegangen seien, habe er damals nicht gewußt. Erst später habe er die Anweisung erhalten, etwa 200 kranke Häftlinge - es könne sich mithin um diejenigen gehandelt haben, die mit den vier Lastkraftwagen aus dem Krankenbau abtransportiert worden waren - von der

Verpflegungsstärke abzusetzen. In der Folgezeit habe^{er} den vom Krankenbau bei ihm eingehenden Stärkemeldungen und den darauf enthaltenen Abgangsvermerken entnommen, daß von Zeit zu Zeit kranke Häftlinge vernichtet worden seien; die Todesursache sei auf den Abgangsmeldungen nicht angegeben gewesen.

Die Beweisaufnahme in der Hauptverhandlung vor dem Schwurgericht hat nicht mit Sicherheit ergeben, daß sich die Angeklagten, wie ihnen die Anklage zur Last legt, an der Vernichtung der auf Befehl des Reichssicherheitshauptamtes getöteten kranken Häftlinge beteiligt hätten. Zwar hat der Zeuge Scheil bekundet, die Aussonderung der auf Befehl des Reichssicherheitshauptamtes zu vernichtenden Kranken sei entweder durch den Lagerarzt oder durch Reviersanitäter erfolgt; von diesen seien die Personalien der zu vernichtenden Kranken in Listen zusammengestellt worden, die zur politischen^{Abteilung} der Kommandatur gegangen seien; von dort seien die Listen zurückgekommen mit der Anweisung, die Kranken zum Transport bereitzuhalten. Er, der Zeuge, habe gesehen, daß an der Aufstellung der Listen im Krankenrevier auch die Angeklagten Böhm und Hempel mitgewirkt hätten. Da man, als man im Krankenbau festgestellt habe, daß die ersten abtransportierten Kranken vernichtet worden seien, gewußt habe, was es mit den unter Mitwirkung von Hempel und Böhm aufgestellten Namenslisten auf sich gehabt habe, hätten die Krankenpfleger, wenn sie Böhm oder Hempel im Revier sahen, die Kranken schnell in andere Baracken oder in Toiletten versteckt, um sie vor der Vernichtung zu bewahren. Der Zeuge Lienau hat

ausgesagt, kranke und nicht marschfähige Häftlinge seien zur Vernichtung von den Angeklagten Böhm und Hempel im Revier aufgeschrieben worden. Die beiden Angeklagten seien mit ihren Mappen durch den Krankenbau gegangen und hätten sich die Nummern der Häftlinge, die liquidiert werden sollten, notiert; sie hätten daher im Lager nur noch den Namen "die Todesengel" getragen. Die von Böhm und Hempel aufgeschriebenen Häftlinge seien ins Revier bestellt und dort abgespritzt, d. h. durch Giftinjektionen getötet, oder im Industriehof vergast worden. Auch der Zeuge Schöler hat bekundet, er habe in der Zeit vor der Evakuierung des Lagers, als eine große Anzahl Kranker aus dem Revierbau getötet worden seien, den Angeklagten Hempel mit Listen durch das Revier laufen und die zu tötenden Kranken aufschreiben sehen. Die Sanitäter hätten die Kranken vor Hempel versteckt, um ihr Leben zu retten.

Das Schwurgericht hat sich ungeachtet der persönlichen Glaubwürdigkeit der genannten Zeugen nicht von der sachlichen Richtigkeit ihrer vorstehend wiedergegebenen Bekundungen zu überzeugen vermocht. Wohl ist den Aussagen dieser Zeugen darin zu folgen, daß die Angeklagten Hempel und Böhm im Zusammenhang mit der Vernichtung der kranken Häftlinge im Krankenbau Namenslisten von Häftlingen aufgestellt haben; nicht bewiesen ist durch die ^{genannten} Aussagen hingegen, daß die Angeklagten in diesen Listen erst noch zum Abtransport und zur Tötung bestimmte, nicht also, wie die Angeklagten Böhm und Hempel übereinstimmend angeben, bereits aus

dem Krankenbau abtransportierte Häftlinge erfaßt haben. Aufgrund der vom Schwurgericht insoweit als glaubwürdig und zuverlässig erachteten Bekundungen des als Zeugen gehörten früheren Lagerarztes Dr. Baumkötter, des im Krankenbau zunächst als Schreiber und schließlich als Blockältester eingesetzten Zeugen Geißler und des jetzt 72 Jahre alten Zeugen Wieber, der im Jahre 1940 in Belgien, wohin er nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten emigriert war, verhaftet, Anfang 1941 in das Konzentrationslager Sachsenhausen eingeliefert und dort Anfang 1944 als Lagerältester des Krankenbaues eingesetzt worden war, steht nämlich fest, daß der Krankenbau im Oktober oder November 1944 innerhalb des Konzentrationslagers Sachsenhausen autonom, nämlich verwaltungsmäßig aus dem Schutzhaftlager als solchem herausgenommen und der Lagerkommandantur unmittelbar unterstellt wurde, und daß infolgedessen seit diesem Zeitpunkt die Schutzhaftlagerführung keinerlei Möglichkeit mehr zur Einflußnahme auf das Schicksal der im Krankenbau liegenden Häftlinge hatte. Demgemäß haben die drei letztgenannten Zeugen übereinstimmend bekundet, es sei schlechthin ausgeschlossen, daß Angehörige der Schutzhaftlagerführung - also auch die drei Angeklagten - Häftlinge des Krankenbaues zur Vernichtung ausgesucht und notiert hätten. Diesen Bekundungen entsprechen auch die Aussagen der Zeugen Claasen, Fabisch und Schleicher, die glaubhaft und in Übereinstimmung mit dem Zeugen Wieber bekundet haben, die zu tötenden Häftlinge des Krankenreviers seien durch die ^{besonderer} SS-Ärzte des Krankenbaues, zum Teil nach vorgängiger/Untersuchung, ausgewählt und der Kommandantur zur Tötung gemeldet

worden. Hiernach kann jedenfalls nicht mit der zu einer Verurteilung der Angeklagten erforderlichen Sicherheit festgestellt werden, daß die Angeklagten sich an der Auswahl der nach dem Befehl des Reichssicherheitshauptamtes zu vernichtenden kranken Häftlinge im Krankenbau in irgend einer Weise beteiligt hätten.

Auch daß die Angeklagten Höhn und Hempel durch die Auswahl und die Überstellung von Karteikarten zu der Vernichtung kranker Häftlinge beigetragen hätten, steht nicht mit Sicherheit fest. Denn wenn auch eine gewisse Vermutung dafür besteht, daß die Karteikarten, die der Angeklagte Hempel nach seiner Einlassung auf Geheiß des Angeklagten Höhn von der Schreibstube der Schutzhaftlagerführung zum Kranknbau gebracht hat, mit der in Betracht stehenden Vernichtungsaktion im Zusammenhang stehen, so ist doch ein sicherer, das Schwurgericht hiervon zu überzeugen geeigneter Anhaltspunkt hierfür nicht ersichtlich geworden. Es kann daher nicht ausgeschlossen werden, daß die Übersendung der Karteikarten einen die Häftlingstötungen nicht berührenden innerdienstlichen Verwaltungsvorgang betraf, in ihr also keine Mitwirkung an der Vernichtungsaktion zu erkennen ist.

Schließlich kann auch nicht mit Sicherheit festgestellt werden, daß die Angeklagten sich am Transport kranker Häftlinge zur Vernichtungsanlage in den Industriebauhof beteiligt haben. Zwar haben die Zeugen Scheil, Ballhorn und Johannes Zwart bekundet, gesehen zu haben, daß die Angeklagten Böhm

und Hempel sich am Abtransport kranker Häftlinge beteiligten. Diese Angaben, ihre Richtigkeit unterstellt, genügen jedoch nicht zum Beweise dafür, daß die genannten Angeklagten an der Tötung von kranken Häftlingen mitgewirkt haben. Die Zeugen Wieber, Engemann und Scheil haben nämlich übereinstimmend bekundet, daß nicht alle der aus dem Krankenbau abtransportierten Häftlinge zur Vernichtung in den Insustriehof gelangten, sondern daß auch einige Krankentransporte zu anderen Konzentrationslagern, insbesondere zu dem Konzentrationslager Bergen-Belsen abgegangen sind und die Häftlinge dort zumindest zum Teil das Kriegsende überlebt haben. Diese Bekundungen der drei letztgenannten Zeugen sind glaubhaft, insbesondere deswegen, weil der Zeuge Scheil selbst am 7. Februar 1945 mit einem Krankentransport den die Lagerleitung zusammengestellt hatte, in das Konzentrationslager Bergen-Belsen verlegt worden ist. Unter diesen Umständen aber kann nicht mit letzter Sicherheit festgestellt werden, daß die Kranken, an deren Transport die Angeklagten Böhm und Hempel nach den Aussagen der Zeugen Scheil, Ballhorn und Johannes Zwart mitgewirkt haben sollen, der Tötung zugeführt, nicht aber in andere Lager verlegt worden sind. Daraus folgt, daß auch insoweit eine Mitwirkung der Angeklagten an der Tötung kranker Häftlinge nicht mit der zu ihrer Verurteilung erforderlichen Bestimmtheit erwiesen ist.

Die Angeklagten Höhn, Böhm und Hempel waren daher von diesem Punkte der Anklage mangels ausreichenden Schuldnachweises freizusprechen.

VIII Tötung von Häftlingen aus dem Nebenlager Lieberose.

a). Tatsächliche Feststellungen.

Zu dem Konzentrationslager Sachsenhausen gehörten mehrere Nebenlager, darunter auch das Nebenlager Lieberose, das bei Cottbus auf dem Truppenübungsplatz "Nordmark" lag, dienstlich der Kommandantur des Konzentrationslagers Sachsenhausen, arbeitsmäßig der Bauleitung "Reich Nord" unterstand und vorwiegend mit jüdischen Häftlingen ungarischer und polnischer Nationalität belegt war, welche aus dem Konzentrationslager Theresienstadt zur Arbeit in der im Lager Lieberose untergebrachten Raketenversuchsanlage ausgesondert worden waren.

Die Häftlingsbelegschaft des Lagers Lieberose, die bis Juni/Juli 1944 nur 200 Häftlinge betragen hatte, wuchs im Juli 1944 durch Zugänge aus anderen Konzentrationslagern auf etwa 800 Häftlinge an. Die Höchstzahl der im Nebenlager Lieberose inhaftierten Häftlinge hat sich nicht ermitteln lassen. Der Zeuge Lys, der im März 1941 in das Konzentrationslager Sachsenhausen als politischer Häftling eingewiesen und von dort im Juli 1944 in das Nebenlager Lieberose verlegt worden war, wo er als Revierschreiber die Buchführung in der Ambulanz, die Unterbringung der Häftlinge in den Krankenblocks und die Monatsstatistiken zu erledigen hatte, hat angegeben, die höchste Belegungszahl habe das Lager Lieberose mit 1400 bis 2000 Häftlingen erreicht. Der Zeuge Peter, der als Angehöriger der Waffen-SS

mit dem Dienstgrad eines Unterscharführers ab Sommer 1944 als Blockführer in dem Nebenlager Lieberose eingesetzt war, hat angegeben, das Lager sei mit etwa 2 bis 3000 Häftlingen belegt gewesen. Der Zeuge Seipel hat ausgesagt, die ständige Lagerstärke habe 4000 Mann betragen. Der Zeuge Simon, der am 17. Juli 1942 wegen Zugehörigkeit zu einer illegalen Jugendorganisation in Hamburg von der Gestapo verhaftet, am 8. August 1942 in das Konzentrationslager Sachsenhausen eingeliefert und im Oktober 1944 in das Nebenlager Lieberose ^{in der} überstellt worden ist und/dortigen Lagerschreibstube den Arbeitseinsatz bearbeitet hat, hat bekundet, die höchste Häftlingsbelegung habe das Lager Lieberose im November / Dezember 1944 mit 4350 Mann erreicht. Der Zeuge Kriesche schließlich hat als ehemaliger Lagerältester des Nebenlagers Lieberose dessen höchste Belegungsstärke mit 6400 Häftlingen angegehen. Irgendwelche Umstände, die geeignet wären, einen zuverlässigen Hinweis darauf zu geben, welche dieser unterschiedlichen Angaben der tatsächlichen Belegungsstärke des Lagers entsprechend oder ihr am nächsten komme, sind nicht erkennbar hervorgetreten, so daß eine auch nur annähernd genaue Feststellung der tatsächlichen Belegungsstärke des Nebenlagers Lieberose sich nicht hat treffen lassen.

Wegen des Näherrückens der Ostfront mußte das Lager Lieberose im Februar 1945 evakuiert werden. Die Evakuierung ging in der Weise vor sich, daß zunächst eine gewisse Anzahl von Häftlingen - der Zeuge Lys beziffert sie auf 200 bis 300 -, die aus gesundheitlichen Gründen marschunfähig waren, im Eisenbahntransport in das Konzentrationslager Sachsenhausen

verlegt wurden. Sodann wurde der Rest der Lagerbelegschaft - bis auf eine Anzahl weiterer marschunfähiger Häftlinge, die von dem Zeugen Lys mit 230 bis 250, von dem Zeugen Dachan mit etwa 600, von dem Zeugen Kriesche mit 600 bis 800 und vor dem Zeugen Simon mit 1200 angegeben worden ist und welche, ohne daß sich ihr weiteres Schicksal hätte feststellen lassen, im Lager Lieberose zurückgeblieben sind - in einem etwa zweiwöchigen Fußmarsch in das Konzentrationslager Sachsenhausen überführt. In Schutzhaftlager Sachsenhausen sind die Häftlinge des Nebenlagers Lieberose zum Teil in Isolierbaracken eingewiesen, zum Teil in die übrige Lagerbelegschaft eingegliedert und zu einem weiteren Teil auf die Außenkommandos des Konzentrationslagers Sachsenhausen verteilt worden.

1. Tötung von etwa 50 jüdischen Häftlingen.

Die Anklage beschuldigt die Angeklagten Höhn und Böhm, aus den Marschblocks der aus dem Nebenlager Lieberose in dem Schutzhaftlager Sachsenhausen eingetroffenen und auf dem dortigen Appellplatz aufmarschierten Häftlinge wenigstens 50 völlig erschöpfte, nicht mehr arbeitsfähige Juden ausgesondert und ihre Verladung auf Lkws veranlaßt und überwacht zu haben; die Juden seien sodann auf den Lkws zum Industriehof gefahren und in der dortigen Genickschußanlage getötet worden.

Die Angeklagten Höhn und Böhm bestreiten, sich im Sinne der Anklage schuldig gemacht zu haben. Der Angeklagte

Höhn läßt sich wie folgt ein: Nach dem Einmarsch der aus dem Nebenlager Lieberose eingetroffenen Häftlinge und ihrer Aufstellung auf dem Appellplatz im Lager Sachsenhausen seien die Häftlinge auf die Baracken des Lagers verteilt worden; die Aufteilung sei durch die Häftlingsselbstverwaltung, möglicherweise im Zusammenwirken mit dem diensthabenden Rapportführer, vorgenommen worden; er, Höhn, habe damit nichts zu tun gehabt. Er sei mit den Häftlingen aus Lieberose nur insoweit dienstlich in Berührung gekommen, als er, da er zur Zeit ihres Eintreffens gerade damit beschäftigt gewesen sei, eine neue Gruppe von Häftlingsfreiwilligen für die Division Dirlwanger zusammenzustellen, die unter den aus Lieberose eingetroffenen Häftlingen befindlichen Deutschen auf sein Zimmer bestellt und befragt habe, ob sie sich freiwillig zu der Einheit Dirlwanger melden wollten. Davon, daß aus den soeben eingetroffenen Häftlingen des Nebenlagers Lieberose 50 erschöpfte Juden ausgesondert und alsbald vernichtet worden seien, wisse er nichts; er halte dies für zweifelhaft, meine vielmehr, daß, wenn tatsächlich 50 gänzlich erschöpfte Häftlinge aus den Marschblocks der Häftlinge aus Lieberose ausgesondert worden seien, diese nicht vernichtet, sondern in das Notlazarett des Außenlagers "Heinkel-Werke" verlegt worden seien. Zu jener Zeit sei nämlich der Krankenbau des Lagers insbesondere dadurch, daß fast täglich neue Transportzüge aus Außen- und Nebenlagern eingetroffen seien und Kranke mitgebracht hätten, dermaßen überbelegt gewesen, daß in einer Halle des Außenlagers "Heinkel-Werke" ein Notlazarett eingerichtet

und mit lagerfremden Häftlingen belegt worden sei.

Der Angeklagte Böhm gibt an, er habe das Eintreffen der Häftlinge aus Lieberose nur noch schwach in Erinnerung. Mit den Häftlingen aus Lieberose habe er sich nicht befaßt, habe insbesondere keine Häftlinge zur Tötung ausgesondert und sie auch nicht auf die Baracken verteilt; letzteres sei Sache der Häftlingsselbstverwaltung gewesen.

Nach dem Ergebnis der Beweisaufnahme kann nicht mit der zur Verurteilung der Angeklagten erforderlichen Gewißheit festgestellt werden, daß die Angeklagten Höhn und Böhm nach dem Eintreffen der Häftlinge aus dem Nebenlager Lieberose etwa 50 jüdische Häftlinge zur alsbaldigen Tötung ausgesondert hätten. Zwar hat der Zeuge Lys glaubhaft bekundet, die aus Lieberose eingetroffenen Häftlinge seien nach ihrem Einmarsch in das Lager Sachsenhausen auf dem Appellplatz nach ihrer Rassenzugehörigkeit gesondert worden; die jüdischen Häftlinge hätten aus den Marschblocks heraustreten müssen und seien in einer besonderen Gruppe aufgestellt worden, während aus den in den Marschblocks zurückbleibenden nichtjüdischen Häftlingen Arbeitskommandos gebildet worden seien. Daran, daß aus der Gruppe der jüdischen Häftlinge weitere 50 besonders hinfällige Häftlinge ausgesondert und der Exekution zugeführt worden seien, könne er sich nicht erinnern. Der Zeuge Dachan, der als ehemaliger polnischer Fähnrich im Jahre 1943 verhaftet, in das Konzentrationslager Sachsenhausen eingeliefert und am 11. April 1944 in das Nebenlager Lieberose

überstellt worden war, hat ausgesagt, die aus Lieberose eingetroffenen Häftlinge seien nach ihrem Einmarsch in das Lager Sachsenhausen auf dem Appelplatz aufgestellt und von SS-Führern nach ihrem Kräftezustand sortiert worden. Er, der Zeuge, sei mit etwa 300 weiteren Häftlingen in das Arbeitskommando "Klinkerwerk" eingeteilt worden, andere Häftlinge seien im Hauptlager zurückgeblieben. Später habe er erfahren, daß die arischen Häftlinge des Lagers Lieberose von Sachsenhausen nach Bergen-Belsen abtransportiert, die Juden aber zum größten Teil getötet worden seien. Davon, daß aus den Marschblocks unmittelbar nach ihrem Eintreffen im Schutzhaftlager Sachsenhausen 50 jüdische Häftlinge zur Vernichtung ausgesondert worden seien, wisse er nichts.

Der Zeuge Simon hat ausgesagt, die Häftlinge aus dem Nebenlager Lieberose seien bei ihrem Einmarsch in das Lager Sachsenhausen auf dem Appelplatz von SS-Leuten unter dem Kommando des Angeklagten Höhn empfangen worden. Nachdem sie aufmarschiert seien, habe Höhn zunächst aus dem Marschblock die Juden links heraustreten lassen; sie hätten dann in die Isolierung abrücken müssen. Den auf dem Appelplatz stehengebliebenen nichtjüdischen Häftlingen habe Höhn befohlen, je einen Schritt auseinander zu treten. Sodann sei Höhn, die rechte Hand in den Ausschnitt seines Waffenrocks geschoben, wie Napoleon die Reihen durchgegangen und habe die Häftlinge gemustert. Als er bei ihm, dem Zeugen, angekommen sei, habe er mit dem Zeigefinger auf ihn gedeutet und gemeint: "Dich kenne ich auch, ich weiß nur nicht mehr, woher." Dann sei er gravitatisch weitergeschritten. Bei

dieser Musterung seien auch der Arbeitseinsatzführer Rehn und der Angeklagte Hempel zugegen gewesen; Hempel habe sich jedoch an der Musterung selbst nicht beteiligt. Nach dieser Musterung sei ein Teil der deutschen Häftlinge, darunter auch er, der Zeuge, in das Klinkerwerk geschickt worden, ein anderer, größerer Teil sei, wie er von Kameraden erfahren habe, nach Bergen-Belsen auf Transport gegangen. Der Zeuge Dr. Adametz schließlich hat ausgesagt: Als die Häftlinge aus Lieberose im Lager Sachsenhausen einmarschiert seien, habe er mit anderen Häftlingen auf dem Appellplatz gestanden. Auch Höhn und Böhm habe er auf dem Appellplatz gesehen. Nach dem Einmarsch der Lieberoser Häftlinge seien aus ihrer Marschgruppe unter Beteiligung des Angeklagten Höhn und des Arbeitseinsatzführers Rehn die besonders hinfälligen Häftlinge sofort ausgesondert und in eine Isolierbaracke gebracht worden.

Auf Grund der beiden letztgenannten Bekundungen, von denen besonders diejenige des Zeugen Simon, der bei seiner Vernehmung vor dem Schwurgericht das Verhalten und die Haltung des Angeklagten Höhn überaus plastisch, treffend und überzeugend demonstriert hat, keinen Zweifel an ihrer Zuverlässigkeit duldet, steht zur Überzeugung des Schwurgerichts fest, daß der Angeklagte Höhn entgegen seiner Einlassung nach dem Eintreffen der Häftlinge aus dem Nebenlager Lieberose auf dem Appellplatz des Schutzhaftlagers Sachsenhausen aus den Marschblocks der Lieberoser Häftlinge eine bestimmte Häftlingsgruppe - Juden oder besonders hinfällige Häftlinge - ausgesondert und ihre Verbringung in die Isolier-

blocks des Schutzhaftlagers veranlaßt hat. Dagegen hat das Ergebnis der Beweisaufnahme nichts Hinlängliches dafür erbracht, daß die von dem Angeklagten Höhn ausgesonderten und auf seine Veranlassung in die Isolierblocks verlegten Häftlinge getötet worden seien. Der Zeuge Seipel hat zwar bekundet, nach dem Eintreffen der Belegschaft des evakuierten Nebenlagers Lieberose sei ein Teil der Häftlinge, nämlich die Kranken, sofort ins Revier gekommen und dort abgespritzt, d. h. durch Giftinjektionen getötet worden. Diese Bekundung ist jedenfalls insoweit sachlich unrichtig, als der Zeuge angegeben hat, die kranken Häftlinge des Lagers Lieberose seien ins Revier gekommen; ihr stehen nicht nur die eben wiedergegebenen und gewürdigten glaubhaften Aussagen der Zeugen Simon und Dr. Adametz entgegen, sondern der Zeuge Ballhorn, der seit Sommer 1942 ständig im Krankenbau des Schutzhaftlagers Sachsenhausen, und zwar zunächst als Pfleger und dann als Blockführer eingesetzt war und in dieser seiner Tätigkeit zuverlässigen Einblick in die Vorgänge im Krankenbau gewonnen hat, hat bei seiner Aussage ausdrücklich und glaubhaft hervorgehoben, daß keiner der aus Lieberose gekommenen Häftlinge in den Krankenbau des Schutzhaftlagers gelangt ist. Die Bekundung des Zeugen Seipel im übrigen aber besitzt keinen Beweiswert, denn der Zeuge hat trotz Befragung nicht anzugeben vermocht, woher er seine nicht auf eigener Beobachtung beruhende Kenntnis, die kranken Häftlinge seien durch Giftinjektionen getötet worden, bezogen hat. Diese seine Angabe läßt sich überdies auch mit den Bekundungen der übrigen in diesem

Verfahren gehörten Zeugen nicht vereinbaren, da keiner der in der Hauptverhandlung vor dem Schwurgericht gehörten Zeugen hat bekunden können, daß in der für dieses Strafverfahren in Betracht stehenden Zeit irgendein Häftling im Konzentrationslager Sachsenhausen durch Injizierung von Gift getötet worden ist. Der Zeuge Ballhorn hat ausgesagt, beobachtet zu haben, daß Trupps von Häftlingen, die aus Lieberose gekommen waren, in der Folgezeit zur Vernichtung in den Industriebhof geführt worden seien. Dafür, daß diese Häftlinge mit denjenigen, die der Angeklagte Höhn bei ihrem Eintreffen in das Schutzhaftlager aus den Marschkolonnen^{ausgesondert} hat, identisch gewesen sei, hat sich jedoch auch nach der Bekundung dieses Zeugen kein Anhalt ergeben. Der Zeuge Dr. Adametz hat nach seiner Bekundung geraume Zeit nach dem Eintreffen der Häftlinge aus Lieberose gehört, daß die von Höhn ausgesonderten Häftlinge alshald vernichtet worden seien. Er hat aber weder die Person seiner Gewährsleute anzugeben vermocht, noch Umstände vorgebracht, die geeignet wären, die Zuverlässigkeit dieser Mitteilung zu beurteilen und zu bejahen. Gleiches gilt für die Angabe des Zeugen Dachan, er habe später, nämlich während er im Klinkerwerk des Lagers Sachsenhausen gearbeitet habe erfahren, daß die jüdischen Häftlinge aus Lieberose zum größten Teil getötet worden seien. Auch hier fehlt es an der Möglichkeit, die Glaubwürdigkeit und Zuverlässigkeit der ungenannten und nicht feststellbaren Gewährsleute des Zeugen zu überprüfen, so daß diese Angabe keinen Beweiswert beanspruchen kann. Endlich hat der Zeuge Simon ausgesagt, er sei überzeugt, daß von den von dem Angeklagten

Höhn aus den Marschblocks ausgesonderten jüdischen Häftlingen "heute keiner mehr lebe". Er hat hierbei indessen eindeutig hervorgehoben, daß diese seine Bemerkung lediglich eine Vermutung wiedergebe, für die er konkrete Unterlagen nicht anzugeben vermöge.

Nach alldem kann nicht festgestellt werden, daß der Angeklagte Höhn dadurch, daß er aus dem Marschblock der aus Lieberose eingetroffenen Häftlinge eine nicht näher feststellbare Anzahl von jüdischen oder kranken Häftlingen aussonderte und ihre Übernahme in die Isolierblocks veranlaßte, zur Tötung dieser Häftlinge beigetragen hat. Dafür, daß der Angeklagte Böhm an der Aussonderung oder gar der Tötung solcher Häftlinge mitgewirkt habe, hat die Beweisaufnahme keinerlei Anhaltspunkte ergeben.

Die Angeklagten Höhn und Böhm waren daher von diesem Punkt der Anklage mangels ausreichenden Beweises freizusprechen.

2. Tötung von 150 Häftlingen aus Lieberose.

Die Anklage beschuldigt den Angeklagten Böhm, sich der Beihilfe zum Mord an wenigstens 400 jüdischen Häftlingen aus dem Nebenlager Lieberose und des (gemeinschaftlichen) Mordes an einem Zigeuner schuldig gemacht zu haben. Innerhalb eines Zeitraumes von 4 bis 6 Wochen sei die überwiegende Zahl der jüdischen Häftlinge, die aus dem Nebenlager Lieberose gekommen und in der Isolierung untergebracht worden seien,

und auch ein Teil der jüdischen Häftlinge des Lagers Sachsenhausen getötet worden. Sie seien in Gruppen zu je 50 Mann unter der Leitung des Angeklagten Böhm aus ihren Unterkünften herausgeholt, zum Industriehof gefahren und dort erschossen worden. Bei einem dieser Transporte habe der von der Lagerleitung bestimmten Personenzahl noch ein Häftling gefehlt. Der Angeklagte Böhm habe darauf aus eigener Entschliebung durch den Zeugen Mogens Christensen einen Häftling, der Zigeuner gewesen sei, holen lassen und ihn zu den 49 am Lagertor bereits wartenden Häftlingen gestellt. Der Zigeuner sei darauf zusammen mit den übrigen 49 Häftlingen zum Industriehof abgefahren und dort ebenfalls getötet worden. Bei der Vernichtungsaktion der jüdischen Häftlinge seien insgesamt mindestens 400 Häftlinge getötet worden.

Die Beweisaufnahme vor dem Schwurgericht hat insoweit folgenden Sachverhalt ergeben: Am Tage nach dem Eintreffen der Häftlinge aus dem Nebenlager Lieberose im Schutzhaftlager Sachsenhausen fuhren vor einer der Isolierbaracken, in welchen/^{ein} Teil der Lieberoser jüdischen Häftlinge - auf wessen Veranlassung, hat sich nicht feststellen lassen - untergebracht waren und gerade von dem Angeklagten Hempel listenmäßig erfaßt wurden, drei Lastkraftwagen der Kommandantur des Konzentrationslagers Sachsenhausen vor. Etwa gleichzeitig erschien in der Baracke der Angeklagte Böhm und wählte, einer Anweisung eines ihm vorgesetzten SS-Führers folgend, aus den von dem Angeklagten Hempel bereits notierten Häftlingen zwei Gruppen von jeweils 50 Mann und eine Gruppe von 49 Häftlingen aus, die, wie er wußte, auf Befehl

der Lagerkommandantur in den Industriebhof transportiert und dort nichtsahnend durch Genickschuß getötet werden sollten. Ein weiterer jüdischer Häftling, den er mit den in der Isolierbaracke ausgesuchten 149 Häftlingen gemäß dem ihm erteilten Befehl zur Tötung in den Industriebhof zu schicken hatte, war nicht in der Isolierbaracke untergebracht. Böhm sandte daher den Häftling Mogens Christensen, der als Läufer in der Häftlingsschreibstube eingesetzt war, mit einem Zettel, auf welchem die Häftlingsnummer dieses Mannes stand, aus, den Häftling herbeizuholen, Christensen ließ sich in der Häftlingsschreibstube die Baracke anweisen, in welcher der fehlende Häftling untergebracht war, begab sich zu dieser, ließ sich den Häftling - einen schwarzhaarigen und braunhäutigen Mann - übergeben und brachte ihn dem Angeklagten Böhm. Dieser veranlaßte die von ihm in der Isolierbaracke ausgewählten zwei mal 50 und einmal 49 Häftlinge sowie den durch den Zeugen Christensen herbeigeholten Häftling, die bereitstehenden Lastkraftwagen zu besteigen. Dabei versuchte einer der Häftlinge durch wiederholte Beteuerungen, er sei kein Jude, sondern Arier, vergeblich, seine Freistellung von dem Abtransport zu erwirken. Der Angeklagte Böhm ging hierauf nicht ein; er teilte jedem der Lastkraftwagen einen Blockführer zur Begleitung und Bewachung der Häftlinge zu und ließ die Fahrzeuge zum Industriebhof abfahren. Hier wurden die Häftlinge in der Erschießungsanlage unter dem Vorwand, sie würden einer Untersuchung auf ihren Gesundheitszustand und ihre Arbeitsfähigkeit unterzogen, bewogen, sich nach der Durchführung einer Scheinuntersuchung

in dem "Untersuchungsraum" des Krematoriumsgebäudes arglos vor die Meßeinrichtung in dem - von ihnen als solchen nicht erkannten - Erschießungsraum zu stellen und, sobald die Durchbohrung in der Kopfplattenhalterung ihr Genick dem Schuß des - für sie unsichtbar - im nebenan gelgenden Schießraum wartenden SS-Schützen preisgab, von diesem hinterrücks durch Genickschuß getötet.

Der Angeklagte Böhm läßt sich wie folgt ein: Am Tage nach dem Eintreffen der Häftlinge aus Lieberose habe er von der Kommandantur den Befehl erhalten, dreimal 50 Häftlinge auf drei ihm von der Kommandantur zu den Isolierblöcken geschickte Lastkraftwagen zu verladen und ihren Abtransport zu überwachen. Diesen Befehl habe er ausgeführt. Daß er dabei einen Zigeuner oder einen wie ein Zigeuner aussehenden Häftling erst aus einem anderen Teil des Schutzhaftlagers habe heranholen lassen, entsinne er sich nicht mehr. Bei der Auswahl, dem Verladen und dem Abtransport der Häftlinge sei er der Auffassung gewesen, die Häftlinge würden in ein anderes Konzentrationslager transportiert. Dies habe man ihm bei der Erteilung des Befehls auf der Kommandantur mitgeteilt, und hieran habe er geglaubt, zumal er sich erinnert habe, daß schon in früherer Zeit einmal ein großer Häftlingstransport zusammengestellt worden sei, der, wie man ihm damals glaubhaft versichert hätte, zu einem Erholungslager gegangen sei.

Soweit der von dem Angeklagten Böhm geschilderte äußere Tathergang in Betracht steht, ist das Geständnis des

Angeklagten Böhm glaubhaft. Es wird insoweit bestätigt durch die Angaben des Angeklagten Hempel und die Bekundungen der Zeugen Christensen und Schöler. Der Angeklagte Hempel hat angegeben, da er von der Kommandantur keine zur Ausstellung von Karteikarten ausreichende Aufstellung über die aus Lieberose neu zugegangenen Häftlinge erhalten habe, habe er sich am Tage nach dem Eintreffen der Häftlinge in die Isolierbaracke begeben, um sich dort selbst eine Liste der Häftlinge aufzustellen. Noch während er dabei gewesen sei, die Namen und Nummern der Häftlinge aufzuschreiben, sei der Angeklagte Böhm in der Baracke erschienen; gleichzeitig seien vor der Baracke drei Lastkraftwagen vorgefahren. Böhm habe aus den von ihm, Hempel, bereits notierten Häftlingen dreimal 50 Häftlinge ausgewählt, jede der drei Häftlingsgruppen auf einen der drei Lastkraftwagen verteilt und ihnen je einen Blockführer zur Begleitung und Bewachung zugeteilt. Die Lastkraftwagen seien sodann mit den Häftlingen zum Krematoriumsgebäude gefahren, wo die Häftlinge, wie er, Hempel, erfahren habe, in der Genickschußanlage erschossen worden seien. Davon, daß Böhm an Stelle eines an einer dieser Gruppen fehlenden Lieberoser Häftlings einen anderen Häftling, insbesondere einen Zigeuner, eigenmächtig zum Abtransport miteingeteilt hätte, wisse er, Hempel, nichts; er habe etwas derartiges nicht wahrgenommen.

Der Zeuge Christensen hat bekundet: Er erinnere sich, daß Ende 1944 oder Anfang 1945 eine Anzahl jüdischer Häftlinge aus dem Nebenlager Lieberose in den Industriebhof transportiert und dort getötet worden sei. Er habe den Abtransport aus

den Isolierblocks selbst gesehen. Die Häftlinge seien aus der Isolierung geholt, auf Lkws verladen und durch das Lager- tor in den Industriehof gefahren worden, wo sie, wie der Zeu- ge erfahren habe, getötet worden seien. Die Transporte hätten mehrere Tage andauert; sie seien von SS-Leuten überwacht und begleitet worden. An einem Tage habe auf einem der Kraft- wagen an der vorgesehenen Häftlingszahl ein Mann gefehlt. Der Angeklagte Böhm habe darauf ihn, den Zeugen, in die Schreib- stube geschickt, damit er dort den fehlenden Häftling hole. Er habe ihm, dem Zeugen, einen Zettel mitgegeben, auf dem die Häftlingsnummer des fehlenden Mannes gestanden habe, der Zeuge habe sich auf der Schreibstube den Block dieses Häft- lings anweisen lassen, sich dorthin begeben und sich von dem Blockältesten den Häftling übergeben lassen. Den habe er dann bei Böhm an der Isolierung abgeliefert. Was mit dem Häftling weiter geschehen sei, wisse er nicht. Der von ihm herangeholte Häftling sei schwarzhaarig und braunhäutig ge- wesen; solche Leute würden in Dänemark "Zigeuner" genannt, auch wenn sie ihrer rassischen Zugehörigkeit nach in Wirk- lichkeit keine Zigeuner seien. Der Zeuge Schöler schließlich hat bekundet, er habe Anfang 1945 gesehen, daß der Angeklagte Böhm bei der Beladung von Lastkraftwagen mit jüdischen Häft- lingen, die, soviel der Zeuge wisse, aus dem Nebenlager Lieberose gekommen seien, Häftlinge mit der Reitpeitsche auf die Fahrzeuge geprügelt habe, Einer der Häftlinge, die verladen wurden, habe verzweifelt geschrien: "Ich bin Arier! Ich bin kein Jude!" Das habe ihm jedoch nichts geholfen, Böhm habe seine Beteuerungen übergangen und ihn mitverladen lassen. Wie er, der Zeuge, von Mithäftlingen zuverlässig

erfahren habe, seien die Häftlinge in der Genickschußanlage des Krematoriumsgebäudes erschossen worden

Hiernach steht auf Grund der glaubwürdigen Angabe des Angeklagten Hempel und der nicht minder glaubhaften Bekundung der Zeugen Christensen und Schöler fest, daß der Angeklagte Böhm, wie er auch selbst eingesteht, sich an dem Transport von 150 Lieberoser Häftlingen in die Genickschußanlage des Industriehofes in der eingangs festgestellten Weise beteiligt hat. Doch hat demgegenüber die Beweisaufnahme nichts ^{daß Böhm} dafür ergeben, /wie ihm von der Anklage zum Vorwurf gemacht wird, an der Tötung von weiteren mindestens 250 Häftlingen aus Lieberose mitgewirkt habe und daß er als Ersatz für einen an der ihm aufgegebenen Anzahl der zur Tötung abzutransportierenden Häftlinge fehlenden Mann eigenmächtig einen nicht zu diesen Häftlingen gehörenden Zigeuner zum Abtransport bestimmt und der Tötung zugeführt habe; insoweit ergibt sich aus der Aussage des Zeugen Christensen vielmehr, daß der Häftling, den der Angeklagte Böhm durch den genannten Zeugen zum Abtransport hat heranholen lassen, zu denjenigen Häftlingen gehörte, die der Angeklagte auf Grund des ihm von der Lagerkommandantur erteilten Befehls in den I_ndustriehof zu transportieren hatte.

Widerlegt ist aber **durch** das Ergebnis der Beweisaufnahme auch die Einlassung des Angeklagten Böhm, er habe nicht gewußt, daß die von ihm verladene Häftlinge zur Tötung in den Industriehof gefahren werden sollten, sondern angenommen, sie gingen auf Transport in ein anderes Konzentrationslager.

Die Überzeugung des Schwurgerichts, daß es sich bei dieser Einlassung um eine wahrheitswidrige Schutzbehauptung des Angeklagten handelt, gründet sich zunächst auf die Tatsache, daß es, wie der Angeklagte Hempel glaubhaft angegeben hat, im Konzentrationslager Sachsenhausen außer den aus Lieberose eingetroffenen Häftlingen fast keine Juden gegeben hat, und daß sich unter den Transporten, die zu jener Zeit aus dem Konzentrationslager Sachsenhausen in andere Konzentrationslager abgingen, niemals jüdische Häftlinge befunden haben, der Angeklagte Böhm schon daher auf Grund dessen erkennen mußte, daß auch die von ihm verladenen jüdischen Häftlinge nicht anderen Konzentrationslagern zugeführt, sondern getötet werden sollten. Insbesondere aber deutete auf die bevorstehende Tötung der Häftlinge der Umstand hin, daß die in andere Lager verlegten Häftlinge, wie der Angeklagte Böhm wußte, für den Transport immer mit Marschgepäck (Decken und Kochgeschirren) und Marschverpflegung ausgerüstet wurden, die von ihm verladenen Häftlinge aber, wie er erkannte, bei ihrer Verladung weder Gepäck noch Verpflegung mit sich führten. Daneben kann es keinem Zweifel unterliegen, daß der Angeklagte Böhm, der die von ihm zur Begleitung der Häftlinge eingeteilten Blockführer über ihre Aufgaben zu instruieren hatte, genau über das Ziel und den Zweck des Transportes informiert war; andernfalls wäre er außerstande gewesen, den Blockführern die erforderlichen Anweisungen für den Transport zu erteilen. Endlich aber ergibt sich die Kenntnis des Angeklagten Böhm von dem Ziel und Zweck des unter seiner Leitung zusammengestellten und in Marsch gesetzten Häftlingstransportes zur vollen Überzeugung des Schwurgerichts aus der Tatsache, daß er den

Häftling, der sich, wie er hörte, mit der Beteuerung, er sei kein Jude, sondern Arier, dem Abtransport zu entziehen suchte, nicht mit der Erklärung beruhigte, er werde ja nur in ein anderes Lager verlegt, sondern stillschweigend über seine Einwendungen hinwegging. Denn es unterliegt keinem Zweifel, daß der Angeklagte, hätte er wirklich die Möglichkeit einer Verlegung der Häftlinge in ein anderes Konzentrationslager auch nur in Betracht gezogen, von dieser Möglichkeit, den Häftling zu beschwichtigen und dadurch auch eine Beunruhigung der übrigen/^{abtransportierten} Häftlinge zu vermeiden, Gebrauch gemacht hätte.

Hiernach steht fest, daß der Angeklagte Böhm die Verladung und den Abtransport von 150 jüdischen Häftlingen aus dem Nebenlager Lieberose, die, wie er wußte, zum Industriehof gefahren und in der dortigen Genickschußanlage getötet werden sollten, überwacht und beaufsichtigt hat. Dagegen ist nicht erwiesen, daß er an der Tötung von weiteren 250 Häftlingen mitgewirkt hat. Da die Anklage und, mit ihr übereinstimmend, der Eröffnungsbeschluß die Mitwirkung des Angeklagten an der Tötung aller dieser Häftlinge als eine einzige Handlung gewürdigt hat, bedarf es insoweit eines Freispruches nicht. Nicht erwiesen ist auch, daß er eigenmächtig einen nicht zu den von ihm befehlsgemäß abzutransportierenden Häftlingen gehörenden weiteren Häftling (Zigeuner) mit hat verladen und zur Tötung abtransportieren lassen; von dem ihm insoweit durch die Anklage gemachten Vorwurf des Mordes an diesem Häftling war der Angeklagte Böhm daher freizusprechen.

3. Erschießung von 30 jüdischen Häftlingen aus Lieberose.

Im Frühjahr 1945 erhielt der Angeklagte Böhm von einem der Schutzhaftlagerführer den Befehl, eine Gruppe von 30 Häftlingen aus Lieberose zum Krematorium zu bringen und sie in der dortigen GEnickschußanlage zu exekutieren. Der Angeklagte Böhm teilte daraufhin Blockführer ein, die die Häftlinge aus den Isolierblocks zum Krematorium führten, und ging selbst mit dem 2. Rapportführer, dem SS-Unterscharführer Becker, hinter den Häftlingen her zum Krematorium. Als er am Krematoriumsgebäude eintraf, waren die Häftlinge bereits dabei, sich dem Befehle der von dem Angeklagten Böhm hierzu angewiesenen Blockführer gemäß im Umkleideraum ihrer Kleider zu entledigen. Unter den Häftlingen herrschte große Unruhe, da die zur Bewachung eingeteilten Blockführer die Häftlinge aus Judenhaß mißhandelt hatten. Der Angeklagte Böhm wies die Blockführer zurecht und schickte sie aus dem Krematoriumsgebäude. Er zog sich einen weißen Arztkittel über und täuschte bei den Häftlingen, die er sich durch Becker einzeln in den "Untersuchungsraum" vorführen ließ und die der Meinung waren, sie sollten auf ihre Arbeitsfähigkeit untersucht werden, eine Körperuntersuchung vor: Er schaute ihnen in den Mund, ließ sie die Arme heben und sich von ihnen die Handflächen/und Fußtritten zeigen. Im Anschluß hieran schickte der Angeklagte Böhm die Häftlinge einzeln in den SS-Erschießungsraum, wo sie von ihm und dem Unterscharführer Becker, mit dem er sich abredgemäß in die Erschießungen geteilt hatte, erschossen wurden, während Böhm auf dem Plattenspieler Marschmusik spielen ließ. In diesen Fällen,

in denen Böhm die Erschießung eigenhändig durchführte, folgte er dem soeben von ihm "untersuchten" Häftling auf den Durchgangsflur und begab sich, während der Häftling den Erschießungsraum betrat, in den nebenan gelegenen Schießraum. Dort wartete er schußbereit, bis der Häftling von dem im Erschießungsraum diensttuenden Angehörigen des Krematoriumskommandos veranlaßt wurde, sich arglos vor die Meßeinrichtung zu stellen, und gab sodann auf ihn den tödlichen Genickschuß ab. Der SS-Unterscharführer Becker verfuhr, wenn er zu schießen hatte, in gleicher Weise wie der Angeklagte Böhm.

Nach Durchführung der Erschießungen erschien auf Veranlassung von Böhm ein SS-Arzt im Krematorium und stellte den der erschossenen Häftlinge Tod/fest. Die Leichen wurden anschließend in den Krematoriumsöfen verbrannt.

Der Angeklagte Böhm läßt sich wie folgt ein: Im Frühjahr 1945, und zwar zu einer Zeit, zu welcher das Erschießungskommando Moll bereits aus dem Konzentrationslager Sachsenhausen wieder abgerückt gewesen sei, habe er von einem Schutz-
von
haftlagerführer - ob/Kolb oder Höhn, wisse er nicht mehr - den Befehl erhalten, eine Gruppe von 30 jüdischen Häftlingen aus Lieberose zum Krematorium zu bringen und sie dort zu exekutieren. Er habe die Häftlinge durch Blockführer zum Krematorium führen lassen und sei mit dem SS-Unterscharführer Becker hinterhergegangen. Als er bei dem Krematorium angekommen sei, habe unter den sich bereits entkleidenden Häftlingen eine große Unruhe geherrscht, da die

Blockführer sie mißhandelt hätten. Er, Böhm, habe daraufhin die Blockführer aus dem Gebäude entfernt; die Häftlinge seien ihm für sein Eingreifen sehr dankbar gewesen, sie hätten allerdings nicht gewußt, daß sie unmittelbar darauf erschossen werden würden; vielmehr seien sie der Meinung gewesen, sie würden in dem Krematoriumsgebäude, das ihnen als solches nicht bekannt gewesen sei, einer ärztlichen Untersuchung auf ihre Arbeitsfähigkeit unterzogen. Er, Böhm, habe sich, nachdem er die Blockführer davongeschickt habe, einen weißen Arztkittel übergezogen und bei den ihm von Becker einzeln im

Untersuchungsraum vorgeführten Häftlingen eine Scheinuntersuchung auf ihre Arbeitsfähigkeit vorgenommen. Im Anschluß hieran habe er sie einzeln in den Erschießungsraum geschickt, wo sie, während er, Böhm, auf dem Plattenspieler Marschmusik habe spielen lassen, von dem 2. Rapportführer Becker, vor der Meßeinrichtung stehend, aus dem Nebenraum hinterrücks erschossen worden seien. Als nur noch zwei oder drei Häftlinge übrig gewesen seien, habe Becker einen Fehlschuß getan. Der nicht tödlich getroffene Häftling habe schreiend vor der Meßeinrichtung am Boden gelegen, auch der Krematoriumshäftling Gärtner, der die Delinquenten vor die Meßeinrichtung zu stellen hatte, habe geschrien; er, Böhm, sei daraufhin in den Erschießungsraum gestürzt, habe seine Pistole gezogen und dem verwundeten Häftling "den Gnadenschuß" gegeben. Nach der Erschießung der Häftlinge habe ein Arzt ihren Tod festgestellt.

Diese Einlassung des Angeklagten ist, soweit sie seine Beteiligung an der Durchführung der Erschießungen betrifft,

nicht glaubwürdig und zur Überzeugung des Schwurgerichts widerlegt. Der Angeklagte Böhm hat, wie er in der Hauptverhandlung vor dem Schwurgericht ausdrücklich zugegeben hat, bei seiner am 4. Mai 1957 vor dem Untersuchungsrichter des Landgerichts in Düsseldorf durchgeführten Vernehmung (Band VII Blatt 104) wie folgt ausgesagt: ".....ich weiß nur, daß ich Befehl bekommen habe, eine Gruppe von Häftlingen, bei denen es sich um aus Lieberose gekommene Juden handelte, zu liquidieren.....Ich habe in Erinnerung, daß ich diese Gruppe von jüdischen Häftlingen, ich meine, es waren etwa 40 Mann, durch Blockführer zum Krematorium habe bringen lassen. Ich selbst bin mit dem 2. Rapportführer hinterhergegangen. Dieser hieß Becker, stammte aus Potsdam und war damals etwa 35 Jahre alt.Als wir in den Warteraum kamen, herrschte dort ziemliche Unruhe. Die Blockführer hatten Befehl gegeben, daß die Häftlinge sich entkleideten. Die Häftlinge schrien, da sie teilweise von den Blockführern mißhandelt wurden. Die Häftlinge wurden geschlagen, weil sie Juden waren. Ich selbst konnte es nicht leiden, wenn Häftlinge mißhandelt wurden. Ich verschaffte mir also Gehör und schickte die Blockführer heraus. Ich zog mir mir dann einen weißen Kittel an und ging in den nebenan liegenden Raum. Ich tat das, um zu markieren. Die Häftlinge sollten glauben, ich sei Arzt. Ich habe dann auch in dem Nebenraum den Häftlingen mit einem Spachtel den Mund geöffnet und hineingesehen. Ich habe sie die Arme heben lassen und eben so getan, als würden sie ärztlich untersucht. Ich bemerke, daß in den Warte- beziehungsweise Umkleideraum ein

Plattenspieler in Betrieb war. Das war üblich, wenn Häftlinge im Krematoriumsgelände liquidiert wurden. Ich habe die Häftlinge in dem Nebenraum jeweils einzeln "untersucht". Dann habe ich sie in den nebenan liegenden Erschießungsraum geschickt.....Nachdem ich jeweils einen Häftling in den Erschießungsraum geschickt hatte, ging ich in den nebenan liegenden Raum und schoß durch den Schießschlitz. Ich benutzte hierzu eine Olympia-Kleinkaliber-Pistole. Diese Art Pistole wurde allgemein benutzt, weil der Knall nicht sehr laut war und weil im allgemeinen nur der Einschuß später zu sehen war. Der getroffene Häftling sackte nach dem Schuß sofort zusammen und wurde von dem Angehörigen des Krematoriumskommandos aus dem Erschießungsraum in die nebenan gelegene Krematoriumshalle geschleppt.

Meiner Erinnerung nach habe ich bei dieser Gelegenheit nicht allein geschossen, sondern es hat sich auch der 2. Rapportführer Becker am Schießen beteiligt.

.....Ich erinnere mich auch noch, daß zum Abschluß der Aktion ein SS-Arzt erwchien und sich überzeugte, daß alle Häftlinge tot waren....."

Bei seiner weiteren Vernehmung vor dem Untersuchungsrichter des Landgerichts in Düsseldorf hat der Angeklagte Böhm am 9. August 1957 (Band VIII Blatt 140 ff), wie er in der Hauptverhandlung vor dem Schwurgericht eingeräumt hat, ausgesagt: "Was die Liquidierung von jüdischen Häftlingen angeht, die aus Lieberose stammten, so habe ich mir dieses Geschehen noch einmal durch den Kopf gehen lassen. Ich möchte nunmehr meinen, es waren weniger als 40 Häftlinge, die bei dieser Aktion durch Becker und mich erschossen worden sind. Ich möchte meinen, wenn ich die Zahl 30 angebe, wird diese Zahl eher mit dem tatsächlichen Geschehen übereinstimmen...."

Das Schwurgericht ist davon überzeugt, daß jene Angaben des Angeklagten Böhm vor dem Untersuchungsrichter des Landgerichts in Düsseldorf der Wahrheit entsprachen, seine zu

diesen inhaltlich im Widerspruch stehende Einlassung in der Hauptverhandlung mithin eine wahrheitswidrige Schutzbehauptung darstellt. Denn es ist kein Anhaltspunkt dafür zu erkennen, daß der Angeklagte, der, wie oben unter C VI (angebliche Rückkehr der zwei Häftlinge in das Schutzhaftlager) und C VIII 2 (angebliche Unkenntnis von der Tötungsabsicht) dargelegt ist, wiederholt versucht hat, sich durch wahrheitswidrige Angaben von den gegen ihn erhobenen Schuldvorwürfen zu befreien, bei seiner Vernehmung vor dem Untersuchungsrichter sich zu Unrecht der aktiven Mitwirkung an der Durchführung der Erschießung der 30 jüdischen Häftlinge bezichtigt hätte. Der Angeklagte Böhm hat dies zwar in der Hauptverhandlung vor dem Schwurgericht behauptet und mit der Angabe motiviert, die Schuld, die er bei seiner Tätigkeit im Konzentrationslager auf sich geladen habe, habe ihn danach so schwer bedrückt, daß er in seiner Wahrheitsliebe und in dem Bestreben, nichts von dem, was er wirklich getan habe, abzuleugnen, mehr Verfehlungen zugegeben habe, als er tatsächlich begangen habe. Das ist jedoch offensichtlich unwahr. Die Tatsache, daß er bei seiner zweiten Vernehmung vor dem Untersuchungsrichter die Zahl der von ihm im Verein mit Becker erschossenen Häftlinge von 40 auf 30 reduzierte hat und daß er, wie er gleichfalls auf Vorhalt vor dem Schwurgericht eingeräumt hat, nicht nur schon vor dem Untersuchungsrichter seine Mitwirkung an der Vergasung von 8 Zivilarbeitern (C IV 1) - möglicherweise der Wahrheit gemäß - in Abrede gestellt, die ihm vorgeworfene eigenmächtige Entsendung eines Häftlings (Zigeuners) zur Erschießung (C VIII 2)

auch schon bei seiner Vernehmung vor dem Untersuchungsrichter bestritten und den Vorwurf, Häftlinge im Schutzhaftlager Sachsenhausen mißhandelt zu haben, wie feststeht der Wahrheit zuwider, von sich gewiesen hat, beweist, daß der Angeklagte

zu keinem Zeitpunkt, also auch nicht bei seiner Vernehmung vor dem Untersuchungsrichter, aus bloßem Sühnebedürfnis Straftaten zugegeben hat, die er nicht begangen hat, sondern daß er vielmehr zu jeder Zeit bestrebt war, das Maß der von ihm eingestandenen Schuld so gering wie nur möglich zu halten. Da auch die Annahme, der Angeklagte Böhm habe bei seiner Vernehmung vor dem Untersuchungsrichter den 2. Rapportführer Becker - der Wahrheit zuwider - entlasten wollen, um deswillen ausscheidet, weil der Angeklagte auch schon damals die Mitwirkung des Becker an der Erschießung der Häftlinge angegeben hat, und da schließlich, wie die völlige Übereinstimmung der damaligen und der jetzigen Schilderung des Angeklagten von der Erschießung der Häftlinge - mit Ausnahme der Beteiligung des Angeklagten an den eigenhändigen Erschießungen - beweist, der Angeklagte zu jener Zeit auch keinem Irrtum und keiner Erinnerungstrübung zum Opfer gefallen ist, bleibt für den inhaltlichen Widerstreit der unterschiedlichen Angaben des Angeklagten nur die Erklärung, daß der Angeklagte vor dem Untersuchungsrichter sich wahrheitsgemäß eingelassen und in der Hauptverhandlung vor dem Schwurgericht, möglicherweise in der Erkenntnis, daß Zeugen, die ihn zu überführen geeignet wären, nicht haben ermittelt werden können, seine aktive Mitwirkung an der Durchführung der Erschießungen als solchen der Wahrheit zuwider in dem

Bestreben, sich einer Bestrafung wegen dieser seiner Handlungen zu entziehen, abgestritten hat. Es steht daher zur Überzeugung des Schwurgerichts fest, daß der Angeklagte Böhm die 30 jüdischen Häftlinge nicht nur hat zum Krematoriumsgebäude bringen lassen, sie zum Scheine untersucht und zur Erschießung durch den 2. Rapportführer Becker in den Erschießungsraum geschickt und einem angeschossenen Häftling den Gnadenschuß gegeben hat, sondern daß er im gewollten Zusammenwirken mit Becker, sich hierbei mit diesem abwechselnd, an der Erschießung der 30 Häftlinge eigenhändig beteiligt hat. + ...

b). Rechtliche Würdigung.

aa. Die Tötung der 150 von dem Angeklagten Böhm zur Hinrichtung zusammengestellten und transportierten Häftlinge wie auch diejenige der von dem Angeklagten Böhm gemeinschaftlich mit dem SS-Unterscharführer Becker eigenhändig erschossenen 30 jüdischen Häftlinge war rechtswidrig. Wenn auch nicht im einzelnen hat festgestellt werden können, auf Grund welchen Befehls die Häftlinge getötet wurden, so steht doch jedenfalls mit Sicherheit fest, daß die Anordnung ihrer Tötung nicht auf gerichtlichen, in geordneten Verfahren ergangenen Urteilen beruhte. Die oben unter C II b) aa) angestellten Erwägungen gelten daher für die hier erörterten Fälle der Häftlingstötungen im gleichen Maße; auf sie wird Bezug genommen.

bb. Die Anordnung der Tötung der jüdischen Häftlinge beruhte auf niedrigen Beweggründen, und die Tötungen sind Heimtückisch durchgeführt worden: Sie wurden aus einer Gesinnung angeordnet, die den keiner Straftat schuldigen, lediglich wegen ihrer Zugehörigkeit zum Judentum rassistisch mißachteten Häftlingen überhaupt jeden Menschenwert und jede Menschenwürde absprach und ihnen deshalb erbarmungslos diejenigen rechtlichen Sicherungen versagte, die nach der übereinstimmenden Rechtsüberzeugung aller Kulturvölker selbst dem gebühren, der eine schwere strafbare Handlung begangen hat (BGH, Urteil vom 24. 6. 1955 -1 StR 55/55). Und die Häftlinge, die, selbst wenn sie bei ihrem Abtransport aus den Isolierbaracken geargwöhnt haben sollten, der Tötung zugeführt zu werden, doch jedenfalls zum Zeitpunkt ihrer Tötung wegen der ihnen eine ärztliche Untersuchung auf ihre Arbeitsfähigkeit geflissentlich vortäuschenden Umstände nicht (mehr) damit rechneten, alsbald getötet zu werden, wurden unter Ausnutzung ihrer Arg- und Wehrlosigkeit erschossen. Insoweit wird auf die unter C IV b) bb gemachten Ausführungen, die auf die vorliegenden Tötungsfälle in gleicher Weise Anwendung finden, verwiesen. Die Tötung der 150 und der weiteren 30 Häftlinge qualifiziert sich daher als Mord im Sinne des § 211 Abs. 2 StGB.

cc. Der Angeklagte Böhm hat durch seine Mitwirkung an der auf Anordnung namentlich nicht festgestellter höherer SS-Führer durchgeführten Tötung der 150 Häftlinge, deren Verladung und Abtransport er in der eingangs festgestellten

Weise geleitet und überwacht hat, den Taturhebern Beihilfe zum Mord geleistet: Er hat, wie festgestellt ist, gewußt, daß und auf welche Weise die Häftlinge in der im Industriebauhof gelegenen Genickschußanlage getötet werden sollten und würden, und er hat den Tätern mit dem Willen, ihre Tat durch seinen Tatbeitrag zu fördern, dadurch tätliche Hilfe geleistet, daß er die in der Isolierbaracke untergebrachten Häftlinge und den weiteren, durch den Zeugen Christensen herangebrachten Häftling aus der Gemeinschaft ihrer Mithäftlinge herauslöste, sie auf die bereitstehenden Lastkraftwagen verlud und veranlaßte, daß sie unter von ihm eingesetzter Bewachung zur Tötung in den Industriebauhof gebracht wurden. Dafür, daß der Angeklagte hier bei nicht nur als Tatgehilfe, sondern als Mittäter gehandelt haben sich in der Beweis-
vor dem Schwurgericht
aufnahme/hinlängliche Anhaltspunkte nicht ergeben. Der Angeklagte hat weder durch den ihm erteilten Befehl gesteckten Rahmen seiner Mitwirkung an der Tötung dieser Häftlinge überschritten, noch hat er selbst eine maßgebliche, den Erfolg, den Zeitpunkt und die Art der Durchführung der Tat beeinflussende Tatherrschaft ausgeübt, noch hat er auf andere Weise erkennen lassen, daß er mit seinem Tatbeitrag nicht nur fremdes Tun fördern, sondern den Taterfolg durch gemeinschaftliches Zusammenwirken mit den Taturhebern selbst habe herbeiführen wollen.

Demgegenüber hat der Angeklagte Böhm bei der Erschießung der 30 jüdischen Häftlinge als Mittäter gehandelt: Er war, wie der Angeklagte Höhn und der Zeuge Kolb hervorgehoben haben,

auf Grund der für derartige Hinrichtungen bestehenden, auch dem Angeklagten Böhm bekannten allgemeinen Dienstvorschriften, ebenso, wie bei der Erschießung der zum Zwecke der Exekution in das Konzentrationslager Sachsenhausen überstellten Häftlinge (C IV 4), auch bei der Hinrichtung der 30 jüdischen Häftlinge lediglich verpflichtet, die Vorführung der Häftlinge zur Hinrichtungsstätte zu veranlassen und die Erschießungen unter der Leitung des diensthabenden Schutzhaftlagerführers durchzuführen. Zur eigentlichen Erschießung der Häftlinge indessen konnte er sich der ihm zur Unterstützung beigegebenen Blockführer bedienen, und er war nicht verpflichtet, die Häftlinge selbst eigenhändig zu erschießen. Er hat diesen ihm durch allgemeine Dienstanweisungen übertragenen, auch durch Sonderbefehle der Lagerführung nicht abgeänderten Auftrag bei der Erschießung der 30 Lieberoser Häftlinge weit überschritten und sich hierbei eine Tatherrschaft eigenmächtig angemaßt, die ihm nach den ihm erteilten allgemeinen und besonderen Befehlen nicht zustand: Er hat nicht nur von der dienstweisungsgemäß erforderlichen Zuziehung des diensthabenden Schutzhaftlagerführers abgesehen, sondern auch die Scheinuntersuchung der Häftlinge, die von einem SS-Arzt hätte durchgeführt werden müssen und mit welcher er als diensthabender Rapportführer nichts zu tun hatte, selbst ausgeführt. Darüber hinaus hat er sich nicht damit begnügt, die Erschießungen durch die ihm zugewiesenen Blockführer durchführen zu lassen und selbst sich auf die ein aktives Eingreifen nicht erfordende Beaufsichtigung der Erschießungen zu beschränken, sondern er hat aus eigener freier Entschliesung die zur Mitwirkung an der Hinrichtung eingeteilten

Blockführer weggeschickt und an deren Stelle, sich hierbei verabredungsgemäß mit dem 2. Rapportführer Becker abwechselnd, die Häftlinge selbst eigenhändig durch Genickschuß getötet. In diesem seinem Verhalten konkretisiert sich die von ihm, wie oben unter C IV b) cc) im einzelnen dargelegt ist, bei der Behandlung der Häftlinge im Schutzhaftlager Sachsenhausen allgemein an den Tag gelegte, die Anordnungen und Maßnahmen der Lagerführung generell bejahende Geistes- und Willenshaltung zu dem eindeutigen Kennzeichen des Willens, an den ihm aufgetragenen Erschießungen nicht nur als Helfer zu fremdem Tun mitzuwirken, sondern zu der Tötung der Häftlinge in der Weise beizutragen, daß sich sein Beitrag mit demjenigen der Taturheber zu einer auf die gemeinschaftliche Herbeiführung eines gemeinsam angestrebten Erfolges, nämlich der Tötung der Häftlinge, gerichteten einheitlichen Handlung vereinigte. Diese in dem tätigen Verhalten des Angeklagten zum Ausdruck gebrachte Willensrichtung aber kennzeichnet den Angeklagten Böhm als Mittäter (§47 StGB) an der Erschießung der Lieberoser Häftlinge. Dabei beschränkt sich seine Mittäterschaft nicht auf die - zahlenmäßig nicht mehr feststellbaren - Fälle, in denen er die Häftlinge selbst eigenhändig erschossen hat, sondern sie erstreckt sich auch auf diejenigen Erschießungen, die ihm verabredungsgemäß Wechsel der Schußabgabe von dem 2. Rapportführer, SS-Unterscharführer Becker, mit dem Willen und im Einverständnis des Angeklagten Böhm durchgeführt worden sind. Denn der seine Mittäterschaft begründende Täterwille des Angeklagten Böhm war nicht darauf gerichtet, eine bestimmte Anzahl der 30 zur Tötung bestimmten Häftlinge selbst zu töten,

sondern darauf, sämtliche 30 Häftlinge im gewollten gemeinschaftlichen Zusammenwirken mit dem 2. Rapportführer Becker in der dargelegten heimtückischen Weise zu Tode zu bringen. Der Angeklagte Böhm hat daher an der Erschießung sämtlicher 30 Lieberoser Häftlinge als Mittäter mitgewirkt.

dd. Soweit hierbei der Angeklagte Böhm in Erfüllung eines Befehls in Dienstsachen gehandelt hat, bleibt er gemäß § 47 Satz 2 Ziff. 2 MilStGB gleichwohl strafrechtlich verantwortlich, denn er wußte zur Zeit der Tat, daß der ihm erteilte Befehl eine Handlung bezweckte, welche die Begehung eines Verbrechens betraf. Der Angeklagte kannte sämtliche Tatumstände der unter seiner Mitwirkung erfolgten Häftlingerschießungen, und er war sich zweifellos darüber klar, die befehlsgemäße Durchführung der Tötungen, bei welcher die Häftlinge geflissentlich in Unkenntnis über die ihnen bevorstehende Tötung gehalten und sodann arglos meuchlings erschossen wurden, nicht rechtens war, ihre Erschießung mithin die widerrechtliche Tötung von Menschen, also ein Verbrechen darstellte.

ee. Der Angeklagte, der, wie oben schon mehrfach dargelegt ist, sich bei seinem Verhalten im Schutzhaftlager, insbesondere auch bei seiner Mitwirkung an Häftlingstötungen, als williger, eifriger und den ihm erteilten Befehlen aus freien Stücken gehorchender Untergebener erwiesen hat, hat sich auch bei seiner Mitwirkung an den hier erörterten Erschießungen der Lieberoser Häftlinge nicht in einer Notstandslage (§§ 52, 54 StGB) befunden. Er hat sich, wie

insbesondere seine eigenmächtige Überschreitung des ihm durch die ihm erteilten Befehle gesteckten Handlungsrahmens bei der Erschießung der 30 jüdischen Häftlinge beweist, seinen Gehorsam nicht durch die für den Fall einer Befehlsverweigerung generell verhängten Strafdrohungen abnötigen lassen, sondern er ist den ihm erteilten Weisungen, unbeeinflusst von diesen Strafdrohungen, freiwillig und übereifrig nachgekommen. Für die Annahme einer Notstandslage ist daher kein Raum.

ff. Der Angeklagte Böhm wird von dem ihn treffenden Schuldvorwurf endlich auch nicht aus dem Gesichtspunkt des § 51 Abs. 1 oder 2 StGB wegen mangelnder oder verminderter Schuldfähigkeit entlastet. Daß bei ihm weder Geistesschwäche noch Geisteskrankheit vorgelegen haben, ist oben unter C III b) gg) eingehend dargelegt und begründet worden; auf diese Ausführungen wird verwiesen. Dafür aber, daß der Angeklagte zur Zeit der hier erörterten Erschießungen Lieberoser Häftlinge an einer Bewußtseinsstörung gelitten hätte, ist keinerlei Anhalt hervorgetreten. Es ist daher festzustellen, daß die Fähigkeit des Angeklagten Böhm, das Un-erlaubte seines Handelns einzusehen und nach dieser Einsicht zu handeln, zur Zeit der hier in Betracht stehenden Taten weder ausgeschlossen noch vermindert war.

Der Angeklagte Böhm hat sich daher der Beihilfe zum (von den Taturhebern , wie mangels entgegenstehender Feststellungen angenommen werden muß, durch einen einzigen Willens- und Handlungsakt angeordneten, also durch eine im natürlichen Sinne einheitliche Handlung begangenen) Mord

- an 150 Häftlingen - sowie des (hierzu im Verhältnis der Tatmehrheit stehenden) Mordes in 30 Fällen schuldig gemacht.

IX. Erschießung von Häftlingen auf dem Evakuierungsmarsch.

Wegen des Näherrückens der sowjetischen Streitkräfte wurde das Konzentrationslager Sachsenhausen am Abend des 21.

April 1945 auf Befehl des Lagerkommandanten Kaindl evakuiert. Die Häftlinge, soweit sie nicht wegen Krankheit marschunfähig im Krankenblock zurückgelassen wurden oder sich verborgen hielten, um sich der Teilnahme an der Evakuierung zu entziehen, wurden in Gruppen zu je 500 Häftlingen eingeteilt, denen SS-Unterführer zur Führung und SS-Mannschaften sowie in SS-Uniform eingekleidete, bewaffnete Häftlinge, die sich freiwillig hierzu gemeldet hatten, zur Bewachung zugeteilt waren. Je drei dieser Marschblocks wurden einem SS-Führer des Schutzhaftlagers oder des Wachbataillons unterstellt. Die dergestalt organisierten Marschgruppen wurden im Fußmarsch nacheinander in Richtung nach Lübeck in Marsch gesetzt.

Während des Evakuierungsmarsches, der wegen des Heranrückens russischer und amerikanischer Truppen in einem Wald bei Below endete, wurden zahlreiche Häftlinge, die nicht mehr marschfähig waren, fliehen wollten oder die Marschkolonnen verlassen hatten, um sich Lebensmittel zu beschaffen, von Bewachungsmannschaften erschossen und im Strassengraben liegen gelassen.

Die Anklage beschuldigt den Angeklagten Höhn, die Erschiesung von zwei Häftlingen angeordnet und drei weitere Häftlinge eigenhändig erschossen zu haben.

1. Als der Marschblock, in dem sich der Zeuge Geißler befunden habe, in einer Ortschaft in Mecklenburg gelagert habe, habe ein junger französischer Häftling von einem Wagen, der vor einem Haus gestanden habe, eine Handvoll Kartoffeln weggenommen. Der Häftling sei dem Angeklagten Höhn vorgeführt und später auf dessen Veranlassung von zwei SS-Leuten erschossen worden.

2. Von dem Marschblock, in dem sich der Zeuge Schitt befunden habe, habe sich zwischen Marienburg und Wittstock ein Häftling entfernt und sei auf ein Haus zugelaufen. Als der Angeklagte Höhn, der sich in der Nähe befunden habe, dieses bemerkt habe, habe er einem Bewachungsposten namens Gustav Freytag zugerufen: "Was ist denn das, wo will denn der hin?" Freytag habe seiner Unmut darüber geäußert, daß gerade er dem Angeklagten Höhn aufgefallen sei. Zwei Häftlinge hätten den Häftling, der sich entfernt hatte, zurückgeholt, und Freytag habe ihn mit seiner Pistole erschossen, während der Angeklagte Höhn wenige Schritte entfernt gestanden habe.

3. Als der letzte Marschblock, der lediglich aus 28 Häftlingen bestanden habe, vor der Ortschaft Reinsberg einen vor ihm marschierenden Block eingeholt hatte, sei ihm der Befehl zum Überholen erteilt worden. Da das Überholen nach Meinung des Angeklagten Höhn nicht schnell genug

vonstatten gegangen sei, habe Höhn mit zwei Schüssen einen der Häftlinge des eingeholten Marschblocks und kurz darauf einen anderen Häftling erschossen und die Leiche des letzteren mit dem Fuße in den Straßengraben gestoßen. Nachdem die 28 Häftlinge den Marschblock überholt hatten, habe der Angeklagte Höhn noch einen anderen Häftling an den Straßenrand geschleift und ihn durch zwei Pistolenschüsse dort getötet.

Der Angeklagte Höhn bestreitet diese Vorwürfe. Er läßt sich im einzelnen wie folgt ein: Am Abend des 21. April 1945, als er bereits im Bett gelegen habe, sei er fernmündlich zum Kommandanten befohlen worden; als er sich bei diesem gemeldet habe, habe dieser ihm den Befehl zur Evakuierung des Lagers eröffnet.

Die Evakuierung des Lagers sei bis in alle Einzelheiten vorbereitet gewesen: Die Lagerbelegschaft sei in Gruppen zu je 500 Häftlingen eingeteilt gewesen, denen SS-Unterführer zur Bewachung zugeteilt worden seien. Je drei dieser Marschblocks hätten einem SS-Führer der Schutzhaftlagerführung oder des Wachbataillons unterstanden. Auch im übrigen seien Vorbereitungen für den Evakuierungsmarsch getroffen worden; die Ausgabe der Verpflegung sei organisiert gewesen, und er selbst habe angeordnet, daß jeder Häftling eine Decke und seine persönliche Habe mitnehme. Lediglich zum Marsch geeignetes Lederschuhzeug habe den Häftlingen nicht mehr zur Verfügung gestanden, da die Verwaltung den Lagerbestand an Lederschuhen und das Häftlingseigentum bereits

abtransportiert gehabt habe.

Kaindl

Nachdem er, Höhn, von dem Kommandanten/den Evakuierungsbe-
fehl und die Anweisung erhalten hab e, die Lagerbelegschaft
mit dem Ziel Wittstock in Marsch zu setzen, habe er sich ins
Lager begeben und den Lagerältesten alarmiert. In kaum 20
Minuten hätten die ersten drei Marschblocks in Stärke von
insgesamt 1500 Häftlingen am Tor marschbereit gestanden und
seien dort gepflegt worden. Vor dem Abmarsch habe er, der
Angeklagte Höhn, die Häftlinge über ihr Verhalten während des
Marsches nicht belehrt; insbesondere sei ein Befehl, Zurück-
bleibende zu erschießen, weder ihm erteilt noch von ihm be-
kannt gegeben worden. Die Häftlinge hätten aber ohnedies
aus Erfahrung gewußt, wie sie sich auf dem Marsch in Eskorte
zu verhalten hatten und daß auf Häftlinge, die die Marsch-
kolonne verließen, ohne Anruf scharf geschossen werde. Er,
Höhn, entsinne sich allerdings, daß der Kommandant Kaindl
und sein Adjutant Wessel die einzelnen Einheitsführer vor
dem Abmarsch noch belehrt hätten; er selbst aber sei weder
bei diesen Belehrungen zugegen gewesen, noch habe er selbst
Anweisungen ausgegeben.

Der Abmarsch der Häftlinge habe sich reibungslos während
der ganzen Nacht vollzogen. Er, Höhn, habe bis gegen Mit-
tag des 22. April 1945 am Lagertor gestanden und den Aus-
marsch überwacht. Gegen Mittag sei das Brot, das den Häft-
lingen auf dem Marsch mitgegeben worden sei, ausgegangen.
Kaindl habe daraufhin den Befehl gegeben, die Evaku-ierung

abzustoppen, bis neues Brot gebacken sei. Er, Höhn, habe sich in seine Unterkunft begeben und sich schlafen gelegt. Abends sei die Nachricht durchgedrungen, die Russen seien bis in die Nähe von Oranienburg vorgestoßen. Daraufhin habe Kaindl befohlen, die Evakuierung des Lagers unverzüglich fortzusetzen und die restlichen Häftlinge ohne Verpflegung abmarschieren zu lassen. Ihm, dem Angeklagten Höhn, habe Kaindl einen zweisitzigen Personenkraftwagen des Typs Fiat-Simka mit dem Fahrer Stracke zugeteilt und angeordnet, daß er sich nach der Räumung des Lagers in Marsch zu setzen und am nächsten Tage in Ravensbrück bei ihm zu melden habe. Nach dem Ausmarsch der letzten Marschkolonne - etwa 2500 bis 3000 Häftlinge, zumeist Kranke und Häftlingsärzte, seien im Lager zurückgeblieben - habe er mit seinem Fahrer Stracke als letzter das Lager verlassen, das Lagertor abgeschlossen und sei nach Ravensbrück gefahren, wo er am Vormittag des 23. April 1945 eingetroffen sei.

Gegen Mittag habe der Lagerkommandant Kaindl ihn zu sich befohlen und ihm in Gegenwart des Lagerarztes Dr. Baumkötter berichtet, Angehörige des Internationalen Roten Kreuzes seien mit den Marschkolonnen auf dem Marsch in Berührung gekommen und hätten festgestellt, daß Häftlinge während des Marsches erschossen worden seien. Hieraus hätten sich zwischen den Führern der Marschblocks und den Angehörigen des Roten Kreuzes Differenzen ergeben. Er, Kaindl, habe ihm den Befehl erteilt, den Marschkolonnen entgegen zu fahren und die Einheitsführer anzuweisen, die

Tötung von nicht marschfähigen Häftlingen zu verbieten und zu veranlassen, daß die nicht mehr marschfähigen Häftlinge den örtlichen Polizeibehörden übergeben würden.

In Ausführung dieses Befehls sei er, Höhn, in Begleitung seines Fahrers Stracke zunächst nach Wittstock, dem Ziel des ersten großen Teilabschnittes des Evakuierungsmarsches, und von dort aus auf der vorgesehenen Marschstraße den Marschkolonnen in Richtung nach Neuruppin entgegengefahren und habe den Führern der ihm entgegenkommenden Marschblocks den Befehl des Lagerkommandanten Kaindl übermittelt.

Während des Evakuierungsmarsches habe er keinen Häftling erschossen und auch nicht befohlen, einen Häftling zu töten. Auf der ihm von Kaindl befohlenen Fahrt habe er jedoch viele erschossene Häftlinge an der Straße liegen sehen. Den ersten getö^eteten Häftling habe er in der Nähe von Krahnsee gesehen; er habe an seinem Aussehen feststellen können, daß der Häftling schon mindestens einen halben Tag tot gewesen sei. Als er, Höhn, sich in der Nähe dieses getöteten Häftlings aufgehalten habe, sei ein Wagen des Internationalen Roten Kreuzes herangekommen. Er habe bei ihm angehalten, und sein Insasse, ein Dr. Nägele, habe ihm wegen der Tötung des Häftlings Vorhaltungen gemacht. Er, Höhn, habe ihn darauf hingewiesen, daß er den Mann nicht erschossen habe und der Häftling schon mindestens einen halben Tag tot sei; Dr. Nägele habe sich von der Richtigkeit dieser Angaben überzeugt und Höhn darauf hingewiesen, daß diejenigen, die für

die Tötung von Häftlingen verantwortlich seien, verfolgt werden würden. Auf seine Aufforderung hin habe er, Höhn, ihm den Marschweg der Kolonnen genannt, die er, wie er ihm erklärt habe, mit Rotkreuz-Paketen zu verpflegen gedacht habe. Nachdem er, Höhn, ihm auch seine Personalien angegeben habe, habe er sich verabschiedet und sei weiter zu dem Lagerkommandanten Kaindl gefahren.

Das erste Marschziel des Evakuierungsmarsches sei der Wald von Below gewesen. In diesem Wald, der von Wachposten umstellt worden sei, seien die Häftlinge einfach ohne jede Verpflegung und Unterkunft hineingetrieben worden. Als er, Höhn, das gesehen und erkannt habe, daß ein solches Verfahren für die Häftlinge unerträglich gewesen sei, habe er den Führern der nachkommenden Marschkolonnen geraten, nicht nach Below zu marschieren, sondern sich anderweitig Unterkunft zu suchen.

Am nächsten Morgen habe ihm Kaindl den Auftrag erteilt, mit einem Pkw und einem Lastzug nach Heinrichsdorf zu fahren, um das dort auf dem Evakuierungsmarsch befindliche Frauenlager Hennigsdorf zu verpflegen und nach-zuziehen. Diese einzige Fahrt habe er ohne seinen Fahrer Stracke und in Begleitung des Krematoriumshäftlings Gärtner gemacht. Bei dieser Fahrt seien sie mit Marschkolonnen des Konzentrationslagers Sachsenhausen nicht in Berührung gekommen.

Als er, der Angeklagte Höhn, nach Erledigung des ihm erteilten Auftrages am 27. April 1945 nach Below zurückgekommen

sei, sei das Waldlager bis auf wenige Nachzügler schon geräumt gewesen, und Kaendl habe ihm den Befehl hinterlassen, sich bei ihm in Parchim zu melden. Als er, Höhn, dort eingetroffen sei, sei Kaendl nicht mehr da gewesen.

Am 1. Mai 1945 sei er dann in amerikanische Kriegsgefangenschaft geraten.

Diese Einlassung des Angeklagten ist durch das Ergebnis der Beweisaufnahme vor dem Schwurgericht nicht widerlegt worden. Denn wenn auf Grund der Aussagen der Zeugen Strache, Metzler, Wieber, Paul und Wilhelm Bonnemann, Abel, Ballhorn, Rüb, Fabisch, Dachan und Simon feststeht, daß, wie auch der Angeklagte Höhn einräumt, während des Evakuierungsmarsches eine große Anzahl von marschunfähigen Häftlingen durch die Bewachungsposten erschossen wurden, so hat die Beweisaufnahme doch nichts Hinlängliches dafür ergeben, daß der Angeklagte Höhn sich an diesen Häftlingstötungen durch Befehlserteilung oder eigenhändige Erschießungen beteiligt habe.

1. Der Zeuge Geißler hat bei seiner Vernehmung in der Hauptverhandlung vor dem Schwurgericht zwar folgendes bekundet: Am vierten oder fünften Marschtag habe der Marschblock, zu welchem der Zeuge gehört habe, gerade auf dem Hofe eines Bauerngehöftes neben der Straße gelagert, es seien gerade Kartoffeln unter die Häftlinge verteilt worden, als die Marschkolonne plötzlich den Befehl erhalten habe, aufzubrechen und weiterzumarschieren. Einige der Häftlinge hätten sich noch um den Wagen gedrängt, auf welchem ^{sich} die Kartoffeln

befanden, um auch noch einige der Kartoffeln für sich zu bekommen. Die SS-Posten hätten, um auch diese Häftlinge zum Weitemarsch anzutreiben, auf sie eingeschlagen und mit ihren Gewehren in die Luft geschossen; hierbei sei einer der Häftlinge, ein junger Franzose, - ob durch einen gezielten Schuß oder aus Verschen, wisse er, der Zeuge, nicht - erschossen worden. Der Angeklagte Höhn habe an dem Kartoffelwagen gestanden und nichts unternommen, um die Schießerei, deren Gefährlichkeit er hätte erkennen müssen, zu verhindern. Er, der Zeuge Geißler, sei daher der Auffassung, daß Höhn an der Erschießung des französischen Häftlings schuldig sei.

Die Frage, ob der Angeklagte Höhn unter diesen Umständen an der von dem Zeugen geschilderten Erschießung des Häftlings mitschuldig geworden sei, bedarf indessen keiner näheren Prüfung. Denn das Schwurgericht hat sich nicht davon zu überzeugen vermocht, daß die Darstellung des Zeugen den tatsächlichen Geschehensablauf zuverlässig wiedergibt. Der Zeuge Geißler hat nämlich, wie er vor dem Schwurgericht eingeräumt hat, bei seiner Vernehmung vor dem Untersuchungsrichter eine in wesentlichen Punkten von seiner jetzigen Aussage abweichende Darstellung von dem geschilderten Vorfall gegeben. Er hat bei jener Vernehmung am 13. Mai 1958 (Band XII Blatt 15a (18)) folgendes bekundet: Er habe während des Evakuierungsmarsches Höhn einigemale gesehen. Er habe im Zusammenhang mit ihm

noch folgendes Geschehen in bestimmter Erinnerung. Mit seinem Marschblock habe er am Ausgang eines kleinen mecklenburgischen Dorfes gelagert. Vor einem Bauernhaus habe ein Wagen gestanden, der mit Kartoffeln beladen gewesen sei. Einem jungen französischen Häftling sei es geglückt, sich ein paar von diesen Kartoffeln zu nehmen. Er habe sie in der Hand gehabt, als das von den SS-Leuten des Begleitkommandos bemerkt worden sei. Höhn sei zufällig kurz vorher gekommen und habe mit dem SS-Transportführer dieser Marschkolonnie gesprochen. Der junge Franzose sei zu ihm hingebraucht und Höhn sei der Vorfall offensichtlich gemeldet worden. Kurz darauf seien zwei SS-Angehörige mit dem jungen Häftling ein Stück beiseite auf einen Acker gegangen, wo er niedergeschossen und liegen gelassen worden sei. Diese Erschießung müsse, so wie sich die Dinge abgespielt hätten, auf Befehl von Höhn erfolgt sein. Er, der Zeuge, habe es selbst gesehen, daß der junge Franzose erschossen worden sei.

Diese nicht nur in der Darstellung der allgemeinen Tatumstände, sondern insbesondere auch in der Frage der Tat-
/des Angeklagten Höhn entscheidend
urheberschaft und aktiven Tatbeteiligung/voneinander abweichenden Aussagen des Zeugen Geißler gestatten keine zuverlässige Feststellung des Tatherganges mehr. Weder kann festgestellt werden, daß die Angaben, die der Zeuge vor dem Untersuchungsrichter gemacht hat, dem Tatsachenverlauf mit Sicherheit entsprochen hätten, denn der Zeuge hätte, wenn der Angeklagte Höhn wirklich die Erschießung

des Häftlings angeordnet und dieser Vorgang zuverlässig in die Erinnerung des Zeugen eingeprägt hätte, in der Hauptverhandlung vor dem Schwurgericht jedenfalls auf Vorhalt seiner früheren Aussage sich jener Tatsachen mit Sicherheit wieder besonnen. Das hat er indessen nach seiner Bekundung nicht getan. Ebenso wenig kann aber auch seiner Aussage in der Hauptverhandlung mit einer jeden vernünftigen Zweifel ausschließenden Sicherheit gefolgt werden; denn der Zeuge hat, nachdem ihm seine frühere Aussage zur Stützung seiner Erinnerung vorgehalten worden ist, eingeräumt, keine sichere Erinnerung mehr an den geschilderten Vorfall zu haben. Damit aber gestattet das Ergebnis der Beweisaufnahme nicht die Feststellung, der Angeklagte Höhn habe, seiner Einlassung zuwider, auf dem Evakuierungsmarsch an der Erschießung eines französischen Häftlings mitgewirkt. Der Angeklagte war daher von diesem Punkt der Anklage mangels Beweises freizusprechen.

2. Der Zeuge Schitt hat bei seiner Vernehmung vor dem Untersuchungsrichter des Landgerichts am 18. September 1957 (Band IX Blatt 62) bekundet, er habe bei dem Evakuierungsmarsch schon unmittelbar nach Verlassen des Lagers die erste Schießerei gehört. Er habe dann auch gesehen, daß Häftlinge, die nicht schnell genug marschierten, erschossen worden seien. Auch habe er immer wieder tote oder sterbende Häftlinge am Straßenrand oder auf der Straße liegen gesehen.

Speziell könne er sich noch an folgenden Fall erinnern:
Er und die Häftlinge seines Marschblocks seien eines Vormittags zwischen Ma-ienburg und Wittstock marschiert.

Führer ihres Begleitkommandos sei ein SS-Oberscharführer Gustav Freytag gewesen. Dieser möge damals 50 Jahre alt gewesen sein. Er möge aus dem Rheinland oder der Pfalz zu Hause gewesen sein. Er sei seines, des Zeugen, Wissens früher nicht in Sachsenhausen gewesen. Nach seinen Erzählungen müsse er in irgendeinem östlichen Lager gewesen sein. Was aus ihm geworden sei, wisse er, der Zeuge, nicht.

Plötzlich habe der Zeuge die Stimme Höhns gehört, der rief: "Was ist denn da los, wo will denn der hin?" Er, der Zeuge, habe Höhn hinter ihm auf der Straße stehen sehen, und er habe weiter gesehen, daß ein Häftling, der zu dem Marschblock gehört habe, sich von der Kolonne entfernt hatte und zur Seite hin auf Häuser zugelaufen sei. Freytag habe das auch gesehen und habe noch eine Bemerkung etwa des Inhalts gemacht, daß er ausgerechnet bei Höhn auffallen müsse. Zwei andere Häftlinge hätten den Häftling zurückgeholt, der sich entfernt gehabt habe, Wie dieser Häftling geheißen habe, könne er nicht sagen. Er wisse nur, daß er aus Mannheim oder der Gegend von Mannheim her gestammt habe. Freytag habe dann diesen Häftling aus Mannheim mit seiner Pistole durch einen Kopfschuß erledigt. Er, der Zeuge, erinnere sich noch, daß er zunächst eine Ladehemmung gehabt habe, als er dem Häftling die Pistole an die Stirn setzte. Der Häftling sei dann liegen gelassen worden und der Marsch sei weitergegangen. Er, der Zeuge, sei überzeugt, daß der Häftling tot gewesen sei und daß Höhn diese Szene beobachtet habe, denn er sei ja nur wenige Schritte entfernt gewesen.

Auch hier bedarf die Frage, ob die von dem Zeugen bekundete Anwesenheit des Angeklagten Höhn bei der Erschießung des Häftlings als Mitwirkung an seiner Tötung zu beurteilen sei, keiner Erörterung. Denn das Schwurgericht hat sich von der Richtigkeit der Schilderung des Zeugen nicht^{zu}/überzeugen vermocht. Der Zeuge Schitt ist vor der Hauptverhandlung verstorben; das Schwurgericht war daher außerstande, seine Glaubwürdigkeit auf Grund eines eigenen persönlichen^{Eindruck}/zu beurteilen. Der einzige vor dem Schwurgericht vernommene Zeuge, der zu diesem Vorfall Bekundungen hat machen können, der Zeuge Metzler, der, ebenso wie der Zeuge Schitt nach dessen Aussage, sich bei derjenigen Marschkolonne befunden hat, die als letzte das Konzentrationslager Sachsenhausen verlassen hat und am Ende der Häftlingskolonnen marschiert ist, hat von dem Vorfall die folgende, von derjenigen des Zeugen Schitt in wesentlichen Punkten abweichende Darstellung gegeben: Während des Evakuierungsmarsches habe er beobachtet, daß ein SS-Mann einen Häftling, der bei einem Friedhof ausgetreten und bereits wieder zur Marschkolonne zurückgekehrt gewesen sei, erschossen habe. Als der Häftling bereits tot gewesen sei, sei Höhn vorbeigekommen. Der SS-Mann habe die Erschießung gemeldet, Höhn habe aber abgewinkt und beiläufig geäußert, es sei schon gut.

Die beiden, offensichtlich den gleichen Vorgang wiedergebenden Bekundungen der Zeugen, sind mithin sachlich nicht miteinander zu vereinbaren. Das Schwurgericht war nicht in der Lage, dem Zeugen Schitt die Angaben des Zeugen Metzler

zur Stützung seines Gedächtnisses und zur möglicherweise erforderlichen Korrektur seiner Aussage entgegenzuhalten. Der Zeuge Eschricht, der nach seiner Bekundung in der gleichen Marschkolonne wie der Zeuge Metzler und damit auch wie der Zeuge Schitt marschiert ist, hat von diesem Vorgang überhaupt nichts wahrgenommen. Und schließlich ist die Einlassung des Angeklagten, er sei auf Befehl von Kaindl den Marschkolonnen entgegengefahren, um weitere Erschießungen zu verhindern, durch die Bekundung der Zeugen Kolb und Wessel bestätigt worden; seine Einlassung, er habe diesen Befehl auch ausgeführt, stimmt mit der Angabe des Zeugen Dr Adametz, er sei mit einem schwerkranken Häftling von dem Führer seiner Marschkolonne zurückgelassen und dem Bürgermeister des Dorfes Siggelkow zur Unterbringung übergeben worden, überein, und auch seine Einlassung, er habe die nachfolgenden Marschkolonnen gewarnt, in den Wald von Below zu marschieren, entspricht inhaltlich der Aussage des Zeugen Schleich, seine Marschkolonne habe auf Grund einer Warnung den Wald von Below gemieden. Angesichts all dieser Umstände vermochte das Schwurgericht nicht die zu einer Verurteilung des Angeklagten Höhn erforderliche Gewißheit davon zu erlangen, daß der Angeklagte bei der Erschießung des Häftlings zugegen gewesen sei oder sich sogar an ihr beteiligt habe. Der Angeklagte war daher von diesem Punkt der Anklage ^{auch} mangels Beweises freizusprechen.

3. Der Zeuge Eschricht hat endlich bekundet, gesehen zu haben, daß der Angeklagte Höhn auf dem Evakuierungsmarsch

drei Häftlinge eigenhändig erschossen habe. Am 7. oder 8. Marschtag habe die Kolonne, zu der er, der Zeuge, wie auch der Zeuge Metzler gehört habe, auf einer glatten Teerchaussee, neben welcher beiderseits Sommerwege verliefen, kurz hinter Reinsberg Halt gemacht. Seine aus etwa 26 bis 28 Häftlingen bestehende Marschgruppe habe mit dem von ihr mitgeführten Handwagen etwa 50 m vor der ca. 500 Häftlinge zählenden Hauptmarschkolonne angehalten, und er, der Zeuge, habe, wie auch die übrigen Häftlinge, auf der Straße gesessen. Plötzlich habe er hinter sich einen Schuß fallen hören, und er habe gesehen, daß Höhn einen Häftling, der sich seitlich der Straße auf den Sommerweg hingesezt hatte, erschossen habe. Höhn habe, als er ihn erblickt habe, noch die Pistole in der Hand gehalten. Kurz darauf habe Höhn noch einen zweiten Häftling erschossen, der sich gerade über den Straßengraben gebeugt und mit den Händen Wasser aus dem Graben geschöpft habe. Nur wenig später habe Höhn mit zwei Pistolenschüssen schließlich noch einen dritten Häftling erschossen, der sich gleichfalls angeschickt habe, aus dem Straßengraben Wasser zu trinken. Die Leiche dieses (dritten) Häftlings habe Höhn sodann mit dem Fuße von der befestigten Straße auf den Sommerweg gestoßen.

Kurze Zeit nach der Erschießung der drei Häftlinge sei in einem Kraftwagen ein Angehöriger des Internationalen Roten Kreuzes vorgefahren, habe Höhn wegen der Erschiesungen Vorhaltungen gemacht und ihm gedroht, er werde das

noch verantworten müssen. Als der Angehörige des Internationalen Roten Kreuzes weitergefahren sei, habe Höhn die Führer des Marschblocks zusammengerufen und sie angewiesen, in Zukunft keine Häftlinge mehr zu erschießen.

Bei dem geschilderten Vorfall habe sich Höhn in Begleitung des Krematoriumshäftlings Gärtner befunden. Unmittelbar neben ihm, dem Zeugen, habe der Zeuge Metzler gestanden; er müsse den Vorfall beobachtet haben.

Auch diese Bekundung ist nicht geeignet, das Schwurgericht von ihrer inhaltlichen Richtigkeit zu überzeugen. Der Zeuge hat nämlich bei seiner Vernehmung vor dem Untersuchungsrichter am 14. März 1957 (Band VI Blatt 61 ff) den vorgeschilderten Vorfall, wie er in der Hauptverhandlung vor dem Schwurgericht eingeräumt hat, in wesentlichen Punkten abweichend von seiner jetzigen Schilderung, und zwar im einzelnen wie folgt dargestellt: Er habe am 21. April 1945 Sachsenhausen verlassen, und zwar abends gegen 10 Uhr. Er habe zu den letzten Häftlingen gehört, welche das Lager verlassen hätten. Es habe sich um eine Gruppe von etwa 28 Häftlingen gehandelt, die in der Küche, auf der Schreibstube und auf der KVA tätig gewesen seien. Bei dieser Gruppe hätten sich ca. 6 SS-Angehörige befunden. Höhn habe das Lager zum gleichen Zeitpunkt verlassen, und zwar mit einem Pkw. Er habe einen SS-Angehörigen als Fahrer bei sich gehabt und außerdem den Krematoriumshäftling Gärtner. Zu den SS-Angehörigen, die mit dieser Häftlingsgruppe marschiert seien, hätten nach der Erinnerung des Zeugen der

Rapportführer Böhm und Hempel gehört.

Von Berlin aus gesehen hinter Reinsberg habe er, der Zeuge, den Angeklagten Höhn noch einmal getroffen. Er, der Zeuge, und die mit ihm marschierenden Häftlinge hätten zu diesem Zeitpunkt bereits Anschluß an den Haupttreck gefunden. Höhn sei ihm entgegengekommen und habe mit seinem Wagen auf dem Sommerweg angehalten. Der Treck sei zum Stehen gekommen, und Höhn sei zu Fuß zu der Stelle gekommen, wo der Zeuge und die übrigen Häftlinge gestanden hätten, und habe mit dem Rapportführer Böhm gesprochen. Unmittelbar danach hätten der Zeuge und die in seiner Marschgruppe befindlichen Häftlinge den Befehl erhalten, den unmittelbar vor ihnen befindlichen Marschblock zu überholen. Sie hätten gerade mit dem Überholen angefangen - sie hätten einen zweirädrigen Handwagen bei sich gehabt, den sie selbst gezogen hätten - als der Zeuge einen Schuß gehört habe. Er habe sich umgedreht und gesehen, daß der Lagerführer Höhn eine Pistole in der Hand gehabt habe. Vor ihm habe ein Häftling gelegen. Höhn habe noch ein zweites Mal auf den dort liegenden Häftling geschossen. Höhn habe sich, in Marschrichtung gesehen, auf der linken Straßenseite befunden, und zwar auf dem Sommerweg.

Nach dem zweiten Schuß sei der Zeuge mit seiner Marschgruppe einige Meter weitergegangen, als er erneut einen Schuß gehört habe. Er habe gesehen, daß Höhn die Pistole noch in der Hand gehabt habe und daß wieder ein Häftling am Boden gelegen habe. Die Füße des Häftlings hätten noch auf dem

Sommerweg gelegen, ebenso der übrige Körper, von unten gesehen, etwa bis Brusthöhe. Höhn habe den Körper mit seinen Füßen gestoßen, so daß er in den Chausseeegraben gefallen sei. Das Auto des Höhn habe zu diesem Zeitpunkt zum Wenden angesetzt, und es wäre wohl sonst über den Häftling hinweggefahren. Böhm habe sich unmittelbar neben Höhn befunden.

Als der Zeuge und seine Marschgruppe sich dann an die Spitze des Marschblocks gesetzt hätten, habe er, der Zeuge, gesehen, daß Höhn einen Häftling, der zusammengebrochen gewesen sei und sich unmittelbar hinter der Marschgruppe des Zeugen befunden habe, am Kragen ergriffen und ihn an den Chausseerand geschleift habe. Dort habe Höhn ihn durch zwei Pistolenschüsse erledigt. Bei diesem Häftling habe es sich um einen Asozialen gehandelt, denn er, der Zeuge, habe den braunen Winkel gesehen. Diesen Häftling habe Böhm am Straßenrand liegen lassen. Böhm habe sich während dieses Vorfalles mehr auf der Mitte der Straße befunden.

Unmittelbar nach diesen Erschießungen sei ein Fahrzeug des Internationalen Roten Kreuzes aus Richtung Berlin herangekommen; einer der Insassen habe den Angeklagten Höhn wegen der Erschießungen zur Rede gestellt und ihm Bestrafung angedroht. Nach etwa 10 Minuten sei ein mit einem Roten Kreuz gekennzeichneter Lastkraftwagen mit Anhänger gekommen, und die Häftlinge des Marschblocks seien aus diesem mit Care-Paketen verpflegt worden.

Auf den Vorhalt dieser seiner früheren, von seiner vor

dem Schwurgericht abgegebenen Darstellung in wesentlichen Punkten abweichenden Aussage hat der Zeuge erklärt, wegen der seit seinen Erlebnissen auf dem Evakuierungsmarsch verstrichenen langen Zeit sei seine Erinnerung nicht mehr in allen Einzelheiten zuverlässig; er sei jedoch davon überzeugt, daß seine Aussage vor dem Schwurgericht den Sachverhalt richtig wiedergebe.

Das Schwurgericht hat indessen diese Gewißheit nicht zu erlangen vermocht. Es muß schon als unwahrscheinlich gelten, daß der Angeklagte Höhn, der, wie durch die Aussagen der Zeugen Kolb und Wessel erwiesen ist, um weitere Häftlings- den Marschblocks entgegengefahren ist erschießungen zu verhindern, auf dieser Fahrt dem ihm erteilten und von ihm an die Führer der Marschblocks weitergegebenen Befehl des Lagerkommandanten zuwider ohne sichtbaren besonderen Anlaß eigenhändig Häftlinge erschossen hätte. Die sich bereits hieraus ergebenden Zweifel an der Richtigkeit der Darstellung des Zeugen Eschricht werden bestärkt durch die aufgezeigten erheblichen Abweichungen, die in den beiden Aussagen dieses Zeugen zutage getreten sind und auf eine nur unzuverlässige Erinnerung des Zeugen an die geschilderten Vorfälle schließen lassen, sowie durch die insoweit glaubhaften Einlassungen der Angeklagten Böhm und Hempel, die übereinstimmend ausgesagt haben, während des Evakuierungsmarsches bis zum Eintreffen im Waldlager Below nicht mit dem Angeklagten Höhn in Berührung gekommen zu sein. Diese Zweifel verdichten sich weiter durch die Aussage des Zeugen Metzler. Dieser Zeuge hat,

obwohl er nach seiner insoweit mit der des Zeugen Eschricht übereinstimmenden Aussage zu der nur 28 Häftlinge umfassenden Marschgruppe gehört hat, in deren unmittelbarer Nähe sich der von dem Zeugen Eschricht geschilderte Vorfall ereignet haben soll, und obwohl er sich nach der Aussage des Zeugen Eschricht während des Vorfalles in nächster Nähe dieses Zeugen aufgehalten haben soll, nach seiner glaubwürdigen Aussage nichts davon wahrgenommen, daß der Angeklagte Höhn drei Häftlinge eigenhändig erschossen hätte. Der Zeuge Metzler hat lediglich bekundet, der Angeklagte Höhn sei insgesamt zweimal bei ihm vorbeigefahren. Einmal sei er bei seinem Marschblock kurz vor Neuruppin mit Vertretern des Internationalen Roten Kreuzes zusammengetroffen; kurz zuvor seien in der Nähe Häftlinge erschossen worden, und Höhn sei von den Vertretern des Roten Kreuzes darauf hingewiesen worden. Daß er beobachtet oder sonstwie festgestellt hätte, daß der Angeklagte Höhn auf dem Evakuierungsmarsch selbst Häftlinge erschossen habe, hat der Zeuge ausdrücklich verneint. Endlich hat der Zeuge Stracke glaubhaft ausgesagt, er habe sich bei der gesamten Fahrt an den Marschkolonnen entlang als Fahrer des Angeklagten Höhn ständig in dessen Nähe befunden; bei dieser Fahrt habe Höhn keinen Häftling erschossen und auch keine Erschießung angeordnet oder zugelassen; auch sei Höhn auf dieser Fahrt niemals von dem Krematoriumshäftling Gärtner begleitet worden.

Auf Grund dieses Ergebnisses der Beweisaufnahme hat das Schwurgericht nicht die Überzeugung davon zu gewinnen

vermocht, daß der Angeklagte Höhn auf dem Evakuierungsmarsch drei Häftlinge eigenhändig erschossen habe; der Angeklagte Höhn war daher auch von diesem Punkte der Anklage mangels Beweises freizusprechen.

D.

Strafbarkeit der Angeklagten.

I. Nach alledem haben sich die Angeklagten wie folgt schuldig gemacht:

der Angeklagte Höhn des Mordes in 8 Fällen (C IV 4), der Beihilfe zum Mord in 5 Fällen (C II 1, C III, C IV 1, C IV 4 und C VI) sowie der Beihilfe zum Totschlag in 2 Fällen (C II 2 und 3);

der Angeklagte Böhm des Mordes in 41 Fällen (C IV 4, C VI und C VIII 3) sowie der Beihilfe zum Mord in 5 Fällen (C III, C IV 2, C IV 4, C VI und C VIII 2);

der Angeklagte Hempel der Beihilfe zum Mord in 3 Fällen (C I, C IV 4 und C VI).

Sie waren unter Freisprechung von der Anklage im übrigen demgemäß zu bestrafen.

II. Kein Verbrauch der Strafklage.

Einer Verurteilung der Angeklagten Höhn und Hempel durch das Schwurgericht steht aus prozeß^{recht}lichen Gründen nicht entgegen, daß die beiden Angeklagten bereits durch das Urteil des Militärtribunals der sowjetischen Besatzungstruppen in Deutschland vom 1. November 1947 für ihre Tötungshandlungen im Konzentrationslager Sachsenhausen, insbesondere für ihre Teilnahme an den Russenerschießungen, mit lebenslänglicher Haft mit Zwangsarbeit bestraft worden sind. Durch dieses Urteil ist die Strafklage nicht verbraucht. Denn bei dem sowjetischen Militärtribunal hat es sich nicht um ein deutsches Gericht gehandelt. Wenn auch das Militärtribunal innerhalb des deutschen Staatsgebietes Recht sprach und wenn auch im Jahre 1947 die faktische Regierungsgewalt in Deutschland bei den vier Besatzungsmächten lag, so waren doch insoweit die Besatzungsmächte nicht Träger der deutschen Staatsgewalt, und das Militärtribunal leitete seine Jurisdiktionsbefugnis deshalb nicht aus der deutschen Hoheitsgewalt, sondern aus derjenigen der das deutsche Staatsgebiet besetzt haltenden Nationen ab. Daher war das Militärtribunal ein ausländisches Gericht im Sinne des deutschen Strafrechts (BGH St 6, 176 mit weiteren Hinweisen). Die Tatsache, daß die Bundesrepublik im ersten Teil Artikel 7 des Vertrages zur Regelung der aus Krieg und Besatzung entstandenen Fragen - "Überleitungsvertrag" - (in der^{gemäß} Liste IV zu dem am 23. Oktober 1954 in Paris unterzeichneten Protokoll über die Beendigung des Besatzungsregimes in der Bundesrepublik

Deutschland geänderten Fassung) den ehemaligen westlichen Besatzungsmächten in gewissem Rahmen die Beachtung der Urteile der Besatzungsgerichte zugesichert hat, berührt die hier zu treffende Entscheidung nicht, da derartige vertragliche Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR nicht bestehen. Im übrigen aber würde das Urteil des sowjetischen Militärtribunals eine neue Verurteilung der Angeklagten Höhn und Hempel durch ein deutsches Gericht auch dann nicht hindern, wenn - zur Gewährleistung der Rechtsgleichheit - zugunsten der Angeklagten die Bestimmungen des Überleitungsvertrages (sinngemäß) anzuwenden wären. Die Angeklagten sind nämlich von dem sowjetischen Militärtribunal wegen der Begehung von Kriegsverbrechen verurteilt worden. Verurteilungen der Besatzungsgerichte wegen Kriegsverbrechen oder Verbrechens gegen die Menschlichkeit werden aber gemäß Artikel 6 Abs. 11 des Überleitungsvertrages durch die deutsche Staatsgewalt nicht anerkannt, wenn nicht die Strafe des Verurteilten bereits verbüßt ist oder in einer alliierten Strafanstalt verbüßt wird (BGH St 12, 36). Diese Voraussetzung ist aber bei den Angeklagten Höhn und Hempel nicht erfüllt; beide Angeklagten sind nach Verbüßung lediglich eines Teiles der gegen sie erkannten Strafe (und ohne daß ihnen der Strafreist erlassen worden wäre) in das Gebiet der Bundesrepublik entlassen worden.

Schließlich geschieht den Angeklagten Höhn und Hempel mit der hiernach zulässigen erneuten Verurteilung durch das Schwurgericht auch kein Unrecht, da die Vorschrift des § 7 StGBsinngemäß auch für durch die Besatzungsgerichte

Verurteilte gilt (BGH St 6, 179), die von den Angeklagten bereits in der sowjetischen Haft verbüßte Strafe also auf eine in diesem Verfahren gegen die Angeklagten zu verhängende ^{zeitliche} Freiheitstrafe anzurechnen ist.

III. Strafzumessung.

1. Das Maß der hiernach gegen die Angeklagten Höhn, Böhm und Hempel zu verhängenden Strafe mußte einerseits dem Grade der Sühne entsprechen, den ihre Straftaten erheischen: Die Gefangenen und Häftlinge, die im Konzentrationslager Sachsenhausen inhaftiert waren, waren, wie die Angeklagten wußten, zumindest zum überwiegenden Teil ohne jede nach den strafrechtlichen Grundsätzen der abendländischen Kulturnationen meßbare Schuld allein, weil sie in den Streitkräften ihrer Völker der deutschen Kriegführung mißliebige Funktionen bekleidet hatten, einer nach der nationalsozialistischen Weltanschauung verachtenswerte Rasse zugehörten, der Ideologie und den Maßnahmen der nationalsozialistischen Gewalthaber nicht zustimmten oder weil sie aus anderen opportunistischen Gründen als unbequem angesehen wurden, durch jeder Rechtlichkeit bare, rein willkürlichen Gewaltakte ihrer Freiheit beraubt worden. Sie hatten in ihrer Haft eine ihre Menschenwürde gänzlich mißachtende, von Willkür und Grausamkeit bestimmte Behandlung erlitten und wurden schließlich, zum überwiegenden Teil wiederum, ohne sich im rechtsethischen Sinne schuldig gemacht zu haben, und unter Versagung aller derjenigen Rechtsgarantien, welche die Rechtsordnungen aller

Kulturnationen selbst dem Schwerverbrecher gewähren, aus bloßen von dem nationalsozialistischen Denken geleiteten Zweckmäßigkeitserwägungen erbarmungslos dem Tode zugeführt. Die Angeklagten haben sich der Mitwirkung an diesen Straftaten nicht entzogen, obwohl dies möglich gewesen wäre. Zwar verkennt das Schwurgericht nicht, daß eine offene Befehlsverweigerung ebenso wie die ausdrückliche Bekundung des Willens, von der Tätigkeit im Konzentrationslager entbunden zu werden, nicht geeignet gewesen wäre, eine anderweitige Verwendung der Angeklagten herbeizuführen. Indessen haben sowohl der Angeklagte Böhm als auch die Zeugen Kolb und Wessel eindeutig und glaubhaft hervorgehoben, daß zum Dienst im Konzentrationslager ungeeignete SS-Angehörige alsbald aus dem Konzentrationslager wieder wegversetzt worden seien, und der Angeklagte Höhn hat ausdrücklich dargelegt, der eine Zeitlang als 2. Rapportführer eingesetzt gewesene SS-Unterscharführer Palmier sei, da er zur Mitwirkung an den Häftlingstötungen außerstande gewesen sei, versetzt und einer anderen Tätigkeit zugeführt worden. Daraus folgt, daß solche SS-Angehörige, die wegen unüberwindlicher innerer Widerstände nicht in der Lage waren, sich an den im Konzentrationslager/begangenen Straftaten zu beteiligen, von ihrer Verpflichtung zur Mitwirkung befreit und anderweitig eingesetzt worden sind. Die Angeklagten indessen haben sich durch ihr im Schutzhaftlager Sachsenhausen an den Tag gelegtes Verhalten als zur Mitwirkung an der dort geübten Häftlingsbehandlung geeignet erwiesen, und sie haben sich in Kenntnis der Unmenschlichkeit, welcher die Häftlinge in

Konzentrationslager ausgesetzt waren, willig, ohne menschliches Mitleid und ohne moralische Hemmungen an der Tötung einer Vielzahl solcher Häftlinge beteiligt, Das läßt aber eine derart verwerfliche Sinnesrichtung und ein so hohes Maß von Schuld erkennen, daß dem durch diese Taten ausgelösten Sühnebedürfnis der Allgemeinheit nur durch eine harte Bestrafung der Angeklagten Rechnung getragen werden kann.

Andererseits aber mußte gebührend berücksichtigt werden, daß die Angeklagten sämtlich nach ihrem bürgerlichen Vorleben und dem persönlichen Eindruck, den sie in der Hauptverhandlung vor dem Schwurgericht hinterlassen haben, offensichtlich nach ihrer natürlichen Veranlagung nicht zum Verbrechen, insbesondere nicht zur Tötung von Menschen tendieren, daß sie vielmehr, wäre ihnen ihre Zugehörigkeit zur SS - die mit Sicherheit keiner der Angeklagten mit dem Ziele, solche Straftaten zu begehen, gesucht hat - und ihre Tätigkeit im Konzentrationslager erpart geblieben, aller Wahrscheinlichkeit nach ein straf- und beanstandungsfreies, menschlich unauffälliges bürgerliches Leben geführt hätten und nur durch die äußeren Umstände, die während ihrer Zugehörigkeit zur SS und während ihrer Tätigkeit im Konzentrationslager Sachsenhausen auf sie einwirkten, zur Begehung der hier abgeurteilten Straftaten verleitet, jedenfalls aber maßgeblich bestimmt worden sind. Das gilt nicht nur für die Angeklagten Höhm und Hempel, die, wie eingangs unter A II und III eingehend dargelegt ist, in einer bürgerlich ehrbaren Umgebung und in geordneten Familienverhältnissen aufgewachsen sind, achtbare Berufe erlernt und

ausgeübt, Familien gegründet und ein straffreies Leben geführt, sich hierbei auch nicht durch politischen Fanatismus oder eine den später von der SS-Führung in den Konzentrationslagern durchgeführten Maßnahmen entsprechende oder auch nur verwandte Geisteshaltung hervorgetan haben. Auch der Angeklagte Höhn ist kein geborener brutaler, gewissenloser Verbrecher. Er hat nicht nur, ebenso wie die Angeklagten Böhm und Hempel, vor seiner Einziehung zur SS-Totenkopftruppe ein straffreies, geordnetes und ehrbares Leben geführt, sondern er hat sich, als er innerhalb der Deutschen Turnerschaft ehrenamtlich Führungsstellen übernahm, sich der evangelischen Inneren Mission anschloß und die Stelle eines Erziehers im Erziehungsheim Bennighof übernahm, durch eine besonders selbstlose, aufopfernde und idealistische Gesinnung ausgezeichnet und im Erziehungsheim Bennighof eine geradezu vorbildliche menschliche Charakterhaltung an den Tag gelegt..Der jetzt 48 Jahre alte Zeuge Grünig, der als Gastwirt in Mimmhausen/Kreis Überlingen lebt und sich für dieses Strafverfahren aus eigenem Antrieb als Zeuge zur Verfügung gestellt hat, hat bekundet, er sei im Jahre 1927 als schwer erziehbarer Jugendlicher in die Erziehungsanstalt Bennighof eingeliefert worden. Die erste Zeit, die er dort erlebt habe, sei außerordentlich niederdrückend und traurig gewesen; zu seinen Erziehern, die durchweg streng und wenig persönlich gewesen seien, habe er keinen Kontakt gefunden, und er sei mehrmals aus der Anstalt entwichen. Dann sei der Angeklagte Höhn als Erzieher, Lehrer und Schneider in die Erziehungsanstalt gekommen; er habe einen Sportverein für die Zöglinge gegründet und auch bei ihm, dem Zeugen,

um seinen Eintritt geworben. Nach anfänglichem Zögern sei er dem Verein schließlich beigetreten. Er, der Zeuge, sei in der Folgezeit etwa 3 Jahre mit Höhn zusammen gewesen. Höhn habe sich DABEI : als hervorragend anständiger, menschlich verständnisvoller und gütiger Erzieher erwiesen, und es sei ihm gelungen, die Zöglinge zu einer festen Familie zusammenzuschweißen. Während die anderen Erzieher mit Knüppeln die Disziplin unter den Zöglingen aufrecht erhielten, habe Höhn ihnen mit Güte und Liebe geholfen, er habe sie vor Strafe bewahrt, seine dienstfreie Zeit mit ihnen verbracht und mit ihnen Wanderungen unternommen. Er sei bei allen Zöglingen wie ein Vater beliebt gewesen und habe es erreicht, daß keiner der Zöglinge mehr - auch der Zeuge nicht, der zunächst als unverbesserlich gegolten habe - aus der Anstalt entwichen sei. Höhn sei mit Abstand der beste Erzieher des Heimes gewesen, und daß aus ihm, dem Zeugen, noch "etwas geworden" sei, habe er ausschließlich dem Angeklagten Höhn zu verdanken.

Diese offenherzigen, aufrichtigen und offensichtlich wahrheitsgetreuen Angaben dieses Zeugen werden bestätigt durch die Aussage der Zeugin Steinell, die den Angeklagten Höhn im Jahre 1932 in Bennighof, wo auch sie berufstätig war, kennengelernt und ihn als einen sympatishen, gütigen und besonders guten Erzieher geschätzt hat.

Aber auch während seiner Tätigkeit im Schutzhaftlager Sachsen-hausen hat der Angeklagte Höhn positive Charakterzüge durchblicken lassen: Der Zeuge Kriesche hat bekundet,

er sei überzeugt, daß Höhn ihn dadurch vor dem Tode gerettet habe, daß er, als der Zeuge als Lagerältester von Lieberose von einem BV-er wegen angeblichen Schwarzhörens denunziert und daraufhin vor einer Sonderkommission durch einen Obersturmführer vernommen worden sei, sich für ihn verwandt und dem Obersturmführer erklärt habe, er traue ihm, dem Zeugen, eine solche Verfehlung nicht zu und sei davon überzeugt, daß in den gegen ihn erhobenen Vorwürfen nur verleumderische Anwürfe zu erblicken seien. Der Zeuge Harz hat glaubhaft bekundet, im Lager sei zwischen den Häftlingen heftig intrigiert worden. Sein Bruder, der gleich ihm in Sachsenhausen inhaftiert gewesen sei, sei von anderen Häftlingen, angeblich, weil er sich an einer Plünderung beteiligt habe, bei der Lagerleitung denunziert worden. Der Angeklagte Höhn habe dafür gesorgt, daß die Sache niedergeschlagen wurde und sein, des Zeugen, Bruder am Leben geblieben sei. Der Zeuge Hirsch hat dem Angeklagten Höhn bescheinigt, er habe, als er noch im Klinkerwerk von Sachsenhausen eingesetzt gewesen sei, offensichtlich wiederholt "ein Auge zugedrückt" und geflissentlich übersehen, wenn der Zeuge beim Verpflegungsempfang den Häftlingen mehr Brot habe zukommen lassen, als ihnen zugestanden habe. Der Zeuge Lankisch von Hoernitz hat ausgesagt, der Angeklagte habe, als in seinem, des Zeugen, Block bei einer Durchsuchung Waffen und Munition gefunden worden seien, diese Feststellungen gegenüber der Lagerkommandantur offenbar unterdrückt, so daß der Fund keine nachteiligen Folgen für die Häftlinge gehabt habe. Endlich haben die Zeugen Flegel und Rüb übereinstimmend bekundet, der Angeklagte Höhn habe sich nach einem Fliegerangriff auf

das Außenlager "Auer-Werke" um die Rettung der dort eingesetzten weiblichen Häftlinge persönlich bemüht und unter Einsatz seines eigenen Lebens geholfen, die Frauen aus eingestürzten Stollen und brennenden Baracken herauszuholen. Dies hätten die Frauen, die nach dem Fliegerangriff in das Hauptlager Sachsenhausen gekommen seien, den beiden Zeugen selbst erzählt. Höhn habe auch veranlaßt, daß die Frauen nach dem Fliegerangriff mit Kaffee und Zigaretten versorgt worden seien.

Auch auf dem Evakuierungsmarsch hat der Angeklagte Höhn, der als einziger der SS-Führer sich nicht vorzeitig "abgesetzt" hat, sondern bis zuletzt bei den Häftlingen verblieben ist, menschliche Regungen gezeigt: Der Zeuge Lübke hat glaubhaft bekundet, auf dem Evakuierungsmarsch habe ihn Höhn einmal unterwegs auf der Straße stehen sehen und ihn gefragt, woher es komme, daß er, der Zeuge, so schlecht aussähe. Auf seine Antwort, er habe seit Beginn des Marsches keine Verpflegung mehr erhalten, habe Höhn ihn mit einem Krankentransport nach Neuruppin geschickt, damit er dort Verpflegung empfangen könne. Der Zeuge Strache hat bekundet, während des Evakuierungsmarsches hätten an einer Raststätte jüdische Kinder den Angeklagten Höhn bestürmt, sie hätten Hunger und Durst. Höhn habe sofort Kaffee für sie kochen lassen, er habe ihnen auch aus eigener Care-Paketen Schokolade geschenkt.

Schließlich hat der Angeklagte Höhn sich jederzeit und auch in dem vorliegenden Strafverfahren, in welchem er zur Aufklärung des Sachverhaltes aus freien Stücken wesentlich beigetragen hat, offen und einsichtig zu seinen Taten bekannt und

sich während seiner Strafhaft in dem sowjetischen Zwangsarbeitslager Workuta als selbstloser und aufopfernder Kamerad erwiesen. Der Zeuge Bedynek hat glaubhaft bekundet, er sei im Juli 1944 als Infanterist in russische Kriegsgefangenschaft geraten und 1948 von einem sowjetischen Gericht zu 25 Jahren Zwangsarbeit verurteilt worden. Seine Strafe habe er im Lager Workuta teilverbüßt. Dort habe er pro Tag 12 Stunden arbeiten müssen, dazu seien noch je 2 Stunden An- und Abmarschzeit gekommen; nur zweimal am Tage seien die dort Inhaftierten gepflegt worden. Im September 1948 sei er, der Zeuge, völlig entkräftet und arbeitsunfähig gewesen. Er sei zunächst in stationäre Lazarettbehandlung gekommen, dann sei er während der Zeit seiner Rekonvaleszenz in der Schneiderwerkstatt beschäftigt worden. In der Schneiderwerkstatt sei auch der Angeklagte Höhn tätig gewesen. Er sei von allen der beste Schneider gewesen und habe deshalb oft Arbeiten für Offiziere und Soldaten der russischen Bewachungsmannschaften ausführen müssen. Als Gegenleistung habe er von den Russen Brot und andere Lebensmittel erhalten. Diese Lebensmittel habe Höhn restlos an kranke und entkräftete Gefangene, gleichgültig, welcher Nation und Rasse, und ohne Rücksicht darauf, ob er die Gefangenen persönlich gekannt habe oder nicht, abgegeben; sogar von seiner eigenen, gänzlich unzureichenden Lagerverpflegung habe er anderen Gefangenen mitgegeben. So entsinne er, der Zeuge, sich, einmal gesehen zu haben, ^{daß Höhn} als er gerade im Speiseraum im Begriff gewesen sei, ein Stück Brot in den Mund zu schieben, und dabei sein Blick auf einen anderen, halb verhungerten Mitgefangenen gefallen sei, das Brot wieder

vom Munde genommen und es diesem Gefangenen gegeben habe. Er, der Zeuge, habe vor Höhn und der von ihm im Lager Workuta gezeigten Charakterhaltung die größte Hochachtung; die meisten seiner Mitgefangenen seien nur auf ihre eigenen Interessen bedacht gewesen, nur sehr wenige von ihnen hätten sich in selbstloser Weise auch um das Wohl ihrer Mitgefangenen bemüht. Zu diesen letzteren habe Höhn in erster Linie gehört. Er, der Zeuge, habe auch oft bemerkt, daß Höhn mit den russischen Bewachungsmannschaften gestritten habe, um zu erreichen, daß in seiner Werkstatt eingesetzten Gefangenen, die nach seiner Meinung noch nicht wieder voll arbeitsfähig gewesen seien, der Genuß der Wärme und der leichteren Arbeitsbedingungen in der Schneiderwerkstatt erhalten blieb. Er, der Zeuge, sei überzeugt, daß er der selbstlosen Kameradschaftlichkeit von Höhn sein Leben verdanke; außer ihm habe Höhn mindestens 100 anderen Gefangenen ebenso geholfen, darunter auch Ungarn, Rumänen, Polen und Russen. Diese Bekundung, an deren Richtigkeit zu zweifeln das Schwurgericht keinen Anlaß sieht, ist in ihren wesentlichen Zügen bestätigt worden durch die Aussage des Zeuge Pappert, der gleichfalls in Workuta inhaftiert war und den Angeklagten Höhn nach seiner glaubhaften Aussage dort als hochanständigen, selbstlosen, überall beliebten Kameraden besonders geschätzt hat.

Die Angeklagten Höhn, Böhm und Hempel, die hiernach ihrer persönlichen Veranlagung nach nicht zu der Begehung von Verbrechen geneigt haben, waren während ihrer Tätigkeit im

Konzentrationslager, gleich den übrigen Angehörigen der SS-Totenkopfverbände, einer durch laufende und intensive Unterriehte, bekanntgemachte Befehle und Ansprachen ausgeühten, von der oberen der SS-Führung planmäßig gelenkten Beeinflussung ausgesetzt, jeden Befehl des "Führers" und der unmittelbaren Vorgesetzten als dem Wohle des deutschen Volkes bestimmte und dienende Anordnung kritiklos hinzunehmen und, insbesondere, soweit sie sich gegen die Häftlinge der Konzentrationslager richteten, ungeachtet der Forderungen des eigenen Gewissensblinlings zu befolgen. Diese absolute Gehorsamspflicht hat der "Reichsführer SS", Himmler, selbst wie folgt formuliert: "Die vierte Richtlinie und Tugend, die für uns gilt, ist die des Gehorsams; des Gehorsams, der bedingungslos aus höchster Freiwilligkeit kommt, aus dem Dienst an unserer Weltanschauung, der bereit ist, jedes, aber auch jedes Opfer an Stolz, an äußeren Ehren und an all dem, was uns persönlich lieb und wert ist, zu bringen; des Gehorsams, der nicht ein einziges Mal zaudert, sondern bedingungslos jedem Befehl folgt, der vom Führer kommt oder rechtmäßig von den Vorgesetzten gegeben wird; des Gehorsams, der ebenso in der Zeit des politischen Kampfes, wenn der Freiheitswille glaubt sich empören zu müssen, stillschweigt, der bei wachsten Sinnen und gespannter Aufmerksamkeit gegen den Gegner, wenn es verboten ist, nicht den Finger rührt, der ebenso bedingungslos gehorcht und zum Angriff geht, auch wenn er einmal glauben sollte, es in seinem Herzen nicht überwinden zu können."

In einer Rede während eines nationalsozialistischen Lehrganges der Wehrmacht im Januar 1937 hat Himmler weiter u. a. folgendes ausgeführt:

"Darüber hinaus wäre es für jeden einzelnen...unerhört instruktiv, so ein Konzentrationslager einmal anzusehen. Wenn Sie das gesehen haben, sind Sie davon überzeugt: Von denen sitzt keiner zu Unrecht; es ist der Abhub von Verbrechertum, von Mißbratenen. Es gibt keine lebendigere Demonstration für die Erb- und Rassegesetze....als so ein Konzentrationslager. Da sind Leute mit Wasserköpfen, Schielende, Verwachsene, Halbjuden, eine Unmenge rassisch minderwertigen Zeugs. Das ist da alles beisammen..... Die Erziehung geschieht im ganzen nur durch Ordnung, niemals durch irgendwelche weltanschaulichen Unterricht, denn die Häftlinge sind ja in den meisten Fällen Sklavenseelen; nur wenige Leute mit wirlichem Charakter sind darunter... Ich gehe jetzt....dazu über, Berufsverbrecher in viel größerem Umfang als bisher.... einzusperren und nicht mehr loszulassen. Das kann man anders gar nicht verantworten, besonders wir mit unserer Humanitätsduselei und bei diesen unzulänglichen Gesetzen, diese Leute auf die Menschheit wieder loszulassen....."

Und Göring hat den Ausspruch geprägt: "Die Insassen der Konzentrationslager sind nur der Inhalt eines Müllkastens der Nation, die nichts weiter verdient haben, als verbrannt zu werden." Wenn auch nicht feststeht, daß den Angeklagten diese Reden und Aussprüche wörtlich zur Kenntnis gebracht worden sind, so besteht doch kein Zweifel daran, daß die Unterrichtung, Anleitung und Beeinflussung der Angeklagten in dem aus diesen Zitaten erkennbaren Geist erfolgt ist und

daß die Angeklagten systematisch darauf hin erzogen wurden, auch in denjenigen der ihnen erteilten Befehle, die offensichtlich und auch für die Angeklagten nicht verkennbar auf die Begehung von unmenschlichen Unrecht abzielten, zwar nicht rechtmäßige, so aber doch zum Wohle der "anständigen" Glieder des deutschen Volkes erforderliche und daher ohne Rücksicht auf rechtliche oder humanitäre Bedenken kritiklos durchzuführende Anordnungen zu erblicken und sie in unbedingtem Gehorsam auszuführen. Die Wirkung dieser Erziehung wurde dadurch intensiviert, daß die ihr Ausgesetzten, also auch die Angeklagten, erkannten, daß die Maßnahmen der SS-Führung, an welchen sie befehlsgemäß mitzuwirken hatten, nicht nur von den für die Leitung der Konzentrationslager verantwortlichen Angehörigen der SS, gleich welchen Dienstgrads, bewußt und zielstrebig gefördert wurden, sondern daß ihnen auch ihrer Natur nach unpolitische Führungsstellen, nämlich - im Falle der Erschießungen der russischen Kriegsgefangenen - das Oberkommando der Wehrmacht und die Justizbehörden nicht entgegentraten, sondern sie zumindest stillschweigend billigten.

- Ob darüber hinaus, wie von der Verteidigung unter Beweis gestellt ist, die damaligen Feindmächte nicht alles in ihrer Macht liegende taten, um für die inhaftierten Juden die Freiheit zurück zu gewinnen, ist indessen in diesem Zusammenhang ohne Bedeutung; keiner der Angeklagten hat behauptet, von solchen Vorgängen schon zu der hier in Betracht stehenden Zeit erfahren zu haben, so daß das Verhalten jener Mächte, gleichviel auf welchen Motiven es beruht und zu welchen Ergebnissen es geführt haben mag, den Angeklagten nicht

zur Richtschnur für ihre eigene Willensbildung gedient haben kann. -

Wenn auch diese erzieherische Beeinflussung der Angeklagten nicht dazu geführt hat, das in ihnen natürlich entwickelte Rechtsempfinden gänzlich abzutöten und den Angeklagten die Fähigkeit zur rechtlichen Beurteilung der ihnen angesonnenen Straftaten zu nehmen, so hatten sie doch jedenfalls zur Folge, daß die Angeklagten sich daran gewöhnten, in ihren Taten eine faktische, von den für das Schicksal des deutschen Volkes verantwortlichen höchsten Führungsstellen zumindest gebilligte Förderung des Wohles der in bedrohlicher Kriegslage sich befindlichen deutschen Nation zu erblicken und sie deswegen ohne eigene innere Stellungnahme zu den ihnen erteilten Befehlen auszuführen.

Das aber mindert ihre Schuld.

4. Unter Berücksichtigung all dieser Umstände hat das Schwurgericht gegen die Angeklagten auf folgende Strafen erkannt:

a). Soweit der Angeklagte H ö h n des Mordes schuldig ist (Fall C IV 4), ist das Gericht durch zwingende gesetzliche Vorschriften gehindert, die vorstehend geschilderten, zugunsten des Angeklagten sprechenden und die Notwendigkeit seiner definitiven Ausscheidung aus der menschlichen Lebensgemeinschaft zumindest in Frage stellenden Umstände bei der Strafzumessung zu berücksichtigen. Der Angeklagte mußte daher gemäß § 211 StGB wegen jeden Falles des Mordes zu lebenslangem

Zuchthaus verurteilt werden.

Wegen der Beihilfe zum Mord an dem Häftling Noack (C II 1), der Beihilfe zum Mord an 27 Häftlingen (C III), der Beihilfe zum Mord an 8 Ostarbeitern (C IV 1) und der Beihilfe zum Mord an 20 Häftlingen (C IV 4) hat das Schwurgericht gemäß § 211, 49 StGB unter Berücksichtigung der oben unter 3.) dargelegten Strafschärfungs- und -milderungsgründe und unter Gebrauchmachung von der sich aus den §§ 49 Abs. 2, 44 Abs. 2 StGB ergebenden Strafmilderungsmöglichkeit, deren Anwendung trotz der maßgeblichen Stellung, die der Angeklagte im Schutzhaftlager Sachsenhausen bekleidet und der wesentlichen Funktion, die er kraft ihrer auch bei den Häftlingstötungen wahrgenommen hat, und schließlich auch trotz seiner durch seine überdurchschnittliche Intelligenz bedingten besonders klaren Erkenntnis der Verwerflichkeit der Tötungen wegen der oben aufgezeigten vielfältigen, zu seinen Gunsten sprechenden Umstände als geboten und gerechtfertigt erscheint, auf Zuchthausstrafen von jeweils 3 Jahren erkannt. Es hat dabei berücksichtigt, daß dem Mord an dem Häftling Noack nur ein Menschenleben zum Opfer gefallen ist, und daß zwar bei der Ermordung^{en} der 27 Häftlinge, der 8 Ostarbeiter und der 20 Delinquenten wohl zahlreiche Menschenleben vernichtet worden sind, der Angeklagte Höhn aber zu ihnen nur in tatsächlicher Hinsicht verhältnismäßig geringe, nicht den Aufwand besonderer verbrecherischer Energie erfordende Tatbeiträge geliefert hat.

Wegen der Beihilfe zum Mord an 82 Häftlingen (C VI) hat das Schwurgericht unter Anwendung der vorstehenden/^{allgemeinen}Erwägungen und unter Berücksichtigung der besonders hohen Zahl der Häftlinge, die dieser Straftat des Angeklagten zum Opfer gefallen sind, gemäß §§ 211, 49 44 Abs. 2 StGB eine Strafe von 4 Jahren Zuchthaus verhängt.

Soweit der Angeklagte Höhn der Beihilfe zum Totschlag an dem namentlich nicht sicher festgestellten Häftling (C II 2) und der Beihilfe zum Totschlag an dem Häftling Oelerich und dessen Mitdelinquenten (C II 3) schuldig ist, hat das Schwurgericht gegen ihn gemäß §§ 212, 49, 44, Abs. 3 StGB auf Gefängnisstrafen von jeweils 2 Jahren erkannt. Es hat bei der Bemessung dieser Strafen neben den oben erörterten allgemeinen Umständen insbesondere die Tatsache in Betracht gezogen, daß die Schuld des Angeklagten in diesen Fällen auch deswegen nicht als besonders schwer beurteilt werden kann, weil nicht auszuschließen ist, daß der Angeklagte bei seiner Mitwirkung an diesen Tötungen davon ausgegangen ist, daß die Häftlinge einer zwar nicht auf gesetzlichem Wege gegen sie verhängten, nach ihrer Schuld aber verdienten Strafe zugeführt wurden.

Die hiernach gegen den Angeklagten Höhn verhängten zeitigen Freiheitsstrafen hat das Schwurgericht gemäß § 74 StGB unter Verschärfung der schwersten gegen den Angeklagten verhängten Strafe (4 Jahre Zuchthaus wegen Beihilfe zum Mord im Fall C VI) und unter der Vorschrift des § 21 StGB gemäß erfolgter Umwandlung der beiden zweijährigen Gefängnisstrafen in Zuchthausstrafen von je 1 Jahr und 4 Monaten auf eine

Gesamtstrafe von 12 Jahren Zuchthaus zurückgeführt. Es hat hierbei sowohl die Zahl der diesen Straftaten des Angeklagten zum Opfergefallenen Häftlinge, die besonders verwerfliche Motivierung und Durchführung der Tötungen, aber auch die oben im einzelnen zugunsten des Angeklagten festgestellten Umstände berücksichtigt, welche letzteren eine deutliche Unterschreitung der gesetzlichen oberen Strafgrenze als geboten erscheinen lassen, und erachtet die gegen den Angeklagten erkannte Gesamtstrafe als eine den Folgen und dem Unrechtsgehalt seiner Taten wie auch seiner Persönlichkeit und Schuld angemessene und ausreichende Sühne.

b). Gegen den Angeklagten B ö h m hat das Schwurgericht für jeden Fall des von ihm begangenen Mordes gemäß § 211 StGB auf lebenslanges Zuchthaus erkannt.

Wegen der Beihilfe zum Mord an 27 Häftlingen (C III) und wegen der Beihilfe zum Mord an 27 Ostarbeiterinnen (C IV 2) hat das Schwurgericht gegen ihn Zuchthausstrafen von je 3 Jahren, wegen der Beihilfe zum Mord an 40 Häftlingen (C IV 4) hat es eine solche von 5 Jahren und wegen der Beihilfe zum Mord an 80 Häftlingen (C VI) sowie wegen der Beihilfe zum Mord an 150 jüdischen Häftlingen (C VIII) hat es gegen ihn Zuchthausstrafen von je 4 Jahren verhängt. Es hat hierbei einerseits die oben unter 2. näher erörterte Tatsache, daß der Angeklagte Böhm nicht von Natur aus zum Verbrecher veranlagt, sondern durch die Umstände, in welche er durch seine Einziehung zu der Bewachungsmannschaft des Konzentrationslagers Sachsenhausen ohne eigenes Verschulden geraten ist,

zur Begehung seiner Straftaten bestimmt worden ist, sowie seine primitive geistige Kapazität und Beweglichkeit berücksichtigt, die es mit Sicherheit verhindert hat, daß ihm das Unrechte und Verwerfliche seines Handelns so klar vor Augen getreten ist wie dem Angeklagten Höhn und die deshalb seiner Fähigkeit, seine nach seinen Beobachtungen den Zielen und Maßnahmen der ihm übergeordneten SS-Führung entsprechenden Handlungen nach ethischen und humanitären Gesichtspunkten zu beurteilen, verhältnismäßig enge Grenzen gesetzt hat; andererseits hat das Gericht aber auch die Zahl der durch die Mitwirkung des Angeklagten Böhm zu Tode gekommenen Häftlinge, die Verwerflichkeit ihrer Tötung und die erbarmungslose Brutalität und mitleidslose Gleichgültigkeit in Betracht gezogen, mit welcher der Angeklagte Böhm sich an der Ermordung der zahlreichen Häftlinge willig und eifrig beteiligt hat.

Es hat die Beihilfehandlungen zur Ermordung der 27 Häftlinge (C III) und der 27 Ostarbeiterinnen (C IV 2) wegen der in ihnen liegenden verhältnismäßig unbedeutenden Tatbeiträge des Angeklagten mit der gesetzlichen Mindeststrafe geahndet, die Beihilfe zum Mord an 80 Häftlingen (C VI) und die Beihilfe zum Mord an 150 jüdischen Häftlingen (C VIII 2) wegen der in ihnen sich stärker manifestierenden verbrecherischen Intensität des Angeklagten mit die gesetzliche Mindeststrafe um jeweils 1 Jahr übersteigenden Zuchthausstrafen geahndet und die Beihilfe zum Mord an 40 Häftlingen (C IV 4), bei welcher der Angeklagte eine besondere Brutalität an den Tag gelegt hat, mit einer Zuchthausstrafe von 5 Jahren belegt.

Aus den gegen den Angeklagten Böhm erkannten zeitigen Zuchthausstrafen hat das Schwurgericht unter Verschärfung der schwersten der verwirkten Einzelstrafen (5 Jahre Zuchthaus) gemäß § 74 StGB eine Gesamtstrafe von 12 Jahren Zuchthaus gebildet. Die Bemessung dieser Strafe beruht auf der Überzeugung des Gerichts, daß den Angeklagten wegen seiner geistigen Primitivität und weil er nicht aus eigener verbrecherischer Veranlagung, sondern durch widrige Umstände zur Begehung seiner Straftaten verführt worden ist, zwar nicht die gesetzliche Höchststrafe treffen soll, daß der Angeklagte aber gleichwohl wegen seiner zur Schau getragenen und bei seiner Mitwirkung an den Tötungen bewiesenen stupid-eifrigen Willenseinstellung eine harte, die Tragweite seiner Schuld voll zum Ausdruck bringende Strafe verdient, die /in der Höhe von 12 Jahren Zuchthaus/ nach Auffassung des Schwurgerichts/der Persönlichkeit und Schuld des Angeklagten ebenso wie dem durch die Folgen und den Unrechtsgehalt der Taten ausgelösten Sühnebedürfnis gerecht wird.

c). Gegen den Angeklagten H e m p e l hat das Schwurgericht wegen der Beihilfe zum Mord an 200 Russen(C I) auf eine Zuchthausstrafe von 4 Jahren, und wegen der Beihilfe zum Mord an 9 Häftlingen (C IV 4) sowie wegen der Beihilfe zum Mord an 82 Häftlingen (C VI) auf Zuchthausstrafen von je 3 Jahren erkannt. Bei der Bemessung dieser Einzelstrafen hat das Schwurgericht darauf Bedacht genommen, daß auch dieser Angeklagte aus einem geordneten und rechtmäßigen Leben durch seine Einberufung zu den SS-Bewachungsmannschaften des Konzentrationslagers Sachsenhausen ohne

seinen Willen in den Einflußbereich äußerer, von seiner Initiative nicht abhängender Umstände geraten ist, die ihn, der von Natur aus nicht zur Begehung von Verbrechen geneigt hat, zur Verübung der hier abgeurteilten Straftaten bestimmt und verleitet haben. Es hat weiter in Betracht gezogen, daß der Angeklagte Hempel im Schutzhaftlager Sachsenhausen eine nur untergeordnete Stellung eingenommen und keine maßgeblichen Funktionen bekleidet hat, daß er, der als erster der drei Angeklagten im Schutzhaftlager Sachsenhausen eingesetzt war, hier noch Häftlingsmißhandlungen und -tötungen miterlebt hat, die in ihrer Brutalität und Unmenschlichkeit diejenigen Mißhandlungen und Tötungen, die sich unter der Herrschaft des 1. Schutzhaftlagerführers Kolb und des Angeklagten Höhn als 2. Schutzhaftlagerführer zugetragen haben, als noch erträglich und human erscheinen lassen mußten, und daß die Eindrücke, die er aus jener Zeit empfangen hatte, sein Empfinden und sein Vermögen, die Verwerflichkeit der Tötungen, an welchen er sich selbst beteiligte, in ihrem ganzen Umfange zu erkennen, mit Sicherheit erheblich beeinträchtigt haben. Aus diesen Gründen ist das Schwurgericht der Überzeugung, daß die gegen den Angeklagten erkannten gesetzlichen Mindeststrafen von je 3 Jahren Zuchthaus wegen der Beihilfe zum Mord an 9 Häftlingen und der Beihilfe zum Mord an 82 Häftlingen (§§ 211, 49, 44 Abs. 2 StGB) zur Sühne dieser Straftaten ausreichen und daß auch die Beihilfeleistung des Angeklagten Hempel zum Mord an den 200 russischen Kriegsgefangenen (C I) keine härtere Bestrafung als die Verhängung einer vierjährigen Zuchthausstrafe erheischt. Bei der Zumesung dieser letztgenannten Strafe hat das Schwurgericht

neben den oben genannten Umständen weiter die Tatsache be-
wie er sich unwiderlegt eingelassen hat /
rücksichtigt, daß der Angeklagte, von den Begleitmannschaf-
ten der russischen Kriegsgefangenen erfahren hat, daß diese
Gefangenen von dem Oberkommando der Wehrmacht zum Zwecke
ihrer Tötung aus den regulären Kriegsgefangenenlagern aus-
gesondert und dem Konzentrationslager Sachsenhausen über-
stellt worden waren, daß er also, wenn ihm dieser Umstand
auch keinen Anlaß gab, an der Unrechtmäßigkeit der Erschies-
sungen zu zweifeln, doch davon ausgegangen ist und davon
ausgehen konnte, daß die Erschießungen nicht nur von poli-
tischen Stellen, sondern auch von der Truppenführung als
kriegsnotwendig erachtet wurden.

Diese Einzelstrafen hat das Schwurgericht gemäß § 74 StGB
unter Verschärfung der zuletzt erörterten schwersten ver-
wirkten Strafe auf eine Gesamtstrafe von 5 Jahren Zucht-
haus zurückgeführt. Es erachtet diese Gesamtstrafe unter
Beachtung aller für und gegen den Angeklagten Hempel spre-
chenden Umstände als die gerechte, seiner Person und Schuld
ebenso wie dem Unrechtsgehalt und den Folgen seiner Straf-
taten entsprechenden Sühne seiner Verfehlungen.

Auf diese Strafen war zu erkennen; doch bedurften die gegen
die Angeklagten Höhn und Böhm neben den lebenslangen Zucht-
hausstrafen erkannten zeitigen Freiheitsstrafen nicht der
Aufnahme in den Urteilsspruch (§ 260 Abs. IV S. 3 StPO).

Die gegen die Angeklagten Höhn und Hempel auf Grund ihrer

Verurteilung durch das sowjetische Militärtribunal vollzogenen Freiheitsstrafen und die von dem Angeklagten Höhn in jenem Verfahren bis zu seiner Verurteilung erduldete Untersuchungshaft waren in sinngemäßer Anwendung des § 7 StGB (BGH St 6, 179), die von den Angeklagten Höhn und Böhm in diesem Verfahren erlittene Untersuchungshaft war gemäß § 60 StGB, da keiner der Angeklagten das Strafverfahren verzögert hat, auf die erkannten zeitigen Freiheitsstrafen anzurechnen. Da die von dem Angeklagten Hempel auf Grund des Urteils des sowjetischen Militärtribunals vom 1. November 1947 erlittene Strafhaft die Dauer der hier gegen ihn erkannten Zuchthausstrafe übersteigt, war auszusprechen, daß die durch dieses Urteil gegen ihn verhängte Strafe als durch die von ihm auf Grund des Urteils des sowjetischen Militärtribunals in Berlin-Pankow vom 1. November 1947 erlittene Strafhaft verbüßt gilt.

Die Angeklagten Höhn und Böhm haben bei der Begehung ihrer hier abgeurteilten Straftaten ehrlos gehandelt. Die bürgerlichen Ehrenrechte waren ihnen daher gemäß § 32 StGB für dauernd abzuerkennen.

Im übrigen waren die Angeklagten freizusprechen.

Soweit die Angeklagten verurteilt worden sind, haben sie gemäß § 465 StPO die Kosten des Verfahrens zu tragen; soweit Freispruch erfolgt ist, fallen die Kosten gemäß

§ 467 StPO der Staatskasse zur Last.

Dr. Näke

Dr. Bierbach

Lagemann

Ausgefertigt

Justizangestellter
als Urkundsbeamter der Geschäftsstelle
des Landgerichts